Relative Einkommensarmut bei Kindern.

Untersuchungen zu Lebensbedingungen und Lebensqualität in Deutschland von 1984 bis 1996.

Dissertation zur Erlangung des
Doktorgrades (Dr. rer. soc.)
des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Justus-Liebig-Universität Gießen

Vorgelegt von

Stefan Weick
aus Waldsee
1999

1 Einleitung 1

2 Kinder und Einkommensarmut in der sozialwissenschaftlichen Forschung 4

2.1 Kinder in der deutschen Sozialberichterstattung 4
2.1.1 Kindersurveys im deutschsprachigen Raum 8

2.2 Konzepte in der Armutsforschung 10
2.2.1 Absolute Armutskonzepte 12
2.2.2 Relative Armutskonzepte 14
2.2.3 Lebenslagenkonzept versus Ressourcenansatz zur Armutsmessung 15
2.2.4 Subjektive Armutskonzepte 16
2.2.5 Einkommensarmut im individuellen Längsschnitt 18

2.3 Kinderarmut in der sozialwissenschaftlichen Forschung 22
2.3.1 Kinderarmut in der Sozialberichterstattung zu Kindern in den USA 23
2.3.2 Kinderarmut in der international vergleichenden Perspektive 25
2.3.3 Empirische Forschung zur Kinderarmut in Deutschland 33
2.3.4 Längerfristige Entwicklungstrends beim Anteil von Kindern in einkommensschwachen Haushalten in den alten Bundesländern 39
2.3.5 Einkommensarmut und Lebensqualität von Kindern 43

2.4 Schlußfolgerungen für die Analysen mit dem Sozio-ökonomischen Panel 46

3 Empirische Analysen zu Kindern in einkommensschwachen Haushalten 49

3.1 Datenbasis 49

3.2 Ausmaß und Entwicklung der Einkommensungleichheit bei Kindern 52
3.2.1 Äquivalenzskalen und verschiedene Berechnungsverfahren 52
3.2.1.1 Entwicklung der durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen 56
3.2.1.2 Relative Einkommenspositionen 58
3.2.1.3 Anteile der Bevölkerung unter der 50-%-Einkommensschwelle 59
3.2.1.4 Zusammenfassende Bewertung der verschiedenen Berechnungsverfahren für die Kinderpopulation 62
3.2.2 Konzentration der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen 63
3.2.3 Verteilung der Bevölkerung auf Einkommensvielfache 65
3.2.4 Entwicklung des Bevölkerungsanteils in einkommensschwachen Haushalten von 1984 bis 1996 68
3.2.4.1 Äquivalenzskala auf der Basis der Regelsatzproportionen der Sozialhilfe 71
3.2.4.2 Modifizierte OECD-Äquivalenzskala 74
3.2.4.3 Äquivalenzskala nach Rainwater und Smeeding 76
3.2.4.4 Zusammenfassende Darstellung der Entwicklung für die verschiedenen Berechnungsweisen 78
3.2.5 Kinder in einkommensschwachen Haushalten nach Nationalität 79
3.2.5.1 Deutschstämmige Aussiedler 86
3.2.6 Schwellenwertberechnung für 1995 auf der Basis der Einkommensverteilungen von 1984 .. und 1991 87
3.2.7 Berechnungen auf der Basis einer gemeinsamen Einkommensverteilung von alten und neuen Bundesländern 90
3.2.8 Entwicklung der Einkommensdistanz zum Schwellenwert 92
3.2.9 Zusammenfassende Darstellung der aktuellen Entwicklung der Einkommensungleichheit 95

3.3 Dauer einkommensschwacher Positionen 97
3.3.1 Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt 98
3.3.2 Nationalität und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt 100
3.3.3 Haushaltseinkommen und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt 101

3.4 Objektive Lebensbedingungen von Kindern in unterschiedlichen Einkommenspositionen 108

3.4.1 Haushalts- und Familienformen ... 109
3.4.1.1 Anzahl der Kinder im Haushalt ... 112
3.4.1.2 Familienstand der Mütter ... 117
3.4.1.3 Kinder im Haushalt von alleinerziehenden Müttern im Längsschnitt ... 118
3.4.2 Erwerbstätigkeit im Haushaltskontext ... 121
3.4.2.1 Erwerbstätigkeit der Mütter ... 121
3.4.2.2 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit der Mütter im Längsschnitt ... 123
3.4.2.3 Erwerbstätigkeit des (Ehe-)Partners der Mutter ... 126
3.4.2.4 Berufsausbildung und Beteiligung am Erwerbsleben von Müttern und des (Ehe-)Partners der Mütter im Haushaltskontext ... 128
3.4.2.5 Erforderliche Ausbildung für die ausgeübte Tätigkeit der Mütter ... 131
3.4.2.6 Arbeitszeitwünsche der Mütter ... 132
3.4.2.7 Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Mütter ... 134
3.4.3 Staatliche Transferleistungen an Haushalte ... 135
3.4.3.1 Transferleistungen zum Befragungszeitpunkt 1995 ... 135
3.4.3.2 Entwicklung des Bezugs von Transferleistungen im Vorjahr ... 137
3.4.4 Bildung ... 138
3.4.4.1 Kindergarten- und Schulbesuch ... 139
3.4.4.2 Bildungsabschlüsse der Mütter und Väter ... 140
3.4.5 Wohnbedingungen ... 142
3.4.5.1 Mietkosten in West- und Ostdeutschland 1994 ... 143
3.4.5.2 Wohnbedingungen der Kinder nach Haushaltsformen ... 144
3.4.5.3 Wohnausstattung der Kinder ... 146
3.4.5.4 Infrastruktur der Wohngegend und Umweltbeeinträchtigungen in der Wohngegend bei Kindern ... 147
3.4.6 Gesundheit im Haushaltskontext ... 148
3.4.7 Freizeitaktivitäten und Partizipation am gesellschaftlichen Leben im Haushalt ... 150

3.5 Einstellungen und subjektives Wohlbefinden im Haushaltskontext von Kindern ... 156

3.5.1 Einstellungen ... 157
3.5.1.1 Allgemeine Einstellungen zur Einkommensungleichheit ... 157
3.5.1.2 Einschätzung des monatlichen Mindesteinkommens durch die Mütter 1992 ... 159
3.5.1.3 Einkommensbewertungen durch den Haushaltsvorstand ... 161
3.5.1.4 Bewertung der finanziellen Absicherung in verschiedenen Lebenssituationen durch die Mütter ... 163
3.5.2 Wichtigkeitseinschätzung verschiedener Lebensbereiche bei den Müttern ... 165
3.5.3 Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens ... 169
3.5.3.1 Sorgen der Mütter ... 169
3.5.3.2 Sorgen der Mütter im Längsschnitt ... 171
3.5.3.3 Zukunftserwartungen der Mütter 1994 ... 173
3.5.3.4 Einschätzung der Selbst-/Fremdbestimmtheit der Mütter ... 175
3.5.3.5 Anomiesymptome Mütter ... 177
3.5.4 Lebens- und Bereichszufriedenheiten der Mütter ... 178
3.5.5 Zufriedenheiten der Mütter im Längsschnitt ... 183

4 Zusammenfassung ... 188

Anmerkungen **194**
Literatur **196**

Tabellenverzeichnis ..... **iv**
Abbildungsverzeichnis ..... **viii**

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Sozialhilfe-„Karrieretypen“ 19

Tabelle 2: Typologie von Armutsverläufen nach Walker und Ashworth 1992 22

Tabelle 3: Relative Einkommensarmut bei Kindern und wohlfahrtsstaatliche Aufwendungen für Familien in westlichen Industrieländern 30

Tabelle 4: Sozialhilfeempfängerquote in den alten Bundesländern von 1963 bis 1992 34

Tabelle 5: Anteil von Kindern und alten Menschen in einkommensschwachen Haushalten nach Geschlecht 1963-1983 41

Tabelle 6: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten nach Lebensformen 1963-1983 42

Tabelle 7: Einkommensarmut und Unterversorgung in drei Lebensbereichen 44

Tabelle 8: Schwellenwerte (50%) bei unterschiedlichen Äquivalenzeinkommen: Beispiele für ausgewählte Haushaltstypen in Westdeutschland 1996 56

Tabelle 9: Entwicklung verschiedener Äquivalenzeinkommen 57

Tabelle 10: Relation verschiedener Äquivalenzeinkommen zwischen Ost- und Westdeutschland 58

Tabelle 11: Relative Einkommenspositionen nach Mittelwert (MW) und Median (MD) für verschiedene Äquivalenzgewichte im Vergleich 59

Tabelle 12: Anteile unter der 50-%-Schwelle nach Mittelwert (MW) und Median (MD) für verschiedene Äquivalenzgewichte im Vergleich 61

Tabelle 13: Konzentration und Variation von relativen Einkommenspositionen bei Verwendung verschiedener Äquivalenzgewichte 64

Tabelle 14: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten nach Einkommensvielfachen - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland 66

Tabelle 15: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten nach Einkommensvielfachen - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland 68

Tabelle 16: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland 70

Tabelle 17: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten in Westdeutschland nach Nationalität des Haushaltsvorstandes 1984-1996 83

Tabelle 18: Relation des Anteils von Kindern und Erwachsenen in einkommensschwachen Haushalten: 1984 - 1996 84

Tabelle 19: Anteil von Aussiedlern in einkommensschwachen Haushalten 1995 86

Tabelle 20: Anteil von Personen in einkommensschwachen Haushalten auf der Basis der Schwellenwerte von 1984 und 1991 88

Tabelle 21: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1991-1996 - Berechnung auf der Basis einer gemeinsamen Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland unter Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten 90

Tabelle 22: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer gemeinsamen Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland 91

Tabelle 23: Lückenverhältnis zum Schwellenwert in Westdeutschland 1984-1996 94

Tabelle 24: Lückenverhältnis zum Schwellenwert in Ostdeutschland 95

Tabelle 25: Konzentration und Variation von relativen Einkommenspositionen bei Verwendung verschiedener Äquivalenzgewichte 97

Tabelle 26: Anteil der Personen, die von 1991-1995 n-mal über weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens verfügten, in West- und Ostdeutschland 99

Tabelle 27: Einkommensarmutsverläufe von 1991-1995 100

Tabelle 28: Anteil der Personen, die von 1991-1995 n-mal über weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens verfügen, in Westdeutschland nach Nationalität 101

Tabelle 29: Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt in Westdeutschland 103

Tabelle 30: Durchschnittliches bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (BSHG) und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt in West- und Ostdeutschland 104

Tabelle 31: Wohlstandsspannen und Armutslücken und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt in West- und Ostdeutschland 105

Tabelle 32: Verteilung von Personen unter 18 Jahren mit weniger/mehr als 50% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens auf verschiedene Haushaltsformen 110

Tabelle 33: Anteil von Personen in verschiedenen Haushaltsformen mit weniger als 50% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens 111

Tabelle 34: Anteil der Kinder in einkommensschwachen Haushalten nach Zahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt 114

Tabelle 35: Anteil der Kinder in einkommensschwachen Haushalten nach Zahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt nach Familienform 116

Tabelle 36: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Familienstand der Mutter 118

Tabelle 37: Anteil der Kinder mit alleinerziehenden Müttern im Längsschnitt 120

Tabelle 38: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Erwerbstätigkeit der Mütter 123

Tabelle 39: Anteil von Kindern mit nicht erwerbstätigen Müttern im Längsschnitt 125

Tabelle 40: Anteil der Kinder mit arbeitslosen Müttern im Längsschnitt 126

Tabelle 41: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Erwerbstätigkeit des (Ehe-)Partners der Mutter 128

Tabelle 42: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Berufsausbildung und Beteiligung am Erwerbsleben der Mutter und des (Ehe-)Partners der Mutter 130

Tabelle 43: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Erforderliche Ausbildung für die ausgeübte Tätigkeit der Mutter 132

Tabelle 44: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Arbeitszeitwünsche der Mutter 133

Tabelle 45: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Mutter[2] 135

Tabelle 46: Bezug staatlicher Transferleistungen der Kinder 1995 136

Tabelle 47: Bezug staatlicher Transferleistungen im letzten Jahr - Entwicklung 1984-1995..... 138

Tabelle 48: Kindergarten- und Schulbesuch der Kinder 140

Tabelle 49: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Bildungsabschluß der Mutter... 141

Tabelle 50: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Bildungsabschluß des (Ehe-)Partners der Mutter 142

Tabelle 51: Mietkosten in West- und Ostdeutschland..... 144

Tabelle 52: Wohnbedingungen der Kinder unter 18 Jahren nach Haushaltsformen..... 145

Tabelle 53: Wohnausstattung der Kinder unter 18 Jahren..... 147

Tabelle 54: Infrastruktur der Wohngegend und Umweltbeeinträchtigungen in der Wohngegend bei unter 18jährigen..... 148

Tabelle 55: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Gesundheitszustand der Mutter 149

Tabelle 56: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Freizeittätigkeiten der Mutter im Bereich Sport, Geselligkeit und Reisen 152

Tabelle 57: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Freizeittätigkeiten der Mutter im Bereich Kultur 153

Tabelle 58: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Freizeittätigkeiten der Mutter im Bereich des sozialen und politischen Engagements..... 154

Tabelle 59: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Zeitverwendung der Mutter an durchschnittlichen Werktagen[2] 155

Tabelle 60: Zustimmung zu Aussagen zur Einkommensungleichheit in %..... 158

Tabelle 61: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Einschätzung des monatlichen Mindestnettoeinkommens und Abweichung vom tatsächlichen Haushaltsnettoeinkommen - Angaben der Mutter..... 161

Tabelle 62: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Beurteilung des Haushaltsnettoeinkommens - Angaben des Haushaltsvorstandes 163

Tabelle 63: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Bewertung der finanziellen Absicherung in verschiedenen Lebenssituationen der Mutter..... 164

Tabelle 64: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Subjektive Wichtigkeitseinstufungen der Mutter im Bereich Familie und Freizeit 166

Tabelle 65: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Subjektive Wichtigkeitseinstufungen der Mutter im Bereich Wohnen, Gesundheit und Engagement.. 167

Tabelle 66: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Subjektive Wichtigkeitseinstufungen der Mutter im Bereich Arbeit und Beruf 168

Tabelle 67: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Sorgen der Mutter 171

Tabelle 68: Sorgen der Mütter im Längsschnitt 173

Tabelle 69: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Zukunftserwartungen der Mütter 174

Tabelle 70: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Zukunftsoptimismus der Mutter in verschiedenen Bereichen[2] 175

Tabelle 71: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Einschätzung der Selbst-/Fremdbestimmtheit im Leben der Mütter - Anteile mit Zustimmung zu verschiedenen Aussagen 176

Tabelle 72: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Indikatoren zu Einschränkungen des subjektiven Wohlbefindens (Anomiesymptome) der Mütter 178

Tabelle 73: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Allgemeine und erwartete Lebenszufriedenheit der Mütter 180

Tabelle 74: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen: Zufriedenheiten der Mütter mit verschiedenen Lebensbereichen 182

Tabelle 75: Gegenwärtige Lebenszufriedenheit der Mütter im Längsschnitt 184

Tabelle 76: Erwartete Lebenszufriedenheit der Mütter in fünf Jahren im Längsschnitt 185

Tabelle 77: Zufriedenheit der Mütter mit dem Haushaltseinkommen 186

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:Die Armutsgrenze von Sen als Funktion des Durchschnittseinkommens 13

Abbildung 2: Children by Relative Income Levels: 1939-1988 24

Abbildung 3: Percentage Poverty Rates for Children and the Elderly in Selected Countries, 1979-1985 . 26

Abbildung 4: Der sensitivitätsanalytische Verlauf der Armutsquote (Index) in Westdeutschland in Abhängigkeit von der Äquivalenzskala 55

Abbildung 5: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1963-1983 (EVS) - Berechnung für Westdeutschland (alte BSHG-Skala; 50-%-Abgrenzung nach VGR) 71

Abbildung 6: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland (BSHG-Skala) 73

Abbildung 7: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland (modifizierte OECD-Skala) 75

Abbildung 8: Prozentuale Anteile von Kindern in einkommensschwachen Haushalten in der Europäischen Union 1993 76

Abbildung 9: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland (Rainwater-Smeeding-Skala) 77

Abbildung 10: Anteile von Kindern unter der 50-%-Schwelle in verschiedenen westlichen Industrieländern 78

Abbildung 11: Anzahl der Sozialhilfebezieher nach Nationalität 80

Abbildung 12: Tätigkeiten der Mütter in ihrer freien Zeit - Anteile "Nie" in % 151

Abbildung 13: Zufriedenheiten der Mütter mit dem Haushaltseinkommen und dem Leben allgemein nach Einkommensvielfachen 181

1 Einleitung

Die hier vorgestellte Untersuchung ist als Beitrag zu einer Sozialberichterstattung über Kinder (vgl. Nauck 1997) konzipiert und entstand vor dem Hintergrund einer öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion über die Zunahme von Kinderarmut in der Bundesrepublik. Ausgangspunkt dieser Diskussion ist eine Umkehrung der Altersrisikostruktur beim Sozialhilfebezug. Während in den sechziger Jahren in den alten Bundesländern vor allem ältere Menschen ein erhöhtes Risiko für den Bezug von Sozialhilfe aufwiesen, sind es in den neunziger Jahren vor allem Kinder, die überproportional häufig Sozialhilfe beziehen (vgl. z. B. Hauser 1995: 9). Da es sich bei dieser Betrachtung um Maßnahmen zur Armutsbekämpfung handelt, die in starkem Umfang an institutionelle Regelungen gebunden sind und nicht unbedingt ein gutes Maß für Bedürftigkeit darstellen (vgl. Voges 1999), soll in dieser Arbeit der Problembereich Kinderarmut aus der Perspektive der Einkommensverteilung untersucht werden.

Ziel der Studie ist es, Struktur und Wandel der Lebensbedingungen und der Lebensqualität im Haushaltskontext von Kindern unter 18 Jahren vor dem Hintergrund ungleich verteilter Haushaltseinkommen zu untersuchen. Nach einem Überblick zu Konzepten und empirischen Forschungsergebnissen zur Einkommensarmut bei Kindern, werden eigene Analysen auf der Basis von Umfragedaten vorgestellt. Dazu wird die Entwicklung der Einkommensungleichheit und Einkommensarmut bei Kindern sowie die Dauer von einkommensschwachen Positionen im individuellen Längsschnitt analysiert. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der vergleichenden Beschreibung der Lebensbedingungen von Kindern in einkommensschwachen Haushalten und deren Veränderung. Untersucht werden in diesem Zusammenhang Haushalts- und Familienformen sowie verschiedene sozialstrukturelle Merkmale im Haushaltskontext von Kindern wie Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit, Transfereinkommen, Bildung, Wohnen, Gesundheit, soziale Kontakte und Freizeitaktivitäten. In einem weiteren Teil der Arbeit werden, neben eher allgemeinen Einstellungen, Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens im Haushaltskontext von Kindern be-

rücksichtigt. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang, ob Kinder, in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen, in unterschiedlichem Ausmaß mit psychischen Belastungen konfrontiert sind. Für die Mütter werden deshalb Einstellungen und Präferenzen in Abhängigkeit von der Einkommensposition dargestellt. Weiterhin werden Zufriedenheiten mit verschiedenen Lebensbereichen, die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein sowie weitere Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens der Mütter analysiert. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf die Zeit von 1984 bis 1996 und berücksichtigt auch die Entwicklung in den neuen Bundesländern und bei der ausländischen Bevölkerung.

Die Identifikation von Umfang, Dauer und Unterversorgung oder spezifischen Problemlagen in einzelnen Lebensbereichen eröffnet Ansatzpunkte für gezielte sozialpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Einkommensarmut und deren Auswirkungen bei Kindern. Der Gesetzgeber ist mittlerweile verpflichtet die gesellschaftliche Anerkennung der Kindererziehung zu verbessern. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. November 1998, ist der Aufwand für Betreuung und Erziehung von Kindern, in Angleichung an die Regelung für Alleinerziehende, generell bei der Besteuerung freizustellen. Der Staat ist somit zu aufwendigen Maßnahmen zur Anerkennung von Kindererziehung– und -betreuung verpflichtet. Die Finanzierung dieser familienpolitischen Entscheidung hat weitreichende Folgen für die öffentlichen Haushalte. Dennoch würden vor allem Haushalte von besserverdienenden Ehepaaren mit Kindern von der Erhöhung der Steuerfreibeträge profitieren. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte gesellschaftliche Anerkennung von Erziehungsleistungen würde damit nur unvollständig umgesetzt und bestehende Ungleichheiten eher verstärken. Eine Veränderung der Leistungs- und Finanzierungsstruktur in der staatlichen Familienpolitik, die eine erhebliche Anhebung des Kindergeldes und die Reduktion anderer kostenträchtiger Maßnahmen, wie dem Ehegattensplitting bei der Einkommenssteuer, werden in diesem Zusammenhang vorgeschlagen (Kirner, Schöb und Weick 1999). Somit könnten vor allem auch einkommensschwache Haushalte mit Kindern von den kostenträch-

tigen Maßnahmen profitieren. Auch vor dem Hintergrund dieser familienpolitischen Diskussion, stehen die Analysen in dieser Arbeit.

2 Kinder und Einkommensarmut in der sozialwissenschaftlichen Forschung

In diesem Kapitel werden Aktivitäten und Ergebnisse der Sozialberichterstattung über Kinder in Deutschland präsentiert. Anschließend werden empirische Armutskonzepte vorgestellt und ein Überblick über Forschungsergebnisse im Bereich der Einkommensarmut bei Kindern gegeben. Hierzu werden sowohl international vergleichende als auch deutsche Studien besprochen. Abschließend werden im Rahmen einer zusammenfassenden Bewertung Schlußfolgerungen für die empirischen Analysen in dieser Arbeit gezogen.

2.1 Kinder in der deutschen Sozialberichterstattung

Eine Auswertung von internationalen Literaturdatenbanken weist einen deutlichen Anstieg von Publikationen zur Lebensqualität von Kindern in den neunziger Jahren nach (Andelman u.a. 1998). Die Aufschlüsselung der Themen zeigt allerdings, daß es sich hier überwiegend um sehr spezielle Gruppen von Kindern handelt, die im Rahmen medizinischer Interventionen, insbesondere Krebserkrankungen, durchgeführt wurden. Aber auch in der Sozialindikatorenforschung (vgl. Noll und Zapf 1994) ist ein zunehmendes Interesse an den Lebensbedingungen und dem subjektiven Wohlbefinden von Kindern zu erkennen. Vor allem in den USA wurde mit der Buchreihe „America's Children" ein Berichtsystem für Kinder entwickelt, das auf der Basis eines Sets von Sozialindikatoren Entwicklungstrends über 50 Jahre zu verschiedenen Lebensbereichen präsentiert (Hernandez 1993) und dessen jüngste Ausgabe auch in der Zeitschrift Social Indicators Network News (SINET) besprochen wurde (Land 1998).

Nauck (1997) stellt für Deutschland dagegen resümierend fest, daß es keine systematische und kontinuierliche Sozialbericherstattung über die Altersgruppe „Kinder" gibt, die Lebensbedingungen von Kindern mit erprobten wissenschaftlichen Instrumenten regelmäßig und über einen längeren Zeitraum beobachtet und über Ergebnisse berichtet. Vor allem das theoretische Konzept und

das methodische Instrumentarium der Sozialindikatorenforschung (Glatzer und Zapf 1984; Noll und Zapf 1994) wurden bisher noch nicht für die Etablierung eines kontinuierlichen Berichtssystems für Kinder in der Bundesrepublik umgesetzt (Nauck 1997). Ein grundlegendes Problem ist auch darin zu sehen, daß sich sowohl amtliche als auch sozialwissenschaftliche Datenbasen nur eingeschränkt für diese Zwecke nutzen lassen, da Kinder häufig nicht als eigenständige Bevölkerungsgruppe ausgewiesen werden oder bei Individualdatenbasen nicht als Untersuchungseinheit definiert werden können. Kinder findet man eher als Merkmale von Haushalten oder privaten Lebensformen in der Bevölkerung.

Im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung in Deutschland ist mittlerweile dennoch eine stärkere Ausrichtung auf die Lebensverhältnisse von Kindern zu verzeichnen. Neben den amtlichen Jugend- und Kinderberichten (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1998) wird auch in den jüngsten Familienberichten der Bundesregierung die Situation von Kindern breiter thematisiert als in den älteren Berichten (Leu u.a. 1997: 82). Nauck (1997: 171f) kritisiert allerdings, daß diese amtlichen Publikationen auf Bundesebene zwar kontinuierlich erstellt werden und auf fachwissenschaftliche Befunde zurückgreifen, daß ihnen allerdings kein eigenes Indikatorensystem zur Dauerbeobachtung zugrunde liegt, und daß wechselnde Themen bearbeitet werden. Dadurch sei eine thematische und methodische Kontinuität der Berichterstattung nicht gewährleistet.

Die akademische Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik hat sich zwar bereits zu Beginn der achtziger Jahre mit der Thematik Kinder befaßt, allerdings handelte es sich auch hier um eine begrenzte Aktivität. Im Rahmen der Lebensqualitätsforschung des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt und Mannheim wurde 1980 auch ein Kindersurvey durchgeführt. In übergreifenden Publikationen der deutschen Sozialberichterstattung, wie dem Band „Lebensqualität in der Bundesrepublik“ (Glatzer und Zapf 1984) und dem Datenreport

(Statistisches Bundesamt 1997; Statistisches Bundesamt 1994) wurden Ergebnisse des Kindersurveys bzw. die Lebensbedingungen von Kindern allerdings nicht explizit berücksichtigt, und die Altersgruppe von Kindern wird meist nur zur Abgrenzung von unterschiedlichen Lebensformen in die Analysen einbezogen[1]. Auch im System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik (Noll und Wiegand 1993) findet man eine kindbezogene Perspektive höchstens am Rande. Allerdings schlägt sich in jüngsten Überarbeitungen dieses Indiaktorensystems auch die Diskussion um Einkommensarmut bei Kindern, durch die Aufnahme entsprechender Indikatoren, nieder (Weick 1999).

Erst Mitte der 90er Jahren wurde als Ergebnis des Forschungsprojektes „Familiäre Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland – eine vergleichende Sozialstrukturanalyse der Kindheit“ der Band „Kinder in Deutschland“ (Nauck und Bertram 1995) als eine konzentrierte Aktivität zur Initiierung einer Sozialberichterstattung über Kinder veröffentlicht. Die Analysen dieses Bandes, erschienen in der Publikationsreihe zum DJI-Familiensurvey, beruhen auf den kumulierten Daten verschiedener Familiensurveys und weiterer Datensätze (Nauck und Bertram 1995b: 4f), die bei Erwachsenen zwischen 18 und 55 Jahren erhoben wurden. Die Daten wurden kumuliert und so reorganisiert, daß Kinder der Befragten die Analyseeinheit darstellten (N=22.217). So konnte mit vorhandenen Datensätzen, die ursprünglich nicht für diese Zwecke geplant waren, ein erhebliches Analysepotential für kindbezogene Fragestellungen genutzt werden.

Der Sammelband von Bertram und Nauck liefert erstmals grundlegende Ergebnisse zu Lebensbedingungen von Kindern in einer Zusammenschau. Im sozialstrukturellen Bereich werden empirische Analysen zum Phänomen der Geschwisterlosigkeit (Klein 1995a), den Lebensbedingungen von Kindern in Abhängigkeit von der Geschwisterzahl (Nauck 1995b) sowie der Wohnsituation von Kindern (Joos 1995) präsentiert. Aus der Lebensverlaufsperspektive werden die Erwerbsbeteiligung von Müttern (Lauterbach und Klein 1995; Braun

und Klein 1995) und Ehelösungen (Klein 1995b) mit Kindern als Untersuchungseinheit analysiert.

Einkommensungleichheit bzw. Einkommensarmut wurde in dem Sammelband aber nur am Rande berücksichtigt. So stellt Joos (1995: 200) fest, daß Adoptiv- und Pflegekinder in den alten Bundesländern überwiegend in Haushalten mit höherem Einkommen leben, während Kinder von Alleinerziehenden „in den knappsten ökonomischen Verhältnissen leben". Der Band „Children in America" (Hernandez 1993), der auch Vorbildcharakter für das deutsche Projekt hatte, befaßt sich dagegen ausführlich in mehreren Kapiteln mit Einkommensarmut bei Kindern. Ein brisanter Befund ist in diesem Zusammenhang der deutliche Anstieg der Kinderarmutsquoten in den USA seit Ende der 70er Jahre. Analysen des deutschen Projektes zu den Lebensbedingungen von Kindern zeigen allerdings in anderen Bereichen, daß sozialpolitisch alarmierende Befunde der amerikanischen Studie nicht einfach auf deutsche Verhältnisse übertragen werden können. Während bei afro-amerikanischen Kindern in den USA 1980 schon die Mehrzahl (80%) in Einelternfamilien ihre Kindheit verbringt (weiße Kinder: 46%), lebt in Deutschland die Mehrzahl der Kinder in vollständigen Familien (Nauck 1995a: 63). So wuchsen in den alten Bundesländern 76% und in den neuen Bundesländern 69% der Kinder über die gesamte Kindheit mit zwei Elternteilen auf.

Die kindbezogene Sozialberichterstattung hielt, neben anderen Schwerpunkten, auch in den zwei folgenden Bänden aus der Publikationsreihe zum DJI-Familiensurvey Einzug (Bien 1996a). So werden Untersuchungen zur demographischen Entwicklung, zu privaten Lebensformen, zur Betreuungssituation von Kindern und zur Alltagsorganisation in unterschiedlichen Familienphasen präsentiert. Band sieben dieser Reihe zielt auf die spezielle Gruppe von Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (Bien und Schneider 1998). Thematische Schwerpunkte sind Entwicklungsformen, Lebensformen, Lebensverläufe und soziale Netzwerke. Einkommensungleichheit wird auch in diesem

Band nicht empirisch untersucht. Subjektives Wohlbefinden von Kindern kann bei einer solchen Vorgehensweise nicht beobachtet werden.

Die konzentrierten Forschungsaktivitäten in den neunziger Jahren haben eine erhebliche Verbesserung der Informationslage zu Lebensbedingungen von Kindern in Deutschland mit sich gebracht. Nicht zuletzt die grundlegenden amerikanischen Analysen zu den Lebensbedingungen von Kindern in den USA (Hernandez 1993), die die Veränderung der Lebensbedingungen in verschiedenen Bereichen seit den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts im Focus haben, gaben hier auch Impulse für die Entwicklung einer deutschen Sozialberichterstattung über Kinder. Allerdings ist der Bereich Einkommensarmut bei Kindern, der in der obengenannten US-Studie sogar einen Schwerpunkt darstellt, in der deutschen Sozialberichterstattung zu Kindern nahezu nicht enthalten. Die Initiativen zur Berichterstattung über Kinder verdeutlichen aber auch, daß sozialwissenschaftliche Primärerhebungen bei der erwachsenen Bevölkerung auch ein erhebliches Informationspotential über die Lebensbedingungen von Kindern beinhalten.

2.1.1 Kindersurveys im deutschsprachigen Raum

Repräsentative Kinderbefragungen, zur Erforschung der Lebensqualität von Kindern, gibt es im deutschsprachigen Raum nur selten. Im Kindersurvey des Sonderforschungsbereiches 3 von 1980 (Lang 1985), der objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden von 8-10jährigen Kindern, u. a. in den Bereichen Familie, Schule und Freundeskreis untersuchte, wurden 2048 Schulkinder im Alter von neun bis zwölf Jahren befragt. Neben den Kindern wurde jeweils ein Elternteil interviewt. Die Studie zeigt, daß das subjektive Wohlbefinden von Kindern weniger von der gesellschaftlichen Plazierung der Eltern abhängt als vom unmittelbaren kindlichen „Mikrokosmos“ in Familie und Schule. Dennoch wird die subjektive Befindlichkeit von Kindern auch von den Lebens- und Familienformen beeinflußt: Kinder von Alleinerziehenden und Kinder mit mehreren Geschwistern weisen vermehrt Defizite beim subjektiven Wohlbefinden auf. Gerade in diesen Lebensformen ist allerdings auch das

Risiko für den Bezug von Sozialhilfe und das Absinken in relative Einkommensarmut besonders hoch (Bien 1996b: 151; Habich und Krause 1997: 524).

Mit dem zunehmenden Interesse an der Teilpopulation von Kindern werden nun in jüngster Zeit repräsentative Befragungen von Kindern durchgeführt, die auch subjektive Befindlichkeiten einbeziehen. Eine neuere internationale Befragung von Schulkindern wurde im Rahmen der Studie „Health Behavior in School-Aged Children – A WHO Cross National Survey“ (vgl. Klocke 1998: 146 ff) in einem Forschungsverbund von 24 Ländern konzipiert. Ein Vergleich von drei Ländern - Deutschland, Schweden und Schottland, mit Befragungen aus den Jahren 1993 und 1994 - wurde vorgestellt. Armut konnte bei der Schülerbefragung (11, 13 und 15 Jahre) nicht monetär erfaßt werden und wurde deshalb als Unterversorgung in verschiedenen Lebensbereichen gemessen. Deutsche Kinder in der „Armutsgruppe“ schätzen ihre Zukunft in wichtigen Bereichen pessimistischer ein als „nicht-arme“ Kinder. Die Differenzen sind allerdings nur sehr gering. Deutlicher zeigen sich die Unterschiede bei der Einschätzung von Glück. Mehr als doppelt so viele Kinder in der „Armutsgruppe“ (23,7%) als in der „nicht-armen“ Gruppe (9%) geben an nicht sehr glücklich zu sein. Zwischen Armut und Gewaltanwendung oder Drogenkonsum konnte kein Zusammenhang identifiziert werden.

Mit Daten des Österreichischen Kindersurveys von 1991, bei dem 10jährige Schulkinder sowie deren Eltern und Lehrer befragt wurden, konnten auch nur schwache Zusammenhänge zwischen einkommensschwachen Positionen und dem subjektiven Wohlbefinden von Kindern identifiziert werden (Bacher 1998). Kinder in einkommensschwachen Haushalten nehmen auf der subjektiven Ebene dennoch häufiger die Geldsorgen in der Familie wahr als in einkommensstärkeren Haushalten, sie fühlen sich deshalb weniger wohl und schätzen auch die Erfolgsaussichten ihres Handelns geringer ein (Bacher 1998). Insgesamt erlauben die Kindersurveys zwar subjektives Wohlbefinden bei Kindern direkt zu messen, dennoch sind sie zur Untersuchung der Armutsproblematik nur bedingt geeignet. Hier ist zu berücksichtigen, daß diese Studien nicht

zur Untersuchung spezifischer Deprivationslagen konzipiert wurden (vgl. Walper 1995: 185).

2.2 Konzepte in der Armutsforschung

Die jüngste Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises 1998 an A. Sen, der zur Abgrenzung von Armut und zur Entwicklung von Armutsmaßen Forschungsarbeiten durchgeführt hat (vgl. Sen 1985; Sen 1983; Sen 1979;), kann als Indikator für die derzeitige weltweite, soziale, politische und wissenschaftliche Bedeutung der Erforschung von Armut herangezogen werden. Dennoch gibt es in der Wissenschaft keinen Konsens darüber wie Armut zu messen ist (vgl. Piachaud 1992). Die fehlende Eindeutigkeit einer Armutsdefinition ist häufig auch die Ursache für Kontroversen, die immer wieder in den Medien ausgetragen werden. Auch andere zentrale Begriffe in der Soziologie wie Klasse, Schicht, Macht oder Herrschaft sind umstritten, allerdings werden diese Kontroversen innerakademisch ausgetragen, während der Armutsbegriff aufgrund seiner sozialpolitischen Tragweite ein breites öffentliches Interesse findet (vgl. Jakobs 1994). In der Einleitung zum Sonderband „Armut im modernen Wohlfahrtsstaat“ der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Leibfried und Voges 1992) bemerken die Herausgeber zu diesem Problemfeld (Leibfried und Voges 1992: 13): „Direkter als in anderen Forschungsbereichen verweist jede Erkenntnis über Armut zugleich auf den politischen Handlungsbedarf, diese Erscheinung zu beseitigen.“ Zur Armutsforschung in der deutschen Soziologie stellen sie allerdings fest, daß sich die deutsche Soziologie schwer tat „...ihre Einsichten in Form praktisch verwertbaren Wissens zu verbreiten“: Als Ursachen für die unbefriedigende Forschungslage zu Beginn der neunziger Jahre stellen die Autoren fest: „Theorielastigkeit und Mangel an einschlägigen Daten ergänzten sich – wirkten quer durch die Soziologie, sind also allgemeine wissenschaftliche Gründe – und führten, was Armut betrifft, fast in die Nähe von Nichtbefassung.“ Allerdings wurden seit dem Erscheinen dieses Sonderbandes vermehrt umfassende empirische Studien zur Einkommensarmut veröffentlicht (vgl. z.B. Andreß 1996c; Habich u.a. 1991; Habich und Krause

1997; Hauser und Hübinger 1993a, 1993b; Hauser u.a. 1996; Hanesch 1994; Krause 1992, 1997).

Das öffentliche Interesse an der Armutsproblematik spiegelt sich mittlerweile auch auf verschiedenen politischen Ebenen wider. Nachdem auf Länderebene und sogar auf der Ebene von Landkreisen und Kommunen bereits Armutsberichte entstanden sind (vgl. Niedersächsischer Landtag 1998: 7; Koch 1994; Hauser 1997: 33), soll laut Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und Bündnis90/Die Grünen (1998: 28) auch ein nationaler Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erstellt werden. Im Deutschen Bundestag wurden zur Armutsproblematik in den achtziger und neunziger Jahren bereits große Anfragen an die Bundesregierung gestellt (Bundestagsdrucksachen 10/5948; 10/6055; 13/1527). Aktivitäten zur Berichterstattung finden sich bis zum Regierungswechsel 1998 nur von der Seite der Parteien, Gewerkschaften und anderer gesellschaftlichen Organisationen außerhalb des Parlaments: In Vorbereitung für die Konzeption eines nationalen Armutsberichts wurde auch eine Expertise aus der akademischen Sozialberichterstattung eingeholt (Noll und Weick 1995).

Anders als bei der Bevölkerungsgruppe von Kindern, die über das Alter abzugrenzen ist, gibt es keine offensichtlichen Merkmale anhand derer man „Arme“ abgrenzen kann. „Auf die Frage was Armut ist, gibt es überhaupt keine objektive, wissenschaftlich beweisbare Antwort.“ (Hauser 1997: 19). In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden zur Identifikation von Armut in der Regel drei Konzepte verwendet: absolute, relative und subjektiv empfundene Armut (vgl. hierzu u.a. Hauser 1997; Krause 1997: 13ff; Leibfried und Voges 1992; Piachaud 1992). Diese Konzepte werden im folgenden vorgestellt. Die Übersicht konzentriert sich auf Armutsabgrenzungen über Ressourcen, d.h. es werden Markteinkommen, Unterhaltsleistungen, Vermögen und staatliche Transferleistungen berücksichtigt (vgl. z.B. Hauser 1997: 20f). Es handelt sich dabei also um eine weitgehend monetäre Betrachtung. Dieses Konzept wird überwiegend in der empirischen Armutsforschung verwendet. Daneben werden auch

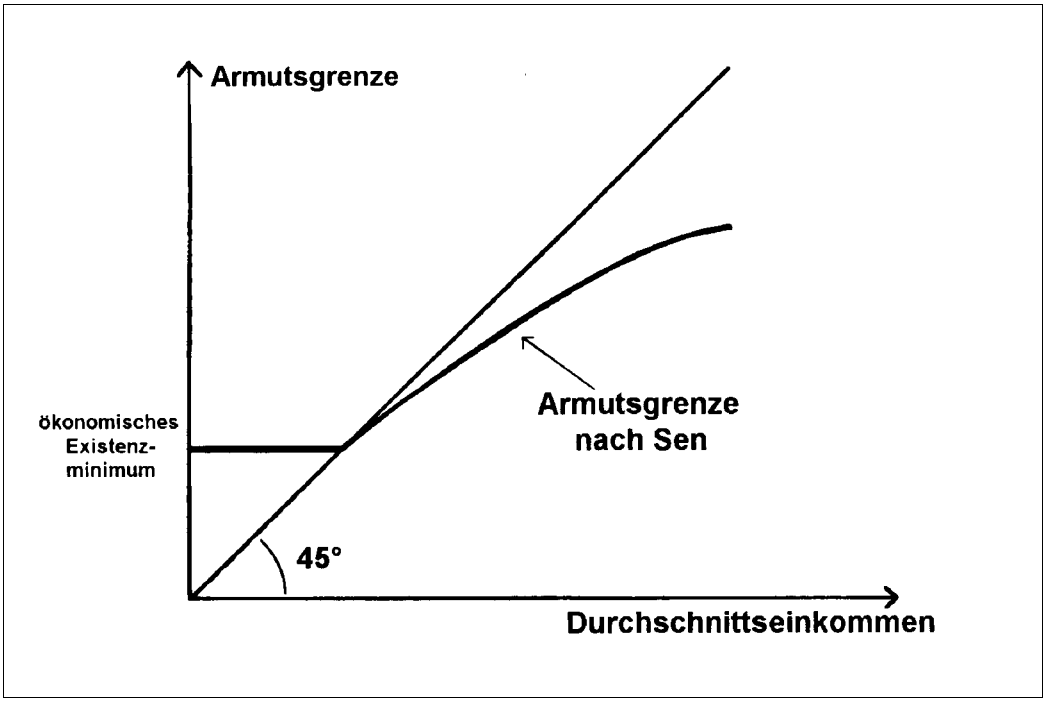
mehrdimensionale Armutsabgrenzungen auf Basis der Lebenslage von Personen durchgeführt. Hierzu wird die Versorgungssituation bezüglich Ernährung, Kleidung, Wohnen, Gesundheit, gesellschaftlicher Partizipation u. a. herangezogen. Eine Verbindung von Ressourcenansatz und Lebenslagenansatz wird darin gesehen, daß eine monetäre Armutsabgrenzung vorgenommen wird und die Versorgungslage der so ermittelten Armutspopulation in den verschiedenen Bereichen untersucht wird (Leu u.a. 1997: 19). Diese Vorgehensweise orientiert sich an dem Instrumentarium der deutschen Lebensqualitätsforschung (Glatzer und Zapf 1984; Statistisches Bundesamt 1997: 421ff.).

2.2.1 Absolute Armutskonzepte

Die absolute Armutsdefinition geht in ihrer ursprünglichen Form von einem weitgehend physiologisch bestimmten Existenzminimum aus (Rowntree 1922), das unabhängig vom materiellen Wohlstandsniveau einer Gesellschaft ist. Nach Hauser (1997: 21f) bedeutet absolute Armut, daß das zum Überleben Notwendige nicht vorhanden ist oder beschafft werden kann und ein längeres Anhalten dieses Zustandes zum Tod führt. Absolute Armut wird aber auch in einem erweiterten Sinne als menschenunwürdiges Dasein in einer Gesellschaft betrachtet. Hier wird argumentiert, daß für hochentwickelte Industrieländer die Orientierung eines Armutskonzeptes am Subsistenzminimums nicht mehr adäquat sei (Leu u.a. 1997:10). So definiert z.B. Sen (1983) Armut nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Randbedingungen. Er fordert, daß zur Armutsabgrenzung grundlegende Bedürfnisse (basic capabilities) berücksichtigt werden müssen. Hier wird die Möglichkeit zu reisen, ein Minimum an Nahrung, sozialer Beteiligung und das Freisein von sozialer Ächtung genannt. Bei steigendem Wohlstandsniveau in einer Gesellschaft, steigt nach Sen auch die Armutsgrenze, weil die physischen Notwendigkeiten für das Individuum in der Gesellschaft steigen. Das hat bei dieser Betrachtungsweise nach Sen nichts damit zu tun, daß die Anspruchsniveaus durch soziale Vergleichsprozesse in der Bevölkerung steigen. Der Zusammenhang der Sen'schen Armutsgrenze mit dem Einkommensniveau ist in Abbildung 1 dargestellt. In absolut armen Gesell-

schaften liegt die Armutsgrenze über dem Durchschnittseinkommen, mit zunehmendem Wohlstandsniveau steigt sie unterproportional mit dem Einkommen an, d.h. mit zunehmendem Wohlstand nimmt der relative Einkommensabstand der Armutsgrenze zum Durchschnittseinkommen zu. Die relative Armutsgrenze liegt dagegen auf der Diagonalen (45°).

Abbildung 1:Die Armutsgrenze von Sen als Funktion des Durchschnittseinkommens



Quelle: Krämer 1997: 16

Da bei erweiterten absoluten Armutsdefinitionen Vergleichsstandards herangezogen werden müssen, die abhängig von gesellschaftlichen Wertvorstellungen sind, wird eingewendet, daß es sich nicht um absolute Armutskonzepte, sondern auch um relative handelt. Aber selbst die Festlegung eines physischen Existenzminimums kann nicht wertfrei vorgenommen werden und bleibt angreifbar (vgl. Piachaud 1992: 65).

2.2.2 Relative Armutskonzepte

Relative Armut wird in Beziehung zur Wohlstandsverteilung in einer Bevölkerung definiert und geht von einer relativen Unterversorgung von Armen aus (vgl. Hauser u.a.1981; Krause 1992; Piachaud 1992). In neueren Untersuchungen für die Bundesrepublik und auch für die Europäische Union wird überwiegend auf relative Armutskonzepte zurückgegriffen (vgl. Hauser 1997: 23). Zur Abgrenzung von Armut wird dabei meist das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen oder wie bei einer Studie des Statistischen Amtes der Europäischen Union die Konsumausgaben als Grundlage verwendet (Hagenaars u.a. 1995).

Erstmals wurde die häufig gebrauchte Armutsgrenze von 50% des Durchschnittseinkommens bei Fuchs (1965: 71-91) publiziert. Die Wahl der 50%-Grenze kann allerdings nicht theoretisch begründet werden (vgl. Krämer 1997: 11). Hier liegt ein grundlegendes Problem der Festlegung relativer Armutsgrenzen, da es kein theoretisch stichhaltiges Argument gibt, warum ein bestimmter Abstand zum Durchschnittseinkommen (z.B. 40%,50%,60%) als Armutsgrenze gewählt wird (vgl. auch Leu u. a. 1997: 13). Kritisiert wird an diesem Ansatz weiterhin, daß er völlig vom Niveau des materiellen Lebensstandards in einer Gesellschaft abstrahiert. Armut kann nach dieser Betrachtungsweise nicht durch eine Erhöhung des materiellen Wohlstandsniveaus einer Bevölkerung, sondern nur durch eine Veränderung der Einkommensverteilung überwunden werden (vgl. Krämer 1997, Krause 1997: 22ff). So kann es zu dem Paradox kommen, daß in reichen Industrieländern der Bevölkerungsanteil in relativer Armut erheblich höher ist als in Entwicklungsländern oder osteuropäischen Transformationsländern mit geringerer Einkommensungleichheit, bei gleichzeitig deutlich geringerem materiellen Lebensstandard. Der Vorteil relativer Maße zur Einkommensungleichheit wie der Armutsquote liegt andererseits darin, daß sie Vergleiche über mehrere Zeitpunkte hinweg, unabhängig von der Preisstabilität oder auch über verschiedene Gesellschaften mit unterschiedlichen Einkommensniveaus und Währungen erlauben, da sie die Anforderung der proportionalen Transformation erfüllen (vgl. Diekmann 1995: 565).

Es wird auch angenommen, daß Personen in relativer Armut eine Ausgrenzung und Marginalisierung erleben und kaum noch an gesellschaftlichen Aktivitäten partizipieren können (Hauser 1997:22). Allerdings müßte dieser Zusammenhang bei einer rein ökonomischen Messung der Unterversorgung auch explizit nachgewiesen werden. Das kann einerseits dadurch geschehen, daß der Zusammenhang zwischen einer materiellen Unterversorgung und dem Wohlfahrtsniveau in anderen Lebensbereichen betrachtet wird oder aber, daß sogar eine Armutsabgrenzung auf Deprivationen in verschiedenen Lebensbereichen zurückgreift.

2.2.3 Lebenslagenkonzept versus Ressourcenansatz zur Armutsmessung

Die Messung von absoluter und relativer Armut ist prinzipiell nicht auf monetäre Größen beschränkt. Neben dem Ressourcenansatz, der Armut als Mangel an ökonomischen Mitteln definiert, werden auch andere Armutsabgrenzungen verwendet. Ein Ansatz, der multiple Deprivationen zur Armutsabgrenzung heranzieht, ist das Lebenslagenkonzept: Nicht nur das Einkommen ist entscheidend für die Abgrenzung von Armut, sondern die Versorgungslage in verschiedenen zentralen Lebensbereichen, wie z.B. Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Bildung und gesellschaftliche Partizipation (vgl. Townsend 1979; Ulrich und Binder 1992; Hauser und Hübinger 1993a; Hauser und Hübinger 1993b). Eine Unterausstattung in mehreren dieser Bereiche dient zur Abgrenzung von Armut.

Problematisch ist beim Lebenslagenansatz insbesondere, daß er noch mehr Entscheidungen, die auf Werturteilen basieren, beinhaltet als der Ressourcenansatz. Dies dürfte vor allem im sozialpolitischen Bereich eine erhebliche Einschränkung für die Akzeptanz dieses Ansatzes bedeuten. So stellen Leu u.a. (1997: 53) dazu fest: „Am gravierendsten für den Lebenslagenansatz ist jedoch das Problem, daß die Auswahl von Unterversorgungsgrenzen anhand von Mindestversorgungsniveaus für die jeweiligen Bereiche gesellschaftlich umstritten sind. Das Schlüsselmerkmal von Armut bleibt daher das Unterschreiten einer Einkommensgrenze. Einem Lebenslagenkonzept ohne explizite Berücksichti-

gung von Einkommen fehlt zudem der wichtigste Armutsindikator und der sozialpolitische Ansatzpunkt zur Armutsbekämpfung (Glatzer und Neumann 1993)“. Als problematisch erscheint auch die geringe Überlappung der Armutspopulationen bei Verwendung verschiedener multidimensionaler Armutsabgrenzungen (Kangas und Ritakallio 1998). Weiterhin wird kritisiert, daß das Lebenslagenkonzept Selbsteinschätzungen (z.B. Zufriedenheiten) in einzelnen Lebensbereichen nicht ausreichend für die Abgrenzung einer Unterversorgungslage berücksichtigt (Eggen 1998: 31).

Leu u.a. (1997:19f) stellen heraus, daß eine befriedigende theoretische Präzisierung des Begriffs Lebenslage noch aussteht, und daß sich Ressourcen- und Lebenslagenansatz auch nicht trennscharf voneinander abgrenzen lassen. „Um sozialpolitische Ziele im politischen Prozeß durchsetzen zu können, ist ein einfaches und transparentes Kriterium einem schwer durchschaubaren mehrdimensionalen Ansatz überlegen.“ Die Autoren erachten es allerdings als sinnvoll, Armut über die Ressource „Einkommen“ zu identifizieren und die Lebensumstände von Befragten in verschiedenen zentralen Lebensbereichen deskriptiv aufzuzeigen. Entsprechend haben vor allem Untersuchungen in der deutschen Lebensqualitätsforschung die Unterausstattung im zentralen finanziellen Bereich im Zusammenhang mit objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden untersucht (Berger 1984a; Berger 1984b; Glatzer und Hübinger 1990; Schott-Winterer 1990). Eine solche Vorgehensweise erlaubt es, verschiedene Bevölkerungsgruppen miteinander zu vergleichen, und vor allem zeigt sie auf, in welchem Umfang Deprivationen in verschiedenen Lebensbereichen mit der Deprivation beim Einkommen einhergehen. Somit können auch Ansatzpunkte für gezielte sozialpolitische Maßnahmen aufgezeigt werden.

2.2.4 Subjektive Armutskonzepte

Neben der Differenzierung zwischen absoluter und relativer Armut wird auch zwischen Armut, die von Experten festgelegt wird und subjektiv empfundener Armut von Betroffen unterschieden (vgl. Krause 1992: 34ff). Kennzeichnend

für die subjektiven Armutskonzepte ist, daß die subjektive Wahrnehmung zur eigenen Unterversorgung und unterschiedliche Präferenzen von Betroffenen zur Armutsabgrenzung mitberücksichtigt werden. Armut wird über die Einschätzung in der Bevölkerung definiert. Relevante Lebensbedingungen werden bei individuellen Bewertungen der Betroffenen mitberücksichtigt (vgl. Hagenaars 1991). Zur Operationalisierung wird in dem an der Universität Leyden entwickelten Ansatz (vgl. van Praag 1994) nach dem erforderlichen Mindesteinkommen für den eigenen Haushalt gefragt. Dieses wird zum tatsächlichen Einkommen in Beziehung gesetzt. Es wird dann nicht derjenige als arm erachtet, der sich selbst entsprechend einstuft, sondern die individuellen Angaben zum notwendigen Mindesteinkommen werden genutzt, um einen allgemeinen Schwellenwert zu bestimmen. Anhand einer Schätzgleichung kann dann sowohl eine subjektive Armutsgrenze als auch eine subjektive Äquivalenzskala zur Bedarfsgewichtung bei unterschiedlichen Haushaltsgrößen geschätzt werden. Personengewichte in so ermittelten Äquivalenzskalen und damit auch Kinderarmutsquoten fallen dabei niedriger aus als z.B. auf Grundlage der Regelsatzproportionen der Sozialhilfe (vgl. Krause 1997: 104ff; Muffels und Dirven 1998). Andreß und Lipsmeier (1998: 38ff) haben Mindesteinkommensschätzungen für verschiedene Haushalte mit und ohne Kinder für alte und neue Bundesländer getrennt durchgeführt.

Während in der Lebensqualitätsforschung subjektive Urteile zu den aktuellen objektiven Lebensumständen erfragt werden, sind bei der subjektiven Armutsmessung weitaus höhere Anforderungen an die Abstraktionsfähigkeit von Befragten gefordert (Krause 1997: 35). Die subjektive Bewertung für die Armutsabgrenzung soll nicht für eine reelle, objektive Situation vorgenommen werden, sondern für eine Extremsituation, die meist nicht der tatsächlichen Erfahrung der befragten Personen entspricht. Weitere subjektive Armutsdefinitionen gehen vom Fehlen von Bedarfsgegenständen aus, die von der Bevölkerungsmehrheit als notwendig erachtet werden und die sich Personen aus finanziellen Gründen nicht leisten können (Mack und Lansley 1985; Andreß und Lipsmeier 1995). Armutsabgrenzungen, die auf subjektiven Einschätzungen in

der Bevölkerung beruhen, umgehen zwar Expertenurteile, die meist umstritten sind, trotzdem wird die Validität dieser Meßmethode bezweifelt und die starke Kontextabhängigkeit der Antworten herausgestellt (Piachaud 1992: 72ff).

2.2.5 Einkommensarmut im individuellen Längsschnitt

Die sogenannte dynamische Armutsforschung, die individuelle Einkommensverläufe zum Teil über mehrere Lebensjahrzehnte analysiert, wurde in erster Linie in den USA etabliert. Die Panel Study of Income Dynamics (N = 5000-7000 Familien), die bereits seit 1968 als jährliche Wiederholungsbefragung an der Universität von Michigan durchgeführt wird (vgl. Buhr und Ludwig 1991: 14ff), gab viele Impulse für Längsschnittuntersuchungen zur Einkommensarmut (Ashworth, Hill and Walker 1994; Bane and Ellwood 1986; Duncan 1983; Duncan 1984, Duncan 1993; Haveman and Wolfe 1995b; Huff 1994). Die Analysen haben neue Betrachtungsweisen von Armut mit sich gebracht (Walker 1998). So hat sich gezeigt, daß Arme weder eine ausgegrenzte Gruppe sind, noch daß sie keinen Kontakt zum Rest der Gesellschaft haben. Armutszeiten sind meist kurz, aber es ist auch Langzeitarmut und wiederholte Armut zu beobachten. Je länger die letzte Armutsepisode zurückliegt, desto geringer ist die Wiederkehr von Armutszeiten. Sozialpolitisch interessant ist es auch, Ereignisse zu identifizieren, die das Risiko erhöhen in Armut abzusinken, aber auch den Armutsbereich zu verlassen (vgl. Walker 1994).

Neben Paneldaten aus Umfragen haben auch kommunale Sozialhilfestudien in Deutschland erheblich zur längsschnittorientierten Armutsforschung beigetragen (Buhr 1998; Leibfried u.a. 1995; Olk und Rentzsch 1998). So erweist sich die Mehrzahl der Sozialhilfebezieher als ”Überbrücker”, die nur wenige Monate Sozialhilfe beziehen (vgl. Tabelle 1). Kontinuierlicher Bezug über mehrere Jahre ist dagegen selten. Auch Erweiterungen der amtlichen Sozialhilfestatistik erlauben es mittlerweile, Auswertungen zur Dauer der Bezugszeiten durchzuführen: Haushalte von Ehepaaren mit Kindern z.B. haben in der Bundesrepublik eine durchschnittliche Bezugsdauer von Sozialhilfe von nur etwa 15 Monaten (Seewald 1997: 723). In der deutschsprachigen Literatur werden für die

Untersuchung individueller Längsschnitte seit Ende der 80er Jahre die Bezeichnungen „Verzeitlichung von Armutslagen“ oder auch „dynamische Armutsforschung“ verwendet (Leibfried u.a. 1995).

Tabelle 1: Sozialhilfe-„Karrieretypen“

„Karrieretypen“	Merkmale	Anteil
Überbrücker	einmaliger, kurzer Überbrückungsbezug (ø 4 Monate)	~57%
Mehrfachüberbrücker	mehrfacher, kurzer Bezug (ø 12 Monate, verteilt auf bis zu 4 'Episoden')	~17%
Pendler	mittellanger, diskontinuierlicher Bezug (ø 38 Monate, verteilt auf bis zu 3 'Episoden')	~7%
Langzeitbezieher	langer und kontinuierlicher Bezug (ø 63 Monate)	~14%
'Ausbrecher'	früherer langer, kontinuierlicher Bezug (ø 34 Monate)	~5%

Quelle: Dietz 1997: 158

Gegenüber Untersuchungen auf Basis von Sozialhilfeakten, denen nur Informationen zu Personen mit Sozialhilfebezug und für Zeiten des Bezugs zur Verfügung stehen, kann mit Paneldaten aus Umfragen auch die Zeit vor und nach dem Absinken in Einkommensarmut beobachtet werden. Damit können die Problembereiche der Dauer, Wiederholung und der Schwere der Armut (Distanz zur Armutsschwelle) ergänzend zur Verbreitung von Einkommensarmut betrachtet werden.

Querschnittsanalysen für den Zeitraum ab 1984 zeigen in den alten Bundesländern für die Gesamtbevölkerung im Trendverlauf eine vergleichsweise hohe Stabilität der Einkommensarmut sowie anderer Kennwerte zur Einkommensungleichheit (z.B. Gini-Index) auf (vgl. Kapitel 3.2.2; Hauser und Semrau 1990a). Dies bedeutet allerdings nicht, daß auf der individuellen Ebene keine Einkommensschwankungen über die Jahre hinweg vorliegen, wie dies zum Teil angenommen wurde. Längsschnittuntersuchungen für die Gesamtbevölkerung zeigen die erhebliche Dynamik von Auf- und Abstiegen in einkommensschwache Bereiche auf der individuellen Ebene in Westdeutschland (Habich u.a. 1991; Krause 1994; Krause 1997). Diese Ergebnisse basieren auf einer Auszählung von Armuts –und Nichtarmutszeiten (n-times count) über mehrere Wellen des Sozio-ökonomischen Panels hinweg. In Ostdeutschland ist ausge-

hend von einer vergleichsweise geringen Einkommensungleichheit 1990 eine Annäherung an Westdeutschland zu erkennen, wobei die individuelle Einkommensdynamik, zumindest zu Beginn des ostdeutschen Transformationsprozesses, erheblich höher ist als in den alten Bundesländern (vgl. auch Weick 1995). In einem Zeitraum von neun Jahren waren in Westdeutschland nach Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels 70% der Befragten zu keinem Zeitpunkt und 10% zu drei bis neun Befragungszeitpunkten unter der Armutsgrenze (Krause 1994). Auch im internationalen Vergleich zeigt sich für Familien in Deutschland eine eher kurze mittlere Armutsdauer mit einem Medianwert von weniger als zwei Jahren während eines Beobachtungszeitraums von drei Jahren (Duncan u.a. 1993).

Bei diesen Betrachtungen tritt das Problem auf, die Dauer von Armutsepisoden zu bewerten. Wann ist von kurzfristiger oder langfristiger Armut zu sprechen (vgl. Buhr 1995: 52)? Ein Problem besteht auch darin, wiederkehrende Armut in den Analysen zu berücksichtigen, da bei einem kurzfristigen Überschreiten der Armutsgrenze ein Zustandswechsel zu beobachten ist, obwohl nach kurzer Unterbrechung ein erneuter Sozialhilfebezug stattfindet. Eine Möglichkeit diese Problematik zu handhaben besteht darin, vorübergehende Unterbrechungen von Bezugszeiten nicht als Zustandswechsel zu werten. D.h. Zeiten zwischen zwei Sozialhilfeepisoden werden zur Gesamtdauer hinzugezählt (Buhr 1998: 77; Voges 1999).

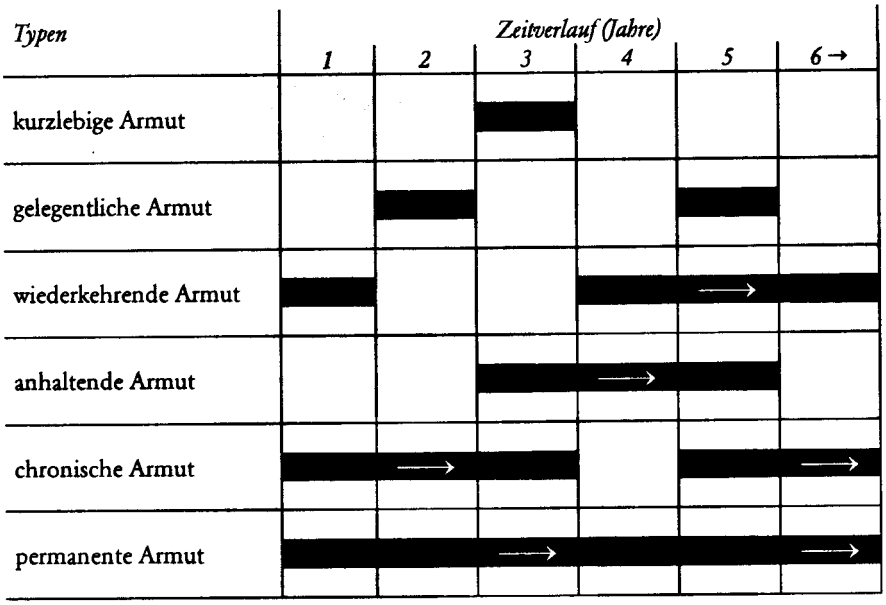
Neben der reinen Dauer von Armutsepisoden können verschiedene zeitliche Muster von Armutsverläufen berücksichtigt werden. Ashword u.a. (1994: 666ff; sowie Walker und Ashworth 1992) stellen eine Typologie von Armutsverläufen vor, die nach verschiedenen Autftrittsmustern von Einkommensarmut unterscheiden (vgl. Tabelle 2). Empirisch zeigt sich bei dieser Einteilung für Kinder in Großbritannien, daß etwa 10% aller Kinder in einer Kohortenstudie zu einem Zeitpunkt unter der Armutsschwelle lagen und sich die größte Armutsgruppe von 16% in wiederkehrender Armut befand. Liegt kein Kohortendesign vor oder interessiert mehr das Ausmaß der Betroffenheit von Armut in

einem bestimmten Zeitraum und weniger die genauen Verlaufstypen mit Unterbrechungen, erscheint das einfachere und höher aggregierte Maß der Auszählung (n-times-count) geeigneter, um die Armutsbetroffenheit im Längsschnitt zu erfassen. Damit sind auch Zeiten wiederkehrender Einkommensarmut berücksichtigt und nicht nur die Dauer einzelner Armutsepisoden. Weiterhin ist die Vergleichbarkeit zu deutschen Untersuchungen für die Gesamtbevölkerung gewährleistet (Goodin u.a. 1996, Habich u.a. 1991, Krause 1994; Krause 1997).

Eine weitere Perspektive zur Untersuchung zeitraumbezogener Einkommensarmut besteht darin, zusammengefaßte Einkommensarmutsquoten über mehrere Panelbefragungen zu berechnen. Goodin u.a.(1996) präsentierten für einen internationalen Vergleich Anteile von Personen, deren durchschnittliche Äquivalenzeinkommen über fünf Befragungswellen (1985-1989) weniger als die Hälfte des Medianeinkommens der kumulierten Einkommen über diese Panelwellen betrug. Diese Quoten liegen niedriger als die zeitpunktbezogenen Quoten, die aus einer Querschnittbefragung ermittelt wurden. Dabei liegen diese zeitraumbezogen Quoten für die Gesamtbevölkerung in Holland mit nur 0,4% besonders niedrig, während Deutschland bei moderaten 5,3% liegt (USA: 16,5%). Bei alleinerziehenden Müttern liegt die kumulierte Quote in Deutschland allerdings bei 25,4%. Dies zeigt, daß alleinerziehende Mütter häufig unter der mehrjährigen Armutsschwelle liegen. In Holland gelingt es allerdings auch für diese Personengruppe die kumulierte Quote bei niedrigen 2,2% zu halten (USA: 61%). Hier erweisen sich die niederländischen Transferleistungen als äußerst effektiv zur Bekämpfung von Einkommensarmut. Zeitraumbezogene Quoten, über mehrere Wellen berechnet, stellen ein übersichtliches Maß für mittelfristige Einkommensarmut (medium-poor) dar, insbesondere im direkten Vergleich zu Querschnittanalysen, auch wenn die Dynamik von Armutsverläufen damit nur sehr bedingt erfaßt werden kann. Weiterhin können auch Übergänge in und aus Einkommensarmut zwischen verschieden Beobachtungszeitpunkten untersucht werden. Dabei kann differenziert werden, ob bestimmte Ereignisse dazwischen liegen. Hier hat sich gezeigt, daß insbesondere der Weg-

fall von Erwerbseinkommen und demographische Ereignisse mit einem Abstieg in Armut zusammenfallen (Hauser und Berntsen 1992)[2].

Tabelle 2: Typologie von Armutsverläufen nach Walker und Ashworth 1992



Quelle: Dietz 1997: 157

2.3 Kinderarmut in der sozialwissenschaftlichen Forschung

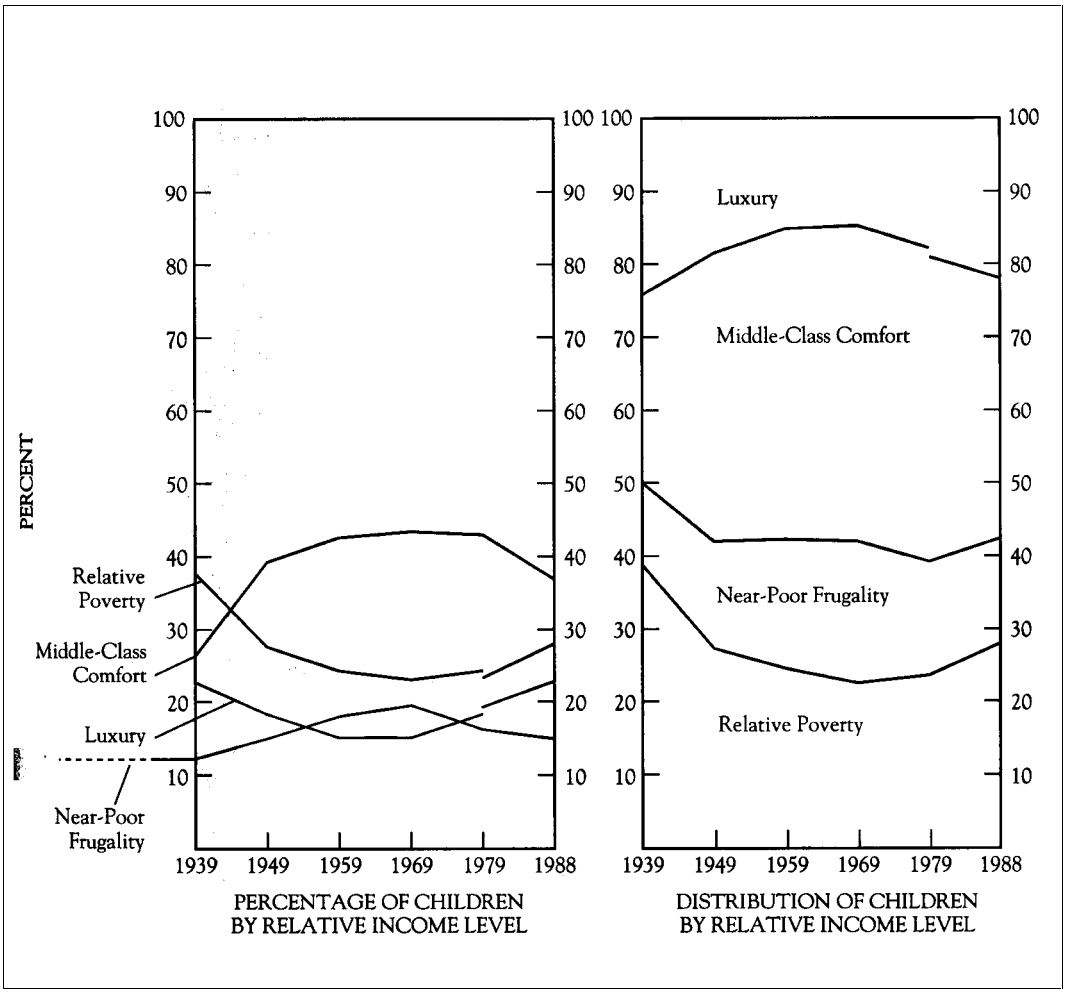
Von den neueren umfassenden Armutsberichte für Deutschland (Hauser und Hübinger 1993a) weist die Studie von Hanesch u.a. (1994) zumindest auch Quoten zur Einkommensarmut von Kindern für die Jahre von 1990 bis 1993 aus. In einer neueren Einführung in die Soziologie der Armut (Dietz 1997: 142ff) wird das Kapitel Armut und Kindheit nur auf der Basis der Sozialhilfestatistik empirisch beschrieben. Einkommensarmut wird an dieser Stelle nicht berücksichtigt. Auch dies ist ein Indikator dafür, daß trotz der kontroversen Diskussion über die Zunahme von Kinderarmut (Hauser 1995: 9) die Datenbasis zu diesem Problembereich äußert schmal ist (vgl. Walper 1997). Da die Sozialberichterstattung zu Kindern, insbesondere auch im Hinblick auf Einkommensarmut, in starkem Maße von Forschungsaktivitäten in den USA geprägt wurde und auch Aussagen über Entwicklungen in verallgemeinerter Form in die deutsche Diskussion eingebracht wurden, werden an dieser Stelle zen-

trale Befunde zu dieser Thematik aus den USA vorgestellt. Ferner wird die Aufarbeitung von Einkommensarmut bei Kindern im internationalen Vergleich besprochen. Neben dem Vergleich des Ausmaßes und der Entwicklungstrends in den verschiedenen Ländern, werden auch Aspekte wie Kaufkraft und wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen in die Betrachtung einbezogen. Es folgt ein Überblick zu empirischen Forschungsaktivitäten zur Einkommensarmut bei Kindern in Deutschland. Auswirkungen unterschiedlicher Operationalisierungen von Einkommensarmut werden jeweils besonders berücksichtigt.

2.3.1 Kinderarmut in der Sozialberichterstattung zu Kindern in den USA

In der Sozialberichterstattung über Kinder in den USA (Hernandez 1993; Land 1998) haben die Bereiche Einkommensungleichheit und relative Einkommensarmut einen zentralen Stellenwert, mit Darstellungen zu Entwicklungstrends, die sich über einen Zeitraum von 50 Jahren erstrecken (vgl. auch Walper 1997: 266). Zugrunde liegt ein fester Satz von Sozialindikatoren (vgl. auch Bradshaw 1998: 335). Die kinderzentrierte Berichterstattung in den USA hat ein erhebliches Ausmaß an sozialpolitischen Problemlagen aufgedeckt, mit jüngsten Entwicklungen, die sehr deutlich in Richtung zunehmender Ungleichheit gerichtet sind (vgl. auch Cornia und Danziger 1997a). So zeigt sich in den USA in der Armutsentwicklung seit 1939, nach einer sinkenden Tendenz, ein erneuter Anstieg des Anteils von Kindern in relativer Einkommensarmut seit den 70er Jahren. Ein beschleunigter Anstieg der Quoten ist dabei insbesondere in den 80er Jahren zu beobachten (vgl. Abbildung 2). Relative Einkommensarmut wird dabei definiert als ein Haushaltseinkommen, das weniger als 50% des Medianeinkommens beträgt. Eine Bedarfsgewichtung wurde entsprechend der offiziellen Äquivalenzskalen der USA für Armutsberechnungen vorgenommen.

Abbildung 2: Children by Relative Income Levels: 1939-1988



Quelle: Hernandez 1993: 245

Daneben wurden noch weitere Bereiche festgelegt, die unterschiedlichen Einkommensdistanzen zum Medianeinkommen entsprechen (< 50%: relatively poor; 50% bis <75%: near-poor; 75% bis < 150%: middle-class-comfort; ab 150%: luxurious). Nicht nur im unteren Einkommensbereich, auch im oberen Bereich über 150% des Medianeinkommens ist seit Ende der 60er Jahre auf Basis dieser Analysen eine Zunahme zu beobachten, während in den mittleren Einkommensbereichen die Anteile in dieser Zeitspanne rückläufig sind (vgl. auch Danziger, Danziger und Stern 1997). Auffallend sind vor allem die enormen Unterschiede zwischen schwarzen und weißen Kindern. Trotz stetig sinkender Tendenz bei der Armutsquote von schwarzen Kindern, lag sie auch zum Ende des Untersuchungszeitraums noch 30% über derjenigen von weißen Kin-

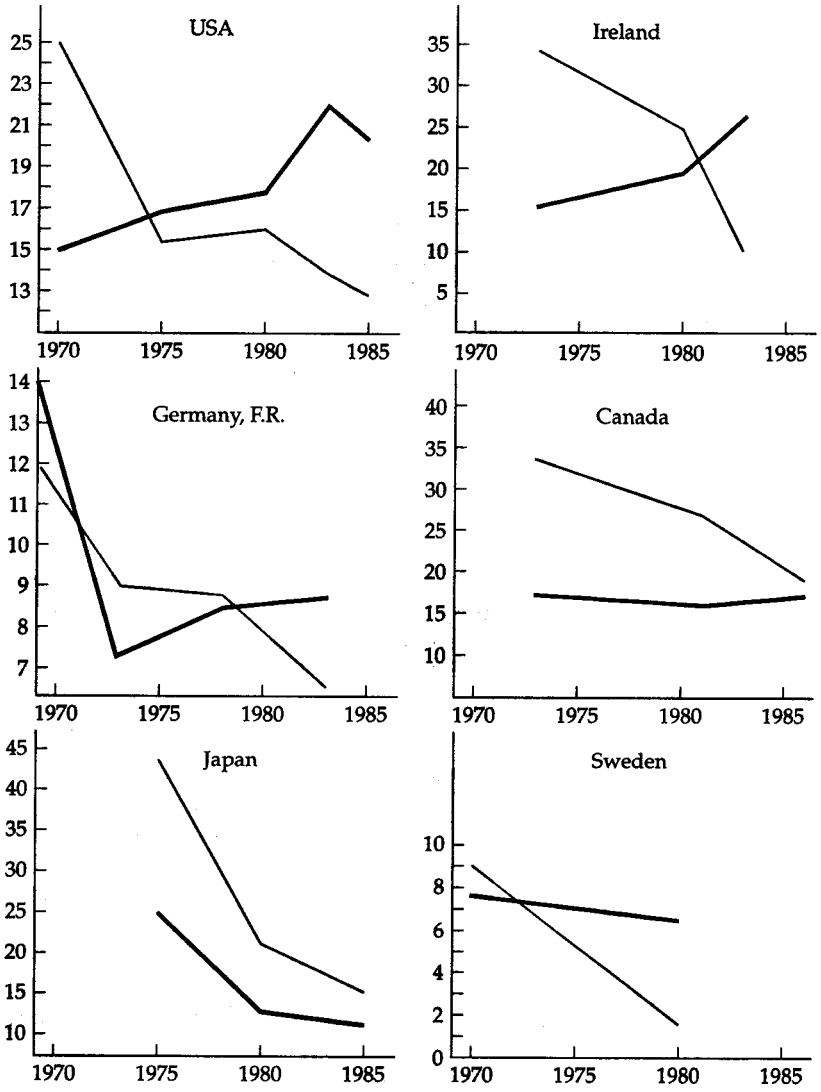
dern (1988: 52,6% vs. 22,3%; Hernandez 1993: 265, 271). Auch in den lateinamerikanischen Bevölkerungsgruppen in den USA lebt etwa die Hälfte der Kinder in relativer Einkommensarmut. Nicht zuletzt die starke Zuwanderung dieser Bevölkerungsgruppe in die USA hat zu einer deutlichen Erhöhung der Quote geführt (vgl. auch Portes und Zhou 1995). Deutschland ist mittlerweile im internationalen Vergleich eines der wichtigsten Zuwanderungsländer mit einem Ausländeranteil von mittlerweile etwa 10% in den alten Bundesländern. Der Eintritt in eine Erwerbstätigkeit erweist sich bei Migranten als langwierig und häufig erfolglos (Weick 1996b). Der starke Anstieg der Sozialhifeempfängerquoten in der ausländischen Bevölkerung seit 1980 (vgl. Hauser 1997: 32) zeigt, daß auch in der Bundesrepublik die Armutsproblematik durch die Zuwanderung verstärkt wird, und daß somit im unteren Einkommensbereich zumindest ähnliche Problemlagen wie in den USA zu beobachten sind.

2.3.2 Kinderarmut in der international vergleichenden Perspektive

Ausmaß und längerfristige Entwicklungstrends von relativer Einkommensarmut bei Kindern in Deutschland wurde bis Mitte der 90er Jahre vor allem im Rahmen international vergleichender Studien eingehender untersucht. Dabei wurden verschiedene länderübergreifende Trends beobachtet. In den westlichen Industrieländern zeigen sich ähnliche Veränderungen in der Struktur der Armutspopulation seit den siebziger Jahren. Der Anteil von älteren Menschen in Einkommensarmut ist drastisch zurückgegangen, während er bei Arbeitslosen, Migranten und Alleinerziehenden erheblich angestiegen ist (Cornia 1997a; Body-Gendrot 1995; Hauser und Semrau 1989). Damit sind auch Kinder mittelbar von zunehmender Einkommensarmut betroffen (vgl. Abbildung 3). Auch in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften sind Kinder überproportional von Verarmungsprozessen betroffen und nur in geringerem Umfang ältere Menschen (Cornia 1997b). Veränderungen in den Lebensformen, insbesondere die Zunahme von alleinerziehenden Elternteilen hat zu einer Zunahme von Einkommensarmut bei Kindern geführt. Während die sozialen Sicherungssysteme bei Verwitwung meist greifen und größere ökonomische Abstiege ver-

hindern, ist die Absicherung bei geschiedenen oder unverheirateten Müttern und ihren Kindern deutlich schlechter (Cornia und Danziger 1997b: 15f). Eine Folge davon ist ein hohes Armutsrisiko bei Kindern von Alleinerziehenden (vgl. Ruspini 1998).

Abbildung 3: Percentage Poverty Rates for Children and the Elderly in Selected Countries, 1979-1985[2]



1) fette Linie: Kinder
2) Die präsentierte Grafik für Deutschland beruht offensichtlich auf Berechnungen von Hauser und Semrau (1989: 19). Die Quelle ist nicht genau angegeben, aber zumindest wird in dem Kapitel das entsprechende Arbeitspapier zitiert. Grundlage für diese Berechnungen von Hauser und Semrau (1989) war die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes. Zur Äquivalenzgewichtung des verfügbaren Einkommens wurden die Regelsatzproportionen der Sozialhilfe verwendet.
Quelle: Cornia 1997a: 57

Eine neuere Studie von Rainwater und Smeeding (1995), die Einkommensungleichheit und Einkommensarmut bei Kindern in verschiedenen westlichen Ländern auf Basis von Individualdaten der Luxembourg Income Study (LIS) vergleichend betrachtet, konzentriert sich nicht nur auf Armutsquoten, sondern versucht auch Konsummöglichkeiten und staatliche Transferleistungen in die empirische Untersuchung einzubeziehen (vgl. auch Bradshaw u.a.1993; Kennedy u.a. 1996; McFate, Smeeding, Rainwater 1995; Förster 1994). Durch die Verwendung einer harmonisierten Datenbasis für verschiedene Nationen und die Einbeziehung unterschiedlicher Aspekte der Einkommensungleichheit, liefert die Studie eine breite empirische Basis für die Bewertung von Einkommensarmut bei Kindern. Ergebnisse dieser Studie wurden sowohl in neuen international vergleichenden als auch in deutschen Publikationen zur Kinderarmut aufgegriffen (Cornia 1997a; Kamerman und Kahn 1997; Weick 1996a; Krause 1997; Klocke 1998). Ein besonderes Kennzeichen der verwendeten Armutsabgrenzung besteht darin, daß bei der Berechnung der Armutsquoten hohe Einsparungsmöglichkeiten bei zunehmender Haushaltsgröße (economy of scale) angenommen werden (vgl. Kapitel 3.2.1)[3]**.** Dies führt zu vergleichsweise niedrigen Armutsquoten (vgl. Förster 1994).

Für die alte Bundesrepublik werden in der Untersuchung von Rainwater und Smeeding (1995) für die Jahre 1973, 1978 und 1983 Quoten relativer Einkommensarmut für Deutschland auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt: Sie liegen bei 4,0%, 3,2% und 4,8%. Das bedeutet ein leichtes Antsteigen seit 1978. Ab 1984 wurde das Sozio-ökonomische Panel als deutsche Datengrundlage der Luxemburg Income Study verwendet. Ausgewiesen sind die Jahre 1984 und 1989. Auf dieser Datenbasis liegen die berechneten Quoten mit 6,4% und 6,8% etwas höher als auf Basis der EVS. Im internationalen Vergleich bedeutet dies eine mittlere Position (vgl.auch McFate, Smeeding, Rainwater 1995, Goodin u.a. 1996, Eurostat 1997). Die Verwendung unterschiedlicher Datenbasen führt selbst für ein Land nicht zu ganz konsistenten Werten. Die Differenz zwischen den EVS- und SOEP-Berechnungen für zwei aufeinanderfolgende Jahre (1983; 1984) beträgt 1,6%. Somit sind

beim Wechsel der Datenbasis zumindest keine dramatischen Änderungen in der Größenordnung zu erkennen. Bei anderen Berechnungen steigt die Einkommensarmutsquote für Kinder beim Wechsel der Datenbasis etwa auf das Doppelte (Hauser und Semrau 1990b). Insgesamt kann auf Basis dieser Daten kein Trend zu einem deutlichen Anstieg der Einkommensarmutsquote für Kinder identifiziert werden, wenn auch von 1978 bis 1983 ein Anstieg um 1,6% zu erkennen ist.

Die Analysen zur Armutsentwicklung von Rainwater und Smeeding (1995) über zwei Jahrzehnte zeigen in den USA, auch im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern, einen starken Anstieg der relativen Kinderarmutsquote: Während in den Vereinigten Staaten zu Beginn der siebziger Jahre noch eine Quote von 13% zu beobachten ist, liegt sie 1990 bei über 21%. In Kanada weisen die berechneten Quoten zu Beginn der siebziger Jahre mit 15% zwar auch ein hohes Niveau relativer Einkommensarmut bei Kindern auf, im Gegensatz zu den USA ist aber im Zeitverlauf sogar ein leichtes Absinken zu beobachten.

Auf der Basis einer Umrechnung der verschiedenen Landeswährungen in Kaufkraftparitäten zeigt sich, daß in Haushalten von Kindern in den USA im höchsten Einkommensquintil im internationalen Vergleich auch das höchste konsumierbare Realeinkommen zur Verfügung steht (Rainwater, Smeeding 1995: 7ff). Deutschen Kindern im höchsten Einkommensquintil steht etwa 80% des Realeinkommens der entsprechenden US-amerikanischen Gruppe von Kindern zur Verfügung. In einer Rangfolge der untersuchten Länder ist dies der vierthöchste Wert hinter den USA, Kanada und der Schweiz. Ein anderes Bild zeigt sich allerdings im untersten Quintil. Hier haben nur Kinder in Israel und Irland ein geringeres Realeinkommen im Haushaltkontext zur Verfügung als Kinder in den USA. Haushalten von deutschen Kindern im untersten Quintil steht ein um 40% höheres Realeinkommen zur Verfügung als in den USA. Dies stellt für Deutschland in der internationalen Rangfolge auch einen mittleren Rangplatz dar. Auffallend ist das vergleichsweise hohe Realeinkommen bei schwedischen und schweizer Kindern im untersten Quintil: Ihnen steht im Ver-

gleich zu Kindern in den USA sogar ein um mehr als 70% höheres Realeinkommen zur Verfügung. Damit haben Kinder in der Schweiz sowohl im oberen als auch im unteren Einkommensbereich einen vergleichsweise hohen materiellen Lebensstandard. Die Verwendung von Kaufkraftparitäten ist auch angreifbar, da hier ein gemeinsamer Warenkorb zugrunde gelegt werden muß (vgl. Sen 1975: 77ff) und sich hier erhebliche Unterschiede beim Konsum und der Subventionierung verschiedener Leistungen ergeben können. So weist das Statistische Bundesamt wegen dieser Schwierigkeiten z.B. keine Kaufkraftparitäten für die alten und neuen Bundesländer für den Beginn der neunziger Jahre aus, allerdings werden solche Berechnungen von anderen Autoren auch im Zusammenhang mit Berechnungen zur Einkommensarmut vorgenommen (Hanesch u.a. 1994: 134).

Im internationalen Vergleich wird auch die Wirksamkeit sozialpolitischer Maßnahmen zur Armutsbekämpfung vergleichend untersucht. Rainwater und Smeeding (1995) haben in diesem Zusammenhang versucht, den Einfluß direkter monetärer staatlicher Transferleistungen auf die relative Einkommensarmut bei Kindern empirisch zu erfassen. Dabei haben sie die institutionellen und politischen Vorausstezungen (vgl. Flora 1998; Bahle und Maucher 1998) nicht direkt beobachtet, sondern deren monetäre Auswirkungen auf die Einkommen der Haushalte. Sie vergleichen die Quoten relativer Einkommensarmut bei Kindern, die nur auf Markteinkommen basieren mit der Verteilung der gesamten Haushaltseinkommen nach Besteuerung und staatlichen Transfers (Haushaltsnettoeinkommen) (vgl. auch McFate, Smeeding, Rainwater 1995; Kamerman und Kahn 1997).

Tabelle 3: Relative Einkommensarmut bei Kindern und wohlfahrtsstaatliche Aufwendungen für Familien in westlichen Industrieländern

Country and year of poverty calculation	Child Poverty		Family Benefit Share in Social Expenditures (1990)[b]		Family Benefit Share of GDP[c]		GDP per Capity (1990)[d]		Effects of Government Policy[e]			
	% of children poor[a]	Rank (Lowest = 1)	%	Rank (Highest = 1)	%	Rank (Highest = 1)	%	Rank (Highest = 1)	Pre-Gov't Poverty %	Pre-Gov't Poverty Rank	Rank Change	Rate Change
Australia (1990)	14,0	11	-	-	-	-	15,951	9	19.6	9	-2	-5.6
Canada (1991)	13,5	10	4,0	9	1,0	8	19,120	2	22.5	10	0	-9.0
Belgium (1992)	3.8	4	-	-	-	-	16,405	7	16.2	7	+3	-12.4
Denmark (1992)	3.3	3	14.9	2	5.1	1	16,765	4	16.0	6	+3	-12.7
Finland (1991)	2.5	1	12.6	3	4.3	3	16,453	6	11.5	2.5	+1.5	-9.0
F.R. Germany (1989)	6.8	7	4.8	7	1.3	7	18,291	3	9.0	1	-6	-2.2
Italy (1991)	9.6	8	3.9	10	-		16,021	8	11.5	2.5	-5.5	-1.9
Netherlands (1991)	6.2	6	6.0	6	2.0	6	15,766	11	13.7	5	-1	-7.5
Norway (1991)	4.6	5	10.1	4	3.6	4	15,921	10	12.9	4	-1	-8.3
Sweden (1992)	2.7	2	6.7	5	2.7	5	16,687	5	19.1	8	+6	-16.4
UK (1986)	9.9	9	16.3	1	4.5	2	15,720	12	29.6	12	+3	-19.7
USA (1991)	21.5	12	4.3	8	0.9	9	21,499	1	25.9	11	-1	-4.4

Sources: [a]Rainwater and Smeeding (1995), table 2. Poverty is defined as percenage of children living in households with adjusted disposable incomes less than 50 per cent of median adjusted disposable income for all persons. Income includes all transfers and tax benefits. [b]Table 9. [c]Table 5. [d]OECD in Figures, 1992 edn.: 24-5. Per capita at current prices, in dollars, using purchasing power parities. [e]Rainwater and Smeeding (1995), table A-2.

Quelle: Kamerman und Kahn 1997: 111

Es zeigt sich, daß in den meisten Ländern die Kinderarmutsquoten ohne staatliche Umverteilung auf einem hohen Niveau liegen würden. „Other than Switzerland and Germany, all nations have pre-government child poverty rates that range from 12 percent to 30 percent, indicating that broadly similar poverty problems face most advanced national governments. What differs is national governments´ abilities to address these problems." (Rainwater und Smeeding 1995: 16). Deutschland hat dagegen auch auf Basis der Markteinkommen eine Quote relativer Kinderarmut von unter 10%. Rainwater und Smeeding (1995: 17f) bemerken dazu: „As Germany, Norway and Switzerland demonstrate, full employment at adequate Wages can produce low child poverty rates due to market incomes thus lessening the percentages of incomes made by transfers. However, in societies with higher nonemployment and low wages, tax and transfer benefits are needed to reduce child poverty to acceptable levels for two-parent families with children."

Eine besondere Problemgruppe stellen, auch im internationalen Vergleich, Haushalte Alleinerziehender dar (Ruspini 1998; McFate, Smeeding und Rainwater 1995). Auch aus der kindorientierten Sicht bei Smeeding und Rainwater (1995) liegen die Quoten auf Basis der Markteinkommen in den einzelnen Ländern zwischen 33% und 73%. Eine erhebliche Reduktion dieser Quoten nach Steuern und Transfereinkommen gelingt vor allem Dänemark, Finnland und Schweden mit Quoten, die selbst bei dieser Problemgruppe dann jeweils unter 10% liegen. Die Reduktion findet man besonders deutlich bei Kindern von alleinerziehenden Müttern. In Dänemark steht z.B. eine Quote von 45%, die sich aus Markteinkommen ergeben würden, einer Quote von 7,3% gegenüber, die sich bei Berücksichtigung der staatlichen Transferleistungen ergibt. Für Westdeutschland liegen die Quoten von Kindern von alleinerziehenden Müttern vor und nach Umverteilungsmaßnahmen mit 44% und 42% eng beieinander[4]. Sozialpolitische Maßnahmen führen in Deutschland bei Kindern von Alleinerziehenden, anders als Kindern in vollständigen Familien, nur zu einer geringen Senkung des Anteils in relativer Einkommensarmut (5,2% vs. 2,3%). Eine andere Studie, die nicht Kinder als Untersuchungseinheit verwendet und

kumulierte Einkommen von 1985 bis 1989 zugrundelegt, zeigt das staatliche Transfersystem in Deutschland dagegen leistungsfähiger in der Armutsbekämpfung (Goodin u.a. 1996: 20). Vor den staatlichen Transfers liegt die Armutsquote bei 32,4% und nach Transfers bei 25,4%. In Holland kann nach diesen längsschnittorientierten Berechnungen durch staatliche Transfers sogar eine Einkommensarmutsquote von 2,2% für alleinerziehende Mütter erzielt werden. Die Kumulation von mehreren Jahren stellt allerdings eine spezifische Sichtweise dar. Andere Berechnungen von querschittsbezogenen Armutsquoten weisen für alleinerziehende Mütter in Holland dagegen einen Wert von 27,6% (Deutschland 27,9%) aus (Ruspini 1998). Insgesamt zeigt sich im internationalen Vergleich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Höhe der Sozialausgaben (als Anteil vom Bruttoinlandsprodukt - ohne Alterssicherung und Gesundheit) und der Reduktion von Einkommensarmut bei Kindern durch staatliche Transferleistungen (vgl. Tabelle 3).

Bei internationalen Studien tritt das Problem auf, daß öffentliche Leistungen für Kinder, die sich nicht direkt beim Bezug der Haushaltseinkommen auswirken, unberücksichtigt bleiben. So werden z.B. indirekte Unterstützungsleistungen für einkommensschwächere Haushalte bei Kindergartenbesuch, Lernmittel in der Schule, usw. nicht in die Betrachtung einbezogen. Hier können sich unterschiedliche sozialpolitische Maßnahmen in den einzelnen Ländern erheblich auf das frei konsumierbare Einkommen auswirken. Dies ist bei der Beurteilung der Quoten zu berücksichtigen. Ein weiteres Problem liegt in der eher geringen Aktualität der Daten. Obwohl die Studien von Rainwater und Smeeding 1995 veröffentlicht wurde, waren die jüngsten (deutschen) Quoten jeweils aus dem Jahr 1989 (vgl. auch Cornia und Danziger 1997; Goodin 1996). Hier zeigt sich der erhebliche zeitliche Vorlauf, bis international vergleichende Einkommensanalysen mit harmonisierten nationalen Befragungen durchgeführt werden können. Nationale Untersuchungen können in der Regel auf aktuellere Daten zurückgreifen. So konnten auch neuere Analysen auf Basis der Berechnungsweise von Rainwater und Smeeding (1995), die Gesamtdeutschland nach der Wiedervereinigung berücksichtigten, einen Trend zu einem drastischen Anstieg

der Kinderarmut, wie sie die Sozialhilfedaten vermuten lassen, nicht bestätigen (Weick 1996a). Allerdings wird auch die Berechnungsweise von Rainwater und Smeeding scharf kritisiert, was im folgenden noch aufgegriffen wird. Insgesamt liegen die Quoten relativer Einkommensarmut für Kinder beim internationalen Vergleich – auch bei Anwendung verschiedener Berechnungsverfahren - im unteren Mittelfeld (vgl. auch Eurostat 1997).

2.3.3 Empirische Forschung zur Kinderarmut in Deutschland

In der Bundesrepublik ist in den neunziger Jahren eine kontroverse Diskussion zum Umfang von Kinderarmut in den Medien und in der Politik zu beobachten, die nach der Publikation des „Zehnten Kinder- und Jugendberichtes“ (Bundesministeriums für Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1998) zuspitzte. Hier war insbesondere die Höhe der Einkommensarmutsquote von Kindern in West- und Ostdeutschland und auch das Konzept der relativen Einkommensarmut umstritten. Ausgangspunkt dieser Diskussion waren Ergebnisse der Sozialhilfestatistik, die eine Umkehr der Altersrisikostruktur beim Sozialhilfebezug aufzeigen. Während in den 60er Jahren vor allem ältere Menschen eine hohes Risiko für einen Sozialhilfebezug aufwiesen, sind es in den 90er Jahren Kinder (Hauser 1997: 31f, Seewald 1998).

Tabelle 4 zeigt den starken Anstieg des Anteils an minderjährigen Sozialhilfebeziehern in Westdeutschland seit 1980. So lag der Anteil der Sozialhilfebezieher 1992 mit 8,8% bei Kindern unter 18 Jahren nahezu doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Bei älteren Frauen ist dagegen ein Rückgang der Sozialhilfequoten seit den 60er Jahren zu erkennen. Auch in den neuen Bundesländern weisen Kinder unter elf Jahren ein hohes Risiko für den Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt auf, wenn auch das westdeutsche Niveau noch unterschritten wird (Nauck 1997: 181).

Tabelle 4: Sozialhilfeempfängerquote in den alten Bundesländern von 1963 bis 1992

Sozialhilfeempfängerquote								
	weiblich insges.	0-17 J.	davon 18-24 J.	65 J.u. älter	*männlich insges.*	0-17 J.	davon 18-24 J.	65 J. u. älter
1963	1.8	1,8	0,4	4,7	0,9	1,7	0,1	1,8
1969	1,5	1,5	0,4	3,1	0,8	1,5	0,1	1,5
1973	1,8	1,9	0,7	3,4	1,0	1,9	0,3	1,7
1978	2,4	3,3	2,0	3,0	1,7	3,2	1,2	1,3
1983	3,0	4,2	3,5	2,6	2,4	4,1	2,4	1,1
1984	3,2	4,7	4,0	2,4	2,6	4,6	2,7	1,0
1985	3,5	5,4	4,4	2,4	3,0	5,2	3,3	1,0
1986	3,8	6,0	4,8	2,4	3,3	5,9	3,3	1,0
1987	3,9	6,5	5,0	2,3	3,5	6,4	3,8	1,1
1988	4,3	7,2	5,3	2,8	3,8	7,0	4,1	1,3
1989	4,6	7,8	5,7	2,8	4,2	7,7	4,8	1,5
1990	4,6	7,9	5,7	2,9	4,4	8,0	5,2	1,6
1991	4,7	8,0	5,6	2,8	4,3	8,0	5,1	1,9
1992	4,9	8,8	6,3	2,9	4,7	8,8	6,4	1,9

Quelle: Hauser 1997: 31

Neben der Veränderung der Altersstruktur der Sozialhilfebezieher ist auch eine Verschiebung der Nationalitätsstruktur zu erkennen. Seit Beginn der achtziger Jahre ist der Anteil der ausländischen Sozialhilfeempfänger drastisch angestiegen. Die Verwendung von Sozialhilfequoten als Armutsindikator ist aber durchaus umstritten, da es sich hier um Maßnahmen zur Armutsbekämpfung handelt, die in starkem Umfang an institutionelle Regelungen gebunden sind und nicht unbedingt ein gutes Maß für Bedürftigkeit darstellen (vgl. Voges 1999). Die Sozialhilfestatistik erfaßt nur Personen, die den gesetzlichen Anspruch auf Leistungen geltend machen. Nicht geltend gemachte Ansprüche (verdeckte Armut) sowie die Einkommensverteilung in der Gesamtbevölkerung bleiben bei dieser Perspektive unberücksichtigt.

Relative Einkommensarmut bei der Teilpopulation von Kindern wurde bis Mitte der neunziger Jahre in der Bundesrepublik nur selten empirisch untersucht. Im Datenreport, der eine übergreifende Publikation der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik und der akademischen Sozialberichterstattung

darstellt, wurden ab 1994 im sozio-demographischen Überblick auch Einkommensarmutsquoten zur Altersgruppe bis 15 Jahren tabellarisch präsentiert (Habich und Krause 1997; Krause 1994). Auch im Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Hanesch u.a. 1994) wird Einkommensarmut bei Kindern nur auf knapp drei Seiten abgehandelt und lediglich Quoten für die Jahre von 1990 bis 1992 aufgenommen. Diese Analysen basieren auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels.

Erst in jüngster Zeit sind umfassendere Publikationen speziell zur Kinderarmut in der Bundesrepublik erschienen, die sich auch auf repräsentative empirische Datengrundlagen stützen (Otto 1997; Hurrelmann und Klocke 1998; Mansel und Neubauer 1998). Verbreitung und insbesondere die Entwicklung von Einkommensarmut bei Kindern werden aber auch hier nur in sehr begrenztem Umfang vorgestellt. Zeitpunktbezogene Quoten relativer Einkommensarmut bei Kindern werden bei Andreß und Lipsmeier (1998) sowie bei Zimmermann (1998a) präsentiert. Meyer und Joos (1998) sowie Joos (1997) stellen auch Berechnungen von Quoten relativer Einkommensarmut bei Kindern in Ost- und Westdeutschland für die Jahre von 1990 bis 1995 vor. Weiterhin wird das Ausmaß von Kinderarmut auch auf der Basis von Sozialhilfedaten thematisiert (Zimmermann 1998; Buhr 1998; Olk und Rentzsch 1998). Daneben werden auch sozialräumliche Aspekte und die europäische Perspektive der Verteilung von Kinderarmut behandelt (Dangschat 1998; Klocke 1998; Dienel 1998). Weitere Beiträge thematisieren vielfältige Auswirkungen, sozialpädagogische Fragestellungen, sozialpolitisches Handeln und qualitative Studien zum weiteren Problem- und Politikbereich Kinderarmut.

Zimmermann (1998b) präsentiert Quoten relativer Einkommensarmut von 1995, aufgegliedert nach sozio-ökonomischen Merkmalen für alte und neue Bundesländer auf Basis der Befragung von 1995 des Sozio-ökonomischen Panels (vgl. auch Zimmermann 1998a) und vergleicht sie mit Daten der Sozialhilfestatistik. „Die ... aus der Sozialhilfestatistik aufgezeigten Tendenzen der Verarmung bestimmter Bevölkerungsgruppen (insbesondere kinderreiche Famili-

en, Alleinerziehende und in der Folge Kinder und Jugendliche) werden durch die Untersuchung zur relativen Einkommensarmut nicht nur bestätigt, sondern verstärkt“ (Zimmermann 1998b: 62f). Einschränkend kann hierzu bemerkt werden, daß zwar für den Sozialhilfebezug die Entwicklung für Minderjährige von 1970 bis 1993 aufgezeigt wird, daß allerdings relative Einkommensarmut nur zeitpunktbezogen für 1995 dargestellt wird. Bei einer 50-%-Schwelle werden für die alten Bundesländer für drei Altersgruppen von Kindern Quoten zwischen 18% und 22% ausgewiesen und für die neuen Bundesländer zwischen 16% und 17%. Die Differenzierung nach dem Familienstand der Befragten zeigt das erhöhte Armutsrisiko von Geschiedenen und getrennt lebenden Personen.

Andreß und Lipsmeier (1998: 43) vergleichen bei der Untersuchung von „Kosten von Kindern“ auch Quoten relativer Einkommensarmut für Haushalte mit unterschiedlicher Kinderzahl bei Verwendung von drei verschiedenen Äquivalenzskalen. Als Datenbasis wurde der Sozialwissenschaften-Bus III/1996 verwendet. Paare mit drei oder mehr Kindern weisen bei allen Äquivalenzskalen besonders hohe Armutsrisiken auf. Die Kinderzahl wirkt sich in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich stark auf das Armutsrisiko aus (vgl.Kapitel 3.4.1.1). Joos und Meyer (1998) haben anhand der Daten des Sozioökonomischen Panels auch die Entwicklung der Einkommensarmut bei Kindern als jährliche Zeitreihe von 1990 bis 1995 dargestellt. Daneben werden auch Informationen zum zeitlichen Verlauf von Einkommensarmut für diesen Zeitraum ausgewertet (vgl. Kapitel 3.3). Die Quoten in den neuen Bundesländern nähern sich, ausgehend von einem niedrigen Niveau von 4,7% 1990, im Untersuchungsverlauf auf 14,2% 1995, an diejenigen der alten Bundesländer an (vgl. Nauck und Joos 1995; Joos und Nauck 1995; Joos 1997).

Empirische Ergebnisse zur Berechnung des Ausmaßes der Einkommensarmut bei Kindern werden teilweise kontrovers diskutiert. In einem Beitrag zur Kinderarmut in Europa (Klocke 1998: 141f) werden die niedrigen Quoten, die sich aus der Berechnungsweise von Rainwater und Smeeding (1995) ergeben, kriti-

siert. Bei der Kritik wird der normative Charakter der Abgrenzung von relativer Einkommensarmut mit einer Bedarfsgewichtung entsprechend den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe und einer Armutsabgrenzung relativ zum arithmetischen Mittel, wie sie von Hauser in die deutsche Armutsforschung eingeführt wurde, deutlich (vgl. Krause 1997: 23; Hauser 1995). Klocke macht zur Armutsabgrenzung in seinem europäischen Überblick widersprüchliche Aussagen. So wird angemerkt, daß die Studie von Rainwater und Smeeding (1995) die beste Datengrundlage zur Kinder- und Jugendarmut liefere, daß eine Armutsabgrenzung am Median in einer asymmetrischen Einkommensverteilung sinnvoll sei, und daß Personen in den oberen Einkommensgruppen in Umfragen dazu neigen würden, ihre Einkommen zu niedrig anzugeben. Dies alles sind wichtige Gründe nicht das arithmetische Mittel als Maß für den zentralen Wert zu verwenden (vgl. Kapitel 3.2.1.3; Krause 1997: 22ff). Bei der Verwendung des Medians bleiben z.B. hohe Einkommen (einschließlich Ausreißer) bei der Armutsabgrenzung unberücksichtigt. Klocke kritisiert dann allerdings, daß die Armutsquoten bei einer Abgrenzung am Median niedriger ausfielen als bei der in Europa gebräuchlichen Abgrenzung am arithmetischen Mittel. „Eine Armutsberechnung entlang des Medians führt also zu einer Unterschätzung der tatsächlichen Armutsbetroffenheit (so bei Weick 1996)“. Es wird angeführt, daß einer Kinderarmutsquote von 6,8% für das Jahr 1990 in der Studie von Rainwater und Smeeding 16% in einem Beitrag im Datenreport (Habich und Krause 1997) gegenüberstünden.

Da Armut nicht rein wissenschaftlich definiert werden kann und immer normative Komponenten eingehen (vgl. Leu 1997: 9), gibt es verschiedene Möglichkeiten Armut abzugrenzen. Methodisch anzumerken wäre weiterhin, daß die großen Unterschiede bei den aufgeführten relativen Kinderarmutsquoten vor allem auch von den zugrundeliegenden Äquivalenzskalen zurückzuführen sind. Insbesondere Kinderarmutsquoten auf der Basis von Äquivalenzskalen mit starker Personengewichtung erweisen sich als vergleichsweise hoch, und zudem reagieren sie besonders sensibel auf unterschiedliche Maße der zentralen Tendenz (vgl. Kapitel 3.2.1) So werden die europäischen Standards, die zu

hohen Kinderarmutsquoten führen, als nicht adäquat betrachtet (Muffels und Dirven 1998: 248.) Ein weiterer, vergleichsweise geringer Effekt in Richtung einer niedrigeren Quote ergibt sich daraus, daß bei der Berechnungsweise von Rainwater und Smeeding das Medianeinkommen nicht über Personen, sondern über Haushalte als Untersuchungseinheit ermittelt wird und auch Veränderungen des Bedarfs im Lebenszyklus einbezogen werden.

Honig und Ostner (1998) zeigen sich in ihrem Beitrag verwundert, daß bei einer gesamtdeutschen Berechnung 1995 „nur“ etwa ein Viertel der westdeutschen Kinder in Alleinerziehendenhaushalten unter der Armutsschwelle nach Smeeding und Rainwater leben: „Folgt man Weick, ist Armut sehr viel weniger als angenommen das Schicksal Alleinerziehender und ihrer Kinder, sondern betrifft primär solche Haushalte, die trotz Erwerbsanstrengungen beider Eltern die Armutsschwelle nicht überschreiten konnten.“ Hierzu läßt sich sagen, daß Alleinerziehende bei verschiedenen Berechnungsverfahren ein besonders hohes Risiko aufweisen unter die Schwelle relativer Einkommensarmut zu fallen, daß aber die Mehrheit der Kinder in Einkommensarmut aus „Normalfamilien“ mit beiden Elternteilen kommt, obwohl das Armutsrisiko deutlich geringer ist (vgl. Kapitel 3.4.1). Anders als bei der schwarzen Bevölkerung in den USA verbringt in der Bundesrepublik die überwiegende Mehrheit der Minderjährigen ihre gesamte Kindheit mit beiden Elternteilen. Bereits in Untersuchungen zur Armutsentwicklung seit den 60er Jahren wird das erhöhte Risiko von Einkommensarmut bei Familien mit mehreren Kindern herausgestellt und eine zentrale Ursache in unzureichenden staatlichen Transferleistungen gesehen (Hauser und Semrau 1989: 17). Die Sozialhilfestatistik bietet hier eine andere Perspektive. Bei der bekämpften Armut überwiegen Kinder von Alleinerziehenden. So befinden sich im Kinderdatensatz der Bremer Längsschnittstichprobe von Sozialhilfeakten mehr als die Hälfte der ansässigen Kinder mit Sozialhilfebezug in Alleinerziehendenhaushalten (Buhr 1998: 76). In der gesamtdeutschen Querschnittbetrachtung von 1997 erhält man ähnliche Proportionen: Nahezu die Hälfte aller Kinder unter 18 Jahren mit Sozialhilfebezug (48,8%) lebt in Haushalten von alleinerziehenden Frauen (Presse-und Informationsamt der Bunde-

regierung 1999: 9). Das ist auch ein Hinweis darauf, daß Alleinerziehende eher Sozialhilfe beantragen als zusammenlebende Eltern.

Für die Untersuchung von Einkommensarmut bei Kindern im individuellen Längsschnitt wurden bisher nur vereinzelt Ergebnisse für die Bundesrepublik vorgestellt. Für Kinder, die nach 1990 in Einkommensarmut absanken (50% des Medianeinkommens), wurde eine Analyse zur Verweildauer vorgestellt (Joos und Meyer 1998: 29). Für zeitdiskrete Paneldaten, wird hier ein ereignisanalytisches Modell mit kontinuierlicher Zeitachse berechnet (vgl. Blossfeld u.a. 1986). Eine Besonderheit liegt darin, daß ein Anhalten der Armutszeiten solange angenommen wird, bis das Äquivalenzeinkommen höher als 60% des Medianeinkommens liegt (vgl. Duncan u.a. 1993). Bei einer solchen Vorgehensweise liegen nach vier Jahren in Westdeutschland noch zwei Drittel und in Ostdeutschland etwa die Hälfte der Kinder unter der Armutsschwelle. Ein Problem liegt in der fehlenden Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit anderen grundlegenden Ergebnissen zum Armutsverlauf für die erwachsene Bevölkerung (Habich u.a. 1991, Krause 1994, Krause 1997).

2.3.4 Längerfristige Entwicklungstrends beim Anteil von Kindern in einkommensschwachen Haushalten in den alten Bundesländern

Neben den besprochenen internationalen Studien gibt es nur wenige Befunde zur längerfristigen Entwicklung von Einkommensarmut für Kinder unter 18 Jahren. Einige Analysen reichen allerdings bis in die sechziger Jahre zurück (Semrau 1990; Hauser und Semrau 1989;1990b). Hierzu konnten verschiedene Befragungsjahrgänge (1963; 1969, 1973, 1978, 1983) der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes genutzt werden. Die geringe Zahl der Publikationen zu diesem Thema in Deutschland hängt nicht zuletzt mit der restriktiven Datenweitergabepraxis des Statistischen Bundesamtes zusammen. So konnten bis vor kurzem nur wenige wissenschaftliche Einrichtungen die Daten der EVS nutzen. Mittlerweile ist die Datenweitergabe auch für die EVS erleichtert (Münnich und Papastefanou 1997).

Zu beachten ist, daß Armutsquoten (BSHG-Skala) auf Basis der EVS niedriger ausfallen als auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Während bei der Berechnung von Smeeding und Rainwater (1995) die Unterschiede der Einkommensarmutsquote für Kinder auf Basis der EVS von 1983 und SOEP von 1984 nur 1,6% betragen, liegen die Quoten nach den Berechnungen von Hauser und Semrau (1990b) für deutsche Kinder auf der Basis des SOEP 1984 mit ca. 20% etwa doppelt so hoch wie auf Basis der EVS. Neben den starken Einflüssen der Berechnungsverfahren wirkt sich auch eine systematische Untererfassung von Haushalten im unteren Einkommensbereich bei der EVS aus, da es sich bei dieser amtlichen Befragung nicht um eine Zufallsstichprobe handelt (vgl. Kitterer 1986; Hauser und Hübinger 1993a: 53ff)**.** Bei Verwendung der Sozialhilfeskala treten diese Differenzen besonders stark hervor. Hauser und Semrau (1990b: 34) vermuten, daß die Einkommensangaben bei der Befragung im SOEP zu niedrig ausfallen und sich dies ebenfalls in Richtung höherer Einkommensarmutsquoten auswirke. Untersuchungen hierzu zeigen allerdings, daß diese Antworttendenz vor allem im oberen Einkommensbereich zutrifft (Hoffmeyer-Zlotnik und Krebs 1993) und somit bei einer Berechnung der Armutsschwelle anhand der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht zum Tragen kommen dürfte. So liegen Einkommensarmutsquoten, deren Schwellenwert auf dem arithmetischen Mittel der Angaben zum Haushaltseinkommen im SOEP beruhen, auch höher als bei einer Abgrenzung anhand der amtlichen Statistik.

Mit den Daten der EVS können, auch zur Einkommensarmut bei Kindern, Zeitreihen bis in die sechziger Jahre berechnet werden. Im Trendverlauf erkennt man, daß der Anteil von Kindern unter 18 Jahren in relativer Einkommensarmut seit Ende der 60er Jahre erheblich gesunken ist. 1969 lag der Anteil von Kindern in relativer Einkommensarmut bei ca. 14% (vgl Tabelle 5). Zur Armutsabgrenzung wird in dieser Untersuchung auf das „Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte“ in der amtlichen Statistik Bezug genommen.

Tabelle 5: Anteil von Kindern und alten Menschen in einkommensschwachen Haushalten nach Geschlecht 1963-1983

Geschlecht/Alter	1963	1969	1973	1978	1983
Gesamt	14.8	9.1	5.5	6.2	7.0
Frauen					
unter 18 Jahren	-	14.3	7.1	8.7	9.8
65 Jahre und älter	-	12.9	9.2	9.3	7.2
Männer					
unter 18 Jahren	-	13.8	7.7	8.7	10.4
65 Jahre und älter	-	9.0	8.6	8.5	7.8

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983. Die Armutsschwelle wurde auf Basis des „Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte“ aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet.

Quelle: Hauser und Semrau 1989: 19

Sowohl bei Mädchen als auch bei Jungen ist bei Verwendung der 50-%-Schwelle nahezu eine Halbierung der Anteile von 1969 bis 1973 zu erkennen. Danach ist bis 1983 ein erneuter, allerdings geringerer Anstieg der Einkommensarmut bei Kindern zu verzeichnen. Die Anteile steigen dann bis 1983 auf ca. 10% an, bleiben aber damit deutlich unter dem Ausgangsniveau[5] von 1969.

Anders als bei Kindern ist bei Frauen über 65 Jahren zwar ein langsamerer Rückgang der Armutsquote zu beobachten, allerdings ohne erneuten Anstieg. 1983 waren alte Männer und Frauen ab 65 Jahren weniger von Einkommensarmut betroffen als Kinder. Eine Umkehrung der Altersrisikostruktur wie beim Sozialhilfebezug ist in diesem Zeitraum allerdings nicht zu erkennen, da bereits 1969 die Einkommensarmutsquote der Kinder höher war als bei Frauen ab 65 Jahren.

Tabelle 6: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten nach Lebensformen 1963-1983

Personen in Haushaltsformen	1963	1969	1973	1978	1983
Gesamt	14.8	9.1	5.5	6.2	7.0
Ehepaare	15.2	8.7	5.0	5.7	6.1
ohne Kinder	9.5	5.0	4.5	4.9	4.5
1 Kind	4.1	2.4	1.3	2.2	3.5
2 oder mehr Kinder	23.6	13.5	6.8	7.7	8.8
Alleinerziehende	28.3	11.5	7.7	16.3	22.1
1 Kind	13.7	4.9	6.7	7.1	11.0
2 oder mehr Kinder	42.4	19.4	9.5	25.1	35.3

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983. Die Armutsschwelle wurde auf Basis des „Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte“ aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet.

Quelle: Hauser und Semrau 1989: 18

Für den früheren Zeitpunkt von 1963 ist nur eine Quote für die Gesamtbevölkerung ausgewiesen. Da die Gesamtquote seit 1963 erheblich abgenommen hat, kann man davon ausgehen, daß die Quote für die Teilpopulation von Kindern bereits in den 60er Jahren deutlich zurückgegangen ist. Erhärtet wird dieser Befund durch die Entwicklung der Einkommensarmut in Familienformen mit Kindern (vgl. Tabelle 6). Auch wenn diese Auswertungen nicht separat für die Altersgruppe von Kindern berechnet wurden, lassen sich zentrale Trends der Armutsentwicklung anhand der Aufgliederung für verschiedene Lebensformen insgesamt erkennen. In Lebensformen mit Kindern ist zwischen 1963 und 1969 ein deutlicher Rückgang der Einkommensarmut zu erkennen. Vor allem bei Alleinerziehenden (aller Altersgruppen) hat in diesem Zeitraum der Anteil in relativer Einkommensarmut von 28,3% auf 11,5% deutlich abgenommen. Bei Alleinerziehenden mit mindestens zwei Kindern ist zwischen 1963 und 1973 ein Rückgang der Einkommensarmutsquote von 42,4% auf 9,5% zu beobach-

ten. Ab 1978 ist allerdings ein erneuter Anstieg zu verzeichnen. Gerade bei Alleinerziehenden mit mindestens zwei Kindern ist bis 1983 der stärkste Wiederanstieg auf 35,3% zu erkennen. Auch in der Lebensform „Ehepaare mit zwei und mehr Kindern“ ist zunächst ein starker Rückgang der Quote von 23,6% im Jahr 1963 auf 6,8% zehn Jahre später zu beobachten. Der Wiederanstieg auf 8,8% bis 1983 fällt allerdings deutlich geringer aus als bei Alleinerziehenden. Besonders niedrig liegt die Quote durchgängig bei Ehepaaren mit einem Kind, sogar unter derjenigen von Ehepaaren ohne Kinder. Die vorgestellten Analysen auf Basis der EVS reichen weiter zurück als diejenigen auf Grundlage der Luxemburg Income Study. Dadurch ist ein deutlicher Rückgang der Einkommensarmut bei Kindern seit Ende der sechziger Jahre zu erkennen. Mit Ausnahme der Alleinerziehenden konnte das niedrige Niveau bis Anfang der achtziger Jahre nahezu gehalten werden.

2.3.5 Einkommensarmut und Lebensqualität von Kindern

In der Sozialforschung zur Einkommensarmut in Deutschland wurden auch Lebensbedingungen und Lebensqualität in die Betrachtung eingeschlossen (vgl. Glatzer und Hübinger 1990). Diese Untersuchungen beziehen sich allerdings auf die erwachsene Bevölkerung oder die Gesamtbevölkerung. Für die Schweiz wurde eine umfangreiche Studie durchgeführt, die Einkommensarmut im Zusammenhang mit den Lebensbedingungen in verschiedenen Lebensbereichen untersucht (Leu u.a. 1997). Die Armutsstudie des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Hanesch u.a. 1994) untersucht neben qualitativen Daten und Sozialhilfedaten auch Unterversorgungslagen in einzelnen Lebensbereichen mit den Wiederholungsbefragungen des Sozio-ökonomischen Panels von 1990 bis 1992 (Hanesch u.a. 1994). Hierzu werden auch Zusammenhänge zwischen Einkommensarmut und Deprivationen in anderen Lebensbereichen präsentiert (vgl. Tabelle 1). Auch subjektive Befindlichkeiten wurden in diese Analysen einbezogen. Auf Basis der Wohlfahrtssurveys (vgl. Glatzer und Zapf 1984; Habich, Noll und Zapf 1994) wurden für Westdeutschland vermehrte Unterversorgungslagen im Niedrigeinkommensbe-

reich beim Wohnen und der Ausbildung, weniger bei der Gesundheit nachgewiesen (Schott-Winterer 1990: 63). Im Zeitvergleich von 1978 bis 1988 war eine Abschwächung der Problemlagen zu erkennen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist in der Armutsgruppe geringer als in der Gesamtbevölkerung oder bei anderen Unterversorgungslagen. Nur Arbeitslose äußern sich unzufriedener als Einkommensarme. Daneben äußern Arme vermehrt Ängste und Sorgen oder sind häufig unglücklich und niedergeschlagen (Berger 1984a 278). Eine Untersuchung zu sozialen Netzwerken im unteren Einkommensbereich kann zwar eine geringere gesellschaftliche Partizipation, aber keine übergreifende gesellschaftliche Exklusion bei Niedrigeinkommen aufzeigen (Andreß, Lipsmeier und Salentin 1995). Dennoch erleben Einkommensarme erhebliche Einschränkungen im Konsum- und Freizeitbereich, insbesondere beim Urlaub, wie eine umfangreiche Armutsuntersuchung bei Caritas- Klienten zeigt, die auch die Lebensbedingungen in verschiedenen Lebensbereichen in die Betrachtung einbezieht (Hauser und Hübinger 1993a).

Tabelle 7: Einkommensarmut und Unterversorgung in drei Lebensbereichen

	Unterversorgung 1992 für Einkommensarme in den Bereichen		
	Wohnraum	Registrierte Arbeitslosigkeit	Fehlender Berufsabschluß
Ost			
Alle	15,8	17,6	10,2
Einkommensarme	26,4	31,3	15,0
West			
Alle	10,5	3,9	24,2
Einkommensarme	24,3	11,1	44,3
Gesamt			
Alle	11,5	6,7	21,4
Einkommensarme	25,0	17,8	34,6

Quelle: Hanesch u.a. 1994: 181 (Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel)

Für die Teilpopulation Kinder liegen vergleichbare Studien für Deutschland zu Einkommensarmut und dem Versorgungsniveau in verschiedenen Lebensbereichen oder Folgen von Armut nicht vor (vgl. Walper 1997: 266f; Buhr 1998: 81ff). Hier werden eher einzelne empirische Ergebnisse, die sich bei der Operationalisierung von Kinderarmut zum Großteil erheblich unterscheiden, präsentiert (vgl. Klocke und Hurrelmann 1998; Mansel und Neubauer 1998). Zwar lassen sich mittelbar aus den Untersuchungen zur erwachsenen Bevölkerung Rückschlüsse auf die Lebensbedingungen von Kindern ziehen, dennoch treten bei der kindzentrierten Analyseperspektive Problemlagen zum Teil erst deutlich hervor (Nauck 1997). Verschiedene Lebens- und Familienformen sind mit einem erhöhten Armutsrisiko verbunden. Die Zunahme von Lebensformen mit Kindern außerhalb der traditionellen Familie spielen hier eine Rolle. Insbesondere Alleinerziehende haben neben Haushalten mit mindestens drei Kindern ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko (Habich und Krause 1997: 524; Nauck und Joos 1995; Weick 1996a). Haushalte mit Kindern haben insgesamt in verschiedenen Bereichen vermehrt Unterversorgungslagen (Zimmermann 1998b).

Dem Erwerbsstatus kommt bei den Armutsrisiken eine entscheidende Rolle zu. In den neuen Bundesländern ist der Zusammenhang zwischen Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit enger als in den alten Bundesländern: Mehr als 30% (West: 11%) der Einkommensarmen waren 1992 auch arbeitslos gemeldet (Hanesch u.a. 1994. 181). Untersuchungen weisen auch vielfältige Folgen von Arbeitslosigkeit für die Entwicklung von Kindern im Bereich der Schule und subjektiver Beeinträchtigungen nach (Walper 1997). Auch bezüglich der Bildungschancen von Kindern wirkt sich Einkommensarmut aus. So tendieren Eltern in niedrigen Bildungsschichten dazu, bei Einkommensverknappung, längere Ausbildungszeiten der Kinder zu vermeiden. Andere Analysen haben auch gezeigt, daß bei Kindern insgesamt die Wohnraumversorgung schlechter ist als bei Erwachsenen (Hanesch u.a. 1994: 167). So war die Unterversorgung beim Wohnraum 1992 bei Kindern doppelt so hoch wie bei Erwachsenen, was nicht zuletzt mit der weiteren Verbreitung von Einkommensarmut bei Kindern gegenüber Erwachsenen zusammenhängen dürfte. Auch der Gesundheitszu-

stand ist nicht unabhängig von der Einkommensposition. Das betrifft die Ernährung von Kindern, aber auch eine erhöhte perinatale Sterblichkeit bei geringer Schulbildung der Mütter und bei Arbeiterkindern weist auf einen Zusammenhang von Gesundheitszustand und Einkommensarmut hin (Neubauer 1998). Ergänzend dazu, gibt es Befunde, die im Haushaltskontext von Kindern relevant sind. So hat sich auf der Basis von Daten der Bundesanstalt für Angestellte gezeigt, daß die Sterblichkeit von Angestellten in den unteren Gehaltsklassen höher ist als in den oberen.

Ergebnisse mit Daten von Kindersurveys haben eher schwache Zusammenhänge zwischen Einkommenspositionen und subjektivem Wohlbefinden identifizieren können (vgl. Kapitel 2.1.1). Hier ist von besonderer Bedeutung, wie sich finanzielle Härten auf das Mikroklima in der Familie auswirken (vgl. Lang 1985). So kann finanzieller Druck mit vermehrten depressiven oder feindseligen Stimmungen der Eltern einhergehen. Dies führt nicht nur zu Ehekonflikten, sondern auch zu Belastungen der Eltern-Kind-Beziehungen (Walper 1997: 275ff). Entscheidend für das subjektive Befinden der Kinder in Einkommensarmut ist, wie Eltern die Auswirkungen von knappen Finanzmitteln moderieren und auch ob soziale Unterstützung außerhalb der Familie verfügbar ist. Der Zusammenhang zwischen der Dauer von Armut und ihren Folgen für die kindliche Entwicklung sind nicht eindeutig geklärt. Dennoch konnten verstärkt kognitive und emotionale Probleme bei Kindern mit langanhaltender Armut identifiziert werden (Buhr 1998: 82f).

2.4 Schlußfolgerungen für die Analysen mit dem Sozio-ökonomischen Panel

Die systematische Untersuchung von Lebensbedingungen für Kinder in Deutschland hat erst begonnen. Zu ausgewählten Aspekten liegen sozialstrukturelle Untersuchungen vor. Der Zusammenhang mit Einkommensarmut bei Kindern ist dabei bisher kaum berücksichtigt worden. Auch die neueren Sammelbände mit empirischen Analysen zur Armut bei Kindern (Klocke und Hurrelmann 1998; Mansel und Neubauer 1998) stellen hier eher spezifische

Aspekte dieses Problembereiches zusammen oder sind stark auf Soziale Arbeit ausgerichtet (Otto 1997). Bei der Untersuchung der Lebensqualität ist der Bezug zur Armutsproblematik oft nur indirekt, z.B. über Berufsgruppen, soziale Schichtung oder Armutsrisikofaktoren hergestellt. Weiterhin werden auch in den Sammelbänden nahezu in jedem Beitrag unterschiedliche Abgrenzungen für Kinderarmut verwendet. Damit liegt sicherlich ein Problem in der geringen Kohärenz der verschieden Untersuchungen.

In den USA wurde ein Berichtssystem über Kinder geschaffen, das anhand langfristiger konsistenter Zeitreihen zentrale Entwicklungen, auch auf dem Gebiet der Einkommensarmut, konsistent dokumentiert (Hernandez 1993; Land 1998). Von den großen supranationalen Organisationen wird für internationale Vergleiche zur Armutsproblematik in Industrieländern in der Regel auf das Konzept der relativen Einkommensarmut zurückgegriffen (vgl. u.a. Hagenaars u.a. 1995; Eurostat 1997; Hauser 1997). Auch in dieser Arbeit wird im Anschluß an die deutsche Sozialindikatorenforschung (vgl. Glatzer 1977a) das Konzept der relativen Einkommensarmut (50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens), trotz vielfältiger Kritikpunkte (vgl. Krämer 1997), auf die Bevölkerungsgruppe von Kindern unter 18 Jahren verwendet. Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob unterschiedliche Berechnungsverfahren von relativer Einkommensarmut nicht nur unterschiedliche Niveaus von Armutsquoten ergeben, sondern ob sich auch die ermittelten Entwicklungstrends unterscheiden. Ergänzend hierzu wird Einkommensarmut bei Kindern auch im individuellen Längsschnitt untersucht.

Das Einkommen in Haushalten mit Kindern wird als zentrale Ressource betrachtet, die die Lebensbedingungen und die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten und Wohlfahrtsdefizite entscheidend beeinflußt (vgl. Glatzer und Hübiger 1990). „Armut ist nicht nur Einkommensarmut. Sie betrifft auch andere Lebensbereiche“ (Walper1995: 185). Untersuchungen für die erwachsene Bevölkerung weisen Zusammenhänge zwischen Unterversorgungen in zentralen Lebensbereichen wie Wohnen, Bildung, Erwerbstätigkeit, aber auch

beim subjektiven Wohlbefinden und Einkommensarmut nach (Leu u.a. 1997; Schott-Winterer 1990; Berger 1984a). Eine entsprechende Konzeptualisierung für Kinder mit repräsentativen Daten steht bisher erst noch am Beginn und hat als Untersuchungseinheit Haushalte (Zimmermann 1998b), d.h. es fehlen grundlegende Informationen zur Betroffenheit von Kindern hierzu (Walper 1995: 186 ff). In dieser Arbeit werden nun im Überblick Lebensbedingungen in den Bereichen Haushalts- und Familienformen, Erwerbstätigkeit, Transfereinkommen, Bildung, Wohnen, Gesundheit sowie Freizeit und Partizipation für Kinder in einkommensarmen und einkommensstärkeren Haushalten vergleichend untersucht.

Einstellungen und subjektives Wohlbefinden im Elternhaus, das auch Auswirkungen auf das Befinden der Kinder hat (Walper 1997), ergänzen die Betrachtung zur Lebensqualität von Kindern. Dazu zählen neben eher spezifischen Aspekten, wie der Einschätzung der eigenen Einkommens- oder Wohnsituation auch allgemeinere Aspekte wie subjektive Prioritäten, Zufriedenheiten in verschiedenen Bereichen oder Ängste und Sorgen. Subjektives Wohlbefinden bei Kindern kann in diesem Zusammenhang nicht direkt beobachtet werden, wie dies bei Analysen von Kindersurveys im Vordergrund stand (vgl. Lang 1985; Klocke 1998; Bacher 1998). Wie in den beiden größeren deutschen Armutsstudien (Hauser und Hübinger 1993a; Hanesch u.a. 1994), die umfassende Informationen zur Lebenslage einbeziehen, wird in diesem Teil der Arbeit eine Abgrenzung von einkommensschwachen Haushalten auf Basis der Regelsatzproportionen der Sozialhilfe (BSHG) vorgenommen. Aufgrund der kontroversen Auffassungen über Einkommensarmut soll im folgenden auf den Armutsbegriff weitgehend verzichtet werden und stärker der Aspekt der Einkommensungleichheit betont werden. Es wird deshalb der normativ weniger stark besetzte Begriff von Kindern in „einkommensschwachen“ Haushalten verwendet.

3 Empirische Analysen zu Kindern in einkommensschwachen Haushalten

In diesem Kapitel werden die eigenen empirischen Analysen zur Berechnungsweise, Verteilung, Entwicklung und zeitlichem Verlauf von relativer Einkommensarmut bei Kindern in den alten und neuen Bundesländern vorgestellt. Weiterhin werden Auswertungen zu Lebensbedingungen und Lebensqualität in ausgewählten Lebensbereichen für Kinder in einkommensschwachen und einkommensstärkeren Haushalten vergleichend präsentiert.

3.1 Datenbasis

Als Datengrundlage für die Einkommensanalysen dient das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), eine bevölkerungsrepräsentative Wiederholungsbefragung, die seit 1984 jährlich in den alten Bundesländern bei deutschen und ausländischen Haushalten durchgeführt wird (vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel 1995). Seit 1990 wird auch Ostdeutschland (damals noch DDR) in die Längsschnittuntersuchung einbezogen. Im SOEP werden die Bereiche Einkommen und Erwerbstätigkeit in der Bevölkerung detailliert erfaßt. Die Untersuchung erlaubt es, neben der Einbeziehung der ausländischen Bevölkerung sowohl die Entwicklung im Trendverlauf aus der Perspektive wiederholter Querschnittbefragungen als auch individuelle Verläufe von Personen und Haushalten im Längsschnitt zu beobachten. Im SOEP werden alle Personen ab 16 Jahren in den Haushalten von verschiedenen Teilstichproben befragt. Zur Stichprobe gehören allerdings auch Kinder unter 16 Jahren.

Teilstichprobe A enthält etwa 4500 Privathaushalte mit deutschem Haushaltsvorstand (bzw. ausländischem Haushaltsvorstand, mit einer Nationalität, die nicht in Stichprobe B enthalten ist). Teilstichprobe B enthält etwa 1500 Privathaushalte mit italienischem, griechischem, jugoslawischem oder türkischem Haushaltsvorstand. Beide Stichproben haben das Basisjahr 1984. 1990 wurde Stichprobe C mit 2000 Privathaushalten in Ostdeutschland mit deutschem Haushaltsvorstand in die Paneluntersuchung mit einbezogen.

Im Sozio-ökonomischen Panel bleibt im Zeitverlauf die Repräsentativität erhalten, da die inländischen Bevölkerungsbewegungen in der Stichprobe berücksichtigt werden. Auch die Zuwanderung aus den früheren Anwerbeländern für ausländische Arbeitskräfte (Familiennachzug) nach 1984 wird über die Stichprobe abgedeckt. Andere ausländische Zuwanderergruppen konnten jedoch nicht in die Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels gelangen. Um diese Lücke zu schließen wurde die Zuwandererstichprobe in die Untersuchung einbezogen: Stichprobe D erfaßt 500 Privathaushalte in Westdeutschland, in denen Personen leben, die zwischen 1984 und 1994 zugewandert sind und nicht im Rahmen des Familiennachzuges aus den früheren Anwerbeländern für Gastarbeiter kamen.

Im Basisjahr (1984) wurden in Teilstichprobe A 9076 Interviews realisiert, in Teilstichprobe B waren es 3169 Interviews. Bei Teilstichprobe C konnten im Basisjahr (1990) 4453 Personen befragt werden (Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel 1995). Die erste Befragung in Ostdeutschland im Jahr 1990 fand noch vor der Wirtschafts- und Währungsreform statt, als die DDR-Mark noch gültige Währung war. Für das Jahr 1995 können bei der Zuwandererstichprobe (Teilstichprobe D) 1078 Personeninterviews analysiert werden. Stichprobenpersonen bis 16 Jahre werden im Sozio-ökonomischen Panel zwar nicht selbst befragt, dennoch können Auswertungen im Haushaltszusammenhang bei ihnen durchgeführt werden. So können insbesondere Angaben, die für den gesamten Haushalt im Haushaltsfragebogen erhoben wurde auch für die nicht selbst befragten Kinder ausgewertet werden (z. B. Wohnbedingungen, Haushaltseinkommen, Bildungseinrichtungen der Kinder etc.). Weiterhin können auch Verknüpfungen zu den Angaben der Mütter und deren (Ehe-)Partner im Haushalt zu nichtbefragten Kindern hergestellt werden[6].

Als Basis für die Analysen zur Einkommensverteilung wird das monatliche Haushaltseinkommen verwendet. Es stellt in diesem Zusammenhang ein summarisches Maß für die verschiedenen Einkommensarten dar, die in einen Haushalt einfließen. Im Sozio-ökonomischen Panel wird im Haushaltsfragebo-

gen das monatliche Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder mittels eines sogenannten Income Screeners erfragt[7]. Methodisch ist anzumerken, daß zwar Einkommen in Umfragen häufig zu niedrig angegeben werden, aber Untersuchungen weisen darauf hin, daß die Struktur der Einkommensverteilung weitgehend unverzerrt bleibt (Krause 1997: 59ff; Eggen 1998: 63ff).

Direkt für die einzelnen Kinder in den Stichprobenhaushalten sind Kindergarten- und Schulbesuch erhoben. Merkmale des Haushaltes wie die Wohnbedingungen, die familialen Lebensformen oder der Bezug staatlicher Transferleistungen im Haushalt können auch für die Kinder als Untersuchungseinheit ausgewertet werden. Merkmale der Eltern wie Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit, Freizeitaktivitäten und auch subjektive Indikatoren können mit den SOEP-Daten ebenfalls kindbezogen ausgewertet werden. Wohlbefinden oder Einstellungen von Kindern selbst können auf dieser Datenbasis nicht untersucht werden.

Erfassungsprobleme mit Bevölkerungsumfragen gibt es bei einigen Bevölkerungsgruppen die besonders von Armut betroffen sind, wie Anstaltsbevölkerung nichtbefragbare (z.B. wegen Behinderung), nichtseßhafte oder besonders mobile Bevölkerungsgruppen. Diese Bevölkerungsgruppen können bei den Auswertungen nicht berücksichtigt werden. Hinzu kommt die Problematik der Panelselektivität von einer Welle zur nächsten (Krause 1997: 53ff). Es wird jedoch die Möglichkeit genutzt, vermehrte Ausfälle im unteren Einkommensbereich durch Gewichtungsverfahren auszugleichen. Dazu werden auch Informationen vorangegangener Befragungen genutzt.

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1994 ist eine Studie des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim und des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung in Köln und wurde für Einstellungen zur Einkommensungleichheit ausgewertet. An der Befragung nahmen 2342 Personen in den alten Bundesländern und 1108 Personen (ab 18 Jahren) in den neuen Bundesländern teil (Koch u.a. 1994).

3.2 Ausmaß und Entwicklung der Einkommensungleichheit bei Kindern

Zunächst werden in diesem Kapitel exemplarisch die Auswirkungen verschiedener Äquivalenzskalen und Abgrenzungen auf relative Einkommenspositionen und Bevölkerungsanteile mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens aufgezeigt. Ein weiterer Teil beschäftigt sich mit der Entwicklung der Einkommensungleichheit von Kindern im Vergleich zur erwachsenen Bevölkerung. Untersucht werden die Einkommenskonzentration (Gini-Index) und der Anteil in einkommensschwachen Haushalten. Dabei werden Ausländer und Aussiedler gesondert berücksichtigt. Weiterhin werden Auswertungen zur Intensität (= Distanz zum Schwellenwert) des Niedrigeinkommens und zur Dauer von einkommensschwachen Positionen sowie Einkommensänderungen in Zeiten unterhalb und oberhalb des Schwellenwertes vorgestellt.

3.2.1 Äquivalenzskalen und verschiedene Berechnungsverfahren

Am Beispiel von drei unterschiedlichen Bedarfsgewichtungen für das Haushaltsnettoeinkommen wird in diesem Abschnitt dargestellt, wie sich, insbesondere für die Teilpopulation der Kinder unter 18 Jahren, verschiedene gebräuchliche Berechnungsverfahren auf relative Einkommenspositionen und Anteile unterhalb der 50%-Schwelle auswirken.

Durch eine Bedarfsgewichtung werden die Einkommen bei unterschiedlichen Haushaltsformen und -größen vergleichbar gemacht. Der Bedarfsgewichtung liegt die Annahme zugrunde, daß in größeren Haushalten, als gemeinsam wirtschaftenden Einheiten, der finanzielle Bedarf pro Haushaltsmitglied geringer ist als in kleinen Haushalten (Klein 1986a). Entsprechend der Haushaltsgröße wird deshalb das monatliche Haushaltseinkommen durch die Summe von Personengewichten aller Haushaltsmitglieder dividiert. Die Personengewichte können zwischen 0 und 1 liegen. Ein Gewicht von 1 für jede Person im Haushalt entspricht dem Haushaltseinkommen pro Kopf, das allerdings als überholt gilt (vgl. Hauser 1997). Diese Personengewichte bilden die Äquivalenzskala, die

festlegt, welche prozentuale Erhöhung des Haushaltseinkommens erforderlich ist, damit beim Hinzukommen weiterer Personen in einen Haushalt der materielle Wohlstand dieses Haushaltes auf dem gleichen Niveau bleibt.

Bei empirischen Untersuchungen zur Einkommensarmut hat bereits die Wahl der Äquivalenzskala einen erheblichen Einfluß auf die Armutsquote und die Haushaltsstruktur der Armutspopulation (Hagenaars u.a. 1995; Faik 1995). So sinkt bei zunehmend höherer Gewichtung weiterer Personen im Haushalt, z. B. der Anteil von Einpersonenhaushalten in der Armutspopulation, während der Anteil von Vier- bis Sechspersonenhaushalten stetig steigt.[8] Damit wird auch deutlich, daß die Auswahl einer Äquivalenzskala nicht frei von normativen Grundpositionen ist.

In nationalen und internationalen Publikationen wird eine Vielzahl von Äquivalenzskalen mit unterschiedlicher Äquivalenzelasitzität (e)[9] verwendet. Die Äquivalenzelastizität ist der Faktor, mit dem der Bedarf ansteigt, wenn sich die Haushaltsgröße erhöht. Unterschieden wird zwischen Expertenskalen und Befragungsskalen (Förster 1994: 8ff). Expertenskalen werden von Statistischen Ämtern und Institutionen festgelegt oder stammen aus wohlfahrtsstaatlichen Sozialprogrammen. Weiterhin können Skalen aus Befragungen über Konsumausgaben abgeleitet werden (Merz u.a. 1993) oder sie werden aus subjektiven Nutzenberechnungen abgeleitet (Krause 1997: 104ff). Äquivalenzskalen, die über Konsumausgaben oder subjektive Bewertungen ermittelt werden, haben deutlich geringere Personengewichte als die gebräuchlichen Expertenskalen.

Weit verbreitet für Untersuchungen zur relativen Einkommensarmut in der Bundesrepublik ist eine Äquivalenzskala, die auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe (BSHG) basiert (vgl. Hauser 1997). Entsprechend der Haushaltsgröße und des Alters der einzelnen Personen wird das monatliche Haushaltseinkommen durch die Summe von Personengewichten (Haushaltsvorstand "1", weitere Personen zwischen "0,5" und "0,8") aller Haushaltsmitglieder dividiert[10]. In der Literatur werden die Individualgewichte der Sozialhilfeskala

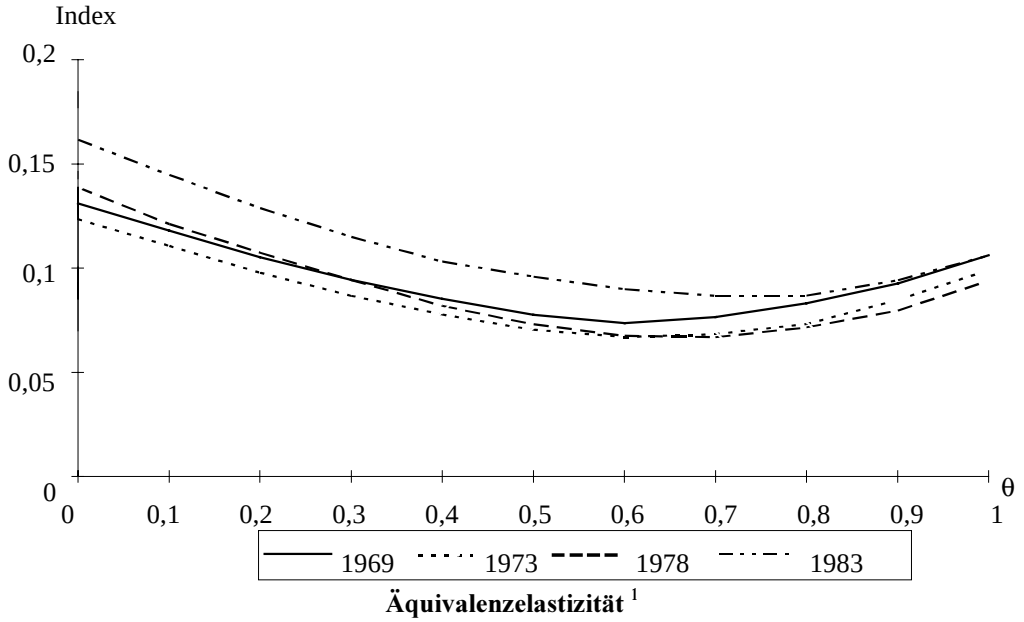
zum Teil als relativ hoch beurteilt, d. h. der Bedarf bei zunehmender Haushaltsgröße wird als zu hoch angesehen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß die Sozialhilfeskala sich auf einen relativ niedrigen Referenzbetrag bezieht, der nur den "lebensnotwendigen" Bedarf abdeckt und dabei von erheblichen Kostenfaktoren wie Mietzahlungen und Heizkosten abstrahiert, für die besonders hohe Ersparnisse bei gemeinsamer Haushaltsführung zu erwarten sind (Faik 1995: 58).

Deutlich geringer werden weitere Haushaltsmitglieder bei Verwendung der modifizierten OECD-Skala gewichtet, die seit 1995 von Eurostat verwendet wird (vgl. Hagenaars u.a. 1995; 1. Person "1"; weitere Erwachsene "0,5"; Kinder "0,3"). Das bedeutet, es werden stärkere Ersparnisse durch die gemeinsame Haushaltsführung angenommen. Die ältere Version der OECD-Skala gewichtete weitere Personen im Haushalt noch stärker ("1"; "0,7"; "0,5").

Eine jüngere Studie, die die Entwicklung von Einkommensarmut bei Kindern aus international vergleichender Perspektive zum Thema hat, verwendet eine andere Äquivalenzskala (Rainwater und Smeeding 1995). Die Skala ist in diesem Fall über eine subjektive Nutzenfunktion ermittelt und nicht über eine Bewertung von Experten (vgl. Föster 1994: 10). Sie gewichtet Personen im Haushalt meist noch geringer als die OECD-Skala, und somit wird auch das ursprüngliche Haushaltsnettoeinkommen durch die Äquivalenzgewichtung bei zunehmender Personenzahl weniger verändert als auf der Basis der OECD-Skala. Gewichte für einzelne Personen werden bei dieser Äquivalenzskala nicht einfach aufsummiert, sondern für jede Haushaltsgröße separat berechnet. Dabei wird auch das Alter des Haushaltsvorstandes berücksichtigt. Insbesondere bei einer großen Anzahl von Haushaltsmitgliedern fallen die einzelnen Personengewichte gering aus (maximal "1"; minimal "0,15" - Dreizehnpersonenhaushalt)[11]. Berechnungen auf der Grundlage dieser beiden Äquivalenzskalen sollen nicht nur methodische Unterschiede aufzeigen, sondern auch erweiterte Möglichkeiten für internationale Vergleiche schaffen.

Empirische Sensitivitätsanalysen, die den Einfluß alternativer Äquivalenzskalen auf die Höhe der Quote relativer Einkommensarmut untersuchen, zeigen, daß die Quote relativer Einkommensarmut (weniger als 50% des arithmetischen Mittels) nicht einfach mit der Höhe der Personengewichte von Äquivalenzskalen steigt. Bei Äquivalenzgewichten mit einem Spektrum von der reinen "Haushaltseinkommensvariante" (1. Person "1"; jede weitere Person "0") bis zur "Pro-Kopf-Variante" (jede Person "1") zeigt sich für Westdeutschland ein u-förmiger Zusammenhang mit der Höhe der Quote (Abbildung 4; vgl. Faik 1995: 362 f.). Da auch die Haushaltsstruktur der Population unter dem Schwellenwert in starkem Maße von der zugrundeliegenden Äquivalenzskala abhängt, erscheint es sinnvoll, Quoten und Entwicklungen für verschiedene Äquivalenzskalen vergleichend darzustellen (vgl. Eggen 1998: 162ff). Ziel ist es hier allerdings nicht, eine vollständige sensitivitätsanalytische Abschätzung des Spektrums von Äquivalenzskalen auf die Quoten vorzunehmen.

Abbildung 4: Der sensitivitätsanalytische Verlauf der Armutsquote (Index) in Westdeutschland in Abhängigkeit von der Äquivalenzskala



[1] 0 = ungewichtetes Einkommen; 1 = Pro-Kopf-Einkommen

Quelle: Hauser 1997: 28 (Datenbasis: Einkommens und Verbrauchsstichprobe 1969-1983)

Tabelle 8 zeigt beispielhaft die 50-%-Schwellenwerte für drei Äqivalenzseinkommen bei ausgewählten Haushaltszusammensetzungen für 1996. Deutlich werden hier die großen Differenzen der Einkommenschwellen vor allem bei der Haushaltsform mit drei Kindern. In diesem Fall liegt die 50-%-Schwelle bei der BSHG-Variante um 1200 DM (monatliches Haushaltsnettoeinkommen) höher als bei der Rainwater-Smeeding-Variante.

Tabelle 8: Schwellenwerte (50%) bei unterschiedlichen Äquivalenzeinkommen: Beispiele für ausgewählte Haushaltstypen in Westdeutschland 1996

Haushaltstyp	Personengewichte		Schwellenwert monatliches Haushaltsnettoeinkommen = $(AE^4 /2)*P$
	Äquivalenzskala	P = ∑ Personengewichte	DM
Beispiel 1: Alleinerziehende mit einem Kind unter 6 Jahren	BSHG[1]	1,55	1514
	OECD[2]	1,30	1550
	R + S[3]	1,24	1886
Beispiel 2: Ehepaar mit zwei Kindern im Alter unter 6 Jahren und 9 Jahren	BSHG[1]	2,95	2882
	OECD[2]	2,10	2504
	R + S[3]	1,57	2406
Beispiel 3: Ehepaar mit drei Kindern im Alter unter 6 Jahren, 9 und 15 Jahren	BSHG[1]	3,85	3761
	OECD[2]	2,60	3101
	R + S[3]	1,69	2561

[1] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe
[2] Personengewichte basieren auf der modifizierten OECD-Skala.
[3] Personengewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995). Alter des Haushaltsvorstands = 45 Jahre.
[4] AE = Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.2.1.1 Entwicklung der durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen

Die verschiedenen Äquivalenzskalen weisen für den Zeitraum von 1984 bis 1994 in Westdeutschland ähnliche Entwicklungen auf, mit einem Anstieg des

Index bis 1994 auf etwa 150 (vgl. Tabelle 9). Für Ostdeutschland wird der starke Anstieg der Äquivalenzeinkommen seit 1991 deutlich. Im Jahr 1994 stellt sich die Relation der durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen zwischen Ost- und Westdeutschland bei den verschiedenen Skalen unterschiedlich dar. Auf der Basis der Rainwater-Smeeding-Skala (Wert der zentralen Tendenz: Median) hat sich die Einkommensdistanz zwischen den alten und neuen Bundesländern bis 1994 stärker verringert als bei den anderen Skalenvarianten.

Tabelle 9: Entwicklung verschiedener Äquivalenzeinkommen

	West						Ost		
	R-S[1]		OECD[2]		BSHG[3]		R-S	OECD	BSHG
	Basisjahr = 100								
	1984	1991	1984	1991	1984	1991		1991	
1984	100	-	100	-	100	-	-	-	-
1985	104	-	102	-	102	-	-	-	-
1986	109	-	108	-	108	-	-	-	-
1987	113	-	112	-	112	-	-	-	-
1988	115	-	114	-	115	-	-	-	-
1989	120	-	119	-	120	-	-	-	-
1990	128	-	128	-	129	-	-	-	-
1991	133	100	132	100	134	100	100	100	100
1992	140	105	139	105	140	105	124	122	122
1993	146	110	146	111	148	111	144	142	143
1994	149	112	149	113	152	114	162	156	158

[1] Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf der modifizierten OECD-Skala.
[3] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Tabelle 10: Relation verschiedener Äquivalenzeinkommen zwischen Ost- und Westdeutschland

	Anteil des Ost- am Westeinkommen		
	R-S[1]	OECD[2]	BSHG[3]
		%	
1991	55	55	53
1992	65	64	62
1993	72	71	69
1994	80	76	74

[1] Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf der modifizierten OECD-Skala.
[3] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.2.1.2 Relative Einkommenspositionen

Zunächst wird nicht nur der untere Einkommensbereich in die empirische Betrachtung einbezogen, sondern die generelle Einkommenssituation von Kindern und Jugendlichen auf der Basis der drei vorgestellten Äquivalenzskalen untersucht. Berechnet werden relative Einkommenspositionen (vgl. Tabelle 11). Sie sind definiert als gruppenspezifische Durchschnittseinkommen in Prozent des Gesamtdurchschnittseinkommens (arithmetisches Mittel). Für das Untersuchungsjahr 1994 lassen sich für die Durchschnittswerte, die auf der Basis des arithmetischen Mittels für verschiedene Äquivalenzskalen berechnet wurden, die Auswirkungen der verschiedenen Berechnungsweisen auf die relative Einkommensposition von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren erkennen. Bei allen Berechnungsverfahren weist diese Altersgruppe eine ungünstigere relative Einkommensposition auf als ältere Befragte. Je höher die Personengewichte der verschiedenen Äquivalenskalen, desto schlechter ist auch die relative Einkommensposition von Personen unter 18 Jahren. Deutlich wird vor allem auch, daß bei der Äquivalenzskala, die auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe (BSHG-Skala) basiert, die relative Einkommensposition von Kindern und Ju-

gendlichen unter 18 Jahren deutlich ungünstiger ist als bei Verwendung der modifizierten OECD-Skala. Noch höher liegt die relative Einkommensposition von Kindern unter 18 Jahren bei Verwendung der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (R-S), die größere Vorteile beim Wirtschaften bei zunehmender Haushaltsgröße annimmt. Extrem niedrieg ist die relative Einkommensposition bei der "Pro-Kopf-Variante", die allerdings nicht mehr gebräuchlich ist.

Tabelle 11: Relative Einkommenspositionen[1] nach Mittelwert (MW) und Median (MD) für verschiedene Äquivalenzgewichte im Vergleich

	1994					
	West[2]		Ost		Gesamt[3]	
	unter 18 Jahre	über 18 Jahre	unter 18 Jahre	über 18 Jahre	unter 18 Jahre	über 18 Jahre
BSHG[4] (MW)	79	105	85	104	79	105
BSHG (MD)	83	106	87	105	85	107
OECD[5] (MW)	88	103	93	102	89	103
OECD (MD)	92	103	97	102	89	100
Personenebene						
R-S[6] (MW)	91	102	95	101	92	102
R-S (MD)	94	103	97	102	93	102
pro Kopf (MW)	69	108	77	106	70	108
pro Kopf (MD)	75	112	78	107	74	108

[1] Unter 50% des Median- (MD) bzw. durchschnittlichen (MW) Nettoäquivalenzeinkommens.
[2] Getrennte Berechnung für West- und Ostdeutschland.
[3] Gemeinsame Berechnung für Gesamtdeutschland.
[4] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[5] Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[6] Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.2.1.3 Anteile der Bevölkerung unter der 50-%-Einkommensschwelle

In der Armutsberichterstattung wird eine Abgrenzung von relativer Einkommensarmut meist bei 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens vorgenommen. Während in den USA häufig auch der Median der Äquivalenzeinkommen zur Abgrenzung von Schwellenwerten verwendet wird, wird in deutschen Armutsuntersuchungen sowie auf europäischer Ebene von Eurostat das arithmetische Mittel benutzt (vgl. Hauser 1997; Hagenaars u.a. 1995). Die er-

mittelten Quoten sind stark abhängig vom zugrundeliegenden Berechnungsverfahren, sie sind aber nicht proportional zur relativen Einkommensposition auf der Basis der verwendeten Äquivalenzskala. Die Berechnung der durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen können sowohl über die Bevölkerung auf der Personenebene als auch auf der Haushaltsebene berechnet werden. In den meisten deutschen Untersuchungen zur Einkommensarmut werden die zentralen Werte üblicherweise auf der Personenebene berechnet. In relativer Einkommensarmut befindet sich danach, wer in einem Haushalt lebt, der über weniger als 50% des arithmetischen Mittels des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens über alle Personen verfügt. Rainwater und Smeeding (1995) haben für ihre internationale Untersuchung die Haushaltsebene als Basis ihrer Berechnungen verwendet. Nach ihrer Definition befindet sich derjenige in relativer Einkommensarmut, der in einem Haushalt lebt, der über weniger als 50% des Medianäquivalenzeinkommens aller Haushalte verfügt. Die Berechnung auf der Haushaltsebene hat bei den verschiedenen Äquivalenzskalen unterschiedliche Auswirkungen auf den Anteil von Kindern unterhalb der 50-%-Schwelle. Während bei der BSHG-Skala und der modifizierten OECD-Skala die Anteile auf der Basis der Haushaltsebene höher sind als auf der Basis der Personenebene, verhält es sich bei der Rainwater-Smeeding-Skala genau umgekehrt.

Es zeigt sich (vgl. Tabelle 12), daß der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren unterhalb der 50-%-Schwelle erheblich stärker von der zugrundeliegenden Äquivalenzskala und auch dem verwendeten Maß für die zentrale Tendenz (arithmetisches Mittel vs. Median) abhängt als der Anteil in der Gesamtbevölkerung. Verwendet man die "Pro-Kopf-Skala", erhält man für Personen unter 18 Jahren mit Abstand die höchsten Anteile unterhalb der 50-%-Schwelle, mit 30,5% (Median 14,3%) in Westdeutschland. Der Bezug auf den Median reduziert in den alten Bundesländern den Anteil um mehr als die Hälfte, während dagegen die Differenz zwischen arithmetischem Mittel und Median in den neuen Bundesländern nur 1,8% beträgt.

Auch die Verwendung der Äquivalenzskala, die auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe basiert, ergibt vor allem bei unter 18jährigen hohe Anteile unterhalb der 50-%-Schwelle (Westdeutschland: 18% bzw. Median: 9,4%). In den neuen Bundesländern ist bei geringerer Ungleichheit der Verteilung der Haushaltseinkommen auch der Anteil von Personen unter 18 Jahren mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens niedriger (13,5% bzw. Median: 12%) als in den alten Bundesländern. Auffallend ist vor allem, daß die Verwendung dieser Äquivalenzskala (BSHG) sich stark auf die Quote der Teilpopulation von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren auswirkt: Ihr Anteil unter der 50-%-Schwelle liegt jeweils etwa doppelt so hoch wie bei der erwachsenen Bevölkerung. Auch bei dieser Äquivalenzskala vermindert in Westdeutschland der Bezug auf den Median die Quote etwa auf die Hälfte (Differenz: 8,6%) im Vergleich zu einem Bezug auf das arithmetische Mittel. In den neuen Bundesländern ist die Differenz dagegen mit 0,7% nur gering.

Tabelle 12: Anteile unter der 50-%-Schwelle[1] nach Mittelwert (MW) und Median (MD) für verschiedene Äquivalenzgewichte im Vergleich

	1994								
	West			Ost			Gesamt[2]		
	unter 18 J.	über 18 J.	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	gesamt
BSHG[3] (MW)	18,0	9,1	10,9	13,5	6,2	7,8	16,1	8,5	10,1
BSHG (MD)	9,4	5,7	6,5	12,0	5,5	7,0	10,0	5,5	6,4
OECD[4] (MW)	8,7	8,3	8,4	8,9	6,1	6,7	9,2	8,2	8,4
OECD (MD)	5,4	6,6	6,3	6,6	5,1	5,4	6,3	7,0	6,9
Personen									
R-S[5] (MW)	8,2	9,4	9,1	6,9	6,4	6,5	9,0	9,0	9,0
R-S (MD)	5,9	7,2	7,0	5,6	5,6	5,6	6,1	7,2	7,0
Haushalt									
R-S[6] (MW)	7,9	8,8	8,6	5,7	5,7	5,7	8,7	8,8	8,8
R-S (MD)	5,8	6,9	6,7	5,0	4,8	4,8	5,2	6,6	6,3
pro Kopf (MW)	30,5	12,1	15,9	18	6,9	9,4	28,2	10,8	14,4
pro Kopf (MD)	14,3	6,0	7,7	16,2	6,3	8,5	15,2	5,6	7,6

[1] Unter 50% des Median- (MD) bzw. durchschnittlichen (MW) Nettoäquivalenzeinkommens.
[2] Getrennte Berechnung für West- und Ostdeutschland.
[3] Gemeinsame Berechnung für Gesamtdeutschland.
[4] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[5] Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[6] Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Wie es bereits die relativen Einkommenspositionen erwarten lassen, liegen die Quoten für Kinder unter 18 Jahren in West- und Ostdeutschland auf der Basis der OECD-Skala deutlich niedriger und näher bei denjenigen der erwachsenen Bevölkerung als auf der Basis der BSHG-Skala. Es fällt weiterhin auf, daß die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern für Kinder bei der OECD-Skala erheblich geringer sind als bei der BSHG-Skala, und daß bei einem Bezug auf den Median für beide Äquivalenzskalen die ostdeutschen Werte sogar höher ausfallen als die westdeutschen, was bei einer Verwendung des arithmetischen Mittels nicht der Fall ist.

Die Quoten unterhalb der 50-%-Schwelle entsprechend der Äquivalenzskala nach Rainwater und Smeeding (1995) werden sowohl auf der Personenebene als auch auf der Haushaltsebene ausgewiesen. Die Berechnungen auf der Personenebene unterscheiden sich von den anderen verwendeten Bedarfsgewichtungen nur durch die unterschiedliche Äquivalenzskala. Unter dieser Bedingung liegen die Quoten für die Gesamtbevölkerung in Westdeutschland auch etwas höher als bei der OECD-Skala. Da die Personengewichte nach Rainwater und Smeeding erheblich geringer sind als bei den beiden anderen Äquivalenzskalen, ist dieses Ergebnis auch auf der Basis der oben skizzierten Sensitivitätsanalysen zu erwarten. Bei der Teilpopulation von Kindern und Jugendlichen liegen die Quoten in Westdeutschland sogar unter derjenigen der erwachsenen Bevölkerung. Die Annahme hoher Einsparungen bei zunehmender Haushaltsgröße ergibt hier also gerade für Kinder unter 18 Jahren ein ganz anderes Bild, als es beispielsweise bei Verwendung der BSHG-Skala erscheint. Führt man die Berechnungen mit der Rainwater-Smeeding-Skala auf der Haushaltsebene durch, führt dies zu noch geringeren Quoten.

3.2.1.4 Zusammenfassende Bewertung der verschiedenen Berechnungsverfahren für die Kinderpopulation

Die Auswirkungen der verschiedenen Berechnungsverfahren sind bei der Teilpopulation von Kindern besonders stark. Die höchsten Anteile unterhalb der

50-%-Schwelle des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens erhält man bei der "Pro-Kopf-Variante", gefolgt von der BSHG-Variante. Grenzt man die 50-%-Schwelle auf der Basis des Medianeinkommens ab, führt dies vor allem in Westdeutschland zu erheblich niedrigeren Quoten, während in Ostdeutschland die Unterschiede zur Berechnung auf der Basis des arithmetischen Mittels deutlich geringer sind. Die Auswahl einer Äquivalenzskala und der Berechnungsweise von Quoten relativer Einkommensarmut ist von normativen Grundpositionen abhängig und kann nicht wissenschaftlich begründet werden. Damit kann auch keine allgemeingültige Berechnungsweise für Einkommensarmut abgeleitet werden. Hauser (1997) schlägt in diesem Zusammenhang vor, ähnlich wie in den USA von politischer Seite eine verbindliche Definition von Einkommensarmut festzulegen. Ermittelte Quoten gewinnen dann erheblich an Aussagekraft, wenn Entwicklungstrends und Lebensbedingungen in den verschiedenen Einkommensgruppen vergleichend untersucht werden. Da relative Quoten für Einkommensarmut für die Kinderpopulation besonders sensibel auf Äquivalenzskalen und Berechnungsweisen reagieren, erscheint es sinnvoll, Entwicklungstrends anhand verschiedener Berechnungsweisen vergleichend darzustellen.

3.2.2 Konzentration der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen

Ein verbreitetes Maß für die Konzentration des Einkommens ist der Gini-Index, der zwischen 0 und 1, d. h. zwischen vollkommener Gleichverteilung und maximaler Ungleichverteilung variiert[12]. Im Vergleich westlicher Industrieländer weist Westdeutschland (0,25) zwischen Belgien (0,23) und den USA (0,34) eine Position im unteren Mittelfeld für die Gesamtbevölkerung auf (Förster 1994: 19). Für die drei ausgewiesenen Äquivalenzeinkommen in dieser Arbeit (vgl. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** 13) zeigt sich bei Kindern eine geringere Einkommenskonzentration als bei der erwachsenen Bevölkerung. Zwischen Kindern ist die Einkommensungleichheit also geringer als in der erwachsenen Bevölkerung, allerdings auf einem niedrigeren Einkommensniveau.

Tabelle 13: Konzentration und Variation von relativen Einkommenspositionen bei Verwendung verschiedener Äquivalenzgewichte

	Westdeutschland									Ostdeutschland					
	1985			1990			1994			1990			1994		
	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.
Gini-Index															
R-S[1]	0,25	0,24	0,24	0,25	0,23	0,25	0,25	0,22	0,25	0,19	0,16	0,20	0,21	0,20	0,21
OECD[2]	0,25	0,24	0,25	0,25	0,23	0,25	0,26	0,22	0,26	0,18	0,16	0,19	0,20	0,20	0,20
BSHG[3]	0,27	0,25	0,27	0,25	0,23	0,26	0,28	0,23	0,28	0,18	0,16	0,19	0,21	0,21	0,21
Variations-koeffizient															
R-S	0,57	0,55	0,57	0,64	0,61	0,64	0,51	0,45	0,52	0,34	0,28	0,35	0,39	0,36	0,39
OECD	0,54	0,53	0,54	0,58	0,54	0,58	0,55	0,48	0,55	0,33	0,28	0,34	0,39	0,37	0,39
BSHG	0,58	0,54	0,57	0,60	0,54	0,59	0,60	0,50	0,59	0,33	0,29	0,34	0,41	0,38	0,41

1 Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
2 Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
3 Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Besonders bei Kindern zeigt sich in den alten Bundesländern eine relativ hohe Stabilität der Einkommenskonzentration über den Untersuchungszeitraum hinweg.

In den neuen Bundesländern ist seit 1990 ein Ansteigen der Einkommenskonzentration festzustellen (vgl. Müller u.a. 1995; Weick 1995). Allerdings liegt der Gini-Index für die ostdeutsche Bevölkerung 1994 noch deutlich unter den westdeutschen Werten. Bei Kindern in Ostdeutschland lag der Gini-Index 1994 für die verschiedenen Äquivalenzeinkommen nahe bei den Werten für die erwachsene Bevölkerung. 1990 lag der Gini-Index der Kinder bei den verschiedenen Äquivalenzeinkommen noch deutlich unter denjenigen der Erwachsenen. Unter ostdeutschen Kindern hat sich damit die Ungleichheit in der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen überdurchschnittlich erhöht.

Ein weiteres Ungleichheitsmaß, das auf der Standardabweichung basiert und somit alle Meßwerte berücksichtigt, aber im Gegensatz zur Standardabweichung unempfindlich gegenüber proportionalen Veränderungen (z.B. Anstieg des Einkommensniveaus im Zeitverlauf) ist, ist der Variationskoeffizient. Er wird als Quotient aus der Standardabweichung und dem Mittelwert der verschiedenen Äquivalenzeinkommen gebildet und ist dimensionslos (vgl. Diekmann 1995). Der Variationskoeffizient ist eher sensitiv im oberen Einkommensbereich. Er läßt insbesondere bei ostdeutschen Kindern eine Zunahme der Streuung seit 1990 erkennen. Die gesunkenen Werte für westdeutsche Kinder im Jahr 1994 weisen auf geringere Abweichungen vom Mittelwert im oberen Einkommensbereich hin. Dies bedeutet, daß Kinder weniger in Haushalten mit deutlich überdurchschnittlichem Einkommen leben.

3.2.3 Verteilung der Bevölkerung auf Einkommensvielfache

Die Verteilung über Einkommensvielfache zum Durchschnittseinkommen (vgl. Müller u.a. 1995; Hernandez 1993: 245) zeigt insgesamt, daß Kinder unter 18 Jahren in den unteren Einkommensbereichen gegenüber der erwachsenen Bevölkerung überrepräsentiert und in den Bereichen über dem Durchschnittsein-

kommen unterrepräsentiert sind (vgl. Tabelle 14). Auf der Basis der BSHG-Skala treten diese Differenzen stärker hervor als bei der OECD-Skala und der Rainwater-Smeeding-Skala. Die größten Anteile der Kinder in Westdeutschland findet man nach der BSHG-Skala über die Jahre hinweg in dem Bereich von 50% bis 75% des durchschnittlichen Einkommens, während in Ostdeutschland der Bereich von 75% bis 100% am stärksten besetzt ist.

Tabelle 14: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten nach Einkommensvielfachen - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.
nach BSHG[1]										
< 0,5	20,5	10,5	17,6	8,7	5,1	2,8	18,0	9,1	13,5	6,2
0,5-0,75	34,6	21,9	37,1	22,6	24,7	19,6	36,6	23,8	27,0	15,6
0,75-1	24,4	26,2	25,2	24,5	38,0	28,9	25,2	23,0	33,7	28,4
1-1,25	12,0	16,8	12,2	19,6	23,3	25,7	11,8	18,2	15,2	26,4
1,25-1,5	5,2	10,8	4,0	10,9	6,7	13,7	4,2	11,5	6,8	12,5
> 1,5	3,4	13,8	3,9	13,8	2,0	9,4	4,1	14,3	3,9	11,0
nach OECD[2]										
< 0,5	12,1	9,0	8,9	7,0	3,3	5,1	8,7	8,3	8,9	6,1
0,5-0,75	31,5	22,2	34,0	22,6	17,5	19,5	34,1	23,1	22,4	16,3
0,75-1	29,2	27,8	30,8	26,2	34,0	26,1	29,4	25,7	32,7	32,1
1-1,25	13,7	17,8	13,2	20,7	30,4	26,0	15,4	19,1	21,5	23,4
1,25-1.5	7,7	10,8	7,1	11,2	11,6	16,2	6,4	10,4	8,8	12,0
> 1,5	5,8	12,4	6,0	12,3	3,2	7,1	6,0	13,3	5,8	10,1
nach R-S[3]										
< 0,5	6,1	5,6	4,5	5,1	1,2	3,6	5,8	6,9	5,0	4,8
0,5-0,75	23,0	16,0	20,4	14,6	10,8	13,3	22,1	15,1	17,3	13,6
0,75-1	26,0	23,4	31,1	25,4	19,4	19,6	29,3	24,1	27,0	26,0
1-1,25	21,9	21,0	22,0	20,9	35,4	27,1	19,6	20,8	27,4	25,6
1,25-1.5	10,8	13,8	11,2	14,0	21,2	18,0	11,3	13,3	13,3	16,2
> 1,5	12,3	20,2	10,8	19,9	12,1	18,4	11,9	19,8	10,1	13,8

[1] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[3] Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Besonders nach der Rainwater-Smeeding-Skala sind in den einzelnen Gruppen von Einkommensvielfachen die Anteilsdifferenzen zwischen Kindern und Erwachsenen meist geringer als bei den beiden anderen Berechnungsweisen. In Westdeutschland findet man dennoch in der höchsten Einkommensgruppe über 150% des Durchschnittseinkommens auch unter der Rainwater-Smeeding-Skala Differenzen zwischen Kindern und der Bevölkerung ab 18 Jahren von nahezu 10%.

Betrachtet man die Verteilung auf Einkommensvielfache (vgl. Tabelle 15) von 1995 und 1996, kann man erkennen, daß bei Kindern unter 18 Jahren vor allem im Bereich unter 0,5 (50-%-Schwelle) eine Abnahme der Anteile zwischen beiden Jahren zu verzeichnen ist. Auf Basis der BSHG-Skala findet sich die stärkste Zunahme im Bereich zwischen 50% und 75% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommes, während die beiden anderen Berechnungsvarianten besonders im mittleren Einkommensbereich (0,75-1; 1-1,25) einen Anstieg zu verzeichnen haben. Anders als in den USA ist für Deutschland keine Polarisierungstendenz zu erkennen (Hernandez 1993: 245; Danziger, Danziger und Stern 1997).

Tabelle 15: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten nach Einkommensvielfachen - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland

	1995				1996			
	West		Ost		West		Ost	
	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.
nach BSHG[1]								
< 0,5	21,6	10,6	13,3	5,8	15,2	8,6	8,5	4,0
0,5-0,75	33,7	21,8	32,1	16,6	37,3	22,4	32,3	18,6
0,75-1	25,8	23,5	31,9	28,9	26,0	24,1	36,0	27,9
1-1,25	10,5	18,4	14,7	23,5	13,6	18,4	14,7	24,1
1,25-1,5	4,5	11,4	5,0	13,9	4,0	11,8	5,5	15,3
> 1,5	3,9	14,3	2,9	11,30	3,9	14,9	2,9	10,1
nach OECD[2]								
< 0,5	13,0	9,3	9,1	5,7	10,6	8,3	6,0	3,8
0,5-0,75	31,6	21,8	22,1	16,6	28,5	21,0	25,3	18,5
0,75-1	25,5	26,9	34,6	30,4	32,9	28,1	31,6	28,0
1-1,25	17,3	18,4	21,0	24,2	15,6	18,2	23,3	29,2
1,25-1,5	6,2	10,8	8,7	14,9	6,5	11,6	9,7	11,8
> 1,5	6,4	12,7	4,4	8,2	5,9	12,9	4,0	8,7
nach R-S[3]								
< 0,5	8,4	7,0	5,2	4,7	5,9	6,2	4,1	3,5
0,5-0,75	21,5	15,7	17,7	13,2	16,6	14,0	19,5	15,5
0,75-1	28,5	25,0	30,1	25,8	30,3	24,5	26,7	25,1
1-1,25	17,5	20,2	25,6	24,9	23,8	21,8	27,8	27,4
1,25-1,5	12,9	14,0	11,7	16,4	9,1	13,3	13,4	16,0
> 1,5	11,2	18,2	9,7	15,1	14,3	20,1	8,5	12,5

[1] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[3] Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.2.4 Entwicklung des Bevölkerungsanteils in einkommensschwachen Haushalten von 1984 bis 1996

Im folgenden werden die Entwicklungen des Anteils von Kindern in einkommensschwachen Haushalten von 1984 bis 1996 dargestellt. Dabei werden drei unterschiedliche Äquivalenzskalen zugrunde gelegt. Weiterhin wird für die Abgrenzung der 50-%-Schwelle bei der Rainwater-Smeeding-Skala - abweichend von den beiden anderen Berechnungsverfahren (BSHG, OECD) - der Einkommensmedian auf der Haushaltsebene zugrunde gelegt. Neben den ab-

soluten Differenzen, die sich aus den unterschiedlichen Berechnungsweisen ergeben, ist auch ein Vergleich der Entwicklungstrends über mehr als zehn Jahre und der Quoten bei der Bevölkerung ab 18 Jahren von Interesse.

Die Zuwanderung aus dem Ausland hat erhebliche Konsequenzen für die Sozialstruktur der Bundesrepublik (vgl. Schmidt und Weick 1998). Deshalb wurden in der ersten Erhebungswelle des Sozio-ökonomischen Panels im Jahr 1984 auch Ausländer in die Grundgesamtheit integriert. Danach konnte die Zuwanderung aus dem Ausland allerdings nur unvollständig erfaßt werden (vgl. Kapitel 3). Seit dem Erhebungsjahr 1995 besteht die Möglichkeit, auch Migranten im Sozio-ökonomischen Panel zu untersuchen, die seit 1984 in die alten Bundesländer zugewandert sind. Die größte Gruppe dieser Zuwanderer sind deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa. Davor konnten nur Zuwanderungen in bestehende Haushalte, z. B. im Rahmen des Familiennachzuges aus den früheren Anwerbeländern für ausländische Arbeitnehmer, berücksichtigt werden. Da Migranten einerseits über ein unterdurchschnittliches Einkommen verfügen und andererseits mehr Kinder haben als die (nichtzugewanderte) deutsche Bevölkerung (vgl. auch Weick 1996b), ist ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe eine Unterschätzung der Ungleichheit im unteren Einkommensbereich, vor allem bei Kindern, zu erwarten. Um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu gewährleisten, erscheint es allerdings sinnvoll, die Berechnungen auch ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe durchzuführen. Die Quoten für 1995 und 1996 werden deshalb sowohl mit als auch ohne Einbindung der Zuwandererstichprobe ausgewiesen. Empirisch zeigt sich die erwartete Zunahme der Quoten, wenn die Zuwandererstichprobe in die Berechnungen eingeschlossen wird. Weiterhin ist bei allen drei Berechnungsverfahren zu erkennen, daß die Quoten für Kinder unter 18 Jahren im Zeitablauf stärker variieren als bei Erwachsenen (vgl. Tabelle 16).

Tabelle 16: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland

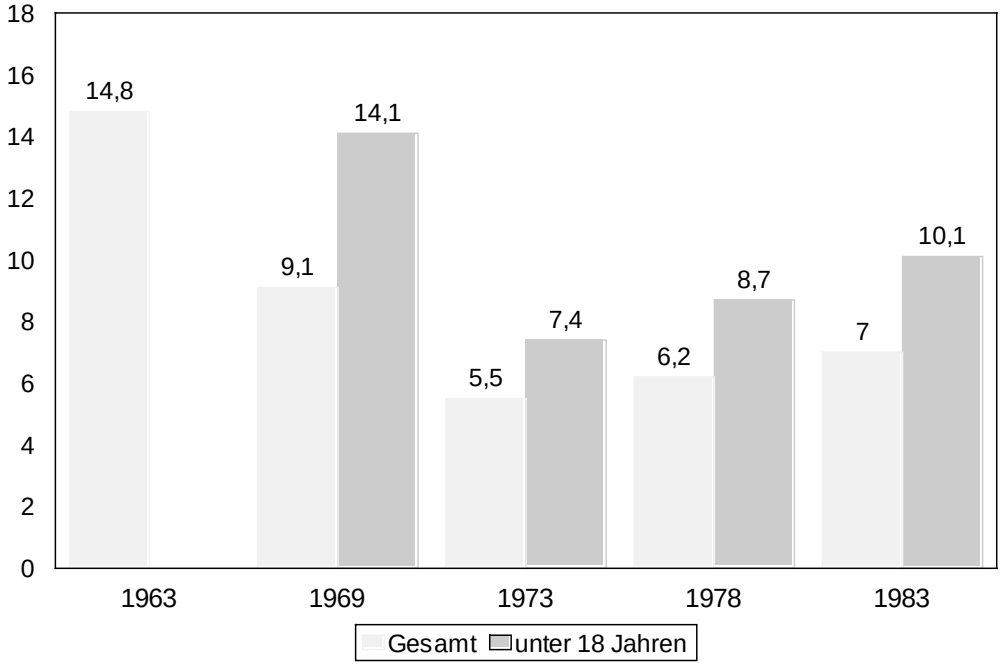
	BSHG[1]						OECD[2]						R-S[3]					
	gesamt		unter 18 J.		über 18 J.		gesamt		unter 18 J.		über 18 J.		gesamt		unter 18 J.		über 18 J.	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1984	12,4	-	20,5	-	10,5	-	9,6	-	12,1	-	9,0	-	5,5	-	6,1	-	5,6	-
1985	11,7	-	20,2	-	9,7	-	9,1	-	12,2	-	8,4	-	5,6	-	6,0	-	5,5	-
1986	11,2	-	20,7	-	9,0	-	9,3	-	12,4	-	8,5	-	5,9	-	7,0	-	5,7	-
1987	10,2	-	19,3	-	8,1	-	8,8	-	13,0	-	7,9	-	6,0	-	7,7	-	5,6	-
1988	10,7	-	18,8	-	8,9	-	8,8	-	11,5	-	8,2	-	5,9	-	6,6	-	5,7	-
1989	9,9	-	18,1	-	8,1	-	8,3	-	11,5	-	7,6	-	5,5	-	6,6	-	5,2	-
1990	10,3	3,3	17,6	5,1	8,7	2,8	7,3	4,7	8,9	3,3	7,0	5,1	5,0	3,0	4,5	1,2	5,1	3,6
1991	9,5	4,1	16,6	5,8	7,8	3,5	8,5	4,8	10,2	4,2	8,1	5,0	5,4	3,2	6,1	3,6	5,2	3,1
1992	9,7	5,9	14,3	10,0	8,6	4,7	7,5	5,5	8,2	7,3	7,4	5,0	5,3	3,4	5,3	3,9	5,4	3,2
1993	10,9	5,9	16,4	10,7	9,5	4,4	8,7	5,4	9,2	8,2	8,6	4,5	6,1	4,6	5,1	6,0	6,3	4,2
1994	10,9	7,8	18,0	13,5	9,1	6,2	8,4	6,7	8,7	8,9	8,3	6,1	6,7	4,8	5,8	5,0	6,9	4,8
1995	11,9	7,6	18,6	13,7	10,2	5,9	9,9	6,5	11,4	9,2	9,5	5,8	5,7	4,8	6,0	5,2	5,6	4,7
1996	9,7	5,0	14,5	8,5	8,4	4,0	8,8	4,3	9,4	6,0	8,6	3,8	5,8	3,6	5,5	4,1	5,9	3,5
1995[4]	13,0	-	21,6	-	10,6	-	10,1	-	13,0	-	9,3	-	7,2	-	8,4	-	7,0	-
1996[4]	10,0	-	15,2		8,6		8,8		10,6		8,3		6,1		5,9		6,2	

[1] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[3] Unter 50% des Median-Nettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
[4] Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.2.4.1 Äquivalenzskala auf der Basis der Regelsatzproportionen der Sozialhilfe

Abbildung 5: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten[1] 1963-1983 (EVS) - Berechnung für Westdeutschland (alte BSHG-Skala; 50-%-Abgrenzung nach VGR[1])



Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983.
1) Die Armutsschwelle wurde auf Basis des „Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte“ aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet.

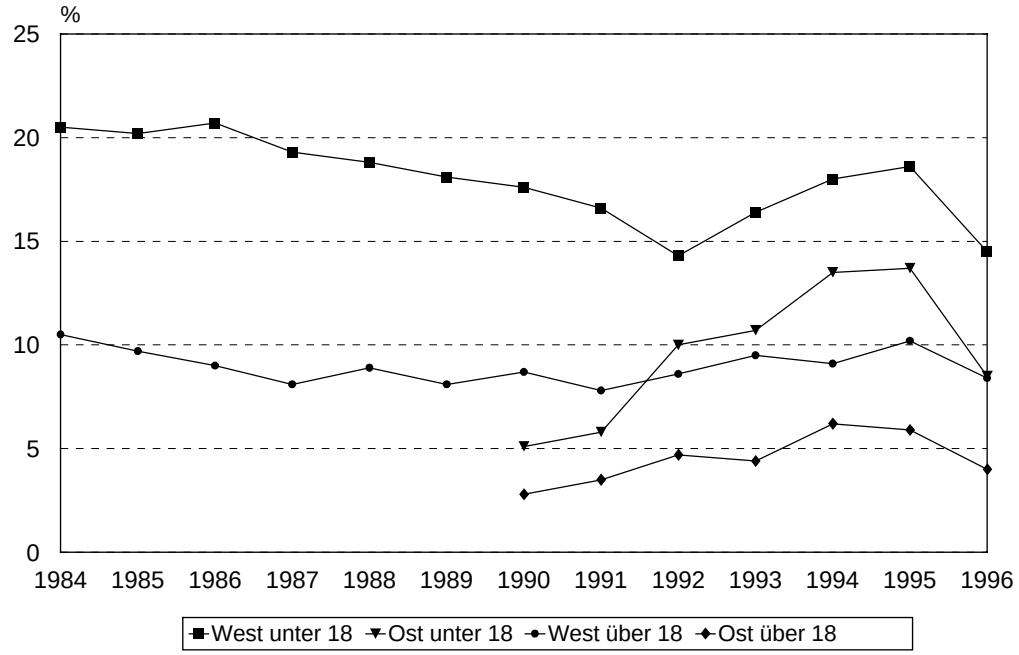
Berechnung nach Hauser und Semrau 1989: 19

Neben den Berechnungen auf Basis der Daten des Sozio-ökonomischen Panels, kann die Entwicklung des Anteils von Kindern in einkommenssachwachen Haushalten auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe - zumindest annäherungsweise bis 1969 - zurückverfolgt werden. Dabei sind zwar erhebliche Niveauunterschiede zu berücksichtigen, die sich aus den unterschiedlichen Datenquellen und Berechnungsweisen ergeben, dennoch kann der längerfristige Entwicklungstrend nachgezeichnet werden (vgl. Kapitel 2.3.4). Die Quote für Kinder sinkt nach 1969 zunächst auf nahezu die Hälfte ab und gleicht sich an die Gesamtquote an. Nach 1973 steigt sie wieder in geringerem Umfang an.

Die weitere Entwicklung wird nun wieder anhand von Berechnungen mit den Daten des sozio-ökonomischen Panels durchgeführt. Bei Verwendung der Sozialhilfeskala (BSHG) erhält man über die Untersuchungsjahre hinweg vor allem bei der Teilpopulation der Kinder unter 18 Jahren deutlich höhere Anteile unter der 50-%-Schwelle als bei den beiden anderen Berechnungsverfahren. Auch die Prozentsatzdifferenz der Quote bei den Kindern zur Quote bei den Erwachsenen ist hier überwiegend erheblich größer als bei der OECD- bzw. der Rainwater-Smeeding-Skala (vgl. Tabelle 18). Von 1984 bis 1986 liegt die Quote für Kinder (BSHG) in den alten Bundesländern knapp über 20%, danach ist ein Absinken bis zum Jahr 1992 auf 14,3% zu beobachten. Die jüngste Entwicklung läßt seitdem einen erneuten Anstieg erkennen (1994: 18,0%). 1995 ist ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr auf 18,6% festzustellen (vgl. auch Abbildung 6).

Ohne Einbeziehung der Zuwandererstichprobe wird die Auswirkung der Migration in die alten Bundesländer ab Mitte der achtziger Jahre nur unvollständig erfaßt. Während die Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe für 1995 bei der Bevölkerung ab 18 Jahren nur einen moderaten Anstieg der Quote mit sich bringt, zeigt sich bei Kindern ein deutlicher Anstieg um 3% auf 21,6%. Die Quote liegt somit 0,9% über der höchsten Quote in den 80er Jahren (vgl. Tabelle 16). Die Zuwanderung in die alten Bundesländer hat also vor allem bei Kindern - wie erwartet - eine Erhöhung des Anteils von Kindern in einkommensschwachen Haushalten mit sich gebracht und den neuerlichen Trend zu einem Wiederanstieg verstärkt. 1996 ist ein deutlicher Rückgang der Quote zu registrieren: In den alten Bundesländern sank der Anteil von Kindern in einkommensschwachen Haushalten auf 14,5% ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe und einschließlich der Zuwandererstichprobe auf 15,2%.

Abbildung 6: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten[1] 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland (BSHG-Skala)



[1] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Der ostdeutsche Transformationsprozeß seit der Wirtschafts- und Währungsunion hat neben einer neuen Währung auch erhebliche Veränderungen der Preisstruktur für Güter und Dienstleistungen mit sich gebracht. Von daher ist zu berücksichtigen, daß von der Einkommensverteilung nicht direkt auf die Konsummöglichkeiten geschlossen werden kann. Entsprechend der vergleichsweise geringeren Ungleichheit in der Einkommenskonzentration in der früheren DDR findet man 1990 auf der Basis der BSHG-Skala mit 5,1% einen erheblich niedrigeren Anteil von Kindern unterhalb der 50-%-Schwelle als in Westdeutschland (17,6%). 1992 ist ein sprunghaftes Anwachsen der Quote (10%) für ostdeutsche Kinder zu verzeichnen. Für 1995 ist im Vergleich zum Vorjahr bei den Kindern dann nur noch ein leichter Anstieg der Quote zu beobachten, bei der Bevölkerung ab 18 Jahren sogar ein leichter Rückgang. Insgesamt lag die Quote jeweils etwa mehr als doppelt so hoch wie bei der erwachsenen Bevölkerung. Bei getrennter Berechnung der Quoten auf der Basis der BSHG-Skala lag der Anteil von Kindern in einkommensschwachen Haushalten

in den neuen Bundesländern auch 1995 mit 13,7% noch deutlich niedriger als in Westdeutschland. 1996 ist nicht nur ein weiterer Rückgang der Quote für Erwachsene festzustellen, sondern insbesondere ein deutliches Absinken der Quote für ostdeutsche Kinder auf 8,5%.

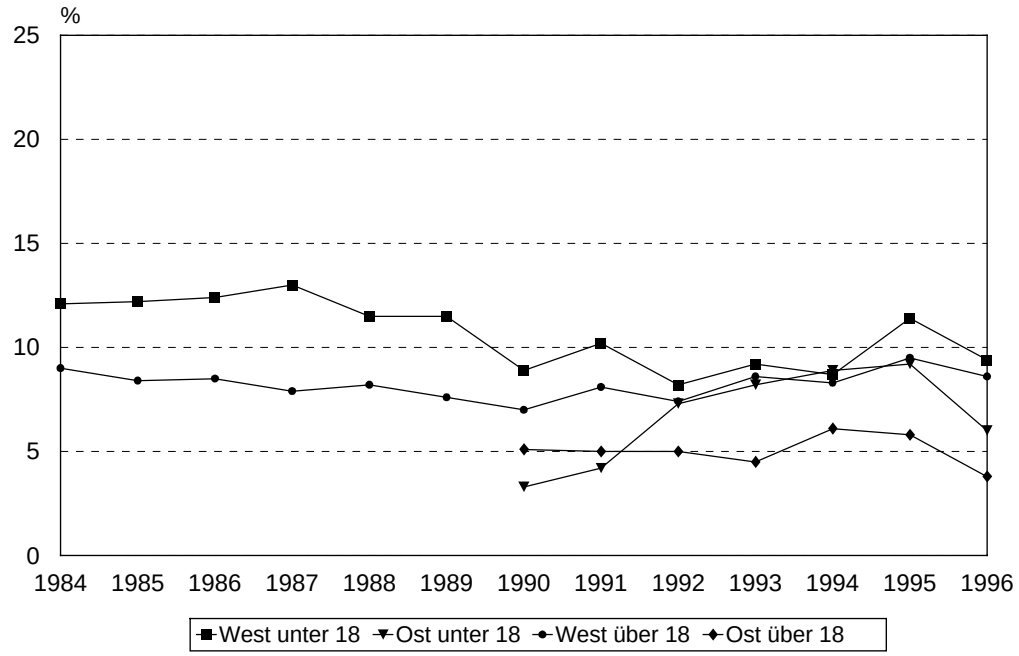
3.2.4.2 Modifizierte OECD-Äquivalenzskala

Es ist von besonderem Interesse bei den Berechnungen auf der Basis der modifizierten OECD-Skala, inwieweit sich bei Kindern die Entwicklungstendenzen im Untersuchungszeitraum von der im vorhergehenden Abschnitt vorgestellten BSHG-Variante unterscheiden. Im einzelnen sind die Veränderungen bei beiden Berechnungsverfahren zwar nicht identisch, aber dennoch zeigen sich ähnliche Trends. So findet man bei westdeutschen Kindern auch bei der Quote auf der Basis der OECD-Skala Mitte der 80er Jahre eher hohe Werte mit einem Maximum von 13% im Jahr 1987. Danach ist ein Absinken der Quote zu beobachten, und zu Beginn der 90er Jahre liegt sie mit Ausnahme von 1991 sogar unter 10%. 1995 ist dann ein erneuter Anstieg der Quote auch ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe auf 11,4% festzustellen. Schließt man die Zuwandererstichprobe in die Berechnungen für die alten Bundesländer ein, so ist 1995 für Kinder sogar eine stärkere Erhöhung der Quote (13,0%) zu erkennen als bei der BSHG-Variante, während bei Personen ab 18 Jahren die Quote sogar etwas sinkt.

Auch wenn man die modifizierte OECD-Skala zugrunde legt, zeigt sich zum Ende des Untersuchungszeitraums in den alten Bundesländern zunächst ein erneuter Anstieg des Anteils von Kindern unter 18 Jahren, die in Haushalten mit weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens leben. Die Migration in die alten Bundesländer trägt weiterhin zu einer Erhöhung der Quote bei. Der Anteil von Kindern unterhalb der 50-%-Einkommensschwelle liegt auf der Basis der OECD-Skala im Jahr 1995 dennoch nicht über dem höchsten Stand von 1987 (13%). Für das letzte Beobachtungsjahr 1996 ist auch bei Verwendung der OECD-Skala ein deutliches

Absinken zu erkennen: Ohne Zuwandererstichprobe lag die Quote bei 9,4% - mit Einbindung der Zuwandererstichprobe bei 10,6%.

Abbildung 7: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten[1] 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland (modifizierte OECD-Skala)

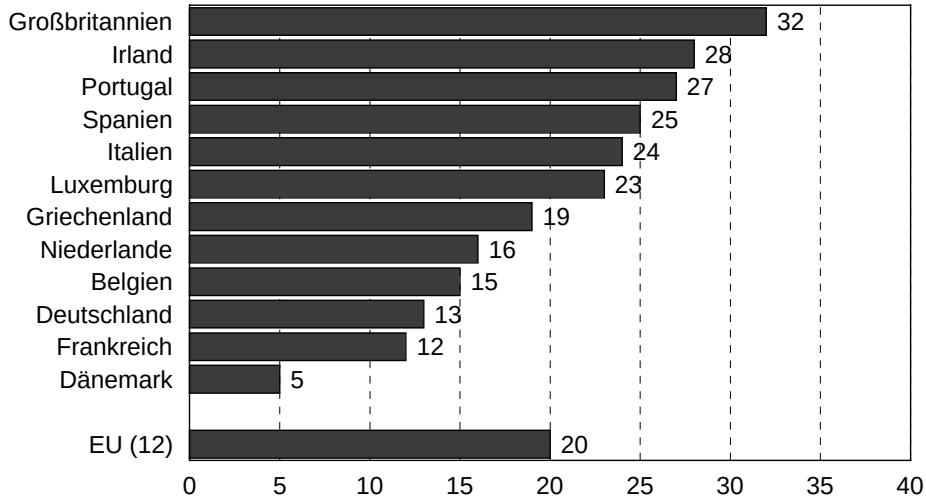


[1] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

In Ostdeutschland ist der Anteil von Kindern unterhalb der 50-%-Schwelle auch auf der Basis der OECD-Skala seit 1990 deutlich angestiegen. Bis 1994 erreichte die Quote mit 8,9% - anders als auf der Basis der BSHG-Skala - sogar das westdeutsche Niveau. Für 1995 ist bei Kindern in den neuen Bundesländern auch auf der Basis der OECD-Skala ein deutlich geringerer Anstieg im Vergleich zu den alten Bundesländern zu verzeichnen. Auffallend ist, daß in den neuen Bundesländern die Quote der erwachsenen Bevölkerung auf der Basis der OECD-Skala nur wenig ansteigt, während für Kinder eine Verdreifachung zu erkennen ist.

Abbildung 8: Prozentuale Anteile von Kindern[1] in einkommensschwachen[2] Haushalten in der Europäischen Union 1993



[1] Personen im Alter unter 16 Jahren.
[2] Unter 50 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens.

Quelle: Eurostat (1997: 4).

Ein Vergleich der Anteile von Kindern in einkommensschwachen Haushalten (OECD-Skala) zwischen den Ländern der Europäischen Union (EU) auf Basis des Europäischen Haushaltspanels (ECHP) zeigt Deutschland mit 13% im unteren Bereich (vgl. Abbildung 8). Der EU-Durchschnitt liegt bei 20%. Eine besonders hohe Quote findet man in Großbritannien mit mehr als 30%. Differenzen zu den Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels für 1993 ergeben sich aus den unterschiedlichen Datengrundlagen und einer anderen Operationalisierung des Haushaltseinkommens (vgl. Eurostat 1997)[13].

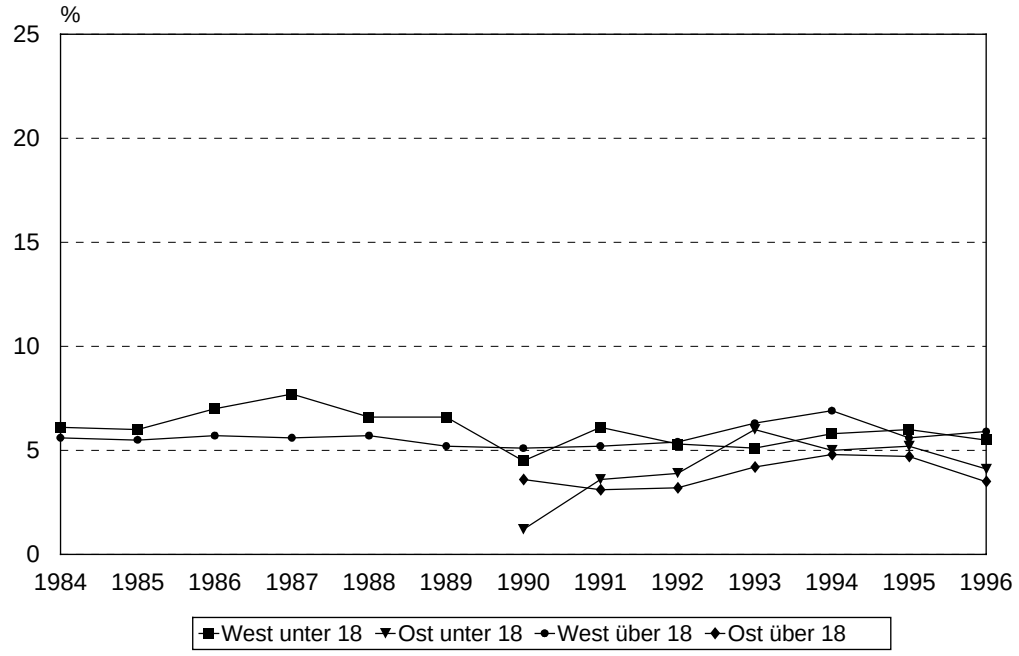
3.2.4.3 Äquivalenzskala nach Rainwater und Smeeding

Auch bei der Berechnungsweise nach Rainwater und Smeeding liegen die Anteile unterhalb der 50-%-Schwelle für Kinder, vor allem in Westdeutschland, nahe bei denjenigen der Bevölkerung ab 18 Jahren. Die Entwicklung bei westdeutschen Kindern zeigt auch einen leichten Anstieg der Quote von 1984 bis 1987 und danach ein Absinken bis 1990. Ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe variiert die Quote in den 90er Jahren zwischen 5,1% und 6,1%.

Berücksichtigt man für 1995 die Zuwandererstichprobe, so steigt die Quote gegenüber dem Vorjahr für Kinder von 6,0% auf 8,4% an und somit sogar stärker als bei der BSHG- und OECD-Variante. 1996 ist allerdings wieder ein Absinken auf 5,5%, bzw. 5,9% unter Einschluß der Zuwandererstichprobe, zu erkennen.

Auch in den neuen Bundesländern ist auf der Basis der Rainwater-Smeeding-Skala ein stärkerer Anstieg der Quote für die Kinder gegenüber den Erwachsenen zu erkennen. Auffallend ist der besonders niedrige Wert für ostdeutsche Kinder 1990 mit 1,2% (Erwachsene: 3,6%). Dabei ist zu berücksichtigen, daß insbesondere ältere Menschen im Ruhestand vor der Wirtschafts- und Währungsunion im unteren Einkommensbereich lagen.

Abbildung 9: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten[1] 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland (Rainwater-Smeeding-Skala)



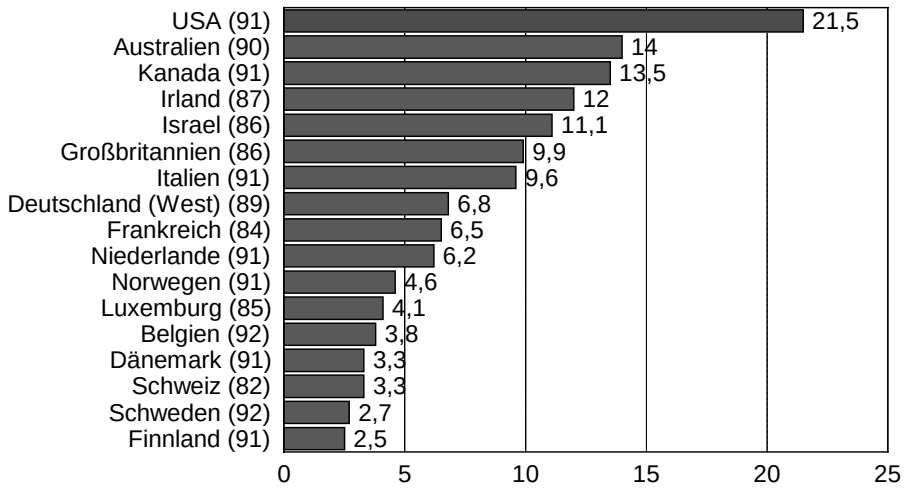
[1] Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Westdeutschland befindet sich beim internationalen Vergleich der Quoten mit 6,8%[14] im europäischen Mittelfeld. Höhere Quoten haben Italien mit 9,6% und

Großbritannien mit 9,9 %, während Frankreich und die Niederlande eine geringere Quote als Westdeutschland aufweisen. Auffallend ist die hohe Quote in den USA mit über 21% - trotz eines vergleichsweise hohen Bruttosozialproduktes pro Einwohner auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Die geringeren wohlfahrtsstaatlichen Transferleistungen an bedürftige Haushalte, aber auch die große Einkommensungleichheit sind offenbar Faktoren, die für die hohe Quote in den USA verantwortlich sind.

Abbildung 10: Anteile von Kindern unter der 50-%-Schwelle in verschiedenen westlichen Industrieländern



Erhebungsjahr in Klammern ().
Quelle: Rainwater, L. und T.M. Smeeding (1995): Doing Poorly: The Real Income of American Children in a Comparative Perspective. Luxemburg Income Study, Working Paper No. 127; Tabelle 2.

3.2.4.4 Zusammenfassende Darstellung der Entwicklung für die verschiedenen Berechnungsweisen

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die drei verwendeten Berechnungsverfahren vor allem bei der Teilpopulation von Kindern zu unterschiedlichen Anteilen unterhalb der 50-%-Einkommensschwelle führen. Die Berechnung nach der BSHG-Skala (Bezug arithmetisches Mittel) führt für Kinder zu vergleichsweise hohen Quoten, die etwa doppelt so hoch liegen wie bei der

Teilpopulation der Erwachsenen. Die Berechnungen auf der Basis der modifizierten OECD-Skala und der Rainwater-Smeeding-Skala führen zu jeweils deutlich niedrigeren Quoten für Kinder, die auch näher an den Quoten der Bevölkerung ab 18 Jahren liegen.

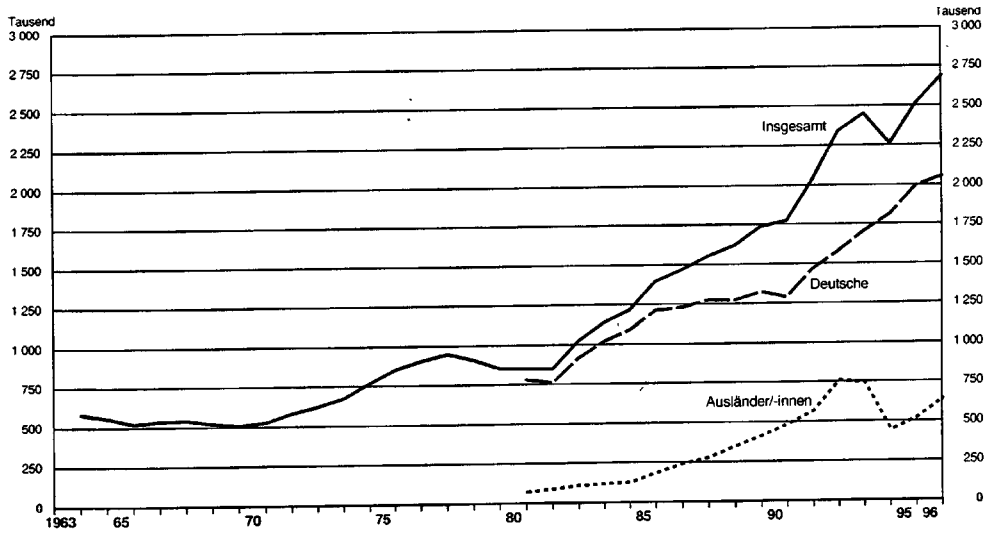
Für die Auswahl eines Berechnungsverfahrens gibt es keine allgemeingültigen Regeln oder politische Vorgaben. Der Aussagewert einzelner Quoten wird deutlich erhöht, wenn man Entwicklungen im Zeitverlauf beobachtet. Verschiedene Berechnungsverfahren können der stärkeren Absicherung der Ergebnisse dienen. In den alten Bundesländern zeigen die verwendeten Berechnungsverfahren keinen Trend zu einem dramatischen Anstieg des Anteils von Kindern unterhalb der 50-%-Schwelle. Nach dem Anstieg der Quoten 1995 ist bereits ein Jahr später wieder ein Absinken zu beobachten. Die Zuwanderung in die alten Bundesländer führt bei allen verwendeten Berechnungsverfahren insbesondere bei Kindern zu einem Anstieg des Anteils in einkommensschwachen Haushalten. In den neuen Bundesländern hat sich 1996 nach einer Phase der Zunahme der Einkommensungleichheit, besonders bei Kindern, der Anteil unterhalb der 50-%-Schwelle wieder verringert.

3.2.5 Kinder in einkommensschwachen Haushalten nach Nationalität

Der sinkende Bedarf an ausländischen Arbeitskräften und die Veränderungen bei der Migration in die Bundesrepublik drücken sich neben der Problematik auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich (vgl. Noll, Schmidt und Weick 1998) auch in den Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aus. Die Sozialhilfestatistik zeigt bezüglich der Nationalitätsstruktur seit dem Anfang der 80er Jahre deutliche Veränderungen auf: Seit dem Beginn der achtziger Jahre ist die Zahl der ausländischen Sozialhilfeempfänger in den alten Bundesländern auf mehr als das Fünfache angestiegen (vgl. Abbildung 11). Insbesondere seit dem Beginn des Laufzeit des Sozio-ökonomischen Panels 1984 ist bei der ausländischen Bevölkerung ein besonders steiler Anstieg zu verzeichnen. Der Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe betrug 1996 bei Deutschen 2,8% und bei Nichtdeutschen 8,5% (Seewald 1998: 510). Die rückläufige Entwicklung der

Zahl der Sozialhilfebezieher bei Ausländern ab 1993 ist auf rechtliche Änderungen für Asylbewerber zurückzuführen, die von da an nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unterstützt werden[15]. Die Zahl der weiblichen Sozialhilfeempfänger liegt jeweils höher als die der männlichen, was einerseits durch zum Teil immer noch geringe Ansprüche von Frauen in der Altersversorgung, aber auch durch die Bedürftigkeit von Frauen mit Kindern, insbesondere alleinerziehende Frauen zu erklären ist (vgl. Hauser 1997: 32). Mit den Daten des Mikrozensus 1994 lag der Anteil mit Niedrigeinkommen bei verschiedenen Gruppen der ausländischen Bevölkerung etwa doppelt so hoch als bei der deutschen Bevölkerung (Eggen 1998: 178).

Abbildung 11: Anzahl der Sozialhilfebezieher nach Nationalität



bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet
Quelle: Seewald 1998: 509

Im Sozio-ökonomischen Panel wurde 1984 auch eine Ausländerstichprobe einbezogen. Dies erlaubt es auch für Ausländer in der Bundesrepublik Auswertungen auszuweisen. Der Familiennachzug aus den früheren Anwerbeländern für Gastarbeiter wurde durch das Stichprobenkonzept im weiteren Untersuchungsverlauf berücksichtigt. Weitere Personengruppen, die nach 1984 aus dem Ausland nach Westdeutschland verstärkt zuwanderten, konnten allerdings kaum in die Stichprobe gelangen. Im Verlauf der Panelstudie wurde diese Lücke geschlossen. Seit 1995 kann im Sozio-ökonomischen Panel mit der Zuwandererstichprobe auch der Zuzug weiterer Personengruppen (z. B. Asylbewerber,

Aussiedler) berücksichtigt werden (vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel 1995). Um einerseits die Vergleichbarkeit der Zeitreihen mit den Vorjahren zu gewährleisten und andererseits die Veränderungen durch die jüngere Migration nicht zu unterschätzen, werden auch in diesem Teil die Ergebnisse sowohl mit als auch ohne Einbindung der Zuwandererstichprobe ausgewiesen. Bereits die Entwicklung der Sozialhilfequoten verdeutlicht, daß die Berücksichtigung der Migration für Analysen im unteren Einkommensbereich eine wichtige Komponente darstellt.

Bei einer Betrachtung der Quoten nach der Nationalität der westdeutschen Bevölkerung, ergeben sich je nach zugrundeliegender Äquivalenzskala mehr oder weniger deutliche Unterschiede im Anteil von Kindern und auch Erwachsenen unterhalb der 50-%-Einkommensschwelle. Insbesondere bei Berechnungen auf der Basis der BSHG-Skala findet man einen hohen Anteil von ausländischen Kindern unterhalb der 50-%-Grenze (vgl. Tabelle 17): Ihr Anteil liegt über die Beobachtungsjahre hinweg, ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe, zwischen 28% und 37%. Bei Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe erhält man für 1995 auf der Basis der BSHG-Skala sogar einen Anteil von 45% der ausländischen Kinder in einkommensschwachen Haushalten. Allerdings liegt bereits 1996 die Quote wieder erheblich niedriger: Ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe liegt sie bei 26,9% und unter Einschluß der Zuwandererstichprobe bei 32,5%. Für Kinder mit deutschem Haushaltsvorstand liegt die Quote deutlich niedriger als bei ausländischem Haushaltsvorstand, und im Vergleich zu 1984 sind sogar gesunkene Quoten zu beobachten: Ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe liegt die Quote für Kinder mit deutschem Haushaltsvorstand (BSHG-Skala) 1995 bei 15,8%, unter Einschluß der Zuwandererstichprobe bei 17,1%. Bei der Quote für Kinder hat insbesondere der Zustrom deutschstämmiger Aussiedler, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, einen Einfluß auf diesen eher moderaten Anstieg.

Die Verwendung der modifizierten OECD-Skala ergibt für ausländische Kinder im Vergleich zur BSHG-Skala niedrigere Quoten, die bis einschließlich 1994

unter 20% liegen. Allerdings ist ab 1995 bei diesem Berechnungsverfahren für ausländische Kinder ein außergewöhnlich starker Anstieg auf 22,8% - ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe - feszustellen. Unter Einbindung der Zuwandererstichprobe beträgt die Quote sogar 36,6%. 1996 ist auch bei Verwendung der OECD-Skala ein erheblicher Rückgang der Quote gegenüber dem Vorjahr zu erkennen.

Für Kinder mit deutschem Haushaltsvorstand ist auf der Basis der OECD-Skala auch für den Beginn des Untersuchungszeitraums 1984 die höchste Quote mit 11,1% festzustellen. 1990 und 1994 findet man Quoten von 7,5% bzw. 7,9%. 1995 wird auch auf der Basis der OECD-Skala die 10-%-Marke wieder erreicht (ohne Zuwandererstichprobe), allerdings sinkt die Quote 1996 wieder. Bei einer Gewichtung mit dieser Äquivalenzskala führt die Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe bei Kindern mit deutschem Haushaltsvorstand sogar zu geringeren Quoten als ohne diese Berücksichtigung.

Tabelle 17: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten in Westdeutschland nach Nationalität des Haushaltsvorstandes 1984-1996

	BSHG[1]				OECD[2]				R-S[3]			
	unter 18 Jahre		über 18 Jahre		unter 18 Jahre		über 18 Jahre		unter 18 Jahre		über 18 Jahre	
	Deutsche[4]	Ausländer[5]	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
1984	18,6	37,1	10,0	20,8	11,2	19,9	8,8	13,0	5,5	8,6	5,4	7,1
1985	18,5	32,6	9,2	17,1	11,6	16,8	8,2	10,6	6,0	6,2	5,5	5,6
1986	18,7	33,7	8,2	19,8	11,1	21,0	8,1	13,5	6,5	10,5	5,6	7,7
1987	16,8	35,8	7,4	18,3	11,3	24,4	7,4	14,6	7,8	7,3	5,5	6,6
1988	16,9	31,5	8,5	15,8	10,8	16,1	8,0	10,8	6,4	7,4	5,7	6,4
1989	16,4	29,7	7,6	15,7	10,9	15,8	7,4	10,5	6,6	6,8	5,2	5,7
1990	15,3	33,8	7,8	20,9	7,5	18,0	6,5	12,3	4,5	4,9	5,0	7,3
1991	15,0	28,4	7,0	19,5	9,6	14,0	7,7	13,2	6,3	4,2	5,1	8,3
1992	12,4	29,5	7,9	18,9	7,4	15,3	7,0	13,5	5,2	6,8	5,2	8,0
1993	14,5	30,8	8,6	22,4	8,4	14,6	8,2	14,7	5,3	3,5	6,2	7,0
1994	16,3	32,0	8,1	23,5	7,9	17,2	7,7	18,0	5,6	6,1	6,7	8,9
1995[6]	15,8	34,5	9,1	22,0	10,1	22,8	8,7	17,2	5,6	11,1	5,4	8,3
1996[6]	12,9	26,9	7,4	20,4	8,0	18,3	7,9	18,3	4,5	12,0	5,5	10,2
1995[7]	17,1	45,0	8,8	26,4	9,4	36,6	7,9	23,2	6,1	24,7	6,1	16,2
1996[7]	12,4	32,5	7,2	21,6	7,8	27,3	7,0	20,2	4,0	17,0	5,5	12,8

[1] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf der modifizierten OECD-Skala.
[3] Unter 50% des Median-Nettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
[4] Deutscher Haushaltsvorstand.
[5] Ausländischer Haushaltsvorstand.
[6] Bezogen auf Westdeutschland ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.
[7] Bezogen auf Westdeutschland mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Tabelle 18: Relation des Anteils von Kindern und Erwachsenen (ab 18 Jahren) in einkommensschwachen Haushalten: 1984 - 1996

	BSHG[1]				OECD[2]				R-S[3]			
	West	Ost	Deutsche (West)	Ausländer (West)	West	Ost	Deutsche (West)	Ausländer (West)	West	Ost	Deutsche (West)	Ausländer (West)
1984	1,7	-	1,5	3,0	1,3	-	1,2	2,1	1,1	-	1,0	1,6
1985	1,7	-	1,6	2,8	1,3	-	1,3	1,8	1,1	-	1,1	1,1
1986	1,8	-	1,7	3,0	1,3	-	1,2	2,3	1,2	-	1,1	1,8
1987	1,9	-	1,6	3,5	1,5	-	1,3	2,8	1,3	-	1,3	1,2
1988	1,8	-	1,6	2,9	1,3	-	1,2	1,8	1,1	-	1,1	1,3
1989	1,8	-	1,7	3,0	1,4	-	1,3	1,9	1,2	-	1,2	1,2
1990	1,7	1,5	1,5	3,3	1,2	0,7	1,0	2,5	0,9	0,4	0,9	1,0
1991	1,7	1,4	1,6	3,0	1,2	0,9	1,1	1,6	1,1	1,1	1,2	0,8
1992	1,5	1,7	1,3	3,0	1,1	1,3	1,0	2,0	1,0	1,1	1,0	1,3
1993	1,5	1,8	1,3	2,8	1,1	1,5	1,0	1,7	0,8	1,3	0,9	0,6
1994	1,7	1,7	1,5	2,9	1,0	1,3	0,9	2,0	0,9	1,0	0,8	0,9
1995	1,6	1,8	1,3	2,9	1,2	1,4	1,0	2,3	1,1	1,1	1,0	1,9
1996	1,5	1,7	1,3	2,8	1,1	1,4	0,9	2,1	0,9	1,1	0,8	2,1
1995[4]	1,7	-	1,3	3,5	1,3	-	0,9	3,6	1,2	-	0,8	3,4
1996[4]	1,5	-	1,2	3,3	1,2	-			1,0	-	0,7	2,8

[1] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[3] Unter 50% des Median-Nettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
[4] Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Legt man die Rainwater-Smeeding-Berechnungsweise zugrunde, erhält man auch für Kinder in Haushalten mit ausländischem Haushaltsvorstand vergleichsweise niedrige Anteile in einkommensschwachen Haushalten. Auch bei Nutzung dieser Äquivalenzgewichtung ist von 1984 bis 1990 ein Rückgang der Quote von Kindern in einkommensschwachen ausländischen Haushalten von 8,6% auf 4,9% zu beobachten. Bis 1994 ist dann wieder ein moderater Anstieg auf 6,1% zu erkennen. In den Jahren 1990 und 1994 sind die Differenzen zu Kindern mit deutschem Haushaltsvorstand gering. Die Annahmen über die vergleichsweise hohen Einsparungen bei zunehmender Haushaltsgröße und durch den Bezug auf den Einkommensmedian führen für diese Jahre nur zu geringen Unterschieden bei einer Disaggregation nach der Nationalität. Der starke Anstieg der Quote im Jahr 1995 bei Kindern in ausländischen Haushalten und der Einfluß der Migration wird allerdings bei dieser Berechnungsweise besonders deutlich. Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe wird sogar bei dieser Berechnungsweise für Kinder in ausländischen Haushalten eine Quote von 24,7% (ohne Zuwanderer: 11,1) erreicht. Unter Einschluß der Zuwandererstichprobe ist 1996 bei Kindern in ausländischen Haushalten, auch bei Verwendung der Rainwater-Smeeding-Skala, ein Absinken der Quote zu erkennen. Dennoch bleibt das Niveau der Quote weit höher als vor 1995.

Insgesamt zeigt sich, daß die Annahmen über den zusätzlichen Einkommensbedarf in größeren Haushalten eine erhebliche Rolle für das errechnete Niveau des Anteils von Kindern in einkommensschwachen Haushalten hat. Insbesondere das geringe zusätzliche Personengewicht bei zunehmender Haushaltsgröße, das bei der Rainwater-Smeeding-Skala zugrunde gelegt wird, läßt die Differenzen zwischen Kindern in deutschen und ausländischen Haushalten bis 1994 gering erscheinen. Allerdings verändert sich das Bild ab 1995 auch bei dieser Berechnungsvariante, insbesondere dann, wenn die Zuwanderung des letzten Jahrzehntes aus dem Ausland nach Westdeutschland berücksichtigt wird.

3.2.5.1 Deutschstämmige Aussiedler

Seit Mitte der 80er Jahre hat die Zuwanderung von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa in die Bundesrepublik erheblich zugenommen. Diese Personengruppe erhält in der Regel umgehend die deutsche Staatsbürgerschaft und kann somit vielfach nicht mehr separat untersucht werden (z. B. Sozialhilfestatistik). Mit Hilfe der Zuwandererstichprobe des Sozio-ökonomischen Panels kann nun auch diese Personengruppe gesondert untersucht werden. Im Gegensatz zu Übersiedlern (bis 1990) aus der ehemaligen DDR erweist sich bei Aussiedlern der Eingliederungsprozeß in den westdeutschen Arbeitsmarkt als langwierig und häufig erfolglos (Weick 1996b), obwohl gerade bei Aussiedlern traditionelle Kernfamilien mit Kindern vorherrschen.

Tabelle 19: Anteil von Aussiedlern in einkommensschwachen Haushalten 1995

	1995						
	BSHG[1]				OECD[2]		R-S[3]
	unter 40%	unter 50%		unter 60%	unter 50%		unter 50%
	MW	MW	MD	MW	MW	MD	MD
unter 18 Jahre	25,4	43,8	29,3	68,4	24,4	12,3	7,4
über 18 Jahre	11,2	25,9	14,8	48,7	17,9	9,3	9,8

[1] Unter 40, 50, 60% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (MW) bzw. des Mediannettoäquivalenzeinkommens (MD) pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (MW) bzw. des Mediannettoäquivalenzeinkommens (MD) pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[3] Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens (MD); Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Bei Zugrundelegung der BSHG-Skala findet man bei der Teilpopulation von Aussiedlern Anteile unterhalb der 50-%-Schwelle, die sowohl bei Kindern (43,8%) als auch bei Erwachsenen (25,9%) etwa doppelt so hoch sind wie in den entsprechenden Altersgruppen der westdeutschen Gesamtpopulation (vgl. Tabelle 17). Auch wenn man die OECD-Skala zugrunde legt, erhält man Quoten, die etwa doppelt so hoch sind wie bei der Gesamtpopulation, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Legt man die Abgrenzung von Rainwater und Smee-

ding (Bezug auf Median; mit erheblich niedrigeren Personengewichten) zugrunde, zeigt sich allerdings ein anderes Bild: Die Quoten liegen vergleichsweise nahe bei denjenigen der Gesamtpopulation und bei den Kindern sogar etwas niedriger. Diese strenge Abgrenzung einer 50-%-Schwelle, mit der Annahme von erheblichen Vorteilen bei zunehmender Haushaltsgröße, ergibt hier insbesondere bei Kindern in Aussiedlerfamilien ein völlig anderes Bild als die beiden anderen Berechnungsweisen. Bei dem insgesamt niedrigen Einkommensniveau und der spezifischen Haushaltsstruktur von Aussiedlern, mit mehreren Kindern im Haushalt, wirken sich die verschiedenen Äquivalenzskalen, mit unterschiedlichen Annahmen über Vorteile beim Wirtschaften bei zunehmender Haushaltsgröße ("economy of scale"), besonders stark auf die berechneten Quoten aus. Weniger strenge Abgrenzungen (arithmetisches Mittel) der 50-%-Schwelle mit der Annahme von geringeren Vorteilen bei zunehmender Haushaltsgröße (BSHG-Skala) führen bei Aussiedlern zu besonders hohen Anteilen unterhalb der 50-%-Schwelle und dies vor allem bei Kindern.

3.2.6 Schwellenwertberechnung für 1995 auf der Basis der Einkommensverteilungen von 1984 und 1991

Sämtliche in der Ökonomie verwendeten Maße der Einkommensungleichheit sprechen nur auf die Veränderung der relativen Unterschiede an. Das folgt aus der geforderten Eigenschaft zur proportionalen Transformation (Diekmann 1995: 565). Durch Veränderungen in der Preisstruktur und im Konsumverhalten ist es problematisch, aus den Veränderungen von relativen Maßen zur Einkommensverteilung in verschiedenen Jahren direkt auf Unterschiede bei den Konsummöglichkeiten zu folgern(vgl. Sen 1975: 77ff). Behält man den inflationsbereinigten Schwellenwert eines bestimmten Jahres bei, handelt es sich eher um einen absoluten Standard zur Abgrenzung einkommensschwacher Positionen als um einen relativen (Atkinson 1998: 18ff). So zeigt sich für Großbritannien von 1979 bis 1993 auf der Basis konstanter Kaufkraft eine nahezu konstante Quote der Einkommensarmut, während im gleichen Zeitraum die Quote relativer Einkommensarmut auf mehr als das Doppelte steigt.

Im folgenden soll trotz dieser Problematik beispielhaft aufgezeigt werden, welche Bevölkerungsanteile sich unterhalb einer 50-%-Einkommensschwelle befinden, die auf inflationsbereinigten Schwellenwerten vergangener Jahre beruhen (vgl. Tabelle 20). Hierzu wird in West- und Ostdeutschland jeweils der zur Verfügung stehende Untersuchungszeitraum genutzt. Das Untersuchungsjahr ist 1995. Um die zusätzlichen Probleme der Wechselkursumrechnungen zwischen der DDR-Mark und der D-Mark zu vermeiden, wird für die neuen Bundesländer die 50-%-Schwelle für das jeweilige Berechnungsverfahren auf das Basisjahr 1991 bezogen[16]. Ab diesem Jahr wurde das Einkommen in der Oststichprobe des Sozio-ökonomischen Panels in D-Mark erhoben, und damit fällt die zusätzliche Problematik einer Änderung der Währung weg. In den alten Bundesländern wird das Jahr der ersten Welle des Sozio-ökonomischen Panels 1984 gewählt und somit ein Zeitraum von 11 Jahren überbrückt.

Tabelle 20: Anteil von Personen in einkommensschwachen Haushalten auf der Basis der Schwellenwerte[1] von 1984 und 1991

	1995					
	BSHG[2]		OECD[3]		R-S[4]	
	West[5]	Ost	West	Ost	West	Ost
	Basisjahr					
	1984	1991	1984	1991	1984	1991
unter 18 Jahre	8,3	4,0	5,9	0,7	3,3	1,4
über 18 Jahre	4,8	2,0	4,7	1,1	3,4	2,2

[1] Korrigiert um die Veränderung des Preisindexes für die Lebenshaltung.
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[3] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[4] Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
[5] Ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Anhand der Schwellenwerte von 1984, die um die Veränderung des Preisindexes für die Lebenshaltung korrigiert sind, findet man 1995 in den alten Bundesländern auf der Basis aller drei verwendeten Berechnungsverfahren erheblich niedrigere Anteile unterhalb der 50-%-Schwelle als 1984: Für die BSHG-

Skalenvariante lag der Anteil bei den Kindern bei 8,3% und beträgt somit weit weniger als die Hälfte der Quote von 1984. Auch auf Grundlage der OECD-Skala und der Rainwater-Smeeding-Skala (Bezug: Medianeinkommen, Haushaltsebene) fallen die ermittelten Werte nur etwa halb so hoch aus wie auf der Basis der Einkommensverteilung von 1984. Auf der Basis konstant gehaltener Konsummöglichkeiten (korrigiert um die Veränderung des Preisindexes für die Lebenshaltung) ist somit ein deutliches Absinken des Anteils unter dem Schwellenwert zu verzeichnen.

In den neuen Bundesländern mit den vielfältigen wirtschaftlichen Veränderungen und den hohen Veränderungen der Kaufkraft im Laufe des Transformationsprozesses nach der Wiedervereinigung wirkt sich diese Berechnungsweise bereits über den kurzen Zeitraum von vier Jahren besonders stark aus. Legt man die Schwellenwerte der Einkommensverteilung von 1991 - korrigiert um die Veränderung des Preisindexes für die Lebenshaltung - der Einkommensverteilung von 1995 zugrunde, so fallen die Anteile unterhalb der 50-%-Einkommensschwelle vergleichsweise niedrig aus. Für Kinder in den neuen Bundesländern beträgt der so errechnete Anteil nach der BSHG-Skala 4,0% (OECD-Skala: 0,7%; Rainwater-Smeeding-Skala: 1,4%). Die verschiedenen Äquivalenzeinkommen sind durchschnittlich jeweils stärker gestiegen als die Lebenshaltungskosten. Da dieser Anstieg auch im unteren Einkommensbereich zu beobachten ist, führt die Verwendung der Schwellenwerte von 1991 (Ost) bzw. 1984 (West) zu gesunkenen Anteilen unterhalb dieser Abgrenzung im Jahr 1995. Gerade für Ostdeutschland ist dennoch bei der Bewertung der Ergebnisse zu beachten, daß insbesondere Güter des Grundbedarfes und Mieten besonders starke Veränderungen zu verzeichnen hatten (vgl. auch Hauser 1992: 62f.).

3.2.7 Berechnungen auf der Basis einer gemeinsamen Einkommensverteilung von alten und neuen Bundesländern

Alle Berechnungen wurden bisher für die alten und neuen Bundesländer getrennt vorgenommen, was hinsichtlich der unterschiedlichen Niveaus von Löhnen und Transferleistungen in West- und Ostdeutschland für die Fragen zur Entwicklung der Einkommensungleichheit auch sinnvoll erscheint. Aufgrund der vielfältigen methodischen Probleme beim Vergleich von Realeinkommen (vgl. Müller u. a. 1995; Hauser 1992; Bedau u. a. 1992) wird hier die Veränderung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen als Grundlage für die Entwicklung der Einkommensungleichheit herangezogen.

Desweiteren liegen Studien vor, deren Berechnungen zur Entwicklung der Einkommensungleichheit auf der Basis gesamtdeutscher Durchschnitte vorgenommen wurde (Hanesch u. a. 1994). Eine weitere Variante greift auf eine Operationalisierung von Hanesch u. a. (1994) zurück, um Unterschiede in der Kaufkraft zwischen Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen (vgl. Tabelle 21). Zu Vergleichszwecken werden hier auch Berechnungen auf der Basis gesamtdeutscher Einkommensverteilungen präsentiert (vgl. Tabelle 22).

Tabelle 21: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1991-1996 - Berechnung auf der Basis einer gemeinsamen Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland unter Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten[1]

	BSHG[2]						OECD[3]						R-S[4]					
	unter 18 Jahre			über 18 Jahre			unter 18 Jahre			über 18 Jahre			unter 18 Jahre			über 18 Jahre		
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt
1991	12,6	23,2	15,2	6,1	14,4	7,8	7,7	14,1	9,2	5,7	14,8	7,6	4,8	9,9	6,0	4,9	12,0	6,3
1992	11,6	22,1	14,0	6,5	12,0	7,6	7,2	15,0	9,0	6,7	11,5	7,6	5,1	10,8	6,4	5,0	9,7	5,9
1993	13,8	20,7	15,3	8,0	11,2	8,8	8,3	14,1	9,3	7,8	10,2	8,2	5,0	10,7	6,3	5,9	8,7	6,4
1994	13,8	22,1	15,5	7,8	10,3	8,3	7,8	14,7	9,2	8,0	9,9	8,3	5,4	8,7	6,1	6,8	8,0	7,0
1995	17,7	28,1	20,0	9,5	13,8	10,4	9,5	19,2	11,6	8,2	12,2	9,1	8,5	14,2	9,7	7,3	11,1	8,1
1996	12,5	18,5	13,8	7,6	9,4	8,0	8,4	9,8	8,7	7,4	7,3	7,4	4,9	5,6	5,0	5,7	4,7	5,5
1995[5]	20,6	27,1	21,9	10,1	13,2	10,7	11,7	18,7	13,1	8,8	11,7	9,4	10,3	13,7	11,0	7,9	10,7	8,5
1996[5]	14,5	16,3	14,9	8,2	8,3	8,2	9,7	9,0	9,6	7,6	7,1	7,5	5,6	5,2	5,6	5,8	4,4	5,5

[1] Kaufkraftparitäten entsprechend der Berechnungsweise von Hanesch u. a. (1994: 134).

Tabelle 21: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten 1984-1996 - Berechnung auf der Basis einer gemeinsamen Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland

	BSHG[2]						OECD[3]						R-S[4]					
	unter 18 Jahre			über 18 Jahre			unter 18 Jahre			über 18 Jahre			unter 18 Jahre			über 18 Jahre		
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt
1991	10,7	44,7	18,9	5,4	30,9	10,5	5,8	31,5	11,9	4,9	30,9	10,1	4,0	17,8	7,3	3,7	20,9	7,2
1992	10,9	34,0	16,2	5,9	19,9	8,7	6,4	23,6	10,3	5,4	18,6	8,0	4,2	15,8	6,8	4,3	14,3	6,3
1993	13,3	28,5	16,7	8,0	15,6	9,5	7,4	20,3	10,2	7,4	15,5	9,0	3,8	12,2	5,7	4,5	10,4	5,6
1994	13,5	26,3	16,1	7,4	13,0	8,5	6,6	19,0	9,2	7,2	12,3	8,2	4,0	9,9	5,2	6,1	9,0	6,6
1995	15,2	26,5	17,7	8,5	12,6	9,3	8,9	19,0	11,1	7,9	11,8	8,7	5,6	11,0	6,8	5,1	8,2	5,7
1996	12,2	22,3	14,4	7,3	11,5	8,2	7,9	15,1	9,5	6,9	9,9	7,5	4,6	6,8	5,1	5,3	6,6	5,5
1995[5]	18,1	24,8	19,5	9,1	11,7	9,6	11,4	18,0	12,7	8,3	11,2	8,9	7,4	9,6	7,8	5,7	7,7	6,1
1996[5]	13,9	21,2	15,3	7,8	10,9	8,4	9,3	13,9	10,2	7,3	9,5	7,7	5,6	6,5	5,8	5,6	6,5	5,7

[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[3] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[4] Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995), berechnet auf Personenebene.
[5] Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel

3.2.8 Entwicklung der Einkommensdistanz zum Schwellenwert

Die dargelegten Quoten von Bevölkerungsteilen in einkommensschwachen Haushalten geben keinen Hinweis über die Intensität des Niedrigeinkommens, d. h. ob die Haushaltseinkommen nahe oder in großer Distanz zum Schwellenwert liegen. Eine andere Meßziffer, das Armutslückenverhältnis, betont hingegen die Distanz zum Schwellenwert. Sie mißt die durchschnittliche Differenz der Einkommen von Armen zur Armutsschwelle. Der Indikator kann als das prozentuale Zurückbleiben des Durchschnittseinkommens der Untersuchungseinheiten in einkommensschwachen Haushalten unter dem Schwellenwert interpretiert werden (vgl. Faik 1995: 318). Empirische Untersuchungen zur Einkommensarmut in der Bundesrepublik lassen diese Problematik meist unberücksichtigt. Daneben gibt es noch eine Reihe von Armutsmaßen, die Armutsquote und Armutslücke in einem Wert zusammenfassen. Diese aggregierten Maße konnten sich bisher allerdings nicht durchsetzen, was auch mit der eher schwierigen Interpretation zusammenhängt (Leu u.a. 1997: 23).

Zur internationalen Einordnung des Armutslückenverhältnisses ist auf Basis der Luxemburg Income Study folgendes festzustellen (Förster 1994: 19): Bezogen auf die 50-%-Schwelle bleiben Einkommensarme in den alten Bundesländern (1984/85) 21,5% zurück. Nur in Österreich und Luxemburg liegt der Wert darunter. In anderen Ländern ist die Intensität von Einkommensarmut höher als in Deutschland. So liegt das Armutslückenverhältnis in den USA bei 36,8% und in Holland sogar bei 46,4%. Deutschland weist somit bei einer moderaten Einkommensarmutsquote eine vergleichsweise geringe Intensität der Einkommensarmut auf.

Auf Basis der Auswertungen mit dem Sozio-ökonomischen Panel (BSHG-Skala) erhält man für 1984, trotz unterschiedlicher Äquivalenzskalen, nahezu identische Werte wie bei den Berechnungen mit der Luxemburg Income Study. In den alten Bundesländern fällt auf, daß über die Beobachtungsjahre hinweg

das Lückenverhältnis zur 50-%-Schwelle für Kinder unter 18 Jahren bis 1994 etwas niedriger ist als bei Erwachsenen (vgl.Tabelle 22). Bei Kindern in den alten Bundesländern ist ein Absinken der Werte zwischen 1984 und 1990 zu erkennen. Ab 1995 ist dann ein Wiederanstieg festzustellen, der durch die Zuwanderung nach Westdeutschland noch verstärkt wird. Das Lückenverhältnis für Kinder in Haushalten mit ausländischem Haushaltsvorstand differierte bis 1994 um maximal 2% zu allen Kindern. Ab 1995 beträgt die Differenz der Kinder mit ausländischem Haushaltsvorstand zu allen Kindern bei Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe sogar 8% (ohne Zuwandererstichprobe: 4%). In den alten Bundesländern bleiben 1995 sowohl Kinder als auch Erwachsene in einkommensschwachen Haushalten durchschnittlich um 22% unter dem Schwellenwert (bei 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens) zurück, bei Einbeziehung der Zuwandererstichprobe. Ohne die Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe ist das Lückenverhältnis kleiner. 1996 sind bei Kindern nur geringfügige Veränderungen zum Vorjahr zu erkennen. Das bedeutet, daß ab 1995 insbesondere bei Kindern von ausländischen Migranten der letzten zehn Jahre nicht nur ein erhöhter Anteil unterhalb der 50-%-Einkommensschwelle zu finden ist, sondern daß bei ihnen die Einkommensdistanz zum Schwellenwert besonders groß ist. Allerdings ist seit 1995 auch bei den übrigen Kindern mit ausländischem Haushaltsvorstand (überwiegend aus früheren Anwerbeländern für Gastarbeiter) ein zunehmender Einkommensabstand zur 50-%-Schwelle zu erkennen. Kinder deutschstämmiger Aussiedler unterscheiden sich bezüglich des Lückenverhältnisses nur geringfügig (1995: 0,22) von der westdeutschen einkommensschwachen Bevölkerung.

Tabelle 22: Lückenverhältnis zum Schwellenwert[1] in Westdeutschland 1984-1996

	Westdeutschland								
	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	Deutsche Haushalte[2]			Ausländische Haushalte		
				gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.
1984	0,22	0,21	0,22	0,22	0,21	0,22	0,22	0,21	0,23
1990	0,21	0,18	0,22	0,21	0,17	0,22	0,20	0,20	0,20
1994	0,21	0,18	0,23	0,21	0,18	0,23	0,20	0,19	0,20
1995	0,21	0,20	0,21	0,21	0,21	0,21	0,23	0,24	0,23
1996	0,21	0,20	0,22	0,21	0,20	0,22	0,22	0,24	0,21
1995[3]	0,22	0,22	0,22	0,20	0,20	0,20	0,28	0,31	0,27
1996[3]	0,22	0,23	0,22	0,22	0,21	0,22	0,26	0,30	0,23

[1] Bezeichnet das prozentuale Zurückbleiben des Durchschnittseinkommens zu der festgelegten 50-%-Einkommensschwelle der Gesamtpersonen; Personengewichte nach den Regelsätzen der Bundessozialhilfe.
[2] Bezeichnet das prozentuale Zurückbleiben des Durchschnittseinkommens der deutschen/ ausländischen Haushalte zu der festgelegten 50-%-Einkommensschwelle der Gesamtpersonen; Personengewichte nach den Regelsätzen der Bundessozialhilfe.
[3] Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

In Ostdeutschland ist das Lückenverhältnis bei Kindern bis 1995, ähnlich wie bei deutschen Kindern in der alten Bundesländern, geringer als bei Erwachsenen (vgl.Tabelle 23). Bei ostdeutschen Kindern ist im Untersuchungsverlauf von 1990 bis 1994 ein deutlicher Anstieg der Werte von 0,14 auf 0,19 festzustellen. Anders als in den alten Bundesländern sank der Indikatorwert 1995 wieder auf 0,15 ab. Damit lag 1995 in Ostdeutschland die Intensität des Niedrigeinkommens bei Kindern deutlich unter dem westdeutschen Niveau (getrennte Berechnungen). 1996 ist eine andere Entwicklung zu erkennen: Zwar ist ein deutliches Absinken des Anteils von Kindern unter der 50-%-Schwelle festzustellen, aber gleichzeitig hat sich das Lückenverhältnis bei ostdeutschen Kindern auf 0,20 erhöht, was nahezu dem Niveau bei deutschen Kindern in den alten Bundesländern entspricht. Der jüngste Rückgang der Quote (vgl.Kapitel 3.2.4) geht also mit einer vergrößerten Einkommensdistanz der Kinder in einkommensschwachen Haushalten zu der 50-%-Schwelle einher.

Tabelle 23: Lückenverhältnis zum Schwellenwert[1] in Ostdeutschland

	Ostdeutschland		
	Gesamt	unter 18 Jahre	über 18 Jahre
1990	0.14	0.13	0.15
1994	0.21	0.19	0.23
1995	0.16	0.15	0.16
1996	0.20	0.20	0.20

[1] Bezeichnet das prozentuale Zurückbleiben des Durchschnittseinkommens zu der festgelegten 50-%-Einkommensschwelle der Gesamtpersonen; Personengewichte nach den Regelsätzen der Bundessozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.2.9 Zusammenfassende Darstellung der aktuellen Entwicklung der Einkommensungleichheit

Die Abnahme des Anteils von Kindern in einkommensschwachen Haushalten gegenüber dem Vorjahr von 1996 wird im folgenden im Zusammenhang mit weiteren Veränderungen im Einkommensgefüge betrachtet. Das jüngste Absinken der Quote geht einher mit einer geringen Zunahme der Durchschnittseinkommen im Vergleich zum Vorjahr (z. B. BSHG-Äquivalenzeinkommen West: 1,6%; Ost: 4,6%; vgl. auch Tabelle 9) und einer Abnahme der Variation der Haushaltseinkommen insgesamt. Die wesentlichen Veränderungen in der Verteilung von Kindern auf Einkommensvielfache zwischen 1995 und 1996 sind neben einer Abnahme im untersten Einkommensbereich, in einer Zunahme in mittleren Einkommensbereichen zu sehen (75%-100% bzw. 100%-125%; vgl. Kapitel 3.2.3). Nur bei Berechnungen auf Basis der BSHG-Skala ist die stärkste Zunahme im Bereich direkt oberhalb der 50-%-Schwelle (50%-75% des Durchschnittseinkommens) festzustellen. Auffallend ist, daß vor allem in Ostdeutschland mit der Abnahme des Anteils unter der 50-%-Schwelle eine Zunahme der Einkommensdistanz zum Schwellenwert zu beobachten ist (BSHG-Skala). Das weist auch darauf hin, daß bei dieser Skalenvariante, vor

allem bei Kindern in einkommensschwachen Haushalten mit geringer Distanz zum Schwellenwert, ein sinkender Anteil zu verzeichnen ist.

Auch zusammenfassende Ungleichheitsmaße zeigen eine Verringerung der Einkommensdispersion über alle Altersgruppen in Ost- und Westdeutschland an. In den alten Bundesländern sinkt der Gini-Index (vgl. Kapitel 3.2.2) bereits 1995 bei den verwendeten Äquivalenzeinkommen jeweils um 0,01 gegenüber 1994 ab (vgl. Tabelle 24). Auch 1996 sinkt der Gini-Index nochmals um 0,01 gegenüber dem Vorjahr ab. Es ist also 1995 und 1996 auf Basis des Gini-Index eine sinkende Einkommenskonzentration in den alten Bundesländern zu erkennen. In den neuen Bundesländern ist 1995 nur auf Basis der BSHG-Skala eine Zunahme des Gini-Indexes gegenüber dem Vorjahr auf 0,22 zu erkennen. 1996 ist bei allen drei Äquivalenzeinkommen ein Rückgang um 0,01 festzustellen.

Der Variationskoeffizient basiert auf der Standardabweichung und reagiert als Ungleichheitsmaß besonders sensitiv auf Veränderungen im oberen Einkommensbereich. Während die Variationskoeffizienten in den alten Bundesländern im Jahr 1995 für die drei verwendeten Äquivalenzeinkommen vergleichsweise hohe Werte erreichten und gegenüber 1994 anstiegen, ist 1996 in den alten Bundesländern jeweils eine deutliche Abnahme der Koeffizienten zu erkennen. Diese Veränderung ist auf Basis der BSHG-Skala besonders ausgeprägt: Hier sank der Variationskoeffizient 1996 gegenüber dem Vorjahr von 0,70 auf 0,53.

Auch in den neuen Bundesländern ist 1996 erstmals seit 1990 ein Absinken des Variationskoeffizienten zu erkennen. Hier sank der Koeffizient für das BSHG-Äquivalenzeinkommen von 0,42 auf 0,40. Da der Variationskoeffizient besonders sensitiv im oberen Einkommensbereich reagiert, ist die Annahme begründet, daß besonders hohe Einkommen 1996 weniger vom Durchschnitt abwichen (niedriger waren) als noch im Jahr davor. Die hohe Variation der Haushaltseinkommen 1995 bietet, neben der Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe in den alten Bundesländern, eine Erklärung für den besonders starken Anstieg der Quoten auf Basis der BSHG-Skala und der OECD-Skala, die auf Distanzen zum arithmetischen Mittel beruhen. Mit einer sinkenden Variati-

on der Haushaltseinkommen 1996 ist auch ein Absinken des Anteils von Kindern in einkommensschwachen Haushalten verbunden.

Tabelle 24: Konzentration und Variation von relativen Einkommenspositionen bei Verwendung verschiedener Äquivalenzgewichte

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1995	1996	1995	1996
Gini-Index				
R-S[1]	0,24	0,23	0,20	0,19
OECD[2]	0,25	0,24	0,20	0,19
BSHG[3]	0,27	0,26	0,22	0,21
Variations-koeffizient				
R-S	0,58	0,51	0,40	0,36
OECD	0,63	0,58	0,42	0,40
BSHG	0,70	0,53	0,40	0,37

[1] Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[3] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.3 Dauer einkommensschwacher Positionen

Analysen zur Stabilität von Haushaltseinkommen über mehrere Jahre zeigen, daß bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen zwar nicht unerheblichen kurzfristigen Schwankungen unterworfen sind, daß aber diese Schwankungen um eine langfristig stabile Einkommensposition stattfinden (Weick 1998a). In den neuen Bundesländern sind die Abweichungen vom langfristigen Niveau etwas stärker, dennoch ist auch dort – sogar über den Wechsel der Währung hinweg – diese Tendenz zu einem stabilen Einkommensniveau über mehrere Jahre anzutreffen. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß die Einkommensränder überwiegend von kurzfristigen Schwankungen bestimmt sind. Dies ist auch vereinbar mit den Ergebnissen, daß Einkommensarmut in der deutschen Bevölkerung eher kurzfristig auftritt (Habich, Heady und Krause 1991). Im folgenden wird

nun untersucht, ob sich der Verlauf von einkommensschwachen Positionen von Kindern und von Erwachsenen unterscheidet. Dies wird ergänzt durch Untersuchungen zum Einkommensniveau in diesem Verlauf.

3.3.1 Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt

Die jährliche Wiederbefragung der Untersuchungspersonen im Sozio-ökonomischen Panel erlaubt es, individuelle Längsschnittdaten von Kindern und Erwachsenen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu vergleichen. Verfolgt werden individuelle Veränderungen für den Zeitraum von 1991 bis 1995. Verglichen werden dabei Kinder, die während des gesamten Untersuchungszeitraumes unter 18 Jahren alt waren mit Befragten, die im ersten Untersuchungsjahr mindestens 18 Jahre alt waren. Anhand der Längsschnittstichprobe wird untersucht, ob und wie häufig Untersuchungspersonen im Verlauf der fünf Befragungswellen mit weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens (BSHG) auskommen mußten.

Die zeitraumbezogene Auswertung über fünf Befragungsjahre bringt folgende Ergebnisse: Mehr als zwei Drittel (68%) aller Kinder in den alten Bundesländern und drei Viertel (75%) der Kinder in den neuen Bundesländern haben in diesem Zeitraum die 50-%-Schwelle nicht unterschritten (Volljährige: 81% West; 86% Ost). Damit ist die Betroffenheit von einkommensschwachen Positionen über mehrere Untersuchungsjahre bei Kindern höher als bei Erwachsenen. Die höhere Einkommensmobilität in den neuen Bundesländern trug dazu bei, daß in den neuen Bundesländern die Betroffenheit von einkommensschwachen Positionen auch im Längsschnitt geringer ist als in den alten Bundesländern (vgl. Müller u.a. 1995; Weick 1995, Krause 1997). Erwachsene fallen im Vergleich zu Kindern häufiger nur einmal unter die 50-%-Schwelle. Kinder sind dagegen stärker bei mehrmaligem Absinken unter die Armutsschwelle, d.h. bei längerandauerndem Absinken unter die 50-%-Schwelle, vertreten: In den alten Bundesländern unterschreiten 20-% der Kinder (mit mindestens einmaligem Absinken in den einkommensschwachen Bereich) die 50-%-Schwelle zu allen fünf Beobachtungsjahren, während dies nur für 11 % der Erwachsenen zutrifft (vgl.Tabelle 26). In Ostdeutschland liegt der Anteil von Kindern mit

viermaligem Absinken unter die 50-%-Schwelle (14%) über demjenigen der Volljährigen (8%). Somit sind einkommensschwache Positionen bei Kindern länger anhaltend als bei Erwachsenen.

Tabelle 25: Anteil der Personen, die von 1991-1995 n-mal über weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens[1] verfügten, in West- und Ostdeutschland

Schwellenwert		n-mal unter dem Schwellenwert					
		0	1	2	3	4	5
50-%-Schwelle	Ost						
	Gesamt		53,9	23,1	13,0	10,0	
	unter 18 J.		46,6	24,2	14,8	14,4	
	über 18 J.		57,3	22,6	12,2	7,9	
	West						
	Gesamt		39,5	23,1	15,7	8,4	13,3
	unter 18 J.		31,9	23,1	14,3	11,1	19,6
	über 18 J.		42,1	23,1	16,2	7,5	11,1
50-%-Schwelle	Ost						
	Gesamt	84,1	8,6	3,7	2,1	1,6	
	unter 18 J.	75,4	11,5	5,9	3,6	3,5	
	über 18 J.	86,4	7,8	3,1	1,7	1,1	
	West						
	Gesamt	78,9	8,3	4,9	3,3	1,8	2,8
	unter 18 J.	68,4	10,1	7,3	4,5	3,5	6,2
	über 18 J.	81,0	8,0	4,4	3,1	1,4	2,1

[1] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
* Fallzahl < 30.

Eine Einordnung der Verläufe in eine Typologie in Anlehnung an Ashword u.a. (1994: 666ff) zeigt ebenfalls, daß Kinder stärker von persistenter und in den alten Bundesländern auch von permanenter Einkommensarmut betroffen sind als Erwachsene (vgl. Tabelle 26). Einschränkend ist anzumerken, daß hier nur ein Ausschnitt von fünf Jahren zu verschiedenen Altersjahren beobachtet wurde, während diese Typologie für einen gesamten Kindheitsverlauf gebildet wurde. Die Auftrittsmuster können deshalb auch nur weniger variieren und auch diskriminieren. So wurden auch die Typen anhaltende und chronische Armutsverläufe zusammengefaßt. Deutlich wird dennoch, daß auch bei Kindern die Verlaufstypen „einmalig“ und „gelegentlich“ vorherrschen. Es tritt also nicht selten wiederholte, kurzfristige Armut auf, was die Ergebnisse zur aggregierten Aufzählung der Armutszeiten ergänzt.

Tabelle 26: Einkommensarmutsverläufe[1] von 1991-1995

Schwellenwert		Einkommensarmutsverläufe einmalig	gelegentlich	chronisch	persistent	permanent
50-%-Schwelle	Ost					
	Gesamt	53,9	23,1	9,7	13,2	
	unter 18 J.	46,6	24,2	11,2	18,0	
	über 18 J.	57,3	22,6	9,1	11,0	
	West					
	Gesamt	39,5	23,1	7,9	16,2	13,3
	unter 18 J.	31,9	23,1	4,8	20,6	19,6
	über 18 J.	42,1	23,1	9,0	14,7	11,1

[1] Die Verläufe wurden in Anlehnung an eine Typologie von Walker (1994) geordnet: gelegentlich mehrmals einmalig; chronisch > 2x + weitere; persistent: 3x hintereinander (evtl + weitere) permanent: durchgehend – unter der 50-%-Schwelle.
Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1991-1995.

3.3.2 Nationalität und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt

Die Längsschnittperspektive verdeutlicht auch die besondere Problematik der Minderjährigen in Migrantenfamilien. Die Mehrheit der Kinder in ausländischen Haushalten (60%; tabellarisch nicht ausgewiesen) hat mindestens kurzfristig in einkommensschwachen Positionen gelebt. Bei ihnen sind die Armutslagen von der Tendenz auch persistenter (vgl. Tabelle 27). Zwar unterscheiden sich die Häufigkeiten des Absinkens zwischen deutschen und ausländischen Kindern nicht grundlegend, dennoch ist bei Kindern von Migranten seltener kurzfristiges Absinken (1 + 2 mal) unter die 50-%-Schwelle zu erkennen. Die Längsschnittbetrachtung bei Kindern auf Basis der Haushaltseinkommen liefert somit hinsichtlich der Nationalität und Zuwanderung andere Ergebnisse als die Bremer Sozialhilfestatistik, die insbesondere bei deutschen Kindern (ohne Aus- und Übersiedler) fast doppelt so lange Bezugszeiten wie bei ausländischen Kindern identifizieren konnte (Buhr 1998: 79).

Tabelle 27: Anteil der Personen, die von 1991-1995 n-mal über weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens[1] verfügen, in Westdeutschland nach Nationalität

	n-mal unter dem Schwellenwert				
	1	2	3	4	5
Deutsche					
Gesamt	43,1	22,2	14,7	9,3	10,7
unter 18 J.	34,0	24,1	13,0	10,9	17,9
über 18 J.	46,0	21,6	15,2	8,8	8,4
Ausländer					
Gesamt	30,2	24,3	16,2	12,4	16,8
unter 18 J.	26,7	18,8	20,6	16,9	17,0
über 18 J.	31,6	26,4	14,5	10,7	16,7

[1] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
Nur Personen, die mindestens einmal unter der 50-%-Schwelle lagen.
Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1991-1995.

Bei Kindern in deutschen Haushalten findet man folgendes Bild vor: Ein Drittel aller westdeutschen und ein Viertel der ostdeutschen Kinder befanden sich innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren, zumindest kurzfristig, in einkommensschwachen Positionen. Bei deutschen Personen ab 18 Jahren ist vor allem die Wahrscheinlichkeit, längerfristig in niedrigen Einkommenspositionen zu sein, deutlich geringer als bei Kindern. Ausländische Kinder haben ein besonders hohes Risiko, im Zeitverlauf in einkommensschwache Positionen abzusinken.

3.3.3 Haushaltseinkommen und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt

Im folgenden wird der Verlauf der durchschnittlichen Haushaltseinkommen im Zeitraum von 1991 bis 1995 untersucht. Dabei kann den Fragen nachgegangen werden, wie stark die Einkommenseinbußen in Zeiten unterhalb der 50-%-Schwelle sind und welche Unterschiede zwischen längerfristigem und kurzfristigem Absinken unter den Schwellenwert zu erkennen sind (vgl. Habich, Heady und Krause 1991). In diese Analysen die Längsschnittstichprobe ohne Altersdifferenzierung einbezogen.

Die Einkommen wurden entsprechend des durchschnittlichen Anstiegs der Haushaltsnettoeinkommen für die Jahre von 1992 bis 1995 zum Basisjahr 1991 gewichtet. Unterschieden wird bei den Analysen nach Zeiten unterhalb und oberhalb der 50-%-Einkommensschwelle. Durch diese Betrachtungsweise wird die Möglichkeit geschaffen, die Einkommenssituation bei kurzfristigem und längerfristigem Absinken unter die 50-%-Schwelle zu vergleichen. Die Abgrenzung der Personen in einkommensschwachen Haushalten wurde auf Basis der BSHG-Skala vorgenommen. Neben dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen (BSHG) wird auch das ungewichtetete Haushaltsnettoeinkommen ausgewiesen. Das erlaubt es einerseits die Einkommenssituation im Haushalt und deren Veränderung (in DM) ohne Berücksichtigung des angenommen Bedarfs durch das Äquivalenzgewicht zu betrachten (vgl. Tabelle 29). Andererseits kann auch die Einkommenssituation und deren Veränderung auf Basis der (bedarfsgewichteten) Äquivalenzeinkommen und deren Veränderung beurteilt werden.

Bereits die durchschnittlichen Haushaltseinkommen ohne Berücksichtigung der Haushaltszusammensetzung (ohne Äquivalenzgewichtung) zeigen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland den deutlichen Unterschied der Einkommenssituation von Personen in Haushalten, die zu keinem der fünf Befragungszeitpunkte unter die 50-%-Schwelle abgesunken waren, zu denjenigen, die einmal oder häufiger unter dem Schwellenwert lagen. Daß die Haushaltsnettoeinkommen in Jahren unterhalb der 50-%-Schwelle bei zunehmender Häufigkeit von Niedrigeinkommensjahren zunehmen, ist ein Hinweis darauf, daß größere Haushalte eher von längerfristigem Niedrigeinkommen betroffen sind. Dies wird besonders bei Ausländern deutlich. Personen in ausländischen Haushalten steht in Zeiten unter der 50-%-Schwelle nominal ein höherer Betrag zur Verfügung als Personen in deutschen Haushalten unter dem Schwellenwert.

Tabelle 28: Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen[1] und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt in Westdeutschland

Anzahl der Jahre unter 50-%-Schwelle[2]		Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen 1991-95	Jahre unter 50-%-Schwelle	Jahren über 50-%-Schwelle
		in DM		
0	Ost	1805		1805
	West	3964		3964
	Deutsche	3969		3968
	Ausländer	3841		3841
1	Ost	1408	778	1576
	West	2919	1761	3234
	Deutsche	2879	1705	3200
	Ausländer	3296	2282	3560
2	Ost	1297	826	1630
	West	2563	1868	3055
	Deutsche	2523	1824	3019
	Ausländer	2777	2118	3232
≥ 3	Ost	1041	848	1567
	West	2142	1945	2966
	Deutsche	2087	1884	2909
	Ausländer	2419	2256	3250

[1] Haushaltsnettoeinkommen ohne Äquivalenzgewichtung (Standardisiert auf 1991).
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenz-einkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1991-1995.

Ein anderes Bild zeigt sich aber bei den Äquivalenzeinkommen (vgl. Tabelle 30). Durch die größeren Haushalte in der ausländischen Bevölkerung und einem entsprechend höher ausfallenden Bedarf bei der Äquivalenzgewichtung, werden die Haushaltseinkommen stärker nach unten gewichtet als bei der deutschen Bevölkerung. Die entsprechenden Differenzen bei der Höhe der Äquivalenzeinkommen zwischen Deutschen und Ausländern (unter der 50-%-Schwelle) fallen damit auch bei einer zeitraumbezogenen Betrachtung eher gering aus.

Tabelle 29: Durchschnittliches bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (BSHG)[1] und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt in West- und Ostdeutschland

Anzahl der Jahre unter 50-%-Schwelle[2]		Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen 1991-95	Jahre unter 50-%-Schwelle	Jahre über 50-%-Schwelle
		in DM		
0	Ost	766		766
	West	1802		1802
	Deutsche	1818		1818
	Ausländer	1474		1474
1	Ost	554	294	623
	West	1189	664	1333
	Deutsche	1204	661	1353
	Ausländer	1048	694	1140
2	Ost	453	272	580
	West	940	663	1136
	Deutsche	942	658	1144
	Ausländer	926	694	1085
≥ 3	Ost	343	276	511
	West	709	633	1027
	Deutsche	714	634	1036
	Ausländer	687	628	985

[1] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe (Einkommen standardisiert auf 1991)

Eine etwas anschaulichere Möglichkeit die Einkommensniveaus im Längsschnitt zu vergleichen, besteht darin, relative Einkommenspositionen über die fünf Untersuchungsjahre zu kumulieren (vgl. Krause 1997). Hier wird auch nach Altersgruppen unterschieden. Wegen der geringen Unterschiede der jeweiligen Äquivalenzeinkommen wird auf eine Differenzierung zwischen Deutschen und Ausländern verzichtet.

Tabelle 30: Wohlstandsspannen und Armutslücken[1] und Häufigkeit einkommensschwacher Positionen im Längsschnitt in West- und Ostdeutschland

Anzahl der Jahre unter 50-%-Schwelle[1]		Wohlstandsspanne/ Armutslücke über alle Jahre	Armutslücke Jahre unter der 50-%-Schwelle	Wohlstandsspanne Jahre über der 50-%-Schwelle
0	West			
	Gesamt	1,24		1,24
	unter 18 J.	0,80		0,80
	über 18 J.	1,32		1,32
	Ost			
	Gesamt	1,14		1,14
	unter 18 J.	0,94		0,94
	über 18 J.	1,18		1,18
1	West			
	Gesamt	0,44	-0,14	0,58
	unter 18 J.	0,28	-0,14	0,38
	über 18 J.	0,48	-0,16	0,62
	Ost			
	Gesamt	0,44	-0,18	0,60
	unter 18 J.	0,34	-0,18	0,46
	über 18 J.	0,50	-0,18	0,66
2	West			
	Gesamt	0,18	-0,18	0,42
	unter 18 J.	0,14	-0,12	0,32
	über 18 J.	0,20	-0,18	0,46
	Ost			
	Gesamt	0,18	-0,18	0,44
	unter 18 J.	0,14	-0,18	0,36
	über 18 J.	0,22	-0,18	0,48
≥ 3	West			
	Gesamt	-0,12	-0,22	0,26
	unter 18 J.	-0,14	-0,20	0,20
	über 18 J.	-0,10	-0,22	0,30
	Ost			
	Gesamt	-0,04	-0,22	0,38
	unter 18 J.	-0,04	-0,22	0,38
	über 18 J.	-0,04	-0,24	0,38

[1] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens: Distanz relativ zur 50-%-Schwelle.

(Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1991-1995.

Betrachtet wird die Einkommenshöhe relativ zur Armutsschwelle, hier als Mittelwert über mehrere Beobachtungsjahre hinweg. Werte unterhalb der 50-%-Schwelle werden als Armutslücke (mit negativem Vorzeichen) bezeichnet und Werte oberhalb der 50-%-Schwelle als Wohlstandsspanne. Die beiden Maßzahlen können, multipliziert mit 100, auch als prozentuale Abweichung

vom Schwellenwert interpretiert werden (vgl. Tabelle 31). In der ersten Spalte wird der Durchschnitt über die fünf Befragungszeitpunkte ausgewiesen, in den beiden weiteren Spalten wird zwischen Jahren oberhalb und unterhalb der 50-%-Schwelle unterschieden. Eine Wohlstandsspanne von eins (= Schwellenwert + 100%) entspricht dem durchschnittlichen Einkommen der Längsschnittstichprobe über alle fünf Beobachtungsjahre.

Mit zunehmender Armutshäufigkeit verschlechtert sich erwartungsgemäß die relative Einkommensposition über alle fünf Beobachtungszeitpunkte (Spalte 1). Bei Kindern und Volljährigen findet man in Zeiten unter der 50-%-Schwelle Einkommenslücken (Spalte 2), die zwischen 12% und 24% unter dem Schwellenwert liegen. Bei langfristigem Absinken unter die 50-%-Schwelle (3 +) sind auch die Einkommensabstände zur Armutsschwelle am höchsten. Bei Kindern betragen in dieser Gruppe die Armutslücken in Zeiten der Armut 20% in den alten und 22% in den neuen Bundesländern. In Westdeutschland findet man bei Erwachsenen durchgängig größere Armutslücken als bei Kindern mit Differenzen zwischen 6% und 2%.

Ein Absinken unter die 50-%-Schwelle geht mit erheblichen Verlusten beim Haushaltseinkommen einher. Dies zeigt der Vergleich der Einkommenspositionen von Armutszeiten mit Nichtarmutszeiten (Spalten 2 + 3). In den Zeiten über der 50-%-Schwelle zeigt sich folgendes: Die Wohlstandspannen von Kindern mit Armutsepisoden liegen zwischen 20% und 38% über der Armutsschwelle in den alten Bundesländern sowie zwischen 36% und 46% in den neuen Bundesländern. In ”Nichtarmutszeiten” liegen somit die Einkommen auch bei Kindern mit ”Armutserfahrung” in deutlichem Abstand zur Armutsschwelle.

Kinder, die im Untersuchungszeitraum ”nie” unter der 50-%-Schwelle lagen, weisen mit 80% in den alten Bundesländern und 94% in den neuen Bundesländern eine deutlich höhere Wohlstandsspanne auf als Kinder mit Armutsepisoden. Das bedeutet auch, daß Kinder mit Armutserfahrung in Nichtarmutszeiten

zwar deutlich über der Armutsschwelle liegen, daß aber ein erheblicher Einkommensabstand zu Kindern ohne Armutserfahrung besteht.

Während die Unterschiede in den Einkommenspositionen zwischen Kindern und Erwachsenen in Armutszeiten meist weniger stark variieren, sind in Nichtarmutszeiten die Differenzen größer. Volljährige liegen in Nichtarmutszeiten in den jeweiligen Gruppen höher über der Armutsschwelle als Minderjährige. Eine Ausnahme bildet hier ein persistentes Absinken (3 mal und mehr) in den neuen Bundesländern mit einer Wohlstandsspanne von nahezu 40% für Kinder und Erwachsene. Somit erzielen ostdeutsche Haushalte mit Kindern auch bei persistenten Armutsverläufen in Nichtarmutszeiten höhere Einkommenspositionen als in Westdeutschland. Auffallend ist die große Wohlstandsspanne von Erwachsenen ohne Armutserfahrung.

3.4 Objektive Lebensbedingungen von Kindern in unterschiedlichen Einkommenspositionen

In diesem Kapitel werden die objektiven Lebensbedingungen von Kindern unter 18 Jahren auf der Basis der Daten des Sozio-ökonomischen Panels untersucht. Hierzu werden Strukturdaten zu den Bereichen Haushalt und Familie, Wohnen, Transferleistungen, Erwerbstätigkeit und Bildung präsentiert. Um die Entwicklung im Trendverlauf aufzuzeigen, werden Querschnittsauswertungen für mehrere Untersuchungszeitpunkte dargestellt. Ergänzend hierzu werden zu ausgewählten Problembereichen auch individuelle Längsschnittanalysen betrachtet. Es wird dann die Fragestellung untersucht, ob ein Merkmal verstärkt bei langandauerndem Niedrigeinkommen auftritt, aber auch wie sich Zeiten über und unter der 50-%-Schwelle unterscheiden. Die Abgrenzung der einkommensschwachen Haushalte wird in diesem und dem folgenden Kapitel auf der Basis der BSHG-Skala vorgenommen.[17] Dadurch wird eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den größeren Armutsuntersuchungen (Hauser und Hübinger 1993a, Hanesch u.a. 1994) ermöglicht. Während diese Armutsstudien für die einzelnen Lebenslagen Unterversorgungsschwellen festlegen (vgl. auch Zimmermann 1998b: 67), die auch umstritten sind, wird in dieser Arbeit bei Versorgungsmerkmalen das Niveau der Versorgung von Kindern in Abhängigkeit von der Einkommensposition untersucht. So wird bei der Wohraumversorgung z.B. die durchschnittliche Zahl der Wohnräume pro Person ausgewiesen und nicht der Anteil unter einem Schwellenwert. An der Berichterstattung zur Lebenslage wird auch kritisiert, daß eigene Einschätzungen von Befragten nur unzureichend berücksichtigt werden, obwohl sich hieraus wichtige Rückschlüsse ziehen lassen, wie ein bestimmtes Versorgungsniveau von den Betroffenen bewertet wird (Eggen 1998). Soweit entsprechende Fragen im Sozio-ökonomischen Panel zur Verfügung stehen, werden in dieser Arbeit auch subjektive Bewertungen (der Mütter) in die Betrachtung mit einbezogen. So wird z.B. auch die Beurteilung der Miete, der Wohnfläche oder wahrgenommene Beeinträchtigungen zur Bewertung spezifischer Aspekte des Wohnens ausgewiesen. Als eine eher summarische kognitive Bewertung dient weiterhin die Wohnungszufriedenheit (vgl. Noll 1989).

3.4.1 Haushalts- und Familienformen

Trotz vielfältiger Veränderungen im Bereich der Familie in den alten und neuen Bundesländern, verbunden mit einer Abnahme der Eheneigung und der Ehestabilität, lebt etwa ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung mit einem Ehepartner und einem oder mehreren Kindern zusammen (Weick 1997a; Diekmann und Weick 1993). In Tabelle 32 ist die Verteilung von Kindern über und unter der 50-%-Schwelle auf verschiedene Haushaltstypen ausgewiesen. Zu allen drei Beobachtungszeitpunkten befinden sich sowohl unter als auch über der 50-%-Schwelle die meisten Kinder in Paarhaushalten. Dennoch sind deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Einkommenspositionen zu erkennen: Kinder in einkommensschwachen Positionen leben seltener in einer "Normalfamilie" (mit Mutter und einem Ehe- bzw. Lebenspartner). Sie leben dagegen häufiger in sonstigen Haushaltsformen (z. B. mit Großeltern, sonstigen Verwandten; Wohngemeinschaften) und vor allem häufiger bei einem alleinerziehenden Elternteil. Von den Kindern in einkommensschwachen Haushalten lebten 1994 70,4% in einem Paarhaushalt, 20,3% in einem Alleinerziehendenhaushalt und 9,3% in sonstigen Haushalten. Von den Kindern in einkommensstärkeren Haushalten, lebten dagegen 88,4% in einem Paarhaushalt, 6,7% in einem Alleinerziehendenhaushalt und 4,8% in sonstigen Haushalten.

Im Trendverlauf kann man erkennen, daß in den alten Bundesländern bei Kindern unter der 50-%-Schwelle der Anteil mit alleinerziehendem Elternteil deutlich zugenommen hat (vgl. Tabelle 32). Diese Zunahme geht mit einer Abnahme des Anteils von Kindern in Paarhaushalten einher. Strukturelle Veränderungen liegen in erster Linie für Kinder in einkommensschwachen Haushalten vor, obwohl auch bei Kindern über der 50-%-Schwelle eine leichte Zunahme des Anteils in Alleinerziehendenhaushalten zu erkennen ist.

Tabelle 31: Verteilung von Personen unter 18 Jahren mit weniger/mehr als 50% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens auf verschiedene Haushaltsformen

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50%[1]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
	%									
Paare mit Kindern	76,3	90,6	75,6	88,6	61,4	87,5	70,4	88,4	66,3	87,4
Alleinerziehende	14,4	5,8	18,1	6,1	34,3	8,1	20,3	6,7	26,6	7,8
Sonstige[2]	9,3	3,6	6,2	5,1	4,3	4,4	9,3	4,8	7,1	4,8

[1] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[2] Vor allem Mehrgenerationenfamilien.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Ändert man die Beobachtungsperspektive und betrachtet die Anteile von Personen unter der 50-%-Schwelle in den verschiedenen Haushaltsformen (vgl. Tabelle 32), lassen sich Rückschlüsse auf das jeweilige Risiko in einkommensschwachen Positionen zu fallen, ziehen. So kann z. B. die Frage beantwortet werden, wie hoch der Anteil einer Problemgruppe (z. B. Kinder von Alleinerzieheden) ist, der in einkommensschwachen Haushalten lebt. Betrachtet man alle Altersgruppen (Gesamt), fällt auf, daß in den Haushaltsformen ohne Kinder (1-Personenhaushalte, Paare ohne Kinder) die Anteile unter der 50-%-Schwelle nach 1984 in Westdeutschland etwas gesunken sind. In Ostdeutschland ist 1994 bei Paaren ohne Kinder der Anteil unter der 50-%-Schwelle gegenüber 1990 sogar auf weniger als 1% zurückgegangen, während in Haushaltsformen mit Kindern durchweg deutliche Anstiege zu erkennen sind.

Auch aus der Perspektive der Kinder (unter 18 Jahren) zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensformen: Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden, aber auch in sonstigen Haushaltsformen (meist größere Haushalte, z. B. Mehrgenerationenhaushalte), haben ein hohes Risiko, unter der 50-%-Schwelle zu liegen. In den alten Bundesländern lebten etwa

40% der Kinder in Alleinerziehendenhaushalten unter der 50-%-Schwelle zu den drei Beobachtungszeitpunkten und etwa 60% (100%-40%) in einkommensstärkeren Positionen. Im Trendverlauf hat sich das Risiko für Kinder mit alleinerziehendem Elternteil unter die 50-%-Schwelle zu fallen von 39,1% auf 40,1% leicht erhöht. Haushaltsstrukturveränderungen bei Kindern im unteren Einkommensbereich sind somit stärker auf eine Ausweitung dieser Lebensform zurückzuführen als auf eine Erhöhung des Risikos in Alleinerziehendenhaushalten unter die 50-%-Schwelle zu fallen. In der Kategorie der sonstigen Haushaltsformen ist das Risiko in einkommensschwache Bereiche zu fallen nach 1984 sogar gesunken.

Tabelle 32: Anteil von Personen in verschiedenen Haushaltsformen mit weniger als 50% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens[1]

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	Gesamt	unter 18 J.	Gesamt	unter 18 J.	Gesamt	unter 18 J.	Gesamt	unter 18 J.	Gesamt	unter 18 J.
	%									
1-Personen-Haushalte	8,1	-	6,9	-	3,4	-	6,4	-	4,1	-
Paare ohne Kinder	4,8	-	3,2	-	1,4	-	3,6	-	0,7	-
Paare mit Kindern	13,6	17,8	12,5	15,4	2,9	3,6	13,0	14,9	9,0	10,6
Alleinerziehende	25,9	39,1	26,6	38,6	13,8	18,6	27,5	40,1	25,8	34,7
Sonstige[2]	25,8	40,1	14,7	20,6	3,5	5,6	20,7	29,7	12,4	18,8 *
Gesamt	12,4	20,5	10,3	17,6	3,3	5,1	10,9	18,0	7,8	13,5

[1] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[2] Vor allem Mehrgenerationenfamilien.
* Fallzahl < 30.
- Fallzahl < 5.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

In Ostdeutschland waren 1990 die Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltstypen weniger ausgeprägt als in Westdeutschland. Ein hoher Anteil von Kindern unterhalb der 50-%-Schwelle war mit 18,6% in Alleinerziehendenhaushalten zu beobachten. Zwar ist bei Kindern in allen Haushaltsformen in Ostdeutschland eine deutliche Zunahme des Anteils unter der 50-%-Schwelle zu erkennen, allerdings sind Kinder in Alleinerziehendenhaushalten besonders stark davon betroffen. So waren 1994 in den neuen Bundesländern 34,7% der Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden in einkommensschwachen Positionen. Auch in der Kategorie der sonstigen Haushaltsformen ist ein starker Anstieg des Anteils unter der 50-%-Schwelle zu beobachten.

3.4.1.1 Anzahl der Kinder im Haushalt

Kinder gelten mittlerweile als eine zentrale Ursache sozialer Ungleichheit. Viele Kinder können heute nicht mehr als Quelle individuellen Reichtums angesehen werden. Sie werden im Gegenteil als Risikofaktor für Armut erachtet (Nauck 1996). Mit zunehmender Kinderzahl ist eine Verschlechterung der materiellen Situation einer Familie zu erwarten, da zunehmende Kosten sinkenden Arbeitseinkommen gegenüberstehen. So ist auf Basis des Mikrozensus 1994 vor allem in Haushalten ab drei Kindern ein hoher Anteil im Niedrigeinkommensbereich zu finden (Eggen 1998: 172). Bezüglich der Lebensbedingungen von Kindern können Unterschiede bei verschiedener Geschwisterzahl nachgewiesen werden. Insbesondere Kinder mit vielen Geschwistern haben selten Eltern mit höherer Schulbildung oder einer höheren beruflichen Position (Nauck 1996). Eine höhere Kinderzahl geht auch mit einem erhöhten Risiko von Sozialhilfebezug einher (Bien 1996b), allerdings zeigen sich die weitaus größten Risiken bei Alleinerziehenden. Kontrolliert man allerdings die Dauer der schulischen und beruflichen Ausbildung und die Beteiligung am Erwerbsleben in den letzten drei Jahren, so steigt bei Erwachsenen das Risiko mit zunehmender Kinderzahl unter die 50-%-Schwelle moderater an (Weick 1998a: 32ff). Hier zeigt sich die besondere Bedeutung beruflichen Qualifikation für die Erwerbsbeteiligung und das Erwerbseinkommen. Bei Veränderungen der Haushaltsgröße gibt es sowohl Zu- als auch Abnahmen bei den Einkom-

mensarmutsquoten (Andreß 1996a: 339). Bei der Geburt eines Kindes überwiegt dagegen Abnahme. Da dies aber mit Vergrößerung der Haushalte verbunden ist, dürfte die Verschlechterung der relativen Position der Äquivalenzeinkommen vielfach nur auf zusätzliche Personengewichte zurückzuführen sein und nicht auf eine wesentliche Veränderung der ungewichteten Haushaltseinkommen.

Auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels zeigt sich in dieser Untersuchung für 1996 folgendes Bild: 10 % der Westdeutschen unter 18 Jahren in Haushalten mit drei und mehr Kindern lebten in einem Haushalt mit Sozialhilfebezug. Dieser Anteil liegt etwa doppelt so hoch als bei einem oder zwei Kindern im Haushalt. Besonders drastische Unterschiede findet man allerdings in den neuen Bundesländern: Während weniger als ein Prozent der Ostdeutschen unter 18 Jahren mit einem oder zwei Kindern im Haushalt Sozialhilfe bezogen, waren es bei drei und mehr Kindern 22%, also mehr als das zehnfache.

Wechselt man die Perspektive von der Armutsbekämpfung (Sozialhilfebezug) zur Perspektive der Einkommensverteilung ist zu beachten, daß die Äquivalenzgewichtung der Haushaltsnettoeinkommen direkt von der Personenzahl und dem Alter der Personen in einem Haushalt abhängt (vgl. Kapitel 3). Die methodischen Einflüsse bei unterschiedlichen Äquivalenzskalen sind bei dieser Betrachtungsweise besonders groß. Für die BSHG-Skala, mit vergleichsweise hohen Personengewichten, ist schon deshalb bei zunehmender Kinderzahl (Haushaltsgröße) ein starker Anstieg der Quote zu erwarten, bei der OECD-Skala ein geringerer Anstieg und bei der Rainwater-Smeeding-Skala sind keine erhöhten Quoten für kinderreiche Haushalte zu erwarten (vgl. auch Faik 1995).

Tabelle 33: Anteil der Kinder in einkommensschwachen Haushalten nach Zahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt

Personenge-		1984	1991		1996[4]	
wichte nach	Kinderzahl im Haushalt	West	West	Ost	West	Ost
BSHG[1]	1 Kind	11,9	14,1	3,9	11,0	2,4
	2 Kinder	21,7	10,9	5,3	12,0	7,8
	3 Kinder (Ost 3 und mehr)[5]	33,3	17,0	11,9	22,9	26,4
	4 und mehr Kinder	51,7	51,0	-	28,6	-
OECD[2]	1 Kind	8,8	12,5	3,9	10,5	4,0
	2 Kinder	10,1	5,7	2,9	7,4	5,5
	3 Kinder (Ost 3 und mehr)[5]	17,7	7,8	9,4	15,7	12,7
	4 und mehr Kinder	25,0	26,5	-	16,3	-
S-R[3]	1 Kind	5,3	10,7	3,4	6,8	4,5
	2 Kinder	5,8	4,4	2,6	3,8	3,9
	3 Kinder (Ost 3 und mehr)[5]	6,4	3,0	7,5	8,8	3,4
	4 und mehr Kinder	3,8	2,5	-	4,2	-

[1] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[3] Unter 50% des Median-Nettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
[4] Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.
[5] Wegen geringer Fallzahlen in Ostdeutschland nicht weiter differenziert.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Die Berechnungen mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels für Personen unter 18 Jahren zeigen, daß sich die Anteile unter der 50-%-Schwelle bei der Verwendung verschiedener Äquivalenzskalen bei - nur einem Kind im Haushalt - am wenigsten unterscheiden (vgl. Tabelle 34). Die entsprechenden Quoten für die unterschiedlichen Berechnungsverfahren liegen 1996 zwischen 6,8% und 11% (1991: 10,7%-14,1%). Vor allem bei vier und mehr Kindern in den alten Bundesländern sowie drei und mehr Kindern in den neuen Bundesländern sind die erwarteten größeren Differenzen zwischen den verschiedenen Berechnungsverfahren festzustellen: So liegen die Quoten für die alten Bundesländer 1984 und 1991 bei Verwendung der BSHG-Skala bei ca. 50%, auf Basis der OECD-Skala bei etwa einem Viertel und bei Verwendung der Rainwater-

Smeeding-Skala sogar nur bei 3,8% bzw. 2,5%, d. h. niedriger als bei geringerer Kinderzahl. Wird also bei steigender Kinderzahl nur ein geringer zusätzlicher Bedarf angenommen, wie hier bei der Rainwater-Smeeding-Skala, ist kein überproportional erhöhter Anteil unter der 50-%-Schwelle zu erkennen, da eher kleinere Haushalte unter die 50-%-Schwelle fallen.

Für die neuen Bundesländern kann wegen zu geringer Fallzahlen im Sozioökonomischen Panel die Kategorie drei und mehr Kinder nicht weiter disaggregiert werden. Auch dort treten vor allem für die BSHG-Variante die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Haushaltsgrößen besonders akzentuiert hervor, wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den alten Bundesländern.

Im Trendverlauf kann man folgende Veränderungen erkennen: Sowohl die Quoten auf Basis der BSHG-Skala als auch auf der Grundlage der OECD-Skala sind in den alten Bundesländern im Jahr 1996 gesunken, wenn vier oder mehr Kinder im Haushalt leben. Gegenüber 1984 sind 1991 und 1996 bei der BSHG-Variante auch bei 2 und 3 Kindern im Haushalt niedrigere Quoten zu beobachten. Bei der Rainwater-Smeeding-Skala ist 1996 in Westdeutschland dagegen vor allem eine Abnahme der Quote gegenüber 1991 bei einem Kind im Haushalt zu erkennen. Für die neuen Bundesländer ist bei der BSHG-Variante bei mindestens drei Kindern im Haushalt mehr als eine Verdoppelung der Quote zwischen 1991 und 1996 auf 26,4% zu erkennen. Auf Basis der OECD-Skala ist der Anstieg in dieser Gruppe von 9,4% auf 12,7% deutlich geringer und auf Basis der Rainwater-Smeeding-Skala ist sogar eine Abnahme auf 3,4% zu beobachten. Bei einem Kind im Haushalt liegt bei der BSHG-Variante 1996 mit 2,4% sogar eine niedrigere Quote vor als noch 1991.

Tabelle 35: Anteil der Kinder in einkommensschwachen Haushalten nach Zahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt nach Familienform

		1984		1991				1996			
Personenge-		Paare	Alleinerz.	Paare		Alleinerziehend		Paare		Alleinerziehend	
wichte nach	Kinderzahl im Haushalt	West		West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
BSHG[1]	1 Kind	7,8	27,4	9,3	2,9	40,7	11,3	6,7	2,1	33,0	4,9
	2 Kinder (Ost 2 und mehr)[5]	17,2	54,0	10,1	4,4	26,1	26,9	9,8	9,3	43,9	32,8
	3 Kinder	35,0	47,8	26,2	(7,3)	46,6	(32,0)	22,3		43,4	
OECD[2]	1 Kind	4,8	30,9	7,3	2,9	41,3	11,3	5,8	4,6	34,1	4,9
	2 Kinder (Ost 2 und mehr)[5]	8,2	38,5	5,0	2,9	16,3	5,0	5,9	4,9	29,2	16,6
	3 Kinder	20,0	28,3	12,8	(5,9)	27,6	(21,2)	12,2		43,2	
R-S[3]	1 Kind	2,4	33,8	4,6	2,3	46,2	11,3	2,1	3,7	33,9	13,9
	2 Kinder (Ost 2 und mehr)[5]	3,3	38,6	3,3	2,1	21,8	13,9	2,8	2,7	25,6	19,2
	3 Kinder	5,4	28,3	1,9	(4,4)	26,4	(15,3)	5,1		26,8	

[1] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
[3] Unter 50% des Median-Nettoäquivalenzeinkommens; Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).
[4] Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.
[5] Wegen geringer Fallzahlen in Ostdeutschland nicht weiter differenziert.

Datenbasis: Sozioökonomisches Panel.

Eine weitere Differenzierung nach dem Familientyp zeigt, daß westdeutsche Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden ein besonders hohes Risiko aufweisen, unter die 50-%-Schwelle zu fallen (vgl Tabelle 35). Dieses Ergebnis trifft bei allen drei verwendeten Äquivalenzskalen zu. Die Rangfolge der Anteile nach der Kinderzahl ist bei diesem Familientyp zu den verschiedenen Zeitpunkten nicht einheitlich - aber insgesamt auf hohem Niveau.

Erstaunlich niedrig ist die Quote bei ostdeutschen Kindern, die nicht mit weiteren Kindern im Haushalt eines alleinerziehenden Elternteils leben (1996: BSHG: 4,9%; OECD: 4,9%; S-R: 13,9%). Nur bei Verwendung der Rainwater-Smeeding-Skala liegt die Quote über zehn Prozent.

Gegenüber Kindern in Alleinerziehendenhaushalten sind die Quoten von Kindern in Haushalten von Ehe- und Lebenspartnern deutlich geringer. Sind aber drei oder mehr Kinder in diesen Haushalten, steigt meist das Risiko, unter die 50-%-Schwelle zu fallen, dennoch an. Der Anstieg bei drei und mehr Kindern (im Haushalt von Paaren) ist bei Verwendung der BSHG-Skala und der OECD-Skala besonders ausgeprägt. Im Trendverlauf für die alten Bundesländer zeigen diese beiden Berechnungsvarianten für Kinder im Haushalt von Lebens- und Ehepartnern, mit mindestens drei Kindern im Haushalt seit 1984 sogar ein gesunkenes Risiko unter die 50-%-Schwelle zu fallen.

3.4.1.2 Familienstand der Mütter

Betrachtet man den Familienstand der Mütter von Kindern bis 16 Jahren[18], dann zeigt sich das wenig überraschende Muster, daß der größte Teil verheiratet ist bzw. mit dem Partner zusammenlebt. Bei den Müttern, die unterhalb der 50-%-Schwelle leben, ist dies jedoch seltener (vor allem in Ostdeutschland) als bei den Einkommensstärkeren (vgl. Tabelle 34).

In den alten Bundesländern sind erhebliche Strukturveränderungen bei den Müttern unter der 50-%- Schwelle festzustellen: Der Anteil derjenigen, die verheiratet mit einem Partner zusammenleben, ist von 84,2% im Jahr 1984 auf 69,1% im Jahr 1994 gesunken. Gleichzeitig ist bei Geschiedenen und Sonsti-

gen in einkommensschwachen Haushalten eine deutliche Zunahme festzustellen. Die Strukturveränderungen bei westdeutschen Müttern über der 50-%-Schwelle sind dagegen erheblich geringer.

Tabelle 34: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Familienstand der Mutter

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
	%									
Verheiratet, zusammenlebend	84,2	91,1	76,4	90,3	50,5	81,4	69,1	88,5	53,8	82,7
Geschieden	8,0	2,9	11,3	3,9	16,3*	9,4	14,7	3,9	17,2	5,6
Sonstige[3]	7,8	6,0	12,3	5,8	33,2*	9,2	16,1	7,5	29,0*	11,8

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Ledig; verwitwet; verheiratet, getrennt lebend.
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Weitere Berechnungen, die hier nicht tabellarisch aufbereitet sind, ergaben, daß von den verheirateten Müttern im beobachteten Zeitraum höchstens jede fünfte unter der 50-%-Schwelle lebt, während dies bei den geschiedenen Müttern mit vier von zehn deutlich mehr sind. Es fällt auf, daß sich das westdeutsche Muster auf Ostdeutschland überträgt. 1990 hatten geschiedene Frauen dort noch kein erheblich höheres Risiko, unter die 50-%-Schwelle zu fallen, als verheiratete Frauen. 1994 dagegen standen 10% der verheirateten Mütter unter der 50-%- Schwelle einem Drittel bei den geschiedenen Mütter gegenüber.

3.4.1.3 Kinder im Haushalt von alleinerziehenden Müttern im Längsschnitt

Eine besondere Problemgruppe im unteren Einkommensbereich bilden Kinder von Alleinerziehenden. Hier wird die Fragestellung untersucht, ob das Merkmal "alleinerziehend" verstärkt bei langandauerndem oder eher bei kurzfristigem Niedrigeinkommen auftritt. Die Einbeziehung zeitraumbezogener Merkmale erlaubt es auch, zwischen Zeiten über und unter der 50-%-Schwelle zu

differenzieren. Daraus ist ersichtlich, ob Änderungen in der Einkommensposition im Zusammenhang mit der Veränderung sozialstruktureller Merkmale (alleinerziehend) stehen.

Für die Analysen wurden sozialstrukturelle Merkmale der Querschnittsbefragung mit Merkmalen aus individuellen Längsschnittanalysen kombiniert. Hierzu wurden individuelle Einkommensverläufe über fünf Befragungszeitpunkte von 1991 bis 1995 verfolgt. Zunächst wurde berechnet, wie häufig eine Person im Untersuchungszeitraum unterhalb der 50-%-Schwelle lag (vgl. Kapitel 4.1). Die Häufigkeiten von 0 bis 5 wurden dann zusammengefaßt (0; 1-2; 3-5), um höhere Fallzahlen in den einzelnen Kategorien zu erhalten. In einem zweiten Schritt wurden die Anteile von Alleinerziehenden in den einzelnen Untersuchungsjahren innerhalb der drei Kategorien von Häufigkeiten berechnet. Differenziert wurde danach, ob sich die Untersuchungsperson im jeweiligen Befragungsjahr über oder unter der 50-%-Schwelle befand.

In Tabelle 35 wird das arithmetische Mittel der Anteile über die Befragungsjahre 1991 bis 1995 nach den jeweiligen Häufigkeitskategorien ausgewiesen. Die erste Zeile der Tabelle kann dann folgendermaßen interpretiert werden: Bei den Kindern, die im Untersuchungszeitraum "nie" unter der 50-%-Schwelle lagen (0-mal), war der Durchschnitt über die Anteile von Kindern mit alleinerziehenden Müttern in den fünf Befragungsjahren bei 5,6% (alte und neue Bundesländer).

Die Kinder, die 1-2-mal unter die 50-%-Schwelle absanken, hatten durchschnittlich einen deutlich höheren Anteil von alleinerziehenden Müttern. In den Zeiten unterhalb der 50-%-Schwelle lag er in den alten Bundesländern bei 15,2%. Deutlich höher sind Niveau und regionale Differenzen bei Kindern, die 3 und mehr Jahre unter der 50-%-Schwelle lagen: In den Jahren unterhalb der 50-%-Schwelle lebten in Ostdeutschland durchschnittlich die Hälfte der Kinder in Alleinerziehendenhaushalten, in Westdeutschland ein Viertel. Vor allem in den neuen Bundesländern tritt ein längerfristiges Absinken unter die 50-%-Einkommensschwelle überwiegend bei Kindern in Alleinerziehendenhaushal-

ten auf. Weitere Analysen zeigen, daß weniger als die Hälfte der west- und ostdeutschen Kinder in der Längsschnittstichprobe, die kurz- oder auch langfristig in Alleinerziehendenhaushalten lebten, "nie" in einkommensschwache Positionen absanken. Kinder, die mehrere Jahre im Haushalt eines Alleinerziehenden lebten, weisen auch ein besonders hohes Risiko auf, langfristig in einkommensschwachen Haushalten zu leben. In Westdeutschland ist das längerfristige Absinken unter die 50-%-Schwelle weniger auf Kinder in Alleinerziehendenhaushalten beschränkt als in Ostdeutschland.

In den Jahren oberhalb der 50-%-Einkommensschwelle ist auch der Anteil von alleinerziehenden Müttern deutlich geringer als in den Jahren darunter. Das zeigt, daß Veränderungen des familiären Status (z. B. Trennung; Zuzug eines Partners in den Haushalt) häufig mit Veränderungen des finanziellen Status einhergehen. Vor allem bei längerfristigem Absinken unter die 50-%-Schwelle in Westdeutschland wird dies deutlich: Bei Kindern, die mindestens dreimal unter die 50-%-Schwelle absanken, lag der durchschnittliche Anteil in den Jahren im einkommensschwachen Bereich bei 25,9 %, in den Zeitpunkten darüber, immerhin bei 14,6%. Das Niveau war dann immer noch deutlich über demjenigen von Kindern, die "nie" unter dem Schwellenwert lagen.

Tabelle 35: Anteil der Kinder mit alleinerziehenden Müttern im Längsschnitt

		1991-1995	
		Jahre unter 50-%-Schwelle[1]	Jahre über 50-%-Schwelle
Anzahl der Jahre unter der 50-%-Schwelle		Durchschnitt in %[2]	
0	Ost		5,6
	West		5,6
1-2	Ost	18,4	12,1
	West	15,2	9,0
≥ 3	Ost	50,6	*
	West	25,9	14,6

[1] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Arithmetisches Mittel der Anteile in den einzelnen Jahren.
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.2 Erwerbstätigkeit im Haushaltskontext

Die Erwerbstätigkeit im Haushaltskontext ist von zentraler Bedeutung für das zur Verfügung stehende Einkommen eines Haushalts. Unabhängig von der maßgeblich über das Einkommen entscheidenden beruflichen Stellung, in der die Haushaltsmitglieder sich befinden, ist bedeutsam, ob die Eltern überhaupt erwerbstätig sind. Denn in Haushalten, in denen die Mütter zumindest "dazuverdienen" ist die Gefahr, in den unteren Einkommensbereich zu geraten, erheblich geringer.

3.4.2.1 Erwerbstätigkeit der Mütter

Die Bedeutung, die die Teilnahme am Erwerbsleben der Mütter für das Haushaltseinkommen hat, zeigt sich anhand der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (vgl. Tabelle 38). Ein Resultat ist unabhängig vom Beobachtungszeitpunkt und auch davon, ob man Ost- oder Westdeutschland betrachtet, auszumachen: in den ärmeren Haushalten sind jeweils erheblich weniger Frauen erwerbstätig. Unabhängig von dieser einheitlichen Tendenz gibt es aber sowohl im Zeitverlauf als auch vor allem zwischen den alten und neuen Bundesländern beträchtliche Differenzen.

In der früheren DDR war für Mütter durch ein umfassendes Betreuungssystem für Kinder die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf geschaffen und eine Berufstätigkeit von Frauen, aber auch Müttern, hat in Ostdeutschland einen höheren Stellenwert als in den alten Bundesländern. So versteht sich, anders als in Westdeutschland, nur eine kleine Minderheit von ostdeutschen Frauen als "nicht erwerbstätige Hausfrauen". Weiterhin ist in Ostdeutschland die Einstellung weit weniger verbreitet, daß Mütter von Kleinkindern nicht erwerbstätig sein sollten (vgl. Weick 1994a; Kurz 1997). Das drückt sich nicht nur in einer höheren Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Mütter aus, sondern auch darin, daß nicht erwerbstätige Mütter in Ostdeutschland, im Gegensatz zu Westdeutschland, in der Regel arbeitslos gemeldet sind.

Betrachtet man zunächst die Entwicklung in Westdeutschland, dann zeigt sich, daß 1994 etwa 10% mehr Mütter in einkommensschwachen Haushalten einer Erwerbstätigkeit nachgingen als dies 1984 der Fall war (vgl. Tabelle 38). Dieser Zuwachs ist vor allem auf Teilzeitbeschäftigungen zurückzuführen. Das Risiko eines Haushalts, trotz Erwerbstätigkeit der Mutter mit einem Einkommen unter der 50-%-Schwelle auskommen zu müssen, ist also angestiegen. Gleichzeitig hat sich der Prozentsatz der Frauen, die in einem Haushalt unterhalb der 50-%-Schwelle leben und arbeitslos gemeldet sind, mehr als verdoppelt. Immer mehr Mütter wollen also arbeiten und nicht in ihrer "Alternativrolle" Hausfrau verharren. Der Anteil von arbeitslosen Müttern in einkommensstärkeren Haushalten ist seit 1984 ebenfalls angestiegen, bleibt aber erheblich unter demjenigen der Mütter in einkommensschwachen Haushalten zurück. Die Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit der Frauen im oberen Einkommensbereich ist hier i. d. R. nicht in gleichem Maße gegeben.

In Ostdeutschland zeigen sich zwischen 1990 und 1994 deutliche Unterschiede in den Erwerbsquoten der Mütter. Diese gingen erheblich in Haushalten zurück, die unterhalb der 50-%-Schwelle leben, noch weit stärker als bei jenen, denen mehr als 50% des Durchschnittseinkommens zur Verfügung stand. 1994 lag der Anteil von nicht erwerbstätigen Müttern unter der 50-%-Schwelle mehr als doppelt so hoch als bei einkommensstärkeren Müttern.

Ein erheblicher Anteil von Familien dürfte also aufgrund des Verlustes des Arbeitsplatzes der Mutter in untere Einkommenspositionen geraten sein. Daß sich die niedrigeren Erwerbsquoten nicht auf einen freiwilligen Rückzug aus dem Erwerbsleben der Frauen zurückführen lassen, machen die hohen Anteile von arbeitslosen Müttern - zumindest für Ostdeutschland deutlich.

Tabelle 36: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Erwerbstätigkeit der Mütter

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
	%									
Voll erwerbstätig	9,7	18,5	4,3	15,9	47,4	63,8	9,4	12,1	22,7	48,7
Regelmäßige Teilzeit-beschäftigung[3]	5,0	16,9	15,9	29,3	21,1*	19,5	13,6	27,5	6,8*	16,9
Sonstige[4]	4,2	12,0	6,3*	6,9	-	-	7,2*	10,4	5,3*	2,6
Nicht erwerbstätig[5]	81,1	52,5	73,5	47,9	31,5*	16,6	69,7	49,9	65,2	31,8
Arbeitslos gemeldet	3,7	1,8	4,4	2,6	/	/	7,5	4,2	48,4	21,8

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] 1994 incl. Kurzarbeit.
[4] In Ausbildung; Umschulung; geringfügig oder unregelmäßig erwerbstätig.
[5] Einschließlich Arbeitslose und Frauen in Mutterschafts- und Erziehungsurlaub.
* Fallzahl < 30.
- Fallzahl < 5.
/ Wurde im entsprechenden Jahr nicht erhoben.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit der Mütter im Längsschnitt

Hier wird die Fragestellung untersucht, ob das Merkmal "nicht erwerbstätige Mutter" bzw. "arbeitslose Mutter" verstärkt bei langandauerndem oder eher bei kurzfristigem Niedrigeinkommen auftritt. Auch für diese Analysen wurden sozialstrukturelle Merkmale der Querschnittsbefragung mit Merkmalen aus individuellen Längsschnittanalysen kombiniert (vgl. Kapitel 3.4.1.3).

Bei dieser längsschnittlichen Betrachtung treten die Niveauunterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Müttern in einkommensärmeren und einkommensstärkeren Haushalten deutlicher zutage als bei der Querschnittsbetrachtung. Die

individuellen Verläufe lassen erkennen, daß eine Nichterwerbstätigkeit bei Müttern mit einer höheren Anzahl von Jahren unter der 50-%-Schwelle häufiger zu beobachten ist.

Deutliche Differenzen zwischen den einzelnen Häufigkeitskategorien, findet man vor allem in Ostdeutschland: Kinder, die "nie" unter der 50-%-Schwelle lagen, hatten im Durchschnitt über die Beobachtungjahre zu 18,2% nicht erwerbstätige Mütter, bei Kindern, die 1-2-mal darunter lagen, lag der entsprechende Anteil bei 38,9% und bei mindestens dreimaligem Absinken lag er bei 57,1%. In den alten Bundesländern waren die entsprechenden durchschnittlichen Anteile über die Beobachtungsjahre höher als in den neuen Bundesländern. Es fällt auf, daß bei häufigem Absinken in den einkommensschwachen Bereich (3-mal und mehr), die Unterschiede bei der Erwerbsbeteiligung der Mütter zwischen Ost- und Westdeutschland am geringsten ausfallen: Jeweils weniger als die Hälfte der Mütter ist erwerbstätig - auch in den Jahren oberhalb der 50-%-Schwelle.

Die zeitraumbezogene Analyse zeigt allerdings auch, daß die Erwerbsbeteiligung von Müttern, die "nie" in den einkommensschwachen Bereich absanken, deutlich höher ist als bei Müttern über der 50-%-Schwelle im Querschnitt. Längerfristig sichere Einkommenspositionen bei Kindern sind somit - vor allem in den neuen Bundesländern - in starkem Umfang mit einer Erwerbstätigkeit der Mütter verbunden.

Tabelle 37: Anteil von Kindern mit nicht erwerbstätigen Müttern im Längsschnitt

Anzahl der Jahre unter der 50-%-Schwelle		1991-1995 Jahre unter 50-%-Schwelle[1] Durchschnitt in %[2]	1991-1995 Jahre über 50-%-Schwelle Durchschnitt in %[2]
0	Ost		18,2
	West		37,4
1-2	Ost	38,9	28,4
	West	55,3	40,3
≥ 3	Ost	57,1	51,0
	West	68,7	54,2

[1] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Arithmetisches Mittel der Anteile in den einzelnen Jahren.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Ergänzend zur Erwerbsbeteiligung der Mütter wird auch die Arbeitslosigkeit über den Zeitraum von 1991 bis 1995 im Zusammenhang mit der Einkommensposition untersucht (vgl. Tabelle 38). Eine Nichterwerbstätigkeit bei Müttern ist in den neuen Bundesländern eng mit Arbeitslosigkeit verbunden. Dieses Bild zeigt auch die Längsschnittbeobachtung. Insbesondere häufiges Absinken in einkommensschwache Positionen geht einher mit Arbeitslosigkeit bei den Müttern. Die Hälfte der ostdeutschen Mütter (arithmetisches Mittel der Anteilswerte), die mindestens 3mal unter der 50-%-Schwelle lagen, war zu den Befragungszeitpunkten unterhalb der 50-%-Schwelle gleichzeitig auch arbeitslos. Damit zeigt sich keine hohe Differenz zur Erwerbsbeteiligung (vgl. Tabelle 39) in diesem Zeitraum für die neuen Bundesländer. In Zeiten über der 50-%-Schwelle ist jeweils auch ein niedrigerer durchschnittlicher Anteil an arbeitslosen Müttern zu erkennen. Bei längerem Verweilen unter der 50-%-Schwelle (3mal und mehr) ist allerdings auch in Zeiten über der 50-%-Schwelle der Anteil von arbeitslosen Müttern deutlich erhöht.

In den alten Bundesländern hat auch in der Längsschnittperspektive die Arbeitslosigkeit von Müttern bei Kindern in einkommensschwachen Haushalten ein erheblich geringeres Gewicht als in den neuen Bundesländern, dennoch

sind in den Jahren unter der 50-%-Schwelle auch dort erhöhte Anteile von arbeitslos gemeldeten Müttern zu erkennen. Der Unterschied zwischen kurzfristigem und längerfristigem Absinken unter die 50-%-Schwelle ist bei westdeutschen Müttern gering. Die durchschnittlichen Anteile liegen bei 6,9% bzw. 7,6%.

Tabelle 38: Anteil der Kinder mit arbeitslosen Müttern im Längsschnitt

		1991-1995	
		Jahre unter 50-%-Schwelle	Jahre über 50-%-Schwelle
Anzahl der Jahre unter der 50-%-Schwelle		Durchschnitt in %[2]	
0	Ost		17,0
	West		2,9
1	Ost	33,9	24,8
	West	6,9	3,0
≥ 3	Ost	49,6	36,1
	West	7,6	*

[1] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
[2] Arithmetisches Mittel der Anteile in den einzelnen Jahren.
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.2.2 Erwerbstätigkeit des (Ehe-)Partners der Mutter

Kinder in einkommensschwachen Haushalten leben häufig bei Alleinerziehenden. Dennoch überwiegen auch hier Kinder, die in Paarhaushalten leben (vgl. Kapitel 3.4.1). Daß der Erwerbsbeteiligung der Mütter eine wichtige Rolle für die Einkommensposition der Haushalte mit Kindern zukommt, wurde bereits gezeigt. Im folgenden werden nur Kinder in die Betrachtung einbezogen, deren Mütter mit einem Ehe- oder Lebenspartner zusammenleben. In diesem Abschnitt wird der Zusammenhang zwischen der Erwerbsbeteiligung der Väter (bzw. Partner der Mütter) und der Einkommensposition des Haushaltes untersucht.

Aufgrund des hohen Anteils von lediglich teilzeitbeschäftigten und nicht erwerbstätigen Müttern ist in einem Großteil der Haushalte die Erwerbstätigkeit

des Vaters (bzw. Partner der Mütter) überwiegend einkommensbestimmend. Allerdings dürfte gerade in den unteren Einkommenspositionen der zusätzliche Verdienst der Mütter und auch die zusätzliche Absicherung bei einem möglichen Arbeitsplatzverlust des Vaters (bzw. Partner der Mütter) eine wichtige Rolle für die Sicherung des Lebensstandards spielen.

Tabellarisch ausgewiesen ist neben dem Erwerbsstatus des Vaters (bzw. Partner der Mütter) zusätzlich auch die Angabe, ob ein Befragter arbeitslos gemeldet ist (vgl. Tabelle 41). Die Auswirkungen von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit auf die Einkommenssituation des Haushaltes lassen sich mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels belegen. Während in den Haushalten oberhalb der 50-%-Schwelle die Vollerwerbstätigkeit des Mannes die Regel und Arbeitslosigkeit die Ausnahme ist, ist das Muster in den Haushalten, die mit weniger als 50% des Durchschnittseinkommens leben müssen, deutlich davon abweichend. Lediglich zwischen 60,1% (1994 in Ostdeutschland) und 75,8% (1984 in Westdeutschland) der Väter (bzw. Partner der Mütter) in diesen Haushalten sind voll erwerbstätig. Dagegen liegen die Anteile von Arbeitslosen erheblich über denen in der Gesamtbevölkerung. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist hier 1994 mit mehr als 35% ein besonders hoher Anteil von arbeitslos gemeldeten Vätern (bzw. Partner der Mütter) zu erkennen (West 15,3%). 1994 sind in Ostdeutschland mehr Arbeitslose als Nichterwerbstätige zu finden. Dieses auf den ersten Blick erstaunliche Bild läßt sich dadurch erklären, daß auch ein Teil derjenigen, die in die Kategorie "Sonstige" (z. B. geringfügig Beschäftigte, Umschulung) fallen, arbeitslos gemeldet ist.

Tabelle 39: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Erwerbstätigkeit des (Ehe-)Partners der Mutter

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
	%									
Voll erwerbstätig	75,8	95,1	67,1	92,3	57,8	96,5	74,6	92,5	60,1	89,1
Regelmäßige Teilzeit-beschäftigung[3]	-	0,3*	2,0*	2,0	8,4*	1,1*	3,7*	1,7*	-	2,8*
Sonstige[4]	1,7*	0,5*	1,2*	1,7	24,9*	1,0	1,6*	1,4*	4,1*	1,4*
Nicht er-werbstätig[5]	22,5	4,1	29,7	4,0	9,0*	1,4*	20,0	4,5	33,8	6,8
Arbeitslos gemeldet	13,2	1,1*	13,4	1,7	/	/	15,3	2,4	35,3	7,8

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] 1994 einschließlich Kurzarbeit.
[4] In Ausbildung; Umschulung; geringfügig oder unregelmäßig erwerbstätig; Wehr-/Zivildienst.
[5] Einschließlich Arbeitslose.
* Fallzahl < 30.
- Fallzahl < 5.
/ Wurde im entsprechenden Jahr nicht erhoben.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Daneben läßt sich aus Tabelle 41 ablesen, daß auch eine Vollbeschäftigung des Vaters (bzw. Partner der Mütter) nicht immer davor schützen kann, daß ein Haushalt unter die 50-%-Schwelle fällt. Hier spielt auch die berufliche Qualifikation eine erhebliche Rolle.

3.4.2.3 Berufsausbildung und Beteiligung am Erwerbsleben von Müttern und des (Ehe-)Partners der Mütter im Haushaltskontext

Auch bei der folgenden Analyse werden nur Kinder in die Betrachtung einbezogen, deren Mütter mit einem Ehe- oder Lebenspartner zusammenleben. Bisher zeigte sich, daß sowohl die Erwerbsbeteiligung der Mütter wie auch die des Vaters (bzw. Partner der Mütter) einen deutlichen Einfluß darauf hat, ob das

Haushaltseinkommen unter- oder oberhalb der 50-%-Schwelle liegt. Dabei erscheint es sinnvoll, die Informationen von Müttern und Vätern (bzw. Partner der Mütter) im Haushaltskontext zu betrachten, da hier Problemlagen auch kumulativ auftreten können. Im Sozio-ökonomischen Panel werden alle Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren auch zur Erwerbstätigkeit befragt. Damit besteht die Möglichkeit Angaben der Mütter von Kindern als auch von den Vätern (bzw. Partnern der Mütter) im Haushaltskontext gemeinsam zu betrachten. So läßt sich unterscheiden, inwieweit z. B. Arbeitslosigkeit nur bei einem Elternteil oder auch bei den Eltern gemeinsam in den unterschiedlichen Einkommenspositionen auftreten (vgl. Tabelle 42). Nachdem die Elternteile zunächst getrennt hinsichtlich ihrer Erwerbsbeteiligung untersucht wurden, wird nun eine Typologie verwendet, die es gestattet, die Erwerbsbeteiligung von Vätern und Müttern im Haushalt gleichzeitig zu analysieren.

Bei Kindern, die 1994 mit Mutter und Vater (bzw. Partner der Mutter) zusammenlebten, überwog in den alten Bundesländern die Konstellation, daß nur die Mutter nicht erwerbstätig war. Jeweils mehr als die Hälfte der westdeutschen Kinder sowohl unter als auch über der 50-%-Schwelle, befand sich in einer entsprechenden Lebensform. In den neuen Bundesländern war der entsprechende Anteil geringer, vor allem bei Kindern über der 50-%-Schwelle. Auffallend ist, daß ein Viertel der ostdeutschen Kinder von Lebens- und Ehepartnern sowohl eine nicht erwerbstätige Mutter als auch einen nicht erwerbstätigen Vater (bzw. Partner der Mutter) hatten. Der entsprechende Anteil in den alten Bundesländern lag bei 13,9%. Kinder über der 50-%-Schwelle befanden sich nur selten in einer entsprechenden Lebensform (West: 1,8%; Ost: 3,1%). Eine Nichterwerbstätigkeit von beiden Elternteilen stellt somit ein hohes Risiko für das Absinken unter die 50-%-Schwelle dar.

Tabelle 40: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Berufsausbildung und Beteiligung am Erwerbsleben der Mutter und des (Ehe-)Partners der Mutter

	1994			
	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%
	%			
Keine Berufsausbildung				
...nur der Mutter	25,5	15,1	14,1*	2,2*
...nur des (Ehe-) Partners	6,6	3,9	-	0,7*
...der Mutter und des (Ehe-) Partners	24,2	3,9	-	-
...Trifft für keinen der Partner zu	43,7	77,7	81,9	97,1
Arbeitslosigkeit				
...nur der Mutter	3,1	3,3	18,6	18,8
...nur des (Ehe-) Partners	14,8	2,2	10,3	5,5
...der Mutter und des (Ehe-) Partners	1,7	0,3	25,0	2,4
...Trifft für keinen der Partner zu	80,5	94,3	46,2	73,4
Nichterwerbstätigkeit				
...nur der Mutter	54,0	50,7	37,0	28,3
...nur des (Ehe-) Partners	7,8	3,1	8,0	3,7
...der Mutter und des (Ehe-) Partners	13,9	1,8	25,9	3,1
...Trifft für keinen der Partner zu	24,3	44,4	29,1	64,9

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
* Fallzahl < 30.
- Fallzahl < 5.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Eine Arbeitslosigkeit beider Elternteile ist in Westdeutschland ein Ausnahmefall. Wie nach den bisher dargestellten Ergebnissen zu erwarten war, bestätigt sich, daß weit häufiger die Arbeitslosigkeit des Vaters (bzw. Partner der Mutter), als die der Mutter ausschlaggebend ist, ob ein Haushalt als einkommensschwach zu bewerten ist. Anders als in Westdeutschland sind in den neuen

Bundesländern bei einem Viertel der Kinder, die unter der 50-%-Schwelle leben, beide Eltern von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch im Haushaltskontext zeigt sich, daß in einkommensschwachen Haushalten mehr Mütter als Väter (bzw. Partner der Mütter) von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Hier wird nochmals die hohe Wertigkeit der Erwerbstätigkeit für ostdeutsche Frauen deutlich. Auch wenn der Partner eine Stellung hat, ist für diese Frauen Nichterwerbstätigkeit nicht in der Lebensplanung vorgesehen.

Auch bei einer fehlenden Berufsausbildung wird ein Zusammenhang mit der Einkommenssituation des Haushalts sichtbar. Bei 77% der Kinder über und nur bei 43,7% der Kinder unter der 50-%-Schwelle hatten sowohl der Vater als auch die Mutter eine Berufsausbildung. Vergleichsweise häufig waren entweder die Mutter oder die Mutter und ihr Partner ohne Berufsausbildung in der Einkommenskategorie unter 50% zu finden. Hier zeigt sich in Westdeutschland die Bedeutung der Berufsausbildung für eine qualifizierte und damit entsprechend dotierte Erwerbstätigkeit in aller Schärfe. Die bildungshomogame Partnerwahl verschärft die ungünstige Einkommensposition: Nahezu ein Viertel der westdeutschen Kinder in einkommensschwachen Haushalten hatte sowohl einen Vater (bzw. Partner der Mutter) als auch eine Mutter ohne Berufsausbildung. In Ostdeutschland kann dieser Zusammenhang insofern nicht beobachtet werden, da es hier kaum Eltern gab, die über keinerlei Ausbildung verfügten.[19]

3.4.2.4 Erforderliche Ausbildung für die ausgeübte Tätigkeit der Mütter

In diesem Abschnitt wird für Mütter die Berufsausbildung, die für die ausgeübte Tätigkeit nötig ist, untersucht. Die Mütter in Haushalten unterhalb der 50-%-Schwelle unterscheiden sich deutlich von den übrigen. Von ersteren benötigt die große Mehrheit (in Westdeutschland) weder eine qualifizierte Berufsausbildung noch ein Studium, d. h. diese Mütter arbeiten in entsprechend geringer dotierten Stellungen. Wenn auch dieser Anteil bei den Müttern in Haushalten oberhalb der 50-%-Schwelle erheblich niedriger ist, so ist das schlechte Ausbildungsniveau der erwerbstätigen Mütter doch insgesamt auffällig. Zunehmend fallen aber auch Haushalte unter die 50-%-Schwelle, in denen die Mütter hochqualifizierten Tätigkeiten nachgehen. Insbesondere der Anteil der Mütter,

die einer Beschäftigung nachgehen, für die ein abgeschlossenes Hochschulstudium benötigt wird, ist seit 1984 ständig gestiegen.

Für Ostdeutschland ist wegen der geringen Fallzahlen die Aussagekraft der Auswertung eingeschränkt. Es läßt sich allerdings eine ähnliche Tendenz festhalten: je geringer die benötigte Ausbildung, desto größer ist das Risiko des Haushalts, unter der 50-%-Schwelle leben zu müssen.

Tabelle 41: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Erforderliche Ausbildung für die ausgeübte Tätigkeit der Mutter

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
	%									
Keine Ausbildung	36,2	19,2	31,0	15,5	4,3*	4,3	21,9*	9,6	13,0*	5,6
Einweisung, Einarbeitung, Kurse	33,2	37,3	54,8	35,8	54,6*	19,8	52,9	30,2	32,3*	20,0
Abgeschlossene Berufsausbildung[3]	30,6*	34,6	8,4*	36,8	41,2*	67,3	15,6*	46,5	47,4*	64,6
Abgeschlossenes Studium	-	8,7	5,7*	11,9	-	8,7	9,7*	13,7	-	9,8

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] 1990, 1994 Ostdeutschland einschließlich Fachschule.
* Fallzahl < 30.
- Fallzahl < 5.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.2.5 Arbeitszeitwünsche der Mütter

1990 wurden die Befragten in Westdeutschland, die erwerbstätig sind oder dies in den nächsten fünf Jahren werden wollen, nach ihren Arbeitszeitwünschen befragt. Dabei zeigt sich bei den Müttern ein von der Einkommenssituation des Haushalts relativ unabhängiger und vor allem sehr starker Wunsch nach Teilzeitarbeit. Auch die Wünsche über die Verteilung der Arbeitszeit sind durchaus ähnlich. Die meisten Mütter erhoffen sich eine Tätigkeit in den Vormittagsstunden. Hier sind die Kinder i. d. R. durch Kindergarten und Schule betreut.

Bei den Müttern, die in Haushalten oberhalb der 50-%-Schwelle leben, ist die Bereitschaft, auch einige ganze Tage oder auch nachmittags zu arbeiten, etwas größer. Hier dürfte sich der Wunsch der Mütter nach Erwerbstätigkeit nicht nur um des Verdienstes willen widerspiegeln.

Tabelle 42: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Arbeitszeitwünsche[2] der Mutter

	1990 West	
	unter 50%[3]	über 50%
	%	
Arbeitszeitpräferenz insgesamt unter 35 Stunden/Woche	74,7	78,5
Gewünschte Arbeitszeitverteilung[4]:		
- einige Tage ganz	5,7*	17,2
- jeden Tag einige Stunden	70,4	57,0
- nur einige Tage einige Stunden	24,0*	25,8
davon:		
- nur vormittags	70,0	64,4
- auch andere Zeiten	30,0*	35,6
Gründe für Teilzeitpräferenz[4]		
- keine Kinderbetreuungsmöglichkeit vorhanden	32,5	25,3
- Wunsch nach genügend Zeit für die Kinder	74,7	85,8
- möchte wegen des Partners nicht länger arbeiten	15,7	27,4
- andere familiäre Gründe	16,7	17,7
- ausreichendes Einkommen	1,6*	24,0
- Zeit für andere Dinge (Freizeit, Ausbildung etc.) sonst zu knapp	17,7	41,5
Probleme der Vereinbarkeit von Arbeit und Familienaufgaben bei vollzeiterwerbstätigen Müttern[2,5]	50,8	50,9

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Frauen, die erwerbstätig sind oder dies innerhalb von 5 Jahren werden wollen.
[3] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[4] Nur Frauen, die weniger als 35 Stunden pro Woche arbeiten bzw. dies als Arbeitszeitpräferenz angegeben haben.
[5] Antwortkategorie "Ja", Fragetext: "Die Arbeitszeit im Beruf läßt sich nicht immer ganz einfach mit Aufgaben in der Familie und im Haushalt vereinbaren. Ist das für sie persönlich ein Problem?".
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Ein zu erwartender und dennoch bemerkenswerter Unterschied zeigt sich bei den Anteilen der Frauen aus den unterschiedlichen Einkommenspositionen, die angeben, deshalb eine Teilzeittätigkeit zu wünschen, weil das Einkommen des Haushalts ausreicht. Bei den Familien unterhalb der 50-%-Schwelle spielt diese Möglichkeit keine Rolle, aber ein Viertel der Mütter in den Haushalten, die oberhalb der 50-%-Schwelle leben, geben diesen Grund an.

Der Wunsch nach mehr Freizeit hat bei Müttern unter der 50-%-Schwelle einen deutlich geringeren Stellenwert für eine Teilzeitpräferenz als bei einkommensstärkeren Müttern: Nur 17,7% der Mütter in einkommensschwachen Haushalten geben dies als Grund für den Wunsch nach einer Teilzeitbeschäftigung an, gegenüber 41,5% der Mütter in einkommensstärkeren Haushalten.

Etwa die Hälfte der Mütter, die voll erwerbstätig sind oder eine Vollerwerbstätigkeit wünschen, sehen Probleme in der Vereinbarkeit von Arbeit und Familienaufgaben. Hier unterscheiden sich die Anteile der Mütter in einkommensschwache Haushalten nicht von einkommensstärkeren.

3.4.2.6 Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Mütter

Die Frauen in Westdeutschland wurden 1990 nach der Bedeutung verschiedener Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefragt. Der verläßlichen Kinderbetreuung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, gefolgt von flexibleren Öffnungszeiten von Kindergärten und Schulen und einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung. Deutlich mehr als die Hälfte aller Mütter erachten diese Maßnahmen mindestens als wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Einer kürzeren Wochenarbeitszeit wird in diesem Zusammenhang ebenfalls ein hoher Stellenwert beigemessen, während sich bei der Beurteilung von längeren Ladenöffnungszeiten zeigt, daß Erwerbszeiten und Kinderbetreuungszeiten meist wichtiger sind. Insgesamt messen Mütter unter der 50-%-Schwelle den verschiedenen Maßnahmen (mit Ausnahme von längeren Ladenöffnungszeiten) eine höhere Bedeutung zu als Mütter in höheren Einkommenspositionen.

Tabelle 43: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Mutter[2]

	1990 West	
	unter 50 %[3]	über 50 %
	Anteile "Sehr wichtig" und "wichtig"	
Kürzere Wochenarbeitszeit	59,5	48,8
Flexiblere Arbeitsgestaltung	71,4	66,0
Längere Ladenöffnungszeiten	28,5	33,6
Flexiblere Öffnungszeiten von Kindergärten und Schulen	65,1	57,5
Verläßliche Kinderbetreuung	72,4	66,1

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Antwortvorgaben waren "Sehr wichtig"; "Wichtig"; "Weniger wichtig"; "Ganz unwichtig".
[3] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.3 Staatliche Transferleistungen an Haushalte

Wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen sollen ökonomische Risiken abmildern oder einen Ausgleich für die Betreuung und Erziehung von Kindern gewähren. Bien (1996b) konnte mit Daten des Deutschen Familiensurveys zeigen, daß vor allem Trennungen, aber auch der Zuwachs von Kindern das Sozialhilferisiko erhöht. Hier geht es darum, die Inanspruchnahme von Wohngeld, Kindergeld und Sozialhilfe im Zusammenhang mit einkommensschwachen Positionen zu untersuchen. Weiterhin sollen Veränderungen bei der Inanspruchnahme ab 1984 beobachtet erden.

3.4.3.1 Transferleistungen zum Befragungszeitpunkt 1995

Für die Stichprobenhaushalte des Sozio-ökonomischen Panels wurde 1995 der Bezug staatlicher Transferleistungen zum Befragungszeitpunkt erfaßt. Die Anteile von Sozialhilfebeziehern sind in den Haushalten unterhalb der 50-%-Schwelle besonders hoch, da der größte Teil der Sozialhilfeempfänger ein

Äquivalenzeinkommen in der Spanne zwischen 40% und 60% vom Gesamtdurchschnitt bezieht und ein erheblicher Anteil unter der 50-%-Schwelle liegt.

Betrachtet man die Bezieher dieser Sozialleistungen, so fällt auf, daß in den alten Bundesländern Kinder sowohl in einkommensschwachen als auch in den einkommensstärkeren Haushalten zu einem höheren Teil Sozialhilfe und Wohngeld beziehen als Personen ab 18 Jahren. In den alten Bundesländern erhalten 44,9% der Haushalte von Kindern unter der 50-%-Einkommensschwelle Wohngeld und 32,4% Sozialhilfe. Bei Erwachsenen sind es jeweils deutlich weniger.

Tabelle 44: Bezug staatlicher Transferleistungen[1] der Kinder 1995

	1995			
	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%
Wohngeld (%)				
unter 18 Jahre	44,9	4,9	55,5	15,2
über 18 Jahre	25,5	2,6	48,6	7,7
Kindergeld (%)				
unter 18 Jahre	91,8	94,7	92,7	97,1
Sozialhilfe				
unter 18 Jahre (%)	32,4	2,3	9,2	1,2
in DM (∅)	944		993	
über 18 Jahre (%)	22,0	1,2	15,4	1,0
in DM (∅)	604		551	

[1] Frageformulierung: "Wie ist es heute mit Wohngeld, Kindergeld oder Sozialhilfe? Erhalten Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied derzeit eine dieser Leistungen? Wenn ja, wie hoch ist derzeit der monatliche Betrag?"

[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung .

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

In den neuen Bundesländern ist gerade bei Kindern der Wohngeldzuschuß weiter verbreitet als in den alten Bundesländern. Sozialhilfe wird in den neuen Bundesländern dagegen weit weniger in Anspruch genommen als in den alten Bundesländern, trotz des niedrigeren Niveaus der Haushaltseinkommen und damit auch der Schwellenwerte zur Abgrenzung der 50-%-Schwelle. Nur 9,2% der Kinder unter der 50-%-Schwelle in Ostdeutschland erhielten 1995 zum

Zeitpunkt der Befragung Sozialhilfe. Maßnahmen zur Bekämpfung von Einkommensarmut bei Haushalten mit Kindern im unteren Einkommensbereich sind demzufolge verstärkt in den alten Bundesländern anzutreffen. Auffallend ist, daß in den einkommensschwachen Haushalten in Ostdeutschland ein deutlich höherer Anteil von Erwachsenen Sozialhilfe bezog als von Kindern.

Insgesamt erhielten Haushalte von Kindern höhere Beträge bei den ausgewiesenen Sozialleistungen als Erwachsene. Insbesondere bei der Sozialhilfe macht sich dies bemerkbar: 1995 bezogen Haushalte von Kindern in den alten Bundesländern 944 DM im Monat und in den neuen Bundesländern 993 DM.[20]

3.4.3.2 Entwicklung des Bezugs von Transferleistungen im Vorjahr

In den verschiedenen Panelwellen wurde retrospektiv gefragt, ob der Haushalt im letzten Kalenderjahr Transferleistungen erhalten hat. Diese Frage bezieht sich also nicht auf den Befragungszeitpunkt, sondern auf einen größeren Zeitraum vor der Befragung als bei den oben beschriebenen Ergebnissen. Beim Wohngeld und auch beim Sozialhilfebezug ist in den alten Bundesländern eine Zunahme in den beiden Einkommensgruppen festzustellen: Bei Kindern in einkommensschwachen Haushalten stieg der Anteil mit Sozialhilfebezug von 12,4% im Jahr 1984 auf 27,6% im Jahr 1995. Auch bei Kindern oberhalb der 50-%-Schwelle ist ein Anstieg beim Sozialhilfebezug festzustellen. Der stärkste Anstieg ist zwischen 1984 und 1990 zu erkennen.

Betrachtet man aus der Perspektive der Einkommensverteilung die Entwicklung der Anteile von Kindern unter der 50-%-Schwelle, so ist in diesem Zeitraum ein Rückgang des Anteils von Kindern unter diesen Schwellenwert zu beobachten. Die Ausdehnung des Sozialhilfebezugs ging in diesem Zeitraum für Kinder mit einem sinkenden Anteil in einkommensschwachen Haushalten einher. Im Verlauf der 90er Jahre ist wieder eine Änderung dieser Tendenz festzustellen. Von 1990 bis 1995 ist neben der weiteren Ausbreitung des Sozialhilfebezugs bei Kindern eine erneute Zunahme des Anteils von Kindern unterhalb der 50-%-Schwelle zu erkennen.

Tabelle 45: Bezug staatlicher Transferleistungen im letzten Jahr - Entwicklung 1984-1995

	1984 West		1990 West		1995 West		1995 Ost	
	unter 50 %[1]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
	%							
Wohngeld[2]								
unter 18 Jahre	21,9	4,8	40,4	9,7	42,5	4,7	60,4	21,4
Kindergeld[3]								
unter 18 Jahre	97,4	95,7	98,2	97,9	93,9	97,6	98,2	97,1
Sozialhilfe[4]								
unter 18 Jahre	12,4	1,0	22,2	1,8	27,6	2,7	11,4	2,0

[1] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[2] Frageformulierung: "Haben Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied im letzten Kalenderjahr vom Staat *Wohngeld* oder Lastenzuschuß erhalten?"
[3] Frageformulierung: "Haben Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied im letzten Kalenderjahr vom Staat *Kindergeld* erhalten?"
[4] Frageformulierung: "Haben Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied im letzten Kalenderjahr vom Staat *Sozialhilfe* erhalten?"

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.4 Bildung

Ein mangelndes Bildungsniveau ist ein zentraler Risikofaktor für Einkommensarmut. 1988 waren ein Drittel der Erwachsenen in einkommensschwachen Positionen ohne beruflichen Ausbildungsabschluß (Schott-Winterer 1990: 63). Die Bildung der Eltern ist nicht nur relevant für Arbeitsmarkrisiken und Einkommensarmut (vgl. Weick 1998a), sondern hinsichtlich der Reaktionen auf Einkommensverluste: Eltern mit niedrigem Bildungsniveau reagieren stärker mit restriktiven Erziehungsmethoden (Walper 1995: 207). Auch beim Übergang in weiterführende Schulen wirkt sich die Einkommenssituation im Haushalt aus (Lauterbach und Lange 1998). Hier wird der Frage nachgegangen, inwieweit Bildungsungleichheiten in Zusammenhang mit einkommensschwachen Positionen im Haushaltskontext von Kindern bestehen. Dabei wird einerseits die Bildung der Eltern und andererseits der Besuch von unterschiedlichen Schultypen bzw. Kinderbetreuungseinrichtungen der Kinder untersucht. Unter-

suchungseinheiten sind hier wiederum Kinder bis 16 Jahren die im Sozio-ökonomischen Panel nicht selbst befragt wurden.

3.4.4.1 Kindergarten- und Schulbesuch

In Tabelle 48 ist die Verteilung von Kindern unter 16 Jahren auf verschiedene Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ausgewiesen. Kein Kindergarten-oder Schulbesuch liegt in erster Linie dann vor, wenn es sich um Kleinkinder handelt. Binder und Wagner (1996) stellen fest, daß 95% der Vorschulkinder vor ihrer Einschulung zumindest zeitweise eine Betreuungseinrichtung besuchen. Die kleine Minderheit von Kindern, die diese Erfahrung nicht macht, kommt meist aus Familien mit niedrigem Einkommen, mit mehreren Geschwistern und einer nicht erwerbstätigen Mutter.

Ungleichheit im Bildungsbereich äußert sich insbesondere beim Besuch weiterführender Schulen nach der Grundschulzeit. Betrachtet man die Verteilung im Sekundarschulbereich, so erkennt man vor allem den hohen Anteil von Kindern in einkommensschwachen Haushalten in Hauptschulen und den geringen Anteil in Gymnasien. Kinder in einkommensschwachen Haushalten konnten in den alten Bundesländern seit 1984 kaum von der Bildungsexpansion profitieren. Während bei Kindern in einkommensstärkeren Haushalten nach 1984 der Anteil auf Hauptschulen deutlich unter 30% gesunken ist, blieb er bei Kindern in einkommensschwachen Haushalten bei etwa 50%. Beim Besuch von Realschulen sind im bivariaten Querschnittsvergleich kaum Unterschiede zwischen Kindern in einkommensärmeren und -stärkeren Haushalten festzustellen.

Eine Längsschnittuntersuchung zur Schulwahl zeigt, daß die Chance des Übergangs in weiterführende Schulen sinkt, wenn Kinder am Ende der Grundschulzeit längerfristig in einkommensschwachen Haushalten lebten, auch wenn die Bildung der Eltern kontrolliert wird (Schöb 1997). Das geringere Bildungsniveau von Kindern in einkommensschwachen Haushalten ist demzufolge nicht nur von der intergenerationalen Bildungsmobilität ab, sondern auch direkt von der Einkommensposition ab.

Tabelle 46: Kindergarten- und Schulbesuch der Kinder[1]

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
	%									
Kein Kindergarten- oder Schulbesuch	16,4	20,9	24,0	26,1	/	/	17,2	28,0	17,5	7,9
Kindergarten, Krippe	11,1	14,9	14,2	20,6	33,2*	35,7	17,5	23,3	26,5	28,4
Grundschule	22,7	23,7	20,5	24,2	/	/	29,7	23,6	26,4	30,8
Sekundärbereich	49,8	40,5	41,3	29,1			36,1	25,1	29,6	32,9
davon:										
Hauptschule	53,6	38,4	49,7	26,4	/	/	50,2	27,5	19,3*	8,5
Realschule	22,1	20,9	22,5	25,4	/	/	26,5	20,9	45,2*	40,9
Gymnasium	9,1	26,9	8,3*	35,6	/	/	11,4*	41,8	10,8*	38,8
Gesamtschule	4,3*	6,2	7,8*	6,2	/	/	4,7*	6,2	16,6*	8,9
Sonstige[3]	10,8	7,6	11,6*	6,4	/	/	7,2*	3,6*	-	2,9*

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Einschließlich Berufsschule.
* Fallzahl < 30; - Fallzahl < 5; / Wurde im entsprechenden Jahr nicht erhoben.
Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.4.2 Bildungsabschlüsse der Mütter und Väter

Auch die Bildungsabschlüsse der Mütter sind bei Kindern in einkommensschwachen und -stärkeren Haushalten ungleich verteilt. Vor allem in den alten Bundesländern haben die Mütter von Kindern unter der 50-%-Schwelle nur selten einen höheren allgemeinbildenden Schulabschluß, und es ist vor allem zu beobachten, daß der Anteil ohne allgemeinbildenden Schulabschluß um ein Vielfaches höher ist als bei Kindern über der 50-%-Schwelle. Die Daten weisen allerdings darauf hin, daß seit 1984 der Anteil von Kindern unter der 50-%-Schwelle, deren Mütter über eine Fachhochschulreife oder ein Abitur verfügen, zugenommen hat.

Tabelle 47: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Bildungsabschluß der Mutter

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
	%									
Hauptschulabschluß[3]	69,5	58,3	59,3	44,0	33,5*	13,2	57,1	36,1	34,0	7,3
Mittlere Reife[4]	8,6	22,2	10,8	29,3	64,3	70,1	18,4	33,5	57,3	75,7
Fachhochschulreife/Abitur	1,4*	10,7	5,4*	18,3	-	15,7	7,9*	24,1	8,7*	16,6
Anderer Abschluß[5]	8,3	5,0	10,3	5,0	-	1,0*	5,7	3,4	-	0,4*
Kein Schulabschluß[6]	12,2	3,9	14,2	3,3	/	/	10,9	2,8	/	/
Kein Berufsabschluß	62,2	30,5	57,9	24,4	13,1*	3,7	49,4	18,8	12,4*	2,1*

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] 1990, 1994 Ostdeutschland: Abschluß 8. Klasse.
[4] 1990, 1994 Ostdeutschland: Abschluß 10. Klasse.
[5] Einschließlich Schulabschluß im Ausland.
[6] Einschließlich Pflichtschule ohne Abschluß im Ausland.
* Fallzahl < 30.
- Fallzahl < 5.
/ Wurde im entsprechenden Jahr nicht erhoben.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

In den alten Bundesländern hatte 1994 nahezu die Hälfte der Kinder in einkommensschwachen Haushalten Mütter ohne beruflichen Abschluß. Seit 1984 sind hier insgesamt abnehmende Anteile zu erkennen. Kinder in einkommensschwachen Haushalten haben zunehmend auch Mütter mit Berufsabschluß. In den neuen Bundesländern findet man erheblich weniger Mütter ohne Berufsabschluß.

Auch Väter (bzw. Partner der Mütter) von Kindern unter der 50-%-Schwelle haben eine niedrigere Schulbildung als diejenigen von Kindern über der 50-%-Schwelle. Das hohe Risiko für westdeutsche Männer ohne Berufsabschluß, in den unteren Einkommensbereich zu geraten, wird aus der Perspektive der Kinder besonders deutlich. Während 1994 31,7% der Väter (bzw. Partner der Mütter) von Kindern in einkommensschwachen Haushalten keinen Berufsab-

schluß besaßen, waren es bei den einkommensstärkeren nur 7,6%. Die Entwicklung weist darauf hin, daß die Bedeutung der beruflichen Bildung seit 1984 zugenommen hat.

Tabelle 48: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Bildungsabschluß des (Ehe-)Partners der Mutter

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
	%									
Hauptschulabschluß[3]	70,4	54,3	65,7	46,3	45,0*	17,9	62,7	44,5	38,4	12,1
Mittlere Reife[4]	4,9*	17,7	6,8	18,9	50,7	62,3	13,9	20,3	46,9	68,8
Fachhochschulreife/Abitur	1,6*	19,2	2,6	26,1	-	18,7	5,3*	28,9	10,1*	18,0
Anderer Abschluß[5]	13,1	6,3	16,1	6,1	-	0,9*	12,7	4,4	3,3*	0,8*
Kein Schulabschluß[6]	10,1	2,5	8,9	2,6	4,3*	0,2*	5,4	1,9	1,2*	0,4*
Kein Berufsabschluß	25,4	14,4	39,6	12,4	20,5*	1,4	31,7	7,6	4,0*	0,7*

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] 1990, 1994 Ost: Abschluß 8. Klasse.
[4] 1990, 1994 Ost: Abschluß 10. Klasse.
[5] Einschließlich Schulabschluß im Ausland.
[6] Einschließlich Pflichtschule ohne Abschluß im Ausland.
* Fallzahl < 30.
- Fallzahl < 5.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.5 Wohnbedingungen

Die Lebensqualität der Menschen wird durch die Wohnbedingungen zu einem erheblichen Anteil mitbestimmt. Hier soll nun gezeigt werden, inwiefern Unterschiede in den objektiven Wohnbedingungen zwischen einkommensstärkeren und -schwächeren Haushalten zu finden sind. Betrachtet wird dabei die Miete, der zur Verfügung stehende Wohnraum, die Ausstattung der Wohnung und die Wohngegend. Neben den objektiven Bedingungen ist die subjektive Beurteilung der Situation von Interesse und findet daher in ausgewählten

Aspekten Berücksichtigung. Hier werden Personen unter und ab 18 Jahren vergleichend untersucht.

3.4.5.1 Mietkosten in West- und Ostdeutschland 1994

Die durchschnittliche Miete lag 1994 im Westen Deutschlands bei 722 DM, im Osten mit 466 DM noch deutlich darunter. Es fällt auf, daß bei den unter 18jährigen, unabhängig davon, ob sie unter oder über der 50-%-Schwelle leben, vergleichsweise hohe Mietkosten zu finden sind. Dies ist darauf zurückzuführen, daß Haushalte mit Kindern in der Regel größer sind und somit größere Wohnungen benötigen.

Berücksichtigt man die Personenzahl (Angaben der Miete pro Person), dann zeigt sich, daß in größeren Haushalten die Werte dieses Indikators niedriger ausfallen als in kleineren. Die Mietkosten steigen demzufolge nicht proportional mit der Haushaltsgröße. In Westdeutschland wurde pro Person monatlich durchschnittlich 345 DM Miete gezahlt, in Ostdeutschland 196 DM. Hinsichtlich der unter 18jährigen sind zwei Befunde festzuhalten: Zum einen liegen in beiden Teilen Deutschlands unter 18jährige mit 221 DM im Westen und 140 DM im Osten deutlich unter diesem Durchschnittswert. Andererseits wird bei Kindern, die unter der 50-%-Schwelle leben, jeweils weniger für die Miete aufgewendet als bei denjenigen, denen mehr als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung steht.

Tabelle 49: Mietkosten in West- und Ostdeutschland

	1994					
		West			Ost	
	Gesamt	unter 50%[1]	über 50%	Gesamt	unter 50%	über 50%
	Ø in DM					
Miete						
gesamt	722	653	733	466	514	462
unter 18 Jahre	807	726	835	504	493	506
über 18 Jahre	702	609	713	455	528	450
Miete pro Person						
gesamt	345	212	365	196	193	196
unter 18 Jahre	221	183	234	140	126	142
über 18 Jahre	374	230	391	211	238	209

[1] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.5.2 Wohnbedingungen der Kinder nach Haushaltsformen

Die Bedeutung sowohl der Haushaltsgröße wie auch der Einkommensgruppe, der der Haushalt angehört, wird deutlich, wenn man die Mietkosten betrachtet, die in verschiedenen Haushaltsformen mit Kindern aufgebracht werden. Je mehr Kinder in einem Haushalt leben, desto geringer sind die Mietkosten pro Person. Dies gilt bei einkommensstarken Haushalten genauso wie bei einkommensschwachen. Der Abstand zwischen diesen beiden Gruppen reduziert sich dabei mit der Zahl der Kinder. Auch in den einkommensstärkeren Haushalten kann bei drei und mehr Kindern keine hohe Miete mehr aufgebracht werden.

Den Befragten im Sozio-ökonomischen Panel wurde die Möglichkeit gegeben, ihre Mieten zu beurteilen. Dabei ergab sich ein verhältnismäßig geringer Unterschied zwischen den Einkommensgruppen in Westdeutschland; nur etwa 5% mehr der einkommensschwachen Befragten gaben hier an, die Miete sei etwas oder viel zu hoch. Erheblich deutlicher ist der Abstand zwischen den Personen der verschiedenen Einkommensgruppen dagegen in Ostdeutschland. Etwas mehr als die Hälfte der Einkommensschwachen beurteilt die Miete als zu hoch gegenüber etwa einem Drittel der Einkommensstärkeren. Insgesamt fühlten

sich die Ostdeutschen also vier Jahre nach der Wiedervereinigung zu einem sehr großen Anteil durch hohe Mietkosten überlastet.

Tabelle 50: Wohnbedingungen der Kinder unter 18 Jahren nach Haushaltsformen

	1994			
	West		Ost	
	unter 50%[1]	über 50%	unter 50%	über 50%
Miete pro Person (in DM) bei	183	234	127	142
Alleinerziehenden	235	331	141	207
Paaren mit 1 Kind	220	275	136*	148
Paaren mit 2 Kindern	160	203	130	134
Paaren mit 3 und mehr Kindern	146	174	93	100
Beurteilung der Miete als etwas zu hoch/viel zu hoch (in %)	20,0	15,1	52,6	32,7
Wohnfläche pro Person (in qm) bei	22,4	28,8	17,6	22,3
Alleinerziehenden	29,5	33,7	19,5	27,2
Paaren mit 1 Kind	26,9	34,5	19,8*	24,8
Paaren mit 2 Kindern	22,9	28,1	18,1	21,5
Paaren mit 3 und mehr Kindern	18,1	24,6	14,6	19,0
Wohnräume[2] pro Person bei	0,93	1,12	0,86	1,00
Alleinerziehenden	1,17	1,28	1,03*	1,26
Paaren mit 1 Kind	1,07	1,23	0,93*	1,06
Paaren mit 2 Kindern	0,88	1,15	0,85	0,97
Paaren mit 3 und mehr Kindern	0,79	0,97	0,76	0,88
Beurteilung der Wohngröße als viel zu klein oder etwas zu klein (in %)	38,2	30,1	36,5	38,8
Zufriedenheit mit der Wohnung[3] (∅)	6,7	7,6	6,0	6,4

[1] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[2] Ohne Küche, Bad und ohne Räume unter 6 qm.
[3] Angaben der Mutter; Mittelwerte der Zufriedenheitsskala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Ein weiterer interessanter Faktor, um die objektiven Wohnbedingungen zu beurteilen, stellt die einem Haushalt bzw. pro Person zur Verfügung stehende Wohnfläche dar. Auch die Ausstattung der Wohnung ist ein wichtiger Indikator der erreichten Wohnqualität. Sowohl bei der Wohnfläche als auch bei den pro Person zur Verfügung stehenden Räumen sind die einkommensschwächeren Haushalte jeweils schlechter gestellt, und dies in zunehmendem Maße, je mehr Kinder im Haushalt leben. Ein weithin akzeptierter Mindeststandard liegt bei einem Raum pro Person. Ostdeutsche Kindern liegen auch in einkommensstär-

keren Haushalten häufig unter diesem Standard. Lebt mehr als ein Kind in einem einkommensschwachen Haushalt, wird dieser Standard auch in Westdeutschland nicht mehr erreicht. Entsprechend geben (in Westdeutschland) auch mehr derjenigen, die unter der 50-%-Schwelle leben, an, daß ihre Wohnung zu klein sei. Allerdings sind auch 30% derjenigen mit einem Haushaltseinkommen, das über 50% des Durchschnittseinkommens liegt, dieser Ansicht. In Ostdeutschland zeigt sich kaum ein Einfluß des Einkommens, hier sind die Befragten insgesamt zu über 35% der Ansicht, ihre Wohnung sei zu klein. In diesen Angaben spiegelt sich wider, daß Haushalte mit Kindern es in Deutschland schwer haben, adäquaten Wohnraum zu finden.

3.4.5.3 Wohnausstattung der Kinder

Bei der Ausstattung der Wohnung wird deutlich, daß auch hier die einkommensschwächeren Haushalte eher Abstriche hinzunehmen haben als die einkommensstärkeren (vgl. Tabelle 53). Während in den besser situierten Haushalten in Westdeutschland in aller Regel ein Standard mit Bad/Dusche, WC in der Wohnung und Zentralheizung vorhanden ist, kann dieser in etwa einem Sechstel der Haushalte, die unterhalb der 50-%-Schwelle leben, nicht erreicht werden. Dies liegt überwiegend am Fehlen einer Zentralheizung. Die Situation in Ostdeutschland ist insgesamt erheblich schlechter, aber auch hier sind es die einkommensschwächeren Haushalte, die deutlich seltener an den Standard heranreichen. Auch hier ist die nicht vorhandene Zentralheizung der häufigste Grund, aber in 14% der einkommensschwachen Haushalte in den neuen Bundesländern ist kein Bad oder Dusche in der Wohnung vorhanden, und ca. 18% müssen auf ein WC innerhalb der Wohnung verzichten. Auch solche Ausstattungsmerkmale, die die Lebensqualität erheblich verbessern können, wie Balkon, Terrasse oder Garten, sind in den einkommensschwächeren Haushalten erheblich seltener zu finden.

Tabelle 51: Wohnausstattung der Kinder unter 18 Jahren

	1994			
	West		Ost	
	unter 50%[1]	über 50%	unter 50%	über 50%
	%			
Wohnausstattung				
Bad/Dusche	96,8	99,2	86,3	94,8
WC in Wohnung	97,4	99,7	82,2	90,1
Zentral-, Etagenheizung	83,0	93,7	45,9	63,8
Balkon/Terrasse	71,2	84,7	36,9	51,3
Garten	59,5	77,2	37,5	49,5
Standard[2]	83,0	93,5	41,6	61,9
unter Standard	17,0	6,5	58,4	38,1

[1] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[2] Wohnung mit Bad, Toilette und Zentralheizung.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.5.4 Infrastruktur der Wohngegend und Umweltbeeinträchtigungen in der Wohngegend bei Kindern

Westdeutsche Kinder in einkommensstärkeren Haushalten wohnen nur zu 6,7% in einem Großstadtzentrum, während Kinder in einkommensschwachen Haushalten zu 14,4% im Großstadtzentrum wohnen. In den neuen Bundesländern ist dieser Zusammenhang nicht zu beobachten, dort wohnen 16,6% der Kinder in Haushalten über der 50-%-Schwelle im Großstadtzentrum. Benachteiligungen für Kinder in einkommensschwachen Haushalten bezüglich der Erreichbarkeit verschiedener Infrastruktureinrichtungen sind nicht zu erkennen. Nur in den neuen Bundesländern fühlen sich Haushaltsvorstände von Kindern in Haushalten unter der 50-%-Schwelle sogar weniger stark durch Lärmbelästigung und Luftverschmutzung beeinträchtigt als in einkommensstärkeren Haushalten. Die besseren Wohnbedingungen bei höherem Einkommen drücken sich auch in einer höheren Zufriedenheit mit der Wohnsituation aus.

Tabelle 52: Infrastruktur der Wohngegend und Umweltbeeinträchtigungen in der Wohngegend bei unter 18jährigen

	1994			
	West		Ost	
	unter 50%[1]	über 50%	unter 50%	über 50%
	%			
Wohnung liegt im Großstadtzentrum	14,4	6,7	12,0	16,6
Entfernung von unter 10 Minuten zu ...				
... Geschäften des alltäglichen Bedarfs	58,4	60,4	72,4	72,2
... Gaststätte, Kneipe, Restaurant	70,8	65,4	74,5	66,9
... Bank, Sparkasse	54,8	54,9	50,3	47,1
... Hausarzt	49,8	41,1	44,6	43,3
... Kindergarten	54,9	56,4	57,8	55,9
... Grundschule	46,5	48,2	47,9	48,7
... Einrichtung/Treffpunkt für Jugendliche	28,5	26,6	28,8	29,2
... Einrichtung/Tagesstätte für alte Menschen	32,3	21,9	24,0	21,4
... öffentlichen Grünanlagen	50,4	58,0	49,8	40,6
... öffentlichen Sport- und Freizeitanlagen	38,9	40,9	28,4	29,9
... Haltestelle für öffentliche Verkehrsmittel	81,2	82,6	78,5	82,5
Beeinträchtigung der Wohngegend gar nicht oder gering durch				
- Lärmbelästigung	75,4	79,1	66,3	56,9
- Luftverschmutzung	72,5	73,6	61,8	54,3
- Mangel an zugänglichen Grünflächen/freier Natur	82,3	93,0	77,8	74,2

[1] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.4.6 Gesundheit im Haushaltskontext

Da die Gesundheit einen beträchtlichen Einfluß auf die Lebensqualität hat, interessiert hier, ob sich hinsichtlich dieses Aspektes Deprivationen bei Müttern im unteren Einkommensbereich zeigen. Zum Gesundheitszustand wurden im Verlauf des Sozio-ökonomischen Panels verschiedene Fragen gestellt. 1984 wurde danach gefragt, ob man seit mindestens einem Jahr an chronischen Beschwerden oder Krankheiten leidet. Nur etwa ein Viertel der Mütter berichtete über entsprechende Beschwerden. Auch bei der Frage nach Beeinträchtigungen bei der Erfüllung alltäglicher Aufgaben durch den Gesundheitszustand zeigt sich zwischen Müttern, die unterhalb der 50-%-Schwelle leben, und jenen, denen mehr zur Verfügung steht, nur ein geringer Unterschied.

Tabelle 53: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Gesundheitszustand der Mutter

	1984		1994			
	West		West		Ost	
	unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
	%					
Keine Behinderung des Gesundheitszustandes im Alltag und Beruf[3]	72,2	75,9	/	/	/	/
Kein Leiden an chronischen Beschwerden/Krankheiten[4]	78,0	77,9	/	/	/	/
Gegenwärtiger Gesundheitszustand[5]	/	/	40,6	58,2	58,9	63,3
Keine Erwerbsminderung/ Schwerbehinderung[6]	/	/	95,0	98,2	95,5	98,3
Zufriedenheit mit der Gesundheit[7]	7,2	7,5	6,2	7,1	6,6	6,9

1 Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
2 Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
3 Antwortkategorie "Überhaupt nicht", Fragetext: Von kurzen Erkrankungen einmal abgesehen. Behindert Sie ihr Gesundheitszustand bei der Erfüllung alltäglicher Aufgaben, z. B. Haushalt, Beruf oder Ausbildung?
4 Antwortkategorie "Nein", Fragetext: Leiden Sie seit mindestens einem Jahr oder chronisch an bestimmten Beschwerden oder Krankheiten?
5 Antwortkategorie "Sehr gut"/"Gut", Fragetext: Wie würden Sie ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beschreiben?
6 Antwortkategorie "Nein", Fragetext: Sind Sie nach amtlicher Feststellung erwerbsgemindert oder schwerbehindert?
7 Mittelwerte der Zufriedenheitsskala von 0 "Ganz und gar unzufrieden" bis 10 "Ganz und gar zufrieden.
* Fallzahl < 30.
/ Wurde im entsprechenden Jahr nicht erhoben.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Bei den Indikatoren, die für 1994 ausgewertet wurden, findet man durchaus Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen. Hier wurde nach eher allgemeinen Bewertungen des Gesundheitszustandes gefragt. Es zeigt sich, daß Mütter in einkommensschwachen Haushalten ihre Gesundheit schlechter bewerten als Mütter in einkommensstärkeren Haushalten. Nur 40% der westdeutschen Mütter unter der 50-%-Schwelle beurteilten ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand als gut oder sehr gut, während 58,2% der Mütter über der

50-%-Schwelle dies angaben. Ostdeutsche Mütter bewerteten 1994 ihren Gesundheitszustand insgesamt besser als westdeutsche, und auch die Differenzen zwischen den Einkommensgruppen waren geringer. Mütter in einkommensschwachen Haushalten haben auch häufiger eine Erwerbsminderung oder Schwerbehinderung als in den höheren Einkommenspositionen.

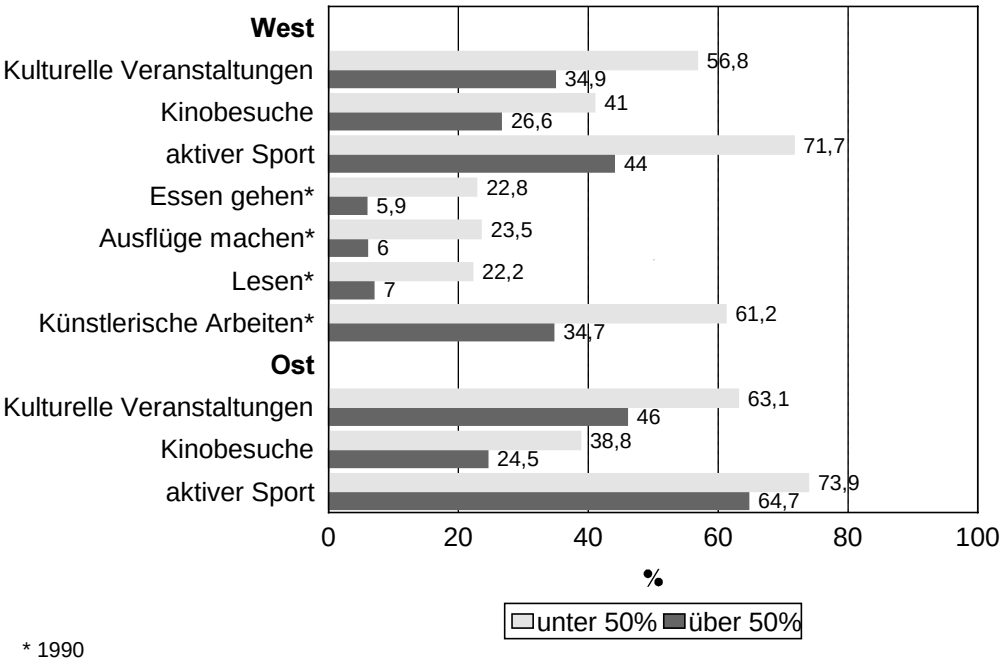
Die objektiven Befunde spiegeln sich auch in der Zufriedenheit mit der Gesundheit. So findet man bei der Zufriedenheit mit der Gesundheit, die auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) gemessen wird, z. T. deutliche Unterschiede zwischen einkommensschwachen und einkommensstärkeren Müttern. In den alten Bundesländern erkennt man 1990 und 1994 insgesamt eine niedrigere Gesundheitszufriedenheit gegenüber 1984 bei gleichzeitiger Zunahme der Differenzen in den verschiedenen Einkommenspositionen. Die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Gesundheit lag 1994 bei Müttern unter der 50-%-Schwelle bei 6,2 und bei Müttern über der 50-%-Schwelle bei 7,1. Hier handelt es sich um eine vergleichsweise deutliche Differenz. In Ostdeutschland ist die Differenz zwischen den Einkommensgruppen zwar geringer, hier ist aber insgesamt ein deutliches Absinken der Gesundheitszufriedenheit gegenüber 1990 auf Durchschnittswerte von 6,6 bzw. 6,9 festzustellen.

3.4.7 Freizeitaktivitäten und Partizipation am gesellschaftlichen Leben im Haushalt

Im folgenden Abschnitt steht im Vordergrund, inwieweit Kinder in einkommensschwachen Haushalten bei den Aktivitäten in der Freizeit und bei der Partizipation am sozialen Leben benachteiligt sind. Analysiert werden hier die Aktivitäten der Mütter. Die Befragten im SOEP sollten angeben, welche Tätigkeiten sie wie häufig in ihrer freien Zeit ausüben. Privaten Kontakten kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu. Die von allen befragten Müttern am häufigsten angegebene Tätigkeit ist die Geselligkeit mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn. Dies ist eine der wenigen Freizeitaktivitäten, bei der sich (zumindest 1990) nur geringe Unterschiede zwischen Müttern unterhalb und ober-

halb der 50-%-Schwelle zeigen. 1994 zeigt sich auch hier ein Phänomen, das ansonsten nahezu durchgängig zu beobachten ist: Mütter in Haushalten unterhalb der 50-%-Schwelle geben in geringerem Ausmaß an, Freizeitaktivitäten auszuführen. Dennoch gibt nur eine kleine Minderheit an, nie gesellig mit Freunden, Verwandten und Bekannten beisammen zu sein. Auch wenn es darum geht mitzuhelfen, wenn bei Freunden oder Nachbarn etwas zu tun ist, sind Mütter in einkommensschwachen Haushalten nicht weniger aktiv als solche in einkommensstärkeren. Die Häufigkeit sozialer Kontakte im privaten Bereich sind offensichtlich nicht allzu stark von der Einkommenslage abhängig.

Abbildung 12: Tätigkeiten der Mütter in ihrer freien Zeit - Anteile "Nie" in %



* 1990
Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 1990, 1994.

Besonders deutliche Unterschiede zeigen sich bei Aktivitäten kultureller Art, und zwar sowohl das Ausgehen in Theater, Konzerte usw. als auch eigene künstlerische oder musische Aktivitäten oder Lesen. Da die Partizipation im Bereich kultureller Aktivitäten in starkem Maße bildungsabhängig ist, dürfte die geringere Beteiligung nicht nur aus der mangelnden Finanzkraft, sondern auch aus der geringeren Schulbildung der Mütter in einkommensschwachen Haushalten resultieren. Aber auch bei anderen Freizeitaktivitäten, die weniger bildungsabhängig sind, geben Mütter in den ärmeren Haushalten eher an, daß

sie nie ausgehen, auch nicht ins Kino, zu Popkonzerten, in die Disco oder zu Sportveranstaltungen.

Tabelle 54: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Freizeittätigkeiten der Mutter im Bereich Sport, Geselligkeit und Reisen

		1990		1994			
		West		West		Ost	
		unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
		%					
Besuch von Sportveranstaltungen	Monatlich[3]	6,9*	12,5	/	/	/	/
	Seltener	18,7	26,1				
	Nie	74,4	61,4				
Aktiver Sport	Monatlich	18,1	39,3	8,2	36,8	8,2*	15,3
	Seltener	18,1	28,8	20,1	19,2	17,8	20,1
	Nie	63,9	31,9	71,7	44,0	73,9	64,7
Geselligkeit mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn	Monatlich	76,3	79,9	68,3	82,3	55,8	71,1
	Seltener	19,3	18,6	30,8	17,1	35,2	26,8
	Nie	4,4	1,5	0,9*	0,6*	9,0*	2,1*
Essen oder Trinken gehen (Café, Kneipe, Restaurant)	Monatlich	21,9	45,3	/	/	/	/
	Seltener	55,4	48,8				
	Nie	22,8	5,9				
Ausflüge oder kurze Reisen machen	Monatlich	20,7	43,3	/	/	/	/
	Seltener	55,8	50,6				
	Nie	23,5	6,0				

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Antwortkategorie "Jeden Monat".
* Fallzahl < 30.
/ Frage wurde im entsprechenden Jahr nicht gestellt.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Die Mütter in den einkommensschwächeren Haushalten üben aber auch weniger Aktivitäten aus, bei denen das geringere Einkommen eine eher untergeordnete Rolle spielen dürfte wie z. B. aktiven Sport. Ehrenamtliche oder politische Aktivitäten werden sehr selten angegeben, aber auch hier wieder von den ärmeren Müttern in noch geringerem Ausmaß. Im eher öffentlichen Bereichen partizipieren Mütter in einkommensschwachen Haushalten deutlich weniger als Mütter in günstigeren Einkommenslagen. In diesem Bereich unterscheiden sich

die Haushaltskontexte von Kindern in unterschiedlichen Einkommensverhältnissen deutlich.

Tabelle 55: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Freizeittätigkeiten der Mutter im Bereich Kultur

		1990		1994			
		West		West		Ost	
		unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
		%					
Besuch von kulturellen Veranstaltungen, z. B. Konzerten, Theater, Vorträgen	Monatlich[3]	3,5*	8,7	5,7*	10,6	-	4,5
	Seltener	17,8	42,7	37,5	54,5	35,3	49,5
	Nie	78,6	48,6	56,8	34,9	63,1	46,0
Kinobesuch, Besuch von Popkonzerten, Tanzveranstaltungen, Discos, Sportveranstaltungen[4]	Monatlich	8,0*	10,6	7,9	14,0	7,2*	15,30
	Seltener	23,7	48,7	51,1	59,4	54,0	62,6
	Nie	68,3	40,7	41,0	26,6	38,8	24,5
Lesen von Sach- und Unterhaltungsliteratur, Romane, Krimis, Comics	Monatlich	59,5	74,2	/	/	/	/
	Seltener	18,4	18,8				
	Nie	22,2	7,0				
Künstlerische oder musische Tätigkeiten	Monatlich	11,3	29,1	/	/	/	/
	Seltener	27,5	36,2				
	Nie	61,2	34,7				
Basteln/Reparatur am Haus, in der Wohnung, am Auto, Gartenarbeit	Monatlich	48,9	69,3	/	/	/	/
	Seltener	22,5	19,2				
	Nie	28,6	11,5				

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Antwortkategorie "Jeden Monat".
[4] Der Besuch von Sportveranstaltungen wird 1990 getrennt ausgewiesen.
* Fallzahl < 30.
- Fallzahl < 5.
/ Frage wurde im entsprechenden Jahr nicht gestellt

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Die hier gezeigten Auswertungen zeichnen ein Bild von generell eher passiven Müttern in einkommensschwachen Haushalten. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß viele Waren und Dienstleistungen, die die Alltagsarbeit deutlich erleichtern können (z. B. Haushaltshilfe, Kinderbetreuung, Haushaltsgeräte) aus finanziellen Gründen von diesen Müttern häufig nicht vom Markt bezogen werden können. Dann fällt es auch schwer, Freiräume für Freizeitaktivitäten zu

finden. Die subjektive Zufriedenheit mit der Freizeit fällt bei Müttern in einkommensschwachen Haushalten in den alten Bundesländern auch etwas niedriger aus als bei finanziell besser gestellten. Dennoch sind die Unterschiede 1994 nicht stark ausgeprägt. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß der Freizeit, im Vergleich zu den zentralen Lebensbereichen wie der Familie oder dem Erwerbsleben, doch ein deutlich geringerer Stellenwert zugemessen wird. So ist seit 1990 bei westdeutschen Müttern auch eine abnehmende Bedeutung der Freizeit zu erkennen, die einhergeht mit geringeren Differenzen in der Zufriedenheit mit der Freizeit bei Müttern unter und über der 50-%-Schwelle.

Tabelle 56: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Freizeittätigkeiten der Mutter im Bereich des sozialen und politischen Engagements

		1990		1994			
		West		West		Ost	
		unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
		%					
Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten	Monatlich[3]	8,3*	14,3	5,7*	13,9	6,5*	5,4
	Seltener	10,3	14,7	4,9*	18,1	1,9*	10,0
	Nie	81,4	71,0	89,3	68,0	91,5	84,6
Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien oder in der Kommunalpolitik	Monatlich	0,9*	2,8	-	1,8	-	1,7*
	Seltener	12,1	15,4	6,8*	6,1	-	5,6
	Nie	87,0	81,8	93,2	92,1	99,2	92,7
Kirchgang, Besuch religiöser Veranstaltungen	Monatlich	31,3	29,9	20,5	24,4	8,4*	8,7
	Seltener	28,1	37,6	36,9	38,1	10,1	15,6
	Nie	40,6	32,4	42,5	37,6	81,5	75,8
Mithelfen, wenn bei Freunden, Verwandten oder Nachbarn etwas zu tun ist	Monatlich	/	/	33,3	33,5	34,5	33,3
	Seltener			59,5	57,1	57,0	59,9
	Nie			7,2	9,3	8,5*	6,8

1 Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
2 Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
3 Antwortkategorie "Jeden Monat".
* Fallzahl < 30.
- Fallzahl < 5.
/ Frage wurde im entsprechenden Jahr nicht gestellt.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Betrachtet man die Zeitverwendung der Mütter, die 1990 für durchschnittliche Werktage retrospektiv erfragt wurde, so sieht man, daß die einkommensschwächeren Mütter auch hier seltener angeben, aktiv zu sein (vgl. Tabelle 57). Bei der Zeitverwendung für die verschiedenen Aktivitäten findet man weniger Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen über die durchschnittliche Zeit, die jeweils aufgewendet wird, als zwischen den Anteilen von denjenigen, die angeben, überhaupt Zeit für diese Aktivität aufzuwenden.

Tabelle 57: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Zeitverwendung der Mutter an durchschnittlichen Werktagen[2]

	1990			
	West		Ost	
	unter 50%[3]	über 50%	unter 50%	über 50%
Berufstätigkeit, Lehre[4]				
Anteil Aktive (%)	37,3	57,3	37,7	73,4
Stunden ∅[5]	5,3	5,4	8,7	8,4
Besorgungen				
Anteil Aktive (%)	96,0	97,4	97,0	96,0
Stunden ∅	1,6	1,7	1,8	1,4
Hausarbeit				
Anteil Aktive (%)	99,8	100	100	99,9
Stunden ∅	4,4	3,9	3,4	2,8
Kinderbetreuung				
Anteil Aktive (%)	94,3	96,4	89,9	95,0
Stunden ∅	7,1	7,0	5,8	4,2
Aus-, Weiterbildung, Lernen				
Anteil Aktive (%)	5,8*	15,4	10,7*	20,6
Stunden ∅	1,7*	1,5	5,3*	2,3
Reparaturen[6]				
Anteil Aktive (%)	46,1	52,5	45,2	40,2
Stunden ∅	1,6	1,3	1,9	1,3
Hobbys und sonstige Freizeitbeschäftigungen				
Anteil Aktive (%)	72,9	84,8	66,1	75,7
Stunden ∅	2,0	1,8	2,3	1,8

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Fragetext: "Wie sieht gegenwärtig ihr normaler Alltag aus? Wie viele Stunden pro Tag entfallen bei Ihnen an einem durchschnittlichen Werktag auf die folgenden Tätigkeiten?".
[3] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[4] Einschließlich Arbeitsweg und nebenberufliche Tätigkeiten.
[5] Nur für Aktive.
[6] Am Haus, in der Wohnung, am Auto, Gartenarbeit.
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.5 Einstellungen und subjektives Wohlbefinden im Haushaltskontext von Kindern

Eine objektive Unterversorgung muß sich nicht zwangsläufig in den Einstellungen und dem subjektiven Wohlbefinden der Betroffenen widerspiegeln (vgl. Noll 1989). So kann der Umgang mit niedrigen Einkommenspositionen sehr unterschiedlich ausfallen. Es gibt Menschen, die mit dieser Situation sehr gut zurechtkommen und andere, denen dies weit schlechter gelingt (vgl. auch Ludwig u. a. 1995: 27f.). Einkommenseinbußen sind mit subjektiven Unsicherheiten verbunden und lösen Sorgen bei den Betroffenen aus (Glatzer 1988). Armut und finanzielle Verknappung tragen auch zu emotionalen Beeinträchtigungen bei Kindern bei (Walper 1997: 275). Hier ist allerdings nicht von direkten Auswirkungen auszugehen, sondern eher indirekt über Beeinträchtigungen des „Familienklimas“ (vgl. Lang 1985). Den elterlichen Reaktionen auf Einkommensengpässe kommt eine Mediatorfunktion für die subjektive Betroffenheit von Kindern zu. In dieser Arbeit werden zunächst eher allgemeine Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Einkommensungleichheit untersucht. Einen Schwerpunkt der Untersuchung stellt in diesem Kapitel allerdings die Frage dar, ob Kinder in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen mit erhöhten psychischen Belastungen konfrontiert sind, was anhand der Angaben von Müttern analysiert wird. Auch subjektive Prioritäten hängen von den faktischen Lebensverhältnissen ab, und dem privaten Bereich von Partnerschaft und Familie wird eine besondere Bedeutung beigemessen (Weick 1993; Weick 1997a). Hier wird nun untersucht, welche Prioritäten Mütter in prekären Einkommenssituationen äußern. Neben Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen und dem Leben allgemein als eher kognitive Maße, werden auch weitere Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens einbezogen, die stärker negative Aspekte des Befindens messen (vgl. Glatzer 1984c).

Das subjektive Wohlbefinden im Haushaltskontext von Kindern wird neben der Querschnittbetrachtung in der Längsschnittperspektive untersucht, d. h. welche Veränderungen bei unterschiedlichen Verläufen im Niedrigeinkommensbereich zu beobachten sind. Für diese Längsschnittbetrachtung wurden einerseits Sor-

gen um die eigene wirtschaftliche Situation und die Einkommenszufriedenheit als spezifische subjektive Indikatoren zur ökonomischen Situation des Haushaltes ausgewählt und andererseits die Lebenszufriedenheit als stärker kognitive Bewertung der objektiven Lebensbedingungen insgesamt. Dabei geht es auch um die Frage, ob im Zeitverlauf eine Anpassung der subjektiven Bewertungen an die objektive Situation zu erkennen ist (vgl. Inglehart und Rabier 1986).

3.5.1 Einstellungen

Einstellungen zu sozialer Ungleichheit informieren über Vorstellungen in der Bevölkerung zur sozialen Gerechtigkeit und stellen auch eine Legitimation für sozialpolitische Maßnahmen dar. Weiterhin sind Eltern und Kinder bei sozialen Kontakten in vielfältiger Form damit konfrontiert.

3.5.1.1 Allgemeine Einstellungen zur Einkommensungleichheit

Zur Untersuchung der Einstellungen zur Einkommensungleichheit in der Bevölkerung, wurde auf die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage für die Sozialwissenschaften (ALLBUS) zurückgegriffen. Untersuchungseinheit sind Befragte des ALLBUS, d. h. Personen ab 18 Jahren. Zur Beschreibung des Zusammenhangs zwischen den Einstellungen mit dem Haushaltseinkommen wurde eine Disaggregation nach Quintilen für das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen vorgenommen. Es zeigt sich, daß 1994 nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung in den alten Bundesländern und ein Zehntel in den neuen Bundesländern glaubte, daß die wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland gerecht verteilt werden (vgl. Tabelle 60). Nahezu die Hälfte der westdeutschen und etwa ein Drittel der ostdeutschen Befragten stimmten allerdings der Aussage zu, daß man die sozialen Ungleichheiten kaum geringer machen könne, als sie derzeit (1994) sind. Im Trendverlauf nimmt vor allem in den höheren Einkommensquintilen die Einschätzung zu einer gerechten Verteilung ab.

Tabelle 58: Zustimmung[1] zu Aussagen zur Einkommensungleichheit in %

	1984	1988	1991		1994	
			West	Ost	West	Ost
Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute im großen und ganzen gerecht verteilt						
Gesamt	38	/	/	/	29	10
Hauhaltseinkommen[2]						
unterstes Quintil	24	/	/	/	22	9*
2. Quintil	32	/	/	/	27	8*
3. Quintil	39	/	/	/	32	10*
4. Quintil	45	/	/	/	28	9*
oberstes Quintil	46	/	/	/	35	12*
Selbst wenn man es wollte, könnte man die sozialen Ungleichheiten kaum geringer machen, als sie bei uns in Deutschland sind						
Gesamt	56	/	/	/	49	34
Hauhaltseinkommen[2]						
unterstes Quintil	49	/	/	/	46	33
2. Quintil	53	/	/	/	51	35
3. Quintil	59	/	/	/	47	29
4. Quintil	59	/	/	/	47	29
oberstes Quintil	60	/	/	/	56	41
Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht						
Gesamt	46	/	47	49	40	42
Hauhaltseinkommen[2]						
unterstes Quintil	58	/	57	61	53	46
2. Quintil	53	/	48	51	48	44
3. Quintil	50	/	48	52	40	34
4. Quintil	42	/	46	48	39	47
oberstes Quintil	37	/	35	35	35	29
Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen						
Gesamt	55	57	64	59	62	44
Hauhaltseinkommen[2]						
unterstes Quintil	46	55	66	53	59	44
2. Quintil	54	53	62	57	62	38
3. Quintil	58	63	62	57	60	43
4. Quintil	56	61	63	63	64	47
oberstes Quintil	63	64	67	63	65	46

[1] Anteile "Stimme voll zu"/"Stimme eher zu".
[2] Nettoäquivalenzeinkommen des Haushaltes nach BSHG.
* Fallzahl < 30.
/ Wurde im entsprechenden Jahr nicht erhoben.

Datenbasis: ALLBUS.

Daß Einkommensunterschiede als Leistungsanreiz wichtig sind, fand vor allem in den alten Bundesländern eine breite Zustimmung. Eine starke Abhängigkeit von der Einkommenssituation weist die Einstellung zu leistungsunabhängigen, sozialstaatlichen Einkommenskomponenten auf. Dazu gab es im ALLBUS folgendes Statement: *Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht.* Etwa 40% der Befragten in den alten und neuen Bundesländern stimmten 1994 dieser Aussage zu. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ist seit 1991 eine Abnahme bei der Zustimmung zu verzeichnen. Mit zunehmendem Haushaltseinkommen nimmt die Zustimmung zu diesem Statement ab. Hier macht sich wohl bemerkbar, daß sich Personen in höheren Einkommensbereichen eher auf der Geberseite von Sozialleistungen sehen und sich Einschränkungen wünschen. Aber auch im untersten Einkommensquintil stimmen in den alten Bundesländern nur etwas mehr als die Hälfte und in den neuen Bundesländern etwas weniger als die Hälfte der Befragten diesem Statement zu. Gegen Einkommen ohne entsprechende Leistung gibt es wohl viele Vorbehalte in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung, auch wenn die Lebensqualität der Betroffenen wesentlich tangiert wird.

3.5.1.2 Einschätzung des monatlichen Mindesteinkommens durch die Mütter 1992

Aus einer objektiv schlechten Einkommenssituation in einem Haushalt läßt sich nicht zwangsläufig schließen, daß in diesem Haushalt das Einkommen auch als nicht ausreichend bewertet wird. Es gibt Menschen, die sich mit einem niedrigen Einkommen sehr gut arrangieren können, und andererseits solche, die trotz eines objektiv "guten" Einkommens nicht mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Die subjektiven Einschätzungen des Haushaltseinkommens und der Zusammenhang mit dem tatsächlichen Haushaltseinkommen im Haushaltskontext von Kinder bis 16 Jahren stehen in diesem Abschnitt im Vordergrund des Interesses.

Im Sozio-ökonomischen Panel wurde 1992 gefragt, welches Haushaltseinkommen man unter den persönlichen Lebensumständen als das notwendige Mindesteinkommen betrachtet. Diese Frage wurde zur Ermittlung von subjektiven Armutsschwellen in der Bevölkerung entwickelt (van Praag 1994). Hier wird sie zum Vergleich von individuellen Berwertungen der Einkommenshöhe und tatsächlicher Einkommenssituation verwendet. Es wird hier wieder auf die Angaben der Mütter der Kinder zurückgegriffen, die noch nicht selbst befragt wurden. Der Unterschied zwischen Müttern in Haushalten unterhalb der 50-%-Schwelle und solchen, die oberhalb dieser Schwelle leben, ist in beiden Teilen Deutschlands beträchtlich (vgl. Tabelle 61). Die Einschätzung des Mindesteinkommens steigt mit dem tatsächlichen Einkommen und zunehmender Haushaltsgröße (vgl. Leu a.a. 1997: 33). Dementsprechend schätzen Mütter in einkommensschwachen Haushalten den unbedingt notwendigen Einkommensbedarf vergleichsweise niedrig ein. In den einkommensärmeren Haushalten liegt – wie zu erwarten - das durchschnittlich für notwendig erachtete Einkommen über dem tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen. In den Haushalten oberhalb der 50-%-Schwelle steht dagegen durchschnittlich ein höheres Einkommen zur Verfügung als es für notwendig erachtet wird.

Bei der Frage, wie groß die Differenz zwischen tatsächlich vorhandenem und für notwendig erachtetem Einkommen ist, zeigt sich, daß in den einkommensärmeren Haushalten immerhin ca. ein Drittel der westdeutschen und weniger als ein Fünftel der ostdeutschen Mütter angeben, daß das tatsächliche Haushaltseinkommen mindestens so hoch ist wie das als notwendig erachtete. Durchaus nicht alle Mütter, die unterhalb der 50-%-Schwelle leben, sind also der Ansicht, daß das dem Haushalt zur Verfügung stehende Einkommen nicht ausreichend ist. In den einkommensstärkeren Haushalten ist das tatsächliche Haushaltseinkommen überwiegend höher als das als notwendig erachtete.

Tabelle 59: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Einschätzung des monatlichen Mindestnettoeinkommens und Abweichung vom tatsächlichen Haushaltsnettoeinkommen - Angaben der Mutter

	1992			
	West		Ost	
	unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%
Notwendiges Einkommen[3] (Ø in DM)	2599	3519	2282	2557
Tatsächliches Einkommen[4] (Ø in DM)	2248	4683	1393	2908
Abweichung des tatsächlichen Einkommens vom notwendigem Einkommen (in %)				
mehr als 1000 DM weniger als notwendig	11,4	2,4	35,1	5,5
bis 1000 DM weniger als notwendig	54,0	13,8	46,4	20,7
mindestens soviel wie notwendig und mehr	34,6	83,9	18,5*	73,8

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Fragetext: "Welches Haushaltseinkommen würden sie persönlich - unter ihren Lebensumständen - als das notwendige Mindesteinkommen betrachten? Gemeint ist der monatliche Nettobetrag, den ihr Haushalt unbedingt braucht, um zurechtzukommen".
[4] Monatliches Haushaltsnettoeinkommen.
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Jede zehnte westdeutsche und mehr als ein Drittel der ostdeutschen Mütter in Haushalten unter der 50-%-Schwelle haben monatlich mehr als 1000 DM weniger zur Verfügung als den Betrag, den sie für nötig erachten, um zurechtzukommen. Auch bei den Müttern, die in Haushalten oberhalb der 50-%-Schwelle leben, liegt bei 15% in Westdeutschland und bei 25% in Ostdeutschland das tatsächliche Einkommen unter dem als notwendig erachteten Haushaltseinkommen.

3.5.1.3 Einkommensbewertungen durch den Haushaltsvorstand

Zusätzlich zu den Angaben der Mütter konnte auf Informationen aus dem Haushaltsfragebogen des Sozio-ökonomischen Panels zurückgegriffen werden. Gefragt wurde der Haushaltsvorstand danach, welches Haushaltsnettoeinkommen er - bezogen auf seine Lebensumstände - als ein sehr schlechtes/schlechtes/noch ungenügendes/gerade ausreichendes Einkommen ansieht.

Auch Haushaltsvorstände von Kindern, die unterhalb der 50-%-Schwelle lebten, gaben zu den einzelnen Items jeweils deutlich niedrigere Werte an als die besser situierten Befragten. Dies gilt in beiden Teilen Deutschlands. Wer über ein höheres Einkommen verfügt, hat i. d. R. auch höhere Ansprüche an seinen Lebensstandard. Im Westen ist dabei auffällig, daß der Durchschnittswert, der von den Ärmeren als gerade ausreichend bezeichnet wurde, etwa dem entspricht, was die Haushaltsvorstände, die oberhalb der 50-%-Schwelle lebten, als sehr schlechtes Einkommen bezeichneten.

Nur wenige Haushaltsvorstände von Kindern in einkommensstärkeren Haushalten hatten tatsächlich ein niedrigeres Einkommen als den Betrag, den sie als ein sehr schlechtes Einkommen erachteten. Bei Haushaltsvorständen von Kindern unter der 50-%-Schwelle sieht dies anders aus: 27,7% in Westdeutschland und 44,3% in Ostdeutschland lagen mit ihrem tatsächlichen Haushaltseinkommen unter dem Betrag, den sie als sehr schlecht beurteilten. Der Betrag für ein gerade ausreichendes Einkommen wurde insgesamt höher eingeschätzt. Das tatsächliche Haushaltsnettoeinkommen bei Kindern unter der 50-%-Schwelle lag bei 77,7% in den alten und sogar bei 92% in den neuen Bundesländern unter dem gerade als ausreichend erachteten.

Tabelle 60: Haushaltskontext von Kindern nach Einkommensgruppen[1]: Beurteilung des Haushaltsnettoeinkommens - Angaben des Haushaltsvorstandes

	1992			
	West		Ost	
	unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%
Beurteilung des Einkommens als ein....				
....sehr schlechtes[3] (Ø in DM)	1736	2560	1111	1659
Tatsächliches Einkommen geringer/gleich (in %)	27,7	1,1*	44,3	5,1
....schlechtes[4](Ø in DM)	1947	2914	1260	1923
Tatsächliches Einkommen geringer/gleich (in %)	33,9	2,3	51,7	9,5
....noch ungenügendes (Ø in DM)	2220	3326	1558	2265
Tatsächliches Einkommen geringer/gleich (in %)	45,7	7,0	74,9	20,1
....gerade ausreichendes (Ø in DM)	2594	3834	1859	2723
Tatsächliches Einkommen geringer/gleich (in %)	77,7	31,8	92,0	53,0

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Fragetext: "Welches Haushaltsnettoeinkommen würden Sie - bezogen auf ihre Lebensumstände - als ein sehr schlechtes Einkommen ansehen?".
[4] Fragetext: "Und was wäre für Sie - immer bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen ein schlechtes/noch ungenügendes/gerade ausreichendes Einkommen? ".

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.5.1.4 Bewertung der finanziellen Absicherung in verschiedenen Lebenssituationen durch die Mütter

Ein Wohlfahrtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland ist durch ein umfangreiches System der sozialen Sicherung gekennzeichnet. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit dieses Systems in einer schwierigen Einkommenssituation wird nun untersucht. Im Sozio-ökonomischen Panel wurde 1992 nach der Einschätzung der persönlichen finanziellen Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter und bei Pflegebedürftigkeit gefragt. In allen erfragten Bereichen fühlten sich die Mütter in Haushalten unterhalb der 50-%-Schwelle schlechter abgesichert. Die insgesamt bei diesem Fragenkomplex zutage tretende hohe Unsicherheit, die sich in der häufigen Auswahl der Kategorie "weiß nicht" zeigte, war bei den ärmeren Müttern noch ausgeprägter, insbesondere bei der Einschätzung der Absicherung bei Arbeitslosigkeit.

Tabelle 61: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Bewertung der finanziellen Absicherung in verschiedenen Lebenssituationen der Mutter

	1992			
	West		Ost	
	unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%
	%			
Persönliche finanzielle Absicherung ist....				
....bei Krankheit				
sehr gut/gut	48,4	69,5	30,1	55,3
befriedigend	29,5	18,7	32,6	24,9
weniger gut/schlecht	18,8	9,2	21,0*	12,0
weiß nicht	3,3	2,6	12,9*	7,7
....bei Arbeitslosigkeit				
sehr gut/gut	14,1	27,4	11,7*	12,4
befriedigend	22,3	21,1	28,1	23,8
weniger gut/schlecht	37,4	34,4	51,8	54,6
weiß nicht	26,3	14,5	7,0*	8,7
trifft nicht zu, Rentner	-	2,6*	-	0,6*
....für das Alter				
sehr gut/gut	16,1	34,4	6,7*	23,1
befriedigend	21,3	26,4	30,5*	26,6
weniger gut/schlecht	46,9	28,6	38,9	33,4
weiß nicht	15,6	10,6	23,9*	16,8
....bei Pflegebedürftigkeit				
sehr gut/gut	7,4	12,2	-	9,4
befriedigend	8,2	12,8	9,9*	11,4
weniger gut/schlecht	58,6	54,8	57,3	55,2
weiß nicht	25,8	20,2	29,0	24,0

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
* Fallzahl < 30
- Fallzahl < 5

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Auffallend viele Mütter gaben an, daß sie ihre Absicherung im Alter und bei Pflegebedürftigkeit für weniger gut bzw. schlecht halten. Diese Einschätzung ist insgesamt weit verbreitet, bei den Müttern unter der 50-%-Schwelle allerdings besonders deutlich. Hier herrscht offensichtlich eine hohe Unsicherheit bezüglich der sozialen Sicherung.

3.5.2 Wichtigkeitseinschätzung verschiedener Lebensbereiche bei den Müttern

Im folgenden steht die Frage im Vordergrund, ob sich subjektive Prioritäten in den unterschiedlichen Lebenslagen unterscheiden. In den Jahren 1990 und 1994 wurden die Befragten des Sozio-ökonomischen Panels gebeten anzugeben, wie wichtig verschiedene Bereiche für ihr Wohlbefinden und ihre Zufriedenheit bzw. für ihr Leben sind. Die Antwortmöglichkeiten lauten sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig und ganz unwichtig (vgl. Noll 1989). Vor allem der private Bereich von Familie, Ehe und Partnerschaft sowie Kindern hat in der Bevölkerung eine besonders hohe Bedeutung (vgl. Weick 1997a). - und wird von Müttern noch häufiger als sehr wichtig eingestuft. Die Differenz beträgt bei der Wichtigkeit von Familie jeweils mehr als 10% und bei der Wichtigkeit von Kindern etwa 20% (tabellarisch nicht ausgewiesen). Es sind aber durchaus Unterschiede zwischen den Müttern der verschiedenen Einkommensgruppen zu beobachten (vgl. Tabelle 64). Die Mütter unterhalb der 50-%-Schwelle geben bei den verschieden Items zum privaten Bereich seltener als die Mütter, die oberhalb dieser Schwelle leben, "sehr wichtig" an. Einer glücklichen Ehe bzw. Partnerschaft wird von den Müttern eine höhere Priorität zugemessen als Kindern. 81,3% der westdeutschen Mütter über der 50-%-Schwelle und 68,4% der Mütter unter der 50-%-Schwelle erachteten 1990 eine glückliche Ehe oder Partnerschaft als sehr wichtig im Leben.

Tabelle 62: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Subjektive Wichtigkeitseinstufungen der Mutter im Bereich Familie und Freizeit

	1990				1994			
	West		Ost		West		Ost	
	unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
Für mein Wohlbefinden u. meine Zufriedenheit/ mein Leben ist[3]	%							
die Familie								
sehr wichtig	/	/	95,4	96,5	84,2	90,9	88,3	94,9
wichtig	/	/	4,6*	3,5	15,1	8,7	11,7*	4,9
eine glückliche Ehe/ Partnerschaft								
sehr wichtig	68,4	81,3	/	/	/	/	/	/
wichtig	27,7	16,7	/	/	/	/	/	/
Kinder haben								
sehr wichtig	62,3	69,8	/	/	/	/	/	/
wichtig	34,0	27,8	/	/	/	/	/	/
die Freizeit								
sehr wichtig	/	/	45,7	38,0	27,1	27,9	24,0	21,9
wichtig	/	/	45,6	52,1	60,1	62,0	61,0	64,5
der Freundeskreis								
sehr wichtig	/	/	28,0*	29,2	34,7	34,6	25,0	26,7
wichtig	/	/	53,7	55,6	56,4	57,4	62,8	59,4

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Fragetext 1990 Westdeutschland: "Verschiedenen Menschen sind verschiedene Dinge im Leben wichtig. Sind für Sie persönlich folgende Dinge heute sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, oder ganz unwichtig?".
* Fallzahlen < 30.
/ Frage wurde im entsprechenden Jahr nicht gestellt.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Tabelle 63: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Subjektive Wichtigkeitseinstufungen der Mutter im Bereich Wohnen, Gesundheit und Engagement

	1990				1994			
	West		Ost		West		Ost	
	unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
Für mein Wohlbefinden u. meine Zufriedenheit/ mein Leben ist[3]	%							
die Wohnung								
sehr wichtig	/	/	/	/	56,4	47,2	78,5	56,2
wichtig	/	/	/	/	41,4	49,9	19,2	42,9
ein eigenes Haus haben								
sehr wichtig	17,4	21,8	/	/	/	/	/	/
wichtig	44,8	39,4	/	/	/	/	/	/
die Gesundheit								
sehr wichtig	/	/	90,5	91,6	87,0	80,6	91,7	81,1
wichtig	/	/	9,5*	8,0	13,0	18,8	8,3*	18,3
sich politisch, gesellschaftlich einsetzen								
sehr wichtig	1,1*	2,0*	/	/	/	/	/	/
wichtig	14,8	21,3	/	/	/	/	/	/
der Schutz der natürlichen Umwelt								
sehr wichtig	/	/	72,9	61,3	51,2	45,6	49,4	36,0
wichtig	/	/	25,2*	35,8	44,5	47,0	44,3	56,3

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Fragetext 1990 Westdeutschland: "Verschiedenen Menschen sind verschiedene Dinge im Leben wichtig. Sind für Sie persönlich folgende Dinge heute sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder ganz unwichtig?".
* Fallzahlen < 30.
/ Frage wurde im entsprechenden Jahr nicht gestellt.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Ein breiter Konsens besteht in Ost und West sowie zwischen den Einkommensgruppen über die Wichtigkeit der Gesundheit (vgl. Tabelle 65). Nahezu alle befragten Mütter geben an, das dieser Bereich für ihr Wohlbefinden sehr wichtig oder wichtig ist. Dabei ist die Gesundheit für die einkommensschwächeren Mütter noch relevanter; sie geben häufiger "sehr wichtig" an. Die Bedeutung der Freizeit ist dagegen deutlich geringer. Zwar wird sie überwiegend als wichtig erachtet, aber der Anteil derjenigen Mütter, die Freizeit als sehr wichtig einstufen, lag 1994 deutlich geringer als bei der Gesundheit oder der Partnerschaft. In den neuen Bundesländern ist zudem ein deutlicher Rückgang in der Bedeutung der Freizeit zu beobachten.

Tabelle 64: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Subjektive Wichtigkeitseinstufungen der Mutter im Bereich Arbeit und Beruf

	1990				1994			
	West		Ost		West		Ost	
	unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
Für mein Wohlbefinden u. meine Zufriedenheit/ mein Leben ist[3]	%							
die Arbeit								
sehr wichtig	/	/	59,6	49,8	19,0	21,9	55,7	49,3
wichtig	/	/	36,2	46,5	55,0	61,6	40,8	46,4
Erfolg im Beruf								
sehr wichtig	15,8	12,0	45,6*	28,7	20,0	12,6	35,7	22,7
wichtig	39,7	54,3	44,3	60,2	35,8	45,6	45,5	61,1
das Einkommen								
sehr wichtig	/	/	76,7	63,1	61,1	39,1	83,4	63,7
wichtig	/	/	16,2*	33,5	35,2	55,9	16,0*	34,9
sich etwas leisten können								
sehr wichtig	12,9	10,1	/	/	/	/	/	/
wichtig	65,7	64,1	/	/	/	/	/	/

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Fragetext 1990 Westdeutschland: "Verschiedenen Menschen sind verschiedene Dinge im Leben wichtig. Sind für Sie persönlich folgende Dinge heute sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig, oder ganz unwichtig?".
* Fallzahlen < 30.
/ Frage wurde im entsprechenden Jahr nicht gestellt.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Der Stellenwert zentraler materieller Lebensbereiche wie Einkommen und Arbeit, die Bereiche also, die auf die Existenzsicherung ausgerichtet sind, haben insbesondere in Ostdeutschland einen ähnlich hohen Stellenwert wie der private Bereich. Über 90% der Mütter geben an, daß ihnen die Arbeit und das Einkommen sehr wichtig oder wichtig sind. Erfolg im Beruf liegt in der Bedeutung etwas niedriger, wird aber noch vergleichsweise hoch bewertet. In allen drei Bereichen geben ostdeutsche Mütter, die unterhalb der 50-%-Schwelle leben, z.T. erheblich häufiger an, daß dieser Bereich für sie sehr wichtig ist. Eine besonders hohe Bedeutung kommt dem Einkommen zu. Hier finden sich gerade bei Müttern unter der 50-%-Schwelle erstaunlich viele, die das Einkommen als sehr wichtig für das Wohlbefinden und die Zufriedenheit einschätzen. Gerade in einer Mangelsituation kommt den materiellen Grundlagen bei Müttern mit Kindern eine große Bedeutung zu.

3.5.3 Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens

Hier werden nun verschiedene spezifische Aspekte des subjektiven Wohlbefindens bei Müttern in die Untersuchung einbezogen, um das subjektive „Klima“ in den Familien von Kindern in einkommensschwachen Haushalten zu beschreiben. Dazu werden negative Aspekte des subjektiven Befindens (Glatzer 1984c) und Zukunftserwartungen im Haushaltskontext von Kindern ausgewertet.

3.5.3.1 Sorgen der Mütter

Im folgenden werden auf konkrete Probleme bezogene Sorgen als Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens herangezogen. Erwachsene in einkommensschwachen Positionen äußern vermehrt allgemeine Ängste und Sorgen (vgl. Schott-Winterer 1990: 64). In Bereichen, die sich auf die persönliche Situation beziehen, werden weniger Sorgen geäußert als im Bezug auf allgemeine Probleme wie Umweltschutz oder Kriminalität (Buhlmann und Habich 1997). Bei Müttern in einkommensschwachen Haushalten treten allerdings auch im privaten Bereich vermehrt Sorgen zutage (vgl. Tabelle 67). Mütter, die unterhalb der 50-%-Schwelle leben, äußern im Vergleich zu Müttern in höheren Einkommenspositionen bei den verschiedenen Problembereichen häufiger, daß sie sich große Sorgen machen. Dies trifft vor allem auf solche Bereiche zu, die direkt mit ihrer materiellen (existentiellen) Situation zusammenhängen. Besonders deutlich wird dies bei den Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Hier ist ein drastischer Unterschied zwischen den Müttern der verschiedenen Einkommensgruppen auszumachen. Je nach Erhebungszeitpunkt machen sich 2- bis mehr als 3mal so viele Mütter der unteren Einkommensgruppe große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Die eigene Betroffenheit von einer wirtschaftlich schwierigen Situation drückt sich hier besonders stark aus. Die raschen wirtschaftlichen Veränderungen in den neuen Bundesländern gehen mit Unsicherheiten und Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation einher. In den alten Bundesländern sind vor allem bei Müttern von Kindern in einkommensschwachen Haushalten ab 1994 zunehmende Sorgen zu beobach-

ten, in den neuen Bundesländern hat die Differenzierung zwischen den beiden Einkommensgruppen zugenommen. Weniger spezifische Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sind auch bei Müttern in besseren Einkommenspositionen verbreitet - mit einem erneuten Anstieg des Anteils mit großen Sorgen im Jahr 1994.

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes bereitet etwa doppelt so vielen der ärmeren Mütter große Sorgen als den einkommensstärkeren. Im Vergleich zu anderen Bereichen ist die Angst um die Arbeitsstelle i. d. R. allerdings eher sekundär, dabei bilden jedoch die ostdeutschen Mütter 1994 eine Ausnahme. Gerade diejenigen, die mit ihren Familien schon jetzt zu den Ärmeren zählen, sehen die Lage auf dem Arbeitsmarkt mit großer Sorge.

Mütter in einkommensschwachen Haushalten sind auch stärker von Sorgen um die Möglichkeiten der Kinderbetreuung betroffen. Für sie ist die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit üblicherweise an eine funktionierende Kinderbetreuung gekoppelt, denn in diesen Haushalten stehen kaum finanzielle Ressourcen für Tagesmütter oder andere private Möglichkeiten zur Kinderbetreuung zur Verfügung.

Tabelle 65: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Sorgen der Mutter

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[2]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
"Große Sorgen" machen sich über...	%									
...die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	36,6	32,5	35,7	19,1	39,4*	36,7	43,6	35,9	44,3	35,8
...ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung	36,8	17,9	37,2	10,6	33,9*	33,4	40,6	14,6	59,9	29,2
...den Schutz der Umwelt	42,9	55,8	59,6	70,6	49,0	59,0	43,7	48,2	42,9	37,1
...die Entwicklung des Friedens	53,7	57,7	41,9	29,6	37,1	40,5	52,3	45,3	68,4	50,6
...die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes[3]	23,3	15,7	11,9*	5,8	36,3*	38,2	9,5*	5,1	52,4*	20,0
...die Möglichkeiten der Kinderbetreuung [4]	/	/	/	/	51,6*	35,0	21,0	10,1	18,2*	12,9
...den Verlust Ihrer bisherigen Nutzungs- und Vermögensrechte[5]	/	/	/	/	10,8*	13,7	15,7	7,8	29,0	16,0
...Sich-zurechtfinden unter den neuen Bedingungen	/	/	/	/	12,6*	10,6	/	/	/	/
...die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland	/	/	/	/	/	/	60,3	45,6	74,6	70,6

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[3] Nur Erwerbstätige.
[4] Nur Befragte, in deren Haushalt kleine Kinder leben.
[5] Beispielsweise an Wohnung, Grund und Boden, Gebäuden.
* Fallzahl < 30.
/ Frage wurde in dem entsprechenden Jahr nicht gestellt.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.5.3.2 Sorgen der Mütter im Längsschnitt

Andreß (1996a: 343) konnte bei der Bevölkerung ab 16 Jahren nach einem Abstieg in Einkommensarmut ein höheres Ausmaß an Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung identifizieren (34,5%) als ohne Abstieg (12,3%) oder bei einem Aufstieg aus Einkommensarmut (25,6%). Auch im Haushaltskontext

von Kindern sind deutliche Unterschiede zwischen Zeiten über und unter der 50-%-Schwelle nachzuweisen. Die Einbeziehung der Dauer (bzw. der Häufigkeit) von Einkommensarmut macht den Zusammenhang der Armutserfahrung und vermehrten Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung besonders deutlich (vgl. Tabelle 68). Bereits die Erfahrung eines Absinkens unter die 50 - %-Schwelle erhöht die Besorgnis, selbst wenn der einkommensschwache Bereich wieder verlassen wurde. Mütter, die zu keinem Beobachtungszeitpunkt von 1991 bis 1995 unter der 50-%-Schwelle lagen, äußerten in einem erheblich geringeren Umfang Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung als Mütter, die mindestens einmal unter der 50-%-Schwelle lagen. Auch in den Jahren über der 50-%-Schwelle machte sich ein vergleichsweise hoher Anteil von Müttern große Sorgen. In den alten Bundesländern ist der durchschnittliche Anteil der Besorgten bei mindestens dreimaligem Absinken unter die 50-%-Schwelle am höchsten (41,5%), während in den neuen Bundesländern keine weitere Zunahme – bei dem ohnehin hohen Niveau - zu verzeichnen ist (54,9%). Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß in den neuen Bundesländern die Zeiten unter der 50-%-Schwelle - bei höherer Fluktuation - kürzer sind. Insgesamt zeigt die Längsschnittbeobachtung, daß die Erfahrung von niedrigen Einkommenspositionen vielfach von nachhaltigen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung begleitet wird. Sie stellen sich somit nicht nur als kurzfristige Reaktion auf eine Veränderung der materiellen Lage ein, sondern können sich bei lang anhaltender prekärer Einkommenssituation verschärfen. Diese Befunde sprechen nicht für eine Adaption der Anspruchsniveaus an die objektive Einkommenssituation bei zunehmender Dauer der Einkommensdeprivation (vgl. Inglehart und Rabier 1986), zumindest wenn es sich wie hier um sehr spezifische Defizite beim subjektiven Wohlbefinden handelt und nicht um allgemeine Zufriedenheitsbewertungen.

Tabelle 66: Sorgen der Mütter im Längsschnitt

Anzahl der Jahre unter der 50-%-Schwelle		1991-1995 Jahre unter 50-%-Schwelle[1]	1991-1995 Jahre über 50-%-Schwelle
		%	
0	Ost		26,7
	West		10,0
1-2	Ost	57,5	49,5
	West	30,0	20,0
≥ 3	Ost	54,9	36,2
	West	41,5	21,1

[1] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.5.3.3 Zukunftserwartungen der Mütter 1994

Die Erwartungen an die Zukunft geben Hinweise darauf, ob Mütter momentane Probleme in verschieden Bereichen als eher vorübergehend erachten oder ob hier vermehrt Hoffnungslosigkeit zu erkennen ist. Die Zukunftseinschätzung der verschiedenen Bereiche läßt erkennen, daß auch Mütter in einkommensschwachen Positionen insgesamt nur wenig pessimistischer nach vorne sehen als Mütter in einkommensstärkeren Positionen. Gerade im Hinblick auf die Kinder in diesen Haushalten erscheint es wichtig, daß hier nicht nur eine pessimistische Grundtendenz vorherrscht, sondern daß Probleme als zu bewältigend angesehen werden. Bei den eher allgemeinen Zukunftserwartungen hinsichtlich der persönlichen Zukunft der Müttern in den nächsten Jahren (vgl. Tabelle 69) zeigen sich erstaunlich geringe Unterschiede sowohl zwischen Ost- und Westdeutschen als auch zwischen einkommensstärkeren und -schwächeren Müttern. Optimistisch oder eher optimistisch zeigen sich etwas mehr als 70% der Mütter unterhalb der 50-%-Schwelle, während entsprechende Aussagen von knapp 80% der Mütter in den einkommensstärkeren Haushalten getroffen werden.

Tabelle 67: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Zukunftserwartungen der Mütter

	1994			
	West		Ost	
	unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%
Ganz allgemein, sind Sie da ...	%			
... optimistisch	27,0	27,9	29,1	24,2
... eher optimistisch als pessimistisch	44,7	50,5	44,0	54,5
... eher pessimistisch als optimistisch	21,9	19,7	21,0	18,2
... pessimistisch	6,4*	2,0	5,9*	3,1

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Bei der Zukunftseinschätzung einzelner Bereiche, die mit den materiellen Lebensbedingungen zu tun haben, erkennt man Differenzen zwischen den Einkommensgruppen. Bei der Entwicklung des Einkommens sehen Mütter unterhalb der 50-%-Schwelle etwas pessimistischer in die Zukunft als in den höheren Einkommenspositionen, dennoch überwiegt auch hier eine optimistische Sicht. Die Entwicklung der beruflichen Möglichkeiten wird von Müttern im unteren Einkommensbereich auch weniger optimistisch wahrgenommen als bei Müttern mit einem höheren Haushaltseinkommen, was aufgrund des geringeren Ausbildungsniveaus in dieser Bevölkerungsgruppe auch realistisch erscheint. Immerhin sehen auch diesen zentralen Bereich etwa die Hälfte der einkommensschwächeren Mütter mit Zukunftsoptimismus.

Tabelle 68: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Zukunftsoptimismus der Mutter in verschiedenen Bereichen[2]

Entwicklung...	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	unter 50%[3]	über 50 %	unter 50%	über 50 %
	"optimistisch"/"eher optimistisch" in %			
... des Einkommens	54,9	68,0	54,3	64,8
... der Gesundheit	89,2	88,6	82,3	91,4
... der beruflichen Möglichkeiten	51,2	67,2	47,8	61,0
... der familiären Situation	89,4	91,6	93,2	95,4
... der Kosten für den Lebensunterhalt	46,9	50,6	37,0	39,3
... der regionalen Umweltsituation	50,0	51,7	45,7	53,5
... der politischen Einflußnahme	10,4	10,9	12,6*	9,8

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Antwortvorgaben waren "optimistisch"; "eher optimistisch"; "eher pessimistisch"; "pessimistisch".
[3] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.5.3.4 Einschätzung der Selbst-/Fremdbestimmtheit der Mütter

Anhand verschiedener Statements wird untersucht, inwieweit Mütter von Kindern unter 16 Jahren glauben, daß ihr persönliches Schicksal durch das eigene Verhalten bestimmt wird (vgl. Tabelle 71). Die Angaben von Müttern unter der 50-%-Schwelle erscheinen hier uneinheitlich: Sowohl Items zur Fremdbestimmtheit als auch zur Selbstbestimmtheit finden mehr Zustimmung als bei Müttern oberhalb der 50-%-Schwelle. Die einkommensärmeren Mütter wählen diesbezüglich eher extreme Antwortvorgaben.

Tabelle 69: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Einschätzung der Selbst-/Fremdbestimmtheit im Leben der Mütter - Anteile mit Zustimmung zu verschiedenen Aussagen

	1994			
	West		Ost	
	unter 50%[3]	über 50%	unter 50%	über 50%
	%			
Ich kann ziemlich viel von dem, was in meinem Leben passiert, selbst bestimmen.	30,0	20,0	39,8	19,2
Planen macht einen Menschen nur unglücklich, da Pläne sich kaum jemals in die Wirklichkeit umsetzen lassen.	8,5*	3,7	17,5*	2,3*
Mein Leben wird von meinem Verhalten bestimmt.	32,0	18,7	33,0	25,0
Ich meine, keiner kann seinem Schicksal entgehen. Es kommt im Leben alles wie es kommen muß.	37,5	17,3	35,9	16,5
Wenn ich bekomme, was ich will, so geschieht dies meistens aus Glück.	9,0*	3,8	20,6*	2,4*
Wenn ich Pläne schmiede, bin ich sicher, daß das Geplante auch Wirklichkeit wird.	8,2*	5,6	20,6*	5,5
Es hat wenig Sinn, fest umrissene Ziele zu verfolgen, weil doch immer etwas Unerwartetes dazwischenkommt.	19,0	4,7	24,8	6,1
Es kommt doch immer anders als man denkt, man kann sich auf nichts verlassen.	21,6	5,0	37,1	6,8

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Antwortvorgaben waren "Stimme voll zu"; "Stimme eher zu"; "Stimme eher nicht zu", "Stimme überhaupt nicht zu".
[3] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Ein Statement zur Fremdbestimmtheit, das eine stark resignative Haltung indiziert, lautet: *Ich meine, keiner kann seinem Schicksal entgehen. Es kommt im Leben alles, wie es kommen muß.* In den alten Bundesländern stimmten von den Müttern unter der 50-%-Schwelle 37,5% diesem Statement voll zu, von den einkommensstärkeren nur 17,3%. In den neuen Bundesländern stimmen

39,8% der Mütter unter und 19,2% der Mütter über der 50-%-Schwelle diesem Statement zu. Eine andere Aussage zur Selbstbestimmtheit lautet: *Mein Leben wird von meinem Verhalten bestimmt.* Auch dieses Statement findet bei Müttern unter der 50-%-Schwelle mehr Zustimmung (West: 32%; Ost: 33%) als bei Müttern in höheren Einkommenspositionen (West: 18,7%; Ost: 25%). Fremdbestimmtheit, aber auch Selbstbestimmtheit wird im unteren Einkommensbereich akzentuiert wahrgenommen. Insgesamt findet man das durchgängige Muster, daß Mütter in einkommensstärkeren Positionen sowohl Aussagen zur Selbstbestimmtheit als auch Aussagen zur Fremdbestimmtheit weniger stark zustimmen als Mütter in einkommensschwachen Positionen. Das weist auf ein stärkeres Abwägen zwischen Selbst- und Fremdbestimmtheit in höheren Einkommenspositionen hin. Ein einzelner Faktor wird als weniger deterministisch erachtet.

3.5.3.5 Anomiesymptome Mütter

Ob Personen mit ihrer Umwelt zurechtkommen und sich in die Gesellschaft integriert fühlen, kann auf der subjektiven Ebene anhand von Anomiesysmptomen untersucht werden (vgl. Glatzer 1984c; Bulmahn und Habich 1994). Insbesondere verwitwete Menschen, aber auch getrennt lebende Personen weisen vermehrt Anomiesymptome auf, während dies in Familienformen mit Kindern seltener der Fall ist (Weick 1997a). Verstärkt zeigen sich diese Symptome in Ostdeutschland. Auch bei einkommensschwächeren Müttern findet man überdurchschnittlich häufig Orientierungsprobleme und geringe Zuversicht für die Zukunft (vgl. Tabelle 70). Der Aussage, daß sie "sehr" zuversichtlich an die Zukunft denken, stimmen 41% der Mütter unter der 50-%-Schwelle in den alten Bundesländern zu, gegenüber 62,6% bei den einkommensstärkeren Müttern. In den neuen Bundesländern sind diese Unterschiede etwas weniger ausgeprägt, und vor allem Einsamkeit ist in der einkommensschwachen Gruppe weniger verbreitet als in Westdeutschland. Ostdeutsche Mütter fühlen sich offensichtlich auch bei einer prekären finanziellen Situation gesellschaftlich stärker integriert. Mütter unter der 50-%-Schwelle äußerten Probleme, sich mit komplizierten Verhältnissen zurechtzufinden. Zu Beginn des ostdeutschen

Transformationsprozesses 1990, waren bei den ostdeutschen Müttern in der einkommensschwachen Gruppe vermehrt Anomiesymptome festzustellen. Offensichtlich haben schwierige private finanzielle Verhältnisse Gefühle der Orientierungslosigkeit in der Zeit des rapiden sozialen Wandels verstärkt.

Tabelle 70: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Indikatoren zu Einschränkungen des subjektiven Wohlbefindens (Anomiesymptome) der Mütter

	1990		1992			
	Ost		West		Ost	
	unter 50%[2]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
	"stimmt ganz und gar"/"stimmt eher" in %					
Wenn ich an die Zukunft denke bin ich eigentlich sehr zuversichtlich.	66,8	59,6	41,0	62,6	54,7	62,9
Ich fühle mich oft einsam.	40,6*	18,2	34,0	18,0	21,8	18,4
Meine Arbeit macht mir eigentlich keine Freude.	17,5*	12,8	27,3	18,3	10,2*	17,3
Die Verhältnisse sind so kompliziert geworden, daß ich mich fast nicht zurechtfinde.	50,9	24,9	32,7	10,6	44,5	21,4

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
* Fallzahl < 30.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

3.5.4 Lebens- und Bereichszufriedenheiten der Mütter

Während bisher in erster Linie die affektiven Komponenten des subjektiven Wohlbefindens untersucht wurden, werden nun mit den Zufriedenheitsbewertungen stärker kognitive Komponenten - als Ergebnis von Vergleichsprozessen – in den Vordergrund gestellt (vgl. Glatzer 1988; Glatzer 1984c; Buhlmann und Habich 1997). Niedrigeinkommensbezieher äußerten sich in Bevölkerungsumfragen vermehrt unzufrieden mit dem Leben (Schott-Winterer 1990; Berger 1984a). Die Zufriedenheit der Eltern, insbesondere der Mütter, mit denen die Kinder i. d. R. erheblich mehr Zeit verbringen als mit einer anderen Bezugsperson innerhalb des Haushalts, ist auch für die Kinder von besonderer Relevanz.

Neben der Zufriedenheit mit der materiellen Versorgung sollen auch andere spezifische und allgemeine Zufriedenheitsangaben berücksichtigt werden. Es wird daher für einige zentrale Lebensbereiche die Zufriedenheit der Mütter von Kindern bis 16 Jahren, die im Sozio-ökonomischen Panel noch nicht selbst befragt wurden, dargestellt. Die Zufriedenheiten werden als Mittelwerte ausgewiesen. Die Basis ist eine Skala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".

Lebensformen im Familienverbund gehen in der Regel mit einer höheren Lebenszufriedenheit einher als das Leben ohne Partner (Weick 1997a; Weick 1997c). Es ist auch bei Müttern ein deutlicher Zusammenhang bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit mit dem Einkommen zu finden. Die allgemeine Lebenszufriedenheit - als summarisches Maß des subjektiven Wohlbefindens - ist bei Müttern, die in Haushalten unterhalb der 50-%-Schwelle leben, in der Regel durchschnittlich deutlich niedriger als bei Müttern in einkommensstärkeren Haushalten (vgl. Tabelle 84). Eine eindrucksvolle Ausnahme bilden 1990 die ostdeutschen Mütter. Hier zeigten sich die einkommensärmeren Mütter deutlich zufriedener. Die Angaben dieser Frauen waren zudem von einem ausgeprägten Optimismus gekennzeichnet: Sie erwarteten eine Steigerung ihrer Lebenszufriedenheit in fünf Jahren. In dieser besonderen Situation vor der deutschen Wiedervereinigung glaubte man an eine deutliche Verbesserung im materiellen Bereich und auch beim subjektiven Wohlbefinden. Die vergangene Lebenszufriedenheit (vor 5 Jahren) wurde von ostdeutschen Müttern dagegen deutlich schlechter eingestuft als die gegenwärtige. Die Durchschnittswerte von 1994 lassen von dem Wiedervereinigungsoptimismus jedoch nichts mehr erkennen. Die Lebenszufriedenheit ist vor allem bei den einkommensschwachen Müttern deutlich gesunken, und diese Frauen erwarten auch für die nächsten fünf Jahre kaum noch eine Verbesserung ihrer Situation.

Tabelle 71: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Allgemeine und erwartete Lebenszufriedenheit[2] der Mütter

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[3]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
	∅									
Gegenwärtige Lebenszufriedenheit	6,7	7,7	6,8	7,4	7,2	6,5	6,7	7,2	5,7	6,3
Lebenszufriedenheit vor 5 Jahren (1984 vor 1 Jahr)	6,4	7,5	/	/	6,4	6,0	/	/	/	/
Lebenszufriedenheit in 5 Jahren (1984 in 1 Jahr)	6,9	7,7	/	/	7,6	7,6	6,6	7,4	5,8	6,9

1 Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.

2 Mittelwerte der Zufriedenheitsskala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".

3 Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.

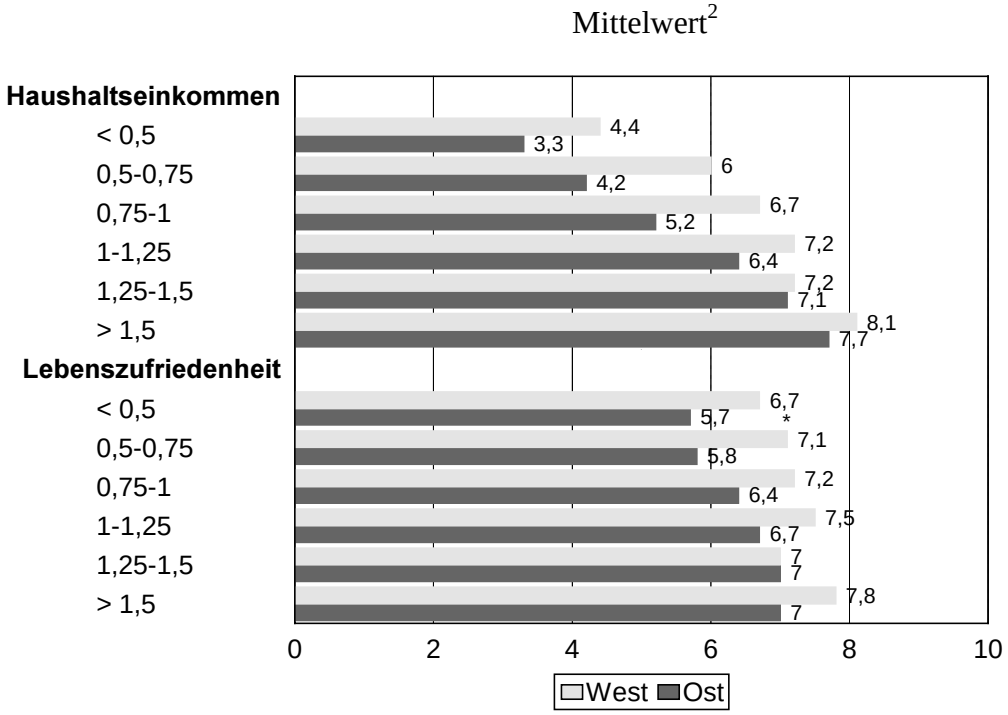
/ Frage wurde im entsprechenden Jahr nicht gestellt.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Insgesamt zeigen sich die Mütter im Osten Deutschlands erheblich unzufriedener mit ihrem Leben als diejenigen im Westen. Westdeutsche Mütter bewerteten in den beiden Einkommensgruppen ihre Lebenszufriedenheit jeweils um etwa einen Skalenpunkt höher als ostdeutsche (vgl. Weick 1997d). Ähnliche Zufriedenheitsrelationen für Ost und West findet man auch bei der erwachsenen Bevölkerung insgesamt. Während Mütter unter der 50-%-Schwelle in den alten Bundesländern 1994 ein leichtes Absinken ihrer Lebenszufriedenheit für die Zukunft erwarteten, gingen Mütter in einkommensstärkeren Haushalten von einer leichten Erhöhung in der Zukunft aus.

Nicht nur die Lebenszufriedenheit, sondern auch die Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbereichen war bei denjenigen Müttern, die mit ihren Kindern unterhalb der 50-%-Schwelle lebten, im allgemeinen niedriger. Zu den geringeren Zufriedenheiten bei einkommensschwächeren Müttern ist anzumerken, daß diese mit einer erhöhten Heterogenität der Zufriedenheitsbewertungen einhergingen.

Abbildung 13: Zufriedenheiten der Mütter mit dem Haushaltseinkommen und dem Leben allgemein nach Einkommensvielfachen[1]



* Fallzahl < 30.

[1] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommens nach BSHG) zur Verfügung steht.

[2] Mittelwerte der Zufriedenheitsskala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Tabelle 72: Haushaltskontext von Kindern[1] nach Einkommensgruppen: Zufriedenheiten[2] der Mütter mit verschiedenen Lebensbereichen

	1984		1990				1994			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50 %[3]	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%	unter 50 %	über 50%
Zufriedenheit mit...	∅									
...Gesundheit	7,2	7,5	6,6	7,2	7,5	7,3	6,2	7,1	6,6	6,9
...Haushalts-einkommen	4,8	6,9	5,2	6,9	5,5	5,5	4,4	6,6	3,3	5,4
...Wohnung	6,9	7,8	6,6	7,5	6,5	6,7	6,7	7,6	6,0	6,4
...Wohngegend	/	/	/	/	7,2	6,4	7,4	7,7	6,0	6,5
...Arbeit[4]	6,5	7,7	7,5	7,4	7,9	7,1	6,4	7,0	6,1	6,9
...Tätigkeit im Haushalt[5]	7,1	7,1	6,6	6,6	/	/	6,0	6,4	6,1	6,4
...ihrer freien Zeit[6]	5,9	6,7	/	/	/	/	5,7	6,0	5,3	5,3
...Umfang der freien Zeit	/	/	5,7	5,9	/	/	/	/	/	/
...Freizeit-verwendung	/	/	6,3	6,8	/	/	/	/	/	/
...dem Lebens-standard	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
...vorhandenen Möglichkeiten der Kinderbetreuung[7]	/	/	/	/	7,4	7,8	/	/	/	/
...Angebot an Waren und Dienstleistungen	/	/	/	/	3,3	2,9	5,9	6,8	5,5	5,6
...Zustand der Umwelt in der Region	/	/	/	/	2,9	2,8	6,1	6,3	5,0	5,0

[1] Kinder bis 16 Jahre, die im SOEP nicht selbst befragt wurden.
[2] Mittelwerte der Zufriedenheitsskala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".
[3] Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
[4] Bei Erwerbstätigen.
[5] Bei im Haushalt Tätigen.
[6] 1994: ihrer Freizeit.
[7] Bei Kindern im Haushalt.
/ Frage wurde im entsprechenden Jahr nicht gestellt.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Wie schon bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit wichen auch bei den Bereichszufriedenheiten die ostdeutschen Mütter 1990 von dem ansonsten dominierenden Muster in einigen Bereichen ab. Beispielsweise sind die einkommensschwächeren Mütter mit der Arbeit und dem Lebensstandard insgesamt sogar etwas zufriedener als die einkommensstärkeren Mütter. Vier Jahre nach der Wiedervereinigung waren aber auch in Ostdeutschland die einkommensschwächeren Mütter in nahezu allen Lebensbereichen unzufriedener als die einkommensstärkeren. In Ost- und Westdeutschland trifft das Muster "einkommensschwächer = unzufriedener" beispielsweise deutlich auf die Zufriedenheit mit der Arbeit zu. Eine mögliche Ursache ist darin zu sehen, daß Frauen, die unterhalb der 50-%-Schwelle leben, häufig ohne Rücksicht auf ihre Wünsche und Fähigkeiten nur wegen des Verdienstes arbeiten müssen. Diejenigen Mütter dagegen, bei denen der Zwang des "Dazuverdienens" nicht in dem Maße relevant ist, arbeiten i. d. R., weil ihnen die eigene Berufstätigkeit wichtig ist, sie sind dann auch entsprechend zufriedener.

3.5.5 Zufriedenheiten der Mütter im Längsschnitt

Bei den spezifischen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation sind bei zunehmender Armutshäufigkeit auch vermehrt Sorgen zu beobachten. Es wird nun der Frage nachgegangen, wie sich subjektive Zufriedenheiten im Zeitverlauf, in Zeiten oberhalb und unterhalb der 50-%-Einkommensschwelle, darstellen. So geht z. B. die Theorie der Anpassung der Anspruchsniveaus davon aus, daß auf Verschlechterungen der objektiven Lebensbedingungen eine sinkende Zufriedenheit folgt. Bleibt die objektive Lebensbedingung allerdings über einen längeren Zeitraum schlecht, findet eine Adaption der Ansprüche an die tatsächlichen Lebensbedingungen statt. Mit dieser Anspruchsanpassung an die faktischen Gegebenheiten sollte auch die Zufriedenheit - trotz objektiv schlechter Lebensbedingungen - wieder steigen (vgl. Campbell u.a 1976; Glatzer 1988; Inglehart und Rabier 1986). Anhand der Längsschnittstichprobe von 1991 bis 1995 wurden Zufriedenheitsangaben der Mütter über fünf Panelwellen in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen untersucht. Dabei werden unterschiedliche Häufigkeiten von Zeitpunkten unter der 50-%-Schwelle differen-

ziert. Ausgewiesen wird der Durchschnitt über alle Jahre sowie die Durchschnitte in Zeiten oberhalb und unterhalb der 50-%-Schwelle.

Tabelle 73: Gegenwärtige Lebenszufriedenheit der Mütter im Längsschnitt

		Durchschnittliche *gegenwärtige* Lebenszufriedenheit[1]		
Anzahl der Jahre unter 50-%-Schwelle		1991-1995	Jahre unter 50-%-Schwelle[2]	Jahre über 50-%-Schwelle
0	Ost	6,4		6,4
	West	7,4		7,4
1-2	Ost	5,9	5,5	6,0
	West	6,8	6,6	6,8
≥ 3	Ost	5,8	5,6	6,4
	West	6,5	6,5	6,7

[1] Mittelwerte der Zufriedenheitsskala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".
[2] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Wer keinen Abstieg in einkommensschwache Positionen erlebt hat, hat auch längerfristig ein vergleichsweise hohes Zufriedenheitsniveau. Die höchste Lebenszufriedenheit weisen Mütter auf, die nie unter der 50-%-Schwelle lagen. Bei ihnen lag die durchschnittliche Zufriedenheit im Untersuchungszeitraum bei 7,4 in Westdeutschland und bei 6,4 in Ostdeutschland. In den Jahren unter der 50-%-Schwelle sind auch bei unterschiedlicher Häufigkeit des Absinkens unter die 50-%-Schwelle im Beobachtungszeitraum kaum Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit zu beobachten. Dieses Ergebnis weist darauf hin, daß, zumindest was die Lebenszufriedenheit angeht, mit der Zeit eine moderate Anpassung an die objektiven Lebensverhältnisse stattfindet. Die Veränderung der Einkommensposition geht nur mit vergleichsweise geringen Zufriedenheitsveränderungen einher. Die durchschnittliche Zufriedenheit in Jahren unter der 50-%-Schwelle lag bei westdeutschen Müttern mit 0,2 Skalenpunkten nur wenig unter der in den Jahren über der 50-%-Schwelle. Bei ostdeutschen Müttern sind die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Zeiten unter und über der 50-%-Schwelle größer als bei westdeutschen. Ostdeutsche Mütter, die mindestens dreimal unter der 50-%-Schwelle lagen, hatten in den Jahren unter der 50-%-

Schwelle einen Zufriedenheitsdurchschnitt von 5,6 und in den Jahren oberhalb der 50-%-Schwelle von 6,4.

Bei der zukünftig erwarteten Lebenszufriedenheit fällt in der Längsschnittperspektive auf, daß in den verschiedenen Gruppen die Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland geringer sind, als es die Querschnittperspektive vermuten läßt. Insbesondere ostdeutsche Mütter, die nie unter der 50-%-Schwelle lagen, erwarteten mit durchschnittlich 7,2 eine vergleichsweise hohe Lebenszufriedenheit in fünf Jahren. Die Erfahrung von materiellen Einbrüchen im Untersuchungszeitraum geht also mit einem gedämpften Zukunftsoptimismus beim subjektiven Wohlbefinden einher, auch wenn die momentane Einkommenslage sich wieder verbessert hat.

Tabelle 74: Erwartete Lebenszufriedenheit der Mütter in fünf Jahren im Längsschnitt

		Durchschnittliche erwartete Lebenszufriedenheit *in fünf Jahren*[1]		
Anzahl der Jahre unter 50-%-Schwelle		1991-1995	Jahre unter 50-%-Schwelle	Jahre über 50-%-Schwelle
0	Ost	7,2		7,2
	West	7,6		7,6
1-2	Ost	6,8	6,6	6,9
	West	6,8	6,8	6,9
≥ 3	Ost	6,7	6,6	6,5
	West	6,7	6,6	7,1

[1] Mittelwerte der Zufriedenheitsskala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".
[2] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen hängt enger mit den Einkommenspositionen und deren Veränderung zusammen als Zufriedenheiten in anderen Bereichen oder die allgemeine Lebenszufriedenheit, die zusätzlich von vielen anderen Einflußfaktoren abhängt, z. B. in starkem Maße von der Bewertung der familiären Situation. Ungünstige Einkommenspositionen schlagen sich von daher auch besonders deutlich und direkt in der Einkommenszufriedenheit nieder.

Tabelle 75: Zufriedenheit der Mütter mit dem Haushaltseinkommen

Anzahl der Jahre unter 50-%-Schwelle		Durchschnittliche Einkommenszufriedenheit[1]		
		1991-1995	Jahre unter 50-%-Schwelle[2]	Jahre über 50-%-Schwelle
0	Ost	5,6		5,6
	West	7,1		7,1
1-2	Ost	4,4	3,8	4,7
	West	5,8	5,2	6,0
≥ 3	Ost	3,5	3,1	4,9
	West	5,0	4,8	6,2

[1] Mittelwerte der Zufriedenheitsskala von 0 "ganz und gar unzufrieden" bis 10 "ganz und gar zufrieden".
[2] Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen den Gruppen, aber auch zwischen den Jahren unter und über der 50-%-Schwelle sind stark ausgeprägt. Deutlich erkennt man auch bei der Einkommenszufriedenheit, daß ein hohes Niveau insbesondere dann auftritt, wenn längerfristig kein Abstieg in einkommensschwache Positionen stattgefunden haben. Einkommensmobilität im oberen Einkommensbereich wird hier allerdings nicht beobachtet. Daher kann man nicht folgern, daß diese erhöhten Zufriedenheitswerte nicht auch aus Einkommensmobilität im mittleren und höheren Einkommensbereich resultieren. Einen klaren Niveauunterschied findet man jedenfalls zwischen Müttern, die nie unter die 50-%-Schwelle absanken, und denjenigen, die einmal oder öfter unter der 50-%-Schwelle lagen. Je länger sich Mütter in einkommensschwachen Positionen befanden, desto geringer war ihre durchschnittliche Einkommenszufriedenheit in den Jahren unter der 50-%-Schwelle. Allerdings fallen die Differenzen zwischen kürzerem und längerem Absinken unter die 50-%-Schwelle nicht mehr so groß aus. Eine Anpassung der Einkommenszufriedenheit an eine längerandauernde ungünstige Einkommenssituation – mit einem Wiederanstieg der Zufriedenheitswerte – kann während der fünf Beobachtungsjahre nicht nachgewiesen werden. Die Differenzen zwischen den Zeiten oberhalb und unterhalb der 50-%-Schwelle verdeutlichen allerdings, daß mit den Auf- und Ab-

stiegen in der Einkommensposition auch deutliche Veränderungen bei der Einkommenszufriedenheit einhergehen, während bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit als übergreifendes Zufriedenheitsmaß diese Veränderungen - auch bei einer mehrjährigen einkommensschwachen Position - erheblich geringer ausfallen.

4 Zusammenfassung

4.1 Kinder und Einkommensarmut in der sozialwissenschaftlichen Forschung

Nachdem in den USA ein System zur Sozialberichterstattung über Kinder entwickelt wurde, das mit standardisierten Instrumenten die Entwicklung der Lebensbedingungen von Kindern über einen Zeitraum von 50 Jahren aufzeigt (Hernandez 1993), gibt es auch in Deutschland Initiativen Kinder als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung stärker zu etablieren. Neben speziellen Umfragen bei Kindern zum subjektiven Wohlbefinden (Lang 1985; Klocke 1998), werden auch größere Umfragen bei der erwachsenen Bevölkerung für sozialstrukturelle Analysen zu Kindern nutzbar gemacht (Nauck und Bertram 1995a).

In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden zur Identifikation von Armut in der Regel drei Konzepte verwendet: absolute, relative und subjektiv empfundene Armut (Piachaud 1992). In der empirischen Armutsforschung wird überwiegend eine monetäre Abgrenzung von Armut verwendet, die auf einem relativen Armutskonzept basiert (Hauser 1997: 20f). International vergleichende Untersuchungen zur relativen Einkommensarmut bei Kindern konnten in verschiedenen westlichen Industrieländern – insbesondere in den USA - einen Trend zu steigenden Kinderarmutsquoten identifizieren (Cornia 1997a: 57), der in Deutschland allerdings nur gering ausfällt.

Die Verwendung von Äquivalenzskalen mit geringen Personengewichten, die auf der Basis subjektiver Einschätzungen von Befragten ermittelt wurden, führt in den mitteleuropäischen Ländern zu vergleichsweise niedrigen Armutsquoten unter 10%, während in den USA auch bei dieser Berechnungsweise Quoten von über 20% zu beobachten sind (Rainwater und Smeeding 1995). Untersuchungen mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die bis in die sechziger Jahre zurückreichen, konnten zu Beginn der siebziger Jahre eine erhebli-

che Abnahme des Anteils von Kindern in relativer Einkommensarmut identifizieren - mit einem anschließenden geringeren Wiederanstieg (Hauser und Semrau 1989: 19).

4.2 Ausmaß und Entwicklung der Einkommensungleichheit bei Kindern

Mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels konnten ab 1984 die folgenden Ergebnisse ermittelt werden. Bei der Teilpopulation "Kinder unter 18 Jahren" wirken sich unterschiedliche Äquivalenzskalen und Abgrenzungen von Schwellenwerten (z. B. Median; arithmetisches Mittel) stärker auf die Anteile unterhalb einer 50-%-Einkommensschwelle aus als bei der Erwachsenen- oder Gesamtpopulation. Für die alten Bundesländer zeigt sich bei drei ausgewählten Berechnungsverfahren der Bedarfsgewichtung (BSHG-, OECD-, Rainwater-Smeeding-Skala) Ende der 80er Jahre eine Tendenz zu sinkenden Anteilen von Kindern in einkommensschwachen Haushalten und ein neuerlicher Anstieg bis Mitte der 90er Jahre, der durch die Zuwanderung in die alten Bundesländer verstärkt wird. Allerdings findet man 1996 im Zusammenhang mit einem Rückgang der Einkommensvariation insgesamt auch ein Absinken des Anteils von Kindern in einkommensschwachen Haushalten (BSHG: 15,2%; OECD: 10,6%; Rainwater-Smeeding: 5,9%). Somit zeigte sich kein anhaltender Trend zum Anstieg der Quote in den neunziger Jahren. Im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern liegt der Anteil von Kindern in einkommensschwachen Haushalten im unteren Mittelfeld. Vor allem die USA und innerhalb der Europäischen Union auch Großbritannien haben deutlich höhere Quoten.

In den neuen Bundesländern hat sich mit der Zunahme der Einkommensungleichheit und der Erhöhung des Einkommensniveaus im Transformationsprozeß auch der Bevölkerungsanteil unter der 50-%-Einkommensschwelle deutlich erhöht, insbesondere bei Kindern. Seit 1994 hat sich diese Tendenz abgeschwächt, und 1995 ist bei ostdeutschen Kindern eine Abnahme der Intensität der einkommensschwachen Position (Einkommensdistanz zum Schwellenwert) zu erkennen. 1996 ist in den neuen Bundesländern erstmals nach der deutschen

Wiedervereinigung ein Rückgang des Anteils von Kindern in einkommensschwachen Haushalten zu verzeichnen (BSHG: 8,5%; OECD: 6,0%; Rainwater-Smeeding: 4,1%).

In Westdeutschland ist bei Kindern mit ausländischem Haushaltsvorstand für 1995 eine besonders starke Zunahme des Anteils in einkommensschwachen Haushalten zu erkennen. Diese Entwicklung geht einher mit einer zunehmenden Einkommensdistanz zur westdeutschen Bevölkerung über der 50-%-Schwelle. Im Jahr 1996 sinkt zwar auch bei ausländischen Kindern der Anteil unter der 50-%-Schwelle wieder, dennoch bleibt das Niveau und der Einkommensabstand deutlich höher als bei deutschen Kindern. Obwohl sich bei Aussiedlern auch ein erheblicher Anteil der Kinder in einkommensschwachen Positionen befindet (Anteil unter der 50-%-Schwelle allerdings stark abhängig vom Berechnungsverfahren), zeigt sich 1995 die Intensität deutlich geringer als bei der ausländischen Bevölkerung.

4.3 Dauer einkommensschwacher Positionen

Die dargelegten Maße zur Einkommensungleichheit bei der Querschnittsbetrachtung sagen wenig über eine Verfestigung von individuellen Einkommenslagen im Zeitverlauf aus. Die jährliche Wiederbefragung der Untersuchungspersonen im Sozio-ökonomischen Panel erlaubt es, individuelle Längsschnittdaten von Kindern und Erwachsenen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu vergleichen. Es zeigt sich, daß das Absinken in einkommensschwache Positionen kein Zustand ist, sondern eine Phase im Lebensverlauf. Bei Kindern ist diese Phase allerdings weniger beweglich als bei Volljährigen: Während Erwachsene meist kurzfristig unter die 50-%-Einkommensschwelle absinken, verweilen Kinder länger im unteren Einkommensbereich, vor allem Kinder mit ausländischem Haushaltsvorstand. In den neuen Bundesländern sind Einkommenspositionen unter der 50-%-Schwelle kurzfristiger als in den alten Bundesländern. Ein Absinken in den unteren Einkommensbereich geht meist mit erheblichen Verlusten beim Haushaltseinkommen einher.

4.4 Objektive Lebensbedingungen von Kindern in unterschiedlichen Einkommenspositionen

Neben dem Ausmaß und der Entwicklung von einkommensschwachen Positionen, soll die Darstellung von objektiven Lebensbedingungen in ausgewählten Bereichen das Ausmaß des Wohlfahrtsgefälles zwischen Kindern in einkommensschwachen und einkommensstärkeren Haushalten aufzeigen.

Bezüglich der Haushalts- und Familienstruktur läßt sich folgende Entwicklung erkennen: Bei Kindern unter der 50-%-Einkommensschwelle hat der Anteil in Alleinerziehendenhaushalten zugenommen. In Ostdeutschland hat sich seit der Wiedervereinigung vor allem das Risiko von Kindern in Haushalten von Alleinerziehenden erheblich vergrößert, unter die 50-%-Einkommensschwelle zu fallen. Auch bei Kindern in einkommensschwachen Haushalten, die mit beiden Elternteilen in einem gemeinsamen Haushalt leben, sind typische Konstellationen objektiver Lebensbedingungen zu erkennen: Im Bereich der Erwerbstätigkeit findet man häufig Kumulationen von ungünstigen Voraussetzungen bei den Eltern. In den alten Bundesländern verfügen vielfach sowohl Mütter als auch Väter (Partner der Mütter) über keine Berufsausbildung. Bildungshomogame Eheschließungen (und Partnerschaften) erhöhen hier deutlich das Risiko in einkommensschwache Bereiche zu fallen. Kinder in einkommensschwachen Haushalten besuchen auch seltener weiterführende Schulen als Kinder in einkommensstärkeren Haushalten. In den neuen Bundesländern stellt die Arbeitslosigkeit beider Elternteile ein besonders hohes Risiko für ein Absinken unter die 50-%-Einkommensschwelle dar.

Beim Bezug von staatlichen Transferleistungen in einkommensschwachen Haushalten fällt auf, daß in den alten Bundesländern ein deutlich höherer Anteil der Kinder Sozialhilfe bezieht als in den neuen Bundesländern. Offensichtlich werden in Ostdeutschland entsprechende Ansprüche häufig nicht geltend gemacht. In den alten Bundesländern hat sich seit 1984 vor allem bei Kindern unter der 50-%-Schwelle der Anteil in Haushalten mit Sozialhilfebezug deutlich erhöht. Auch die Daten des Sozio-ökonomischen Panels zeigen somit die gestiegene Bedeutung der Sozialhilfe für Kinder im unteren Einkommensbe-

reich. Eine deutliche Ausweitung des Anteils von Kindern unter der 50-%-Schwelle geht damit allerdings nicht einher.

Zentral für die Lebensqualität sind auch die Wohnbedingungen. Kindern in einkommensschwachen Haushalten steht weniger Wohnraum pro Person zur Verfügung als Kindern in einkommensstärkeren Haushalten. Die Wohnungsausstattung unterscheidet sich allerdings stärker zwischen alten und neuen Bundesländern als zwischen den Haushalten von Kindern in den verschiedenen Einkommensgruppen. Auch im Freizeitbereich unterscheiden sich die Haushaltskontexte von Kindern in den verschiedenen Einkommenspositionen. Mütter von Kindern in einkommensschwachen Haushalten sind in der Freizeit insgesamt weniger aktiv als in einkommensstärkeren Haushalten, insbesondere bei kulturellen und sportlichen Aktivitäten.

4.5 Einstellungen und subjektives Wohlbefinden im Haushaltskontext von Kindern

Bei der Bewertung von Einkommensungleichheit tritt die Frage auf, inwieweit diese von der Bevölkerung akzeptiert werden kann. Das hängt allerdings auch davon ab, welches Ausmaß an sozialer Ungleichheit in der Bevölkerung wahrgenommen wird und welche Kosten zur Vermeidung antizipiert werden. In der allgemeinen Einschätzung der deutschen Bevölkerung findet man sowohl zu wohlfahrtsstaatlichen als auch zur Notwendigkeit von leistungsorientierten Einkommenskomponenten breite Zustimmung. Vor allem Personen im unteren Einkommensbereich sehen eher Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung und befürworten ein mehr bedarfsorientiertes Einkommen.

Einkommensschwache Positionen gehen auch überwiegend mit ungünstigen subjektiven Bewertungen des eigenen Haushaltseinkommens einher. In der Einschätzung der Mütter von Kindern in einkommensschwachen Haushalten lag das tatsächliche Haushaltseinkommen in den alten Bundesländern 1992 im Durchschnitt etwa 250 DM unter dem als notwendig erachteten, in den neuen Bundesländern betrug die Differenz nahezu 900 DM. Private Bereiche wie Familie oder Partnerschaft finden bei Müttern im unteren und im höheren Ein-

kommensbereich eine hohe Priorität. Materielle Bereiche, insbesondere das Einkommen, haben bei Müttern unter der 50-%-Schwelle, wie erwartet, ebenfalls einen hohen Stellenwert.

Kinder in einkommensschwachen Haushalten sind bei ihren Müttern häufig mit einem geringen subjektiven Wohlbefinden konfrontiert. Das äußert sich in spezifischen Sorgen und vermehrten Problemen, sich mit den Verhältnissen zurechtzufinden. Auch die Lebenszufriedenheit und die Einzelzufriedenheiten mit den materiellen Lebensbereichen der Mütter hängen eng mit der Einkommensposition zusammen. Mütter in einkommensschwachen Haushalten äußern geringere Zufriedenheiten - bei erhöhter Heterogenität der Zufriedenheitsbewertungen. Mütter in einkommensstärkeren Haushalten geben dagegen höhere und homogenere Zufriedenheitsbewertungen ab. Im Längsschnitt zeigt sich, daß die spezifische Einkommenszufriedenheit bei dauerhaftem Absinken unter die 50-%-Schwelle sehr niedrig wird. Entsprechende Unterschiede zwischen kurz- und langfristigem Absinken unter die 50-%-Schwelle sind bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit nicht zu erkennen.

Anmerkungen:

[1] Einen Überblick zur Sozialberichterstattung bietet Habich, Noll und Zapf. 1994

[2] Übergänge über mehrere Panelwellen wurden auch anhand latenter Markov-Ketten untersucht (Berntsen und Rendtel 1991; Rendtel, Langeheine und Berntsen 1996).

[3] An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Peter Krause bedanken, der mir während seines Aufenthaltes als Gastprofessor an der Syracuse University die Manuskripte der Studie zugänglich machte und mich auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung zur Äquivalenzskalenformulierung von Rainwater und Smeeding aufmerksam machte.

[4] Die ausgewiesen Armutsquoten bei Kindern von alleinerziehenden Müttern, vor und nach staatlicher Umverteilung (Rainwater und Smeeding 1995: Appendix, Tabelle A-2), weisen für Deutschland eine besonders hohe Reduktion der Kinderarmutsquote durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen aus. Eine Quote von 43,9% wird in dieser Tabelle einer Quote von 4,2% gegenübergestellt. Hier handelt es sich allerdings offensichtlich um einen Druckfehler, da eigene Berechnungen gezeigt haben, daß auch die Quote nach Steuern und Transferleistungen bei etwa 42%

(ca. 10-fache) liegen müßte. Daraus ergibt sich ein Reduktionseffekt der Quote nach der staatlichen Umverteilung von nur etwa 1% - 2% und nicht von nahezu 40%.

[5] Das Niveau der Einkommensarmut liegt bei diesen Berechnungen deutlich höher als bei der Berechnungsweise nach Rainwater und Smeeding (1995), was bei den Quoten von 1983 deutlich wird, die auf der gleichen Datenbasis beruhen.

[6] Für die Verknüpfungen wurden Zeigervariablen verwendet, die vom DIW im Datensatz bereitgestellt werden.

[7] Haushaltsnettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben; regelmäßige Zahlungen wie Wohngeld, Kindergeld, BAföG, Unterhaltszahlungen usw. werden dazugerechnet.

[8] Zu Sensitivitätsanalysen über Einfluß von Äquivalenzskalen auf Einkommensungleichheit vgl. Faik (1995).

[9] Äquivalenzelastizität (e) mit $0 < e < 1$.

[10] Personengewichte: Haushaltsvorstand 1; Personen ab 19 Jahren 0,8, 15-18 Jahre 0,9, 8-14 Jahre 0,65, bis 7 Jahre 0,5, Kind eines alleinerziehenden Elternteils bis 7 Jahre 0,55 (vgl. Bundessozialhilfegesetz §22 und §23).

[11] Ermittelt wird der Bedarf als Produkt der Kubikwurzel multipliziert mit einem Faktor, nachdem der Bedarf des Haushaltsvorstandes um etwa 1% pro Jahr bis zum Alter von 45 steigt und ab 45 jährlich wieder ca 1% fällt entsprechend der folgenden Formel:

$EI = Y/(S^{.33} * .99^{|A-45|})$.

EI = Äquivalenzeinkommen

Y = Verfügbares Familieneinkommen (Haushaltseinkommen)

S = Familiengröße (Haushaltsgröße)

A= Alter des Haushaltsvorstands

Für 1995 ergaben sich hieraus folgende durchschnittlichen Personengewichte bei N Personen im Haushalt:

1. Person (P.): 0,81; 2 P. : 0,53; 3 P. : 0,43; 4 P. : 0,36; 5 P. : 0,32; ... ; 13 P. : 0,15.

[12] Einen kurzen Überblick zum Gini-Index und anderen Maßzahlen der Dispersion bietet Diekmann (1995: 563 f.); eine detailliertere Beschreibung findet sich in Hartmann (1985: 96 f.).

[13] Die weiteren Wellen des Europäischen Haushaltspanels werden für die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels durchgeführt.

[14] Die Quote auf Basis unserer Berechnungen mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels liegt für das Jahr 1989 mit 6,6% geringfügig unter derjenigen von Rainwater und Smeeding (1995) auf Basis der Luxemburg Income Study.

[15] Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind in Seewald (1997; 1998) ausgewiesen.

[16] Untersuchungen in den USA, die Bereiche von Einkommensverteilungen aus verschiedenen Jahren vergleichend untersucht haben, finden eine Zunahme des Anteils im unteren Einkommensbereich (Morris u.a. 1994).

[17] Abgrenzungen des unteren Einkommensbereichs, die geringere Anteile erfassen, wären in diesem Zusammenhang wegen der daraus folgenden Fallzahlprobleme, bei der Stichprobengröße des Sozio-ökonomischen Panels, teilweise nicht sinnvoll einzusetzen.

[18] Im Sozio-ökonomischen Panel können von Stichprobenpersonen bis 16 Jahren, die noch nicht selbst befragt wurden, Verknüpfungen zu den Angaben der Mütter im Haushalt hergestellt werden.

[19] Ein Ausbildungsabschluß wurde in der früheren DDR auch nach einigen Jahren der ungelernten Tätigkeit zugeschrieben, auch wenn faktisch niemals eine formale Ausbildung vollendet wurde.

[20] Die Beträge liegen unterhalb derjenigen, die die amtliche Statistik für Haushalte mit Kindern für 1994 ausweist (vgl. Statistisches Bundesamt 1997). Dabei ist anzunehmen, daß bei der Beantwortung des Fragebogens nicht alle Kostenfaktoren, insbesondere die Kosten für die Unterkunft, immer berücksichtigt werden.

Literatur

Adamy, Wilhelm und Hanesch, Walter (1990): Erwerbsarbeit und soziale Ungleichheit – Benachteiligung und Ausgrenzung am Arbeitsmarkt. In: Döring, Dieter, Hanesch, Walter und Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand, S. 161-184. Frankfurt/Main.

Allmendinger, Jutta und Hinz, Thomas (1997): Frauen, Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Kinder. In: Bericht zur sozialen Lage in Bayern.

Andelmann, R.B., Attkisson, C.C., Zima, B.T. and Rosenblatt, A.B. (1998): Quality of Life of Children: Towards Conceptual Clarity. Forthcoming chapter in: Maruish, M. (Ed.): Psychological testing: Treatment planning and outcome assessment (2nd edition). Mahwah, NJ (Manuskript).

Andersen, Hanfried, Grabka, Markus und Schwarze, Johannes (1997): Gesundheit. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland; Teil II. S. 538-548. Bonn.

Andreß, Hans-Jürgen, Göddecke-Stellmann, Jürgen, Lipsmeier, Gero, Salentin, Kurt, Strengmann-Kuhn, Wolfgang (1993): Zwischenbericht des DFG-Projektes: Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich. In: Universität Bielefeld. Fakultät für Soziologie. Bielefeld.

Andreß, Hans-Jürgen, Lipsmeier, Gero, Salentin, Kurt (1995): Soziale Isolation und mangelnde soziale Unterstützung im unteren Einkommensbereich? Vergleichende Analysen mit Umfragedaten. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 24, Heft 4. Stuttgart, S. 300-315.

Andreß, Hans-Jürgen und Lipsmeier, Gero (1995): Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, B 31-32, S. 35-49.

Andreß, Hans Jürgen (1996a): Analysen zum unteren Einkommensbereich - Auf- und Abstiege, Ereignisse, Reaktionen und subjektives Wohlbefinden. In: Zapf, Wolfgang, Schupp, Jürgen und Habich, Roland (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt/New York, S. 321-347.

Andreß, Hans-Jürgen (Hrsg.) (1996b): Fünf Jahre danach. Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im vereinten Deutschland. Berlin.

Andreß, Hans-Jürgen u.a. (1996c): Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Endbericht des DFG-Projektes "Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich (VuE)". Bielefeld.

Andreß, Hans-Jürgen (1998): Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. Aldershot/Brookfield USA/Singapore/Sidney.

Andreß, Hans-Jürgen und Schulte, Katja (1998): Poverty risks and the life cycle: The individualization thesis reconsidered. In: Hans-Jürgen Andreß (Ed.): Emprical Poverty in a Comparative Perspective. S. 331-356. Aldershot/Brookfield USA/Singapore/Sidney.

Andreß, Hans-Jürgen und Lipsmeier, Gero (1998): Kosten von Kindern – Auswirkungen auf die Einkommensposition und den Lebensstandard der betroffenen Haushalte. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, S. 26-50. Opladen.

Andreß, Hans-Jürgen und Lipsmeier, Gero (1999): Lebensstandard nicht alleine von Einkommen abhängig. Ergebnisse einer aktuellen Umfrage. In: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA): Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI, No. 21. Mannheim.

Ashworth, Karl, Hill, Martha, Walker, Robert (1994): Patterns of childhood poverty: new challenges for policy; Journal of Policy Analysis and Management; 13 (4). S. 658-680.

Atkinson, A.B. (1998): Poverty in Europe. In: Yrjö Jahnsson Lectures. Oxford/Malden.

Bacher, Johann (1998): Einkommensarmut von Kindern und subjektives Wohlbefinden. Bestandsaufnahme und weiterführende Analyse. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Auftrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld

(herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid); S. 173-189. Opladen.

Bäcker, Gerhard (1991): Ein Staat, zwei Gesellschaften. Sozioökonomische Probleme und sozialpolitische Herausforderungen im vereinten Deutschland. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 37, Heft, 4. Wiesbaden, S. 201-229.

Bahle, Thomas und Maucher, Mathias (1998): Eine familienpolitische Datenbank für Europa. In: Flora, Peter und Noll, Heinz-Herbert: Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung. Individuelle Wohlfahrt und wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen. S. 233-257. Frankfurt/New York.

Bane, Mary Jo und Ellwood, David T. (1986): Slipping into and out of poverty: The dynamics of spells; Journal of Human Resources, 21. S. 1-23.

Bedau, Klaus-Dietrich (o. J.): Relative Einkommensposition der westdeutschen Haushaltsgruppen in den achtziger und neunziger Jahren. In: DIW Berlin. Wochenbericht 18/95.

Bedau, Klaus-Dietrich, Boje, Jürgen, Gladisch, Doris, Grunert, Ruth, Schmidt, Jochen und Vortmann, Heinz (1992): Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern. In: Beiträge zur Strukturforschung. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Wirtschaftsforschung. Heft 126. Berlin.

Bedau, Klaus-Dietrich, Frick, Joachim, Krause, Peter und Wagner, Gert (1996): Zuwanderung vergrößert, Einkommensungleichheit und Einkommensarmut in Deutschland geringfügig. Neue Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). DIW-Wochenbericht 50, S. 1-11.

Behrend, Rainer: Was ist neu an der neuen Armut? In: Kind Jugend Gesellschaft 1/95. S. 26-29.

Berger, Regina (1984a): Problemgruppen. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, S. 264-285. Frankfurt a.M./New York.

Berger, Regina (1984b): Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen Lebensbereichen. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, S. 249-263. Frankfurt a.M./New York.

Bergmann, Barbara R. (1994): The Economic Support of Child-Raising: Curing Child Poverty in the United States,, The American Economic Review, Papers and Proceedings, 84. S. 76-80.

Bernart, Yvonne (1992): Armut: Begriffe, Bemessungen und Beurteilungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gegenwartskunde 2/1992. S. 179-189.

Berntsen, Roland und Rendtel, Ulrich (1991): Zur Stabilität von Einkommensarmut im Längsschnitt. In: Rendtel, Ulrich und Wagner, Gert (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. Frankfurt/New York, S. 457-487.

Berthold, Norbert und Fehn, Rainer (1996): Arbeitslosigkeit oder ungleiche Einkommensverteilung – ein Dilemma? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 26/96.

Bieback, Karl-Jürgen und Milz, Helga (1995): Neue Armut. Frankfurt/New York.

Bien, Walter (Hrsg.) (1996a): Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen. DJI: Familien-Survey 6. Opladen.

Bien, Walter (1996b): Familien als Sozialhilfeempfänger. In: Bien, Walter (Hrsg.) Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen. DJI: Familien-Survey 6. Opladen.

Bien, Walter und Schneider, Norbert F. (1998): Kind ja, Ehe nein? Status und Wandel der Lebensverhältnisse von nichtehelichen Kindern und von Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. DJI: Familien-Survey 7. Opladen.

Bien, Walter (1998): Ergänzende Informationen zu Lebensverhältnissen von Kindern, die bei unverheirateten Eltern leben. In: Walter Bien und Norbert F. Schneider (Hrsg.): Kind ja,

Ehe nein? Status und Wandel der Lebensverhältnisse von nichtehelichen Kindern und Kindern in nichtehelichen Lebensgemsinschaften. DJI: Familien-Survey 7. S. 207-232. Opladen.

Binder, Marion und Wagner, Gert (1996): Die außerhäusliche Betreuung von Kindern im Vorschulalter - Eine Längsschnittanalyse von "Betreuungskarrieren" in Westdeutschland. In: Zapf, Wolfgang, Schupp, Jürgen und Habich, Roland (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt/New York, S. 66-79.

Bishop, John A., Formby, John P. and Sakano, Ryoichi (1995): Lorenz and stochastic dominance comparisons of European income distributions. Luxembourg Income Study. Working Papier No. 124. Luxembourg.

Blossfeld, H.-P., Hamerle, A,/ Mayer, K.U., (1986): Ereignisanalyse, Frankfurt a.M./New York.

Body-Gendrot, Sophie (1995): Immigration, Marginality, and French Social Policy. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order, S. 571- 584. New York.

Böhnisch, Lothar: Armut an der Grenze der Wohlfahrtsgesellschaft. In: Kind Jugend Gesellschaft 1/95. S. 13-15.

Böhnisch, Lothar (o. J.): Jugend und Armut – Jugendliche und junge Erwachsene als soziale Risikogruppe. In: Kind Jugend Gesellschaft 2/1993. S. 35-37.

Böhnisch, Lothar und Lenz, Karl (1997): Familien. Eine interdisziplinäre Einführung. In: Fakultät Erziehungswissenschaften der Technischen Universität Dresden: Dresdner Studien zur Erziehungswissenschaft und Sozialforschung. Weinheim/München.

Boltho, Andrea (1997): Growth, Public Expenditure, and Household Welfare in Industrialized Countries. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Deprivation in the Industrialized Countries, 1945-1995, S. 64-90. Oxford.

Bradshaw, Jonathan, Ditch, J., Holmes, H. und Whiteford, P. (1993): Support for Children. A Comparison of Arrangements in fifteen Countries. Department of Social Security Research Report No. 21. London.

Bradshaw, Jonathan (1997): Child Welfare in the United Kingdom: Rising Poverty, Falling Priorities for Children. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995, S. 210-232. Oxford.

Bradshaw, Jonathan (1998): Kinderarmut und Deprivation in Großbritannien. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, S. 328-351. Opladen.

Braun, Uwe und Klein, Thomas (1995): Der berufliche Wiedereinstieg der Mutter im Lebensverlauf der Kinder. In: Bernhard Nauck und Hans Bertram (Hrsg.): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. DJI: Familien-Survey 5. S. 231-252. Opladen.

Breckner, Ingrid (1992): Innovative Strategien der Armutsbekämpfung mit Hilfe der EG in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, B 49, S. 43-52.

Bremen, Klaus (1990): Partizipation und Selbstorganisation von Armen. In: Döring, Dieter, Hanesch, Walter und Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand, S. 357-374. Frankfurt/Main.

Brinkmann, Wilhelm (1994): Reiches Land und arme Kinder. Zur Armutspolitik und ihre Folgen für die Kinder in Deutschland. In: Kürner, Peter und Nafrothe, Ralf (Hrsg.): Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung und Armut in Deutschland. Köln, S. 21-30.

Brown, Colin (1995): Poverty, Immigration, and Minority Groups: Policies Toward Minorities in Great Britain. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order, S. 585-606. New York.

Brüß, Joachim: Soziale Unterstützung im unteren Einkommensbereich. Entwicklung einer Skala und erste Auswertungsergebnisse. In: Universität Bielefeld. Fakultät für Soziologie. Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich. Arbeitspapier Nr. 20. Bielefeld.

Budweg, Peter: Schrift-los. Eine Form der Armut. In: Kind Jugend Gesellschaft 1/95. S. 29-31.

Büchel, Felix und Pannenberg, Markus (1997): Bildung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland; Teil II. S. 481-488. Bonn.

Büschges, Günter, Wintergerst-Gaasch, Ingrid (1988): Privater Haushalt und „Neue Armut". Frankfurt/New York.

Buhr, Petra und Leibfried, Stephan (o. J.): Die vielen Gesichter der Armut. In: Frankfurter Rundschau vom 15.12.94, Nr. 291, S.12.

Buhr, Petra und Weber, Andreas (o. J.): The Impact of Social Change on Social Assistance. Two Cohorts of German Welfare Recipients Compared. Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. Arbeitspapier Nr. 31. Sonderforschungsbereich 186 der Universität Bremen.

Buhr, Petra, Leibfried, Stephan, Ludwig, Monika und Voges, Wolfgang (1989): Passages through welfare. The Bremen Approach to the Analysis of Claimants' Careers in „Publicly Administered Poverty". In: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. Arbeitspapiere. Discussion Paper No. 3. Bremen.

Buhr, Petra, Leibfried, Stephan, Luwdig, Monika und Voges, Wolfgang (1990): Wege durch die Sozialhilfe. Der Bremer Ansatz zur Untersuchung „bekämpfter Armut" im zeitlichen Verlauf. In: Pressel, Werner, Heinze, Walter R. u.a. (Hrsg.): Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 133. Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. S. 175-199.

Buhr, Petra und Ludwig, Monika (1991): Armutsdynamiken. Zeitanalysen in der Armutsforschung der USA und der Bundesrepublik Deutschland. Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. Arbeitspapier Nr. 8. Sonderforschungsbereich 186 an der Universität Bremen.

Buhr, Petra (1994): Wie wirksam ist die Sozialhilfe? Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug. In: Riedmüller, Barbara und Olk, Thomas (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. Leviathan, Sonderheft 14. Opladen. S. 219-247.

Buhr, Petra (1995): Sozialhilfe – Mythos und Realität. Klarstellung zur aktuellen Reformdebatte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 40, Heft 9, S. 1060-1070.

Buhr, Petra (1998): Übergangsphase oder Teufelskreis? Dauer und Folgen von Armut bei Kindern. . In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, S. 72-86. Opladen.

Bulmahn, Thomas und Habich, Roland (1994): Komponenten des Wohlbefindens. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 325. S. 530- 539. Bonn.

Bulmahn, Thomas und Habich, Roland (1997): Komponenten des Wohlbefindens. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland; Teil II. S. 426-440. Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1995): Lebenshaltungsaufwendungen für Kinder. Schriftenreihe Band 43. Kohlhammer, Stuttgart.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1998): Über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bonn.

Burgess, Simon und Propper, Carol (1996): Povery Dynamics Among Young Americans, CEPR Discussion Paper 1362.

Burkhauser, Richard V., Smeeding, Timothy M. und Merz, Joachim (1994): Relative inequality and poverty in Germany and the United States using alternative equivalence scales. In: Luxembourg Income Study. Working Paper No. 117. Luxembourg.

Campbell, Angus, Converse, Philip E. und Rodgers, Willard L. (1976): The Quality of American Life. Perceptions, Evaluations and Satisfactions. Russel Sage Foundation. New York.

Cantó-Sánchez, Olga (1996): Poverty Dynamics in Spain: A Study of transitions in the 1990s, DARP Paper 15, STICERD, LSE.

Casey, Bernard (1995): Apprentice Training in Germany: The Experiences of the 1980s. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order, S. 415-438. New York.

Cassel, Dieter und Thieme, H. Jörg (Hrsg.) (1976): Einkommensverteilung im Systemvergleich. Stuttgart.

Chassé, Karl August: Kinder und Armut. In: Kind Jugend Gesellschaft 2/1993. S. 37-41.

Claußen, Bernhard (o. J.): Polit-psychologische Aspekte der Armut von Kindern und Jugendlichen in der Wohlstandsgesellschaft. In: Kind Jugend Gesellschaft 1/95. S. 3-9.

Claußen, Bernhard (1998): Tendenzen gesellschaftlicher und politischer Armut im Kindes- und Jugendalter – Sozialpsychologische Aspekte wohlfahrtsstaatlicher Transformationen. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, S. 352-370. Opladen.

Clemens, Wolfgang (1994): „Lebenslage“ als Konzept sozialer Ungleichheit – Zur Thematisierung sozialer Differenzierung in Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 40, Heft 3. Wiesbaden.

Cornia, Giovanni Andrea (1997a): Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries from the End of World War II to the End of the Cold War Era. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995, S. 25-63. Oxford.

Cornia, Giovanni Andrea (1997b): Child Poverty and Depriviation in Russia: Improvement, Standstill, and Retrogression. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995, S. 153-180. Oxford.

Cornia, Giovanni Andrea (1997c): Recession, Social Policy and Child Welfare in Post- Communist Eastern Europe: Which Way Ahead? In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995, S. 337-367. Oxford.

Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon (1997a): Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995, Oxford.

Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon (1997b): Common Themes, Methodological Approach, and Main Findings. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Deprivation in the Industrialized Countries, 1945-1995, Oxford, S. 1-24.

Currie, Janet (1995): Wellfare and the Well-Being of Children; Fundamentals of Pure and Applied Economics 59, CHUR CH: Harwood Academic Publishers.

Czock, Heidrun, Riedel, Wolfgang und Schirowski, Ulrich (1994): Untersuchung zur Situation kinderreicher Familien in Nordrhein-Westfalen. In: Landessozialbericht. Soziale Situation kinderreicher Familien.

Dangschat, Jens S. (1995): "Stadt" als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, B 31-32, S. 50-62.

Dangschat, Jens S. (1998): Sozialräumliche Aspekte der Armut im Jugendalter. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, S. 112-135. Opladen.

Danziger, Sheldon, Danziger, Sandra und Stern, Jonathan (1997): The American Paradox: High Income and High Child Poverty. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995, S. 181-209. Oxford.

Deutscher Bundestag (1986a): Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags-Drucksache 10/5948. Bonn.

Deutscher Bundestag (1986b): Armut und Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags-Drucksache 10/6055. Bonn.

Deutscher Kinderschutzbund: Armut von Kindern und Jugendlichen. Informationen und Tips für Lehrerinnen und Lehrer. Hannover.

Diekmann, Andreas und Weick, Stefan (Hrsg.) (1993): Der Familienzyklus als sozialer Prozeß. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit den Methoden der Ereignisanalyse. Berlin.

Diekmann, Andreas (1995): Empirische Sozialforschung. Reinbek bei Hamburg.

Dienel, Christiane (1998): Armut von Kindern im europäischen Vergleich. Strategien zu ihrer Bekämpfung. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid); S. 200-213. Opladen.

Dietz, Berthold (1997): Soziologie der Armut. Eine Einführung. Frankfurt/New York.

Diewald, Martin und Zapf, Wolfgang (1984): Wohnbedingungen und Wohnzufriedenheit. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, S. 73-96. Frankfurt a.M./New York.

DIW (o. J.): Arbeitseinkommen und Einkommensarmut in Westdeutschland von 1984-1989. In: DIW-Wochenbericht 32/1991. S. 457-462.

DIW (1985[4]): Handbuch DDR-Wirtschaft. Reinbek bei Hamburg.

Duncan, Greg J., Gustafsson, Björn, Hauser, Richard, Schmaus, Günther, Jenkins, Stephen, Messinger, Hans, Muffels, Ruud, Nolan, Brian, Ray, Jean-Claude und Voges, Wolfgang (o. J.): Poverty and Social-Assistance Dynamics in the United States, Canada, Sweden, and Germany. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order, S. 67-108. New York.

Duncan, Greg J. (1983): The Implications of Changing Family Composition for the Dynamic Analysis of Family Economic Well-Being. In: A.B. Atkinson and F.A. Cowell (Hrsg.): Panel Data on Incomes, ICERD Occasional Paper 2; London School of Economics. London

Duncan, Greg J. (1984): Years of Poverty - Years of Plenty: The Changing Economic Fortunes of American Workers and Families. University of Michigan Institute for Social Research. Ann Arbor MI.

Duncan, Greg J. (1993): Poverty Dynamics in Eight Countries. In: Journal of Population Economics, 6. S. 215-234.

Duncan, Greg J., Arbor, Anne, Voges, Wolfgang und Hauser, Richard (1994): Armuts- und Sozialhilfedynamiken in Europa und Nordamerika. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 40, Heft 5. S. 281-313. Wiesbaden.

Duster, Troy (1995): In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order; S. 461-488. New York.

Ecarius, Jutta (1998): Aufwachsen in Zeiten gesellschaftlicher Umstrukturierung sozialer Räume. Ostdeutsche Bruchbiographien von Heranwachsenden im Kontext von Familie, Freizeit und sozialem Milieu. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid); S. 67-89. Opladen.

Eggen, Bernd (1998): Privathaushalte mit Niedrigeinkommen. Band 100 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit. Baden-Baden.

Engelbert, Angelika (1998): Wer wird erreicht und wem geholfen? Bedingungen der Inanspruchnahme sozialpolitischer Leistungen am Beispiel von Familien mit behinderten Kindern. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und

Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid); S. 258-273. Opladen.

Eurostat, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft (1995): Jahrbuch 1995, Europa im Blick der Statistik 1983-1993. Luxemburg.

Eurostat (1997): Einkommensverteilung und Armut im Europa der Zwölf - 1993. Statistik kurzgefasst, Thema 2 "Bevölkerung und soziale Bedingungen", 6. Luxemburg.

Eurostat, Directorate E – Social and Regional Statistics and Geographical Information System (1998): Living conditions in Europe, selected social indicators. Luxemburg.

Faik, Jürgen (1995): Äquivalenzskalen, theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

Faik, Jürgen (1996): Eine modifizierte Sozialhilfe-Äquivalenzskala als Basis für Verteilungsanalysen. Papier zum Kolloquium der Hans Böckler-Stiftung am 6. Dez. 1996, Einkommensverteilung und Armut in den alten und neuen Bundesländern. Frankfurt a.M.

Fajth, Gaspar und Zimakova, Tatiana (1997): Family Policies in Eastern Europe: From Socialism to the Market. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995. S. 122-152. Oxford.

Flora, Peter (1998): Die Perspektive einer Sozialstaatsbeobachtung. In: Flora, Peter und Noll, Heinz-Herbert (Hg.): Sozialberichtserstattung und Sozialstaatsbeobachtung. Individuelle Wohlfahrt und wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen. S. 29-38. Frankfurt a.M./New York.

Förster, Michael F. (1994): Familienarmut und Sozialpolitik - Eine vergleichende Studie von 14 OECD-Ländern. In: Ludwig Boltzmann Institut: Forschungsbericht 9411. Zur Analyse Wirtschaftspolitischer Aktivitäten. Walferdange/Luxembourg.

Folbre, Nancy (1994): The Economic Support of Child-Raising: Children as Public Goods. The American Economic Review, Papers and Proceedings, 84. S. 86-90.

Frick, Joachim, Buechel, Felix und Voges, Wolfgang (1996): Sozialhilfe als Integrationshilfe für Zuwanderer in Westdeutschland. In: DIW-Wochenbericht 48/96. Berlin.

Frick, Joachim, Krause, Peter und Wagner, Gert (1997): Einkommensverteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Teil II. S. 502- 514. Bonn.

Frick, Joachim und Lahmann, Herbert (1997): Wohnen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Teil II. S. 526-537. Bonn.

Fuchs, Victor (1965): Towards a Theory of Poverty. In: Chapter of Commerce of the United States: The Concept of Poverty. S. 71-91. Washington, D.C.

Garfinkel; Irwing (1994): The Economic Support of Child-Raising: The Child-Support Revolution. In: The American Economic Review, Papers and Proceedings, 84. S. 81-85.

Geißler, Rainer (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen.

Gernert, Wolfgang (o. J.): Zur Lebenssituation von Jugendlichen in der Risikogesellschaft. In: Kinder Jugend Gesellschaft 4/93, S. 127-132.

Glatzer, Wolfgang (1977a): Einkommenspolitische Zielsetzungen und Einkommensverteilung. In: Zapf, Wolfgang: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. (SPES, Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland; Schriftenreihe Band 10). S. 323-384. Frankfurt a.M./New York.

Glatzer, Wolfgang (1977b): Einleitung in das SPES-Indikatorensystem. In: Zapf, Wolfgang: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. S. 11-28. Frankfurt a.M./New York.

Glatzer, Wolfgang (1977c): Ziele, Standards und soziale Indikatoren für die Wohnungsversorgung. In: Zapf, Wolfgang: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. (SPES, Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland; Schriftenreihe Band 10). S. 575-676. Frankfurt a.M./New York.

Glatzer, Wolfgang (1984a): Determinanten subjektiven Wohlbefindens. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. S. 234-248. Frankfurt a.M./New York.

Glatzer, Wolfgang (1984b): Einkommensverteilung und Einkommenszufriedenheit. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik, Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. S. 45-72. Frankfurt a.M./ New York.

Glatzer, Wolfgang (1984c): Lebenszufriedenheit und alternative Maße subjektiven Wohlbefindens. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. S. 177-205. Frankfurt a.M./New York.

Glatzer Wolfgang (1988): Die Wahrnehmung und Bewertung der Haushaltseinkommen. In: Reich, Utz-Peter (Hrsg.), Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik, S. 167-189.

Glatzer, Wolfgang und Herget, Hermann (1984): Ehe, Familie und Haushalt. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. S. 124-140. Frankfurt a.M./New York.

Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt a.M./New York.

Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. S. 391-404, Frankfurt a.M./ New York.

Glatzer, Wolfgang und Hübinger, Werner (1990): Lebenslagen und Armut. In: Döring, Dieter, Hanesch, Walter und Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand. S. 31-55, Frankfurt a.M.

Glatzer, W. und Neumann, U. (1993): Der Beitrag des Lebenslagenkonzepts zur Armuts- und Sozialberichterstattung. In: Hanesch, W. (Hrsg.): Lebenslagenforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, Hans-Böckler-Stiftung, Graue Reihe. S. 37-52. Düsseldorf.

Goodin, Robert E., Headey, Bruce, Muffels, Ruud und Dirven, Henk- Jan (1996): Poverty, Inequality and Income Redistribution by Goverments in ‚The Three Worlds of Welfare Capitalism': Panel Results for U.S.A., Germany, and the Netherlands 1985- 89, 2nd German Socio- Economic Panel Conference. Berlin.

Gordon, Ian (1995): The Impact of Economic Change in Minorities and Migrants in Western Europe. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 521-542. New York.

Gottschalk, Peter und Smeeding, Timothy (1995): Cross national comparisons levels and trends of inequality. Luxembourg Income Study, Working Paper No. 126. Luxemburg.

Gottschalk, Peter and Joyce, Mary (1995): ... of Trade on Earnings Inequality: An International Perspective. In: McFate, Katherine; Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 197-230. New York.

Grundmann, Matthias (1998): Milieuspezifische Einflüsse familialer Sozialstation auf die kognitive Entwicklung und den Bildungserfolg. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 161-182. Opladen.

Gustafsson, Siv (1995): Single Mothers in Sweden: Why is Poverty Less Severe? In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 291-326. New York.

Gutschmidt, Gunhild (o. J.): Armut in Einelternfamilien. Die „typisch weibliche Erwerbsbiographie“ ist die zentrale Ursache für die Einkommensarmut alleinerziehender Mütter. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 11-12/89. S. 335-338.

Habich, Roland, Headey, Bruce und Krause, Peter (1991): Armut im Reichtum - Ist die Bundesrepublik Deutschland eine Zwei-Drittel-Gesellschaft? In: Rendtel, Ulrich und Wagner, Gert (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. S. 488-509. Frankfurt a.M./New York.

Habich, Roland, Noll, Heinz-Herbert und Zapf, Wolfgang (1994): Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung. Internationale Erfahrungen und gegenwärtiger Forschungsstand. Avec un résumé en français. Bundesamt für Statistik. Reihe "Statistik der Schweiz". Bern.

Habich, Roland und Krause, Peter (1997): Armut. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Teil II. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 340. S. 515-525. Bonn.

Häußermann, Hartmut und Siebel, Walter (1998): Wohnen. In: Schäfers, Berhard und Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, S. 732-741, Opladen.

Hagenaars, A. (1991): The Definition and Measurement of Poverty. In: Osberg, L. (Hrsg.): Economic Inequality and Poverty, International Perspectives, Armonk etc.: M.E. Sharpe, S. 133-156.

Hagenaars, Aldi J.M., de Vos, Klaas und Zaidi, M Asghar (1995): Armutsstatistik Ende der 80er Jahre: Untersuchung auf der Basis von Mikrodaten. Studie erstellt für Eurostat. Luxemburg.

Hanesch, Walter (1990): Unterversorgung im Bildungssystem: Das Beispiel berufliche Bildung. In: Döring, Dieter, Hanesch, Walter und Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand, S. 185-205, Frankfurt a.M.

Hanesch, Walter (1993): Lebenslagenforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Düsseldorf.

Hanesch, Walter u.a. (1994): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Reinbek bei Hamburg.

Hanesch, Walter (1995a): Armut und Krankheit in Deutschland. In: Z. f. Gesundheitswiss., 2. Beiheft 1995. S. 6-26.

Hanesch, Walter (1995b): Sozialpolitik und arbeitsmarktbedingte Armut. Strukturmängel und Reformbedarf in der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B31-32. S. 14-23. Bonn.

Harding, Ann und Szukalska, Agnieszka (1998): A portrait of child poverty in Australia in 1995-96. Melbourne.

Hartmann, Peter H. (1985): Die Messung sozialer Ungleichheit. Reihe Sozialwissenschaften, Bd. 4. Pfaffenweiler.

Hauser, Richard und Becker, Irene (o. J.): The Development Of The Income Distribution In The Federal Republic of Germany During The Seventies and Eighties.

Hauser, Richard, Cremer- Schäfer, H. und Nouvertné (1981): Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bunderepublik Deutschland. Frankfurt a.M./New York.

Hauser, Richard (1984): Verarmung durch Arbeitslosigkeit?. In: J.-W. Goethe-Universität und Universität Mannheim. Sonderforschungsbereich 3: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik. Arbeitspapier Nr. 154.

Hauser, Richard und Semrau, Peter (1989): Trends in poverty and low income in the Federal Republic of Germany. In: J.W. Goethe-Universität und Universität Mannheim, Sonderforschungsbereich 3: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Working Paper Nr. 306.

Hauser, Richard und Semrau, Peter (1990a): Polarisierungstendenzen in der Einkommensverteilung? Ergebnisse zur Entwicklung der Armut. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) Nr. 3. S. 1-3. Mannheim.

Hauser, Richard und Semrau, Peter (1990b): Zur Entwicklung der Einkommensarmut von 1963-1986. In: Sozialer Fortschritt, Jg. 39, Heft 2, S. 27-36.

Hauser, Richard (1992): Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung - Probleme eines empirischen Vergleichs und der Abschätzung von Entwicklungstendenzen. In: Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.): Sozialpolitik im vereinten Deutschland. S. 37-72. Berlin.

Hauser, Richard und Berntsen, Roland (1992): Einkommensarmut - Determinanten von Aufstiegen und Abstiegen. In: Hujer, Reinhard, Schneider, Hilmar und Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat im strukturellen Wandel. S. 73-97. Frankfurt a.M./New York.

Hauser, Richard und Hübinger, Werner (1993a): Arme unter uns. Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung. Deutscher Caritasverband (Hrsg.). Freiburg.

Hauser, Richard und Hübinger, Werner (1993b): Arme unter uns. Teil 2: Dokumentation der Erhebungsmethoden und der Instrumente der Caritas-Armutsuntersuchung, Deutscher Caritasverband (Hrsg.). Freiburg.

Hauser, Richard, Müller, Klaus, Frick, Joachim und Wagner, Gerd (1993): Die Auswirkungen der hohen Unterbeschäftigung in Ostdeutschland auf die personelle Einkommensverteilung. In: WZB Papers. S. 93-103.

Hauser, Richard (1993): Die Caritas-Armutsuntersuchung – ein neuer Ansatz zur Analyse des Armutsproblems in der Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 39, Heft 5, S. 297-315.

Hauser, Robert M. (1994): Measuring Socioeconomic Status in Studies of Child Development. In: Society for Research in Child Development: Child Development, Vol. 65, No. 4.

Hauser, Richard und Hübinger, Werner (1994): Armut in den alten Bundesländern. Ihre Entwicklungstendenzen im Überblick. In: Kürner, Peter, Nafroth, Ralf und Deutscher Kinderschutzbund LV Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Die vergessenen Kinder: Vernachlässigung und Armut in Deutschland. S. 31-39. Köln.

Hauser, Richard (1995): Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland - ein Überblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B31-32, S. 3-13. Bonn.

Hauser, Richard, Glatzer, Wolfgang, Hradil, Stefan, Kleinhenz, Gerhard, Olk, Thomas und Pankoke, Eckart (1996): Ungleichheit und Sozialpolitik, Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Bd. 2. Opladen.

Hauser, Richard (1997): Armutsberichterstattung. In: Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.): Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. S. 19-45. Weinheim.

Havemann, Robert und Wolfe, Barbara (1994): Succeeding Generations On The Effects of Investments in Children.

Haveman, Robert und Wolfe, Barbara (1995a): Children's Prospects and Children's Policy. In: Journal of Economic Perspectives Vol 7, No 4, S. 153-173.

Haveman, Robert und Wolfe, Barbara (1995b): The Determinats of Children's Attainments: A Review of Methods and Findings. In: Journal of Economic Literature, December, S. 1829-1878.

Hax, Herbert (1997): Fixiert auf die Verteilung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Mai 1997, Nr. 113, S. 15.

Headey, Bruce, Habich, Roland und Krause, Peter (1990): The Duration and Extent of Poverty - Is Germany a Two-Thirds-Society? Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung. Wissenschaftszentrum, Arbeitspapier. S. 90-103. Berlin.

Headey, Bruce, Habich, Roland und Krause, Peter (1991): The two-third society: Social facts or fiction? DIW Discussion Paper No. 38. Berlin.

Heclo, Hugh (1995): The Social Question. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 665-692. New York.

Hefler, Gerd, Rippl, Susanne und Boehnke, Klaus (1998): Zum Zusammenhang von Armut und Ausländerfeindlichkeit bei west- und ostdeutschen Jugendlichen. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 183-204. Opladen.

Helming, Elisabeth (1998): Sozialpädagogische Familienhilfe – Hilfe zur Selbsthilfe für arme Familien. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 288-308. Opladen.

Hernandez, Donald J. (1993): America's children: resources from family, government, and the econom. New York.

Hesse, Klaus (1994): Familien und Haushalte in sozio-ökonomischen Konfliktfeldern. 44. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft.

Hettinger, Jochen (1996): Kindheit im sozialen Wandel. Der „Bericht zur Situation der Kinder in Baden-Württemberg". In: ISI Nr. 15/1996. S. 3-6. Mannheim.

Hochmuth, Uwe (1995): Armut in der sozialen Marktwirtschaft und Probleme ihrer Überwindung aus ordnungspolitischer Sicht. In: Hochmuth, Uwe, Klee, Günther und Volkert, Jürgen (Hrsg.): Tübinger volkswirtschaftliche Schriften, Bd. 12. Tübingen.

Hockauf-Schneider, Reinhilde (1988): Kinder als Armutsursache von Lohnempfängern? Zu den Ursachen und Entwicklung der Sozialhilfebedürftigkeit von Familien mit Kindern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 14, Nr. 1. S. 23-48.

Hoffmann, Audrey (1998): Die soziale Lage ostdeutscher Familien mit Kindern in den Jahren 1990 bis 1993. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 34-53. Opladen.

Hoffmann, Ullrich und Beck, Martin (1994): Die neue Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik. In: Wirtschaft und Statistik 2/1994.

Hoffmeyer-Zlotnik, J. und Krebs, D. (1993): Subjektive Statuszuweisung, objektive Schichtmessung. In: ZUMA-Arbeitsbericht Nr. 93/14. Mannheim.

Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen und Warner, Uwe (1998): Die Messung von Einkommen im nationalen und internationalen Vergleich. In: ZUMA-Nachrichten Nr. 42. Mannheim.

Hofrichter, Jürgen (1993): Familie und Arbeit immer noch wichtiger als Freizeit. Wertorientierung, Arbeitszeitwünsche und Freizeitaktivitäten. In: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 10 (Juli 1993). S. 9. Mannheim.

Holst, Elke, und Schupp, Jürgen (1997): Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Teil II. S. 489-501. Bonn.

Honig, Michael-Sebastian und Ostner, Ilona (1998): Armut von Kindern? Zur sozialpolitischen Konstruktion von Kindheit. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 251-265. Opladen.

Hübinger, Werner; Priester, Tom; Glatzer, Wolfgang, Leibfried, Stephan und Behrens, Johann (o. J.): Verwaltungsdaten der Sozialhilfe – Verwendungsmöglichkeiten für die Sozialberichterstattung. S. 405-429.

Hübinger, Werner (1989): Zur Lebenslage und Lebensqualität von Sozialhilfeempfängern – Eine theoretische und empirische Armutsuntersuchung. In: Sozialer Forschritt 1989/8.

Hübinger, Werner (1996): Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg.

Huff Stevens, Ann (1994): Persistence in Poverty and Welfare: The Dynamics of Poverty Spells: Updating Bane and Ellwood. In: The American Economic Review, Papers and Proceedings 84, S. 34-37.

Huff Stevens, Ann (1995): Climbing Out of Poverty, Falling Back. In: National Bureau of Economic Research: Measuring the persistence of poverty over multiple spells, NBER Working Paper Series No. 5390, Cambridge MA.

Hurrelmann, Klaus (1997): Bielefelder Erklärung zur Kinder- und Jugendpolitik. Bielefeld.

Huster, Ernst-Ulrich (1990): Gesundheit – Risiken und Unterversorgung. In: Döring, Dieter, Hanesch, Walter und Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand. S. 244-269. Frankfurt a.M.

Iben, Gerd (1992): Armut und Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49. S. 19-29. Bonn.

Infratest Sozialforschung GmbH im Auftrag der Senatsverwaltung für Soziales Berlin (1995): Bericht zur sozialen Lage in Berlin. Berlin.

Inglehart, Ronald und Rabier, Jacques-René (1986): Aspirations Adapt to Situations - But Why Are the Belgians so Much Happier than the French? A Cross-Cultural Analysis of the Subjective Quality of Life. In: Andrews, Frank M. (ed.): Research On The Quality of Life. University of Michigan, Ann Arbor.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (1992): Armut im Wohlstand. Ausmaß, Ursachen, Hilfen. Köln.

Jankowitsch, B., Klein, T. und Weick, S. (1999): Die Rückkehr ausländischer Arbeitsmigranten seit Mitte der achtziger Jahre. In: P. Schmidt (Hsrg.): Blickpunkt Gesellschaft 5. Opladen.

Jakobs, Herbert (1994): Die Armutssoziologie Georg Simmels. Zur Aktualität eines beziehungssoziologischen Armutsbegriffs. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 40, Heft 1. S. 24-43.

Jenkins, Stephen (1990): Poverty measurement and the within-household distribution: Agenda for action. In: J.-W. Goethe-Universität und Universität Mannheim, Sonderforschungsbereich 3: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Working Paper No. 331.

Jenkins, Stephen, Micklewright, John und Bradbury, Bruce (o. J.): Children in and out of Poverty.

Joos, Magdalena und Nauck, Bernhard (1995): Wandel der familiären Lebensverhältnisse von Kindern in Ostdeutschland, Expertise für die Berichtsgruppe 5 der Kommission für den sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Chemnitz.

Joos, Magdalena (1995): Selektive Kontexte. Umwelten von Kindern und Erwachsenen in Ost- und Westdeutschland. In: Bernhard Nauck und Hans Bertram (Hrsg.): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. DJI: Familien-Survey 5. S. 171-204. Opladen.

Joos, Magdalena (1997): Armutsentwicklung und familiäre Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern. In: Ulrich Otto (Hrsg.): Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien. S. 47-78. Opladen.

Joos, Magdalena und Meyer, Wolfgang (1997): Die Entwicklung der relativen Einkommensarmut von Kindern in Deutschland 1990-1995. Längsschnittliche Betrachtung im Ost-West-Vergleich. Chemnitz.

Joos, Magdalena und Meyer, Wolfgang (1998): Die Entwicklung der relativen Einkommensarmut von Kindern in Deutschland 1990 bis 1995. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 19-33. Opladen.

Kamerman, Sheila B. (1995): Gender Role and Family Structure Changes in the Advanced Industrialized West: Implications for Social Policy. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 231-256. New York.

Kamerman, Sheila B. und Kahn, Alfred J. (1997): Investing in Children: Government Expenditure for Children and their Families in Western Industrialized Countries. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries 1945-1995. S. 91-121. Oxford.

Kangas, Olli und Ritakallio, Veli-Matti (1998): Different methods – different results? Approaches to multi-dimensional poverty. In: Hans-Jürgen Andreß (Ed.): Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. S. 167-203. Aldershot/Brookfield USAA/Singapore/Sidney.

Karsten, Maria-Eleonora (o. J.): Armut und Kinderreichtum. Zur sozialen Lage in kinderreichen Familien. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 11-12/89, S. 330-334.

Kennedy, St., Whiteford, P. und Bradshaw, J. (1996): The Economic Circumstances of Children in Ten Countries. In: Brannen, J. und O'Brien, M. (Eds.): Children in Families. Research and Policy. London.

Kirchhöfer, Dieter (1998): Soziale Differenzwahrnehmung ostdeutscher Kinder. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 54-66. Opladen.

Kirner, Ellen, Schöb, Anke und Weick, Stefan (1999): Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes erfordert Reform der staatlichen Förderung von Ehe und Familie. Zur Einkommenssituation von Haushalten und Familien. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 8, 99. S. 163-173. Berlin.

Kitterer, W. (1986): Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes. In: Lindner, H. (Ed.): Aussagefähigkeit von Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft (=Forschungsbericht aus dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, Serie A; Nr. 43). S. 26-101. Tübingen.

Klein, Thomas (1985): Umfang und Strukturen der Armut unter dem Einfluß von Zweitverdiensten. In: J.-W. Goethe-Universität und Universität Mannheim, Sonderforschungsbereich 3: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Arbeitspapier Nr. 170. Frankfurt a.M.

Klein, Thomas (1986a): Äquivalenzskalen: ein Literatursurvey. Arbeitspapier Nr. 195, Sonderforschungsbereich 3: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik. Frankfurt a.M.

Klein, Thomas (1986b): Sozilahilfeniveau und untere Lohneinkommen – die Entwicklung seit 1962 und Unterschiede zwischen den Bundesländern. In: J.-W. Goethe-Universität und Universität Mannheim, Sonderforschungsbereich 3: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Arbeitspapier Nr. 205. Frankfurt a.M.

Klein, Thomas, Merz, Joachim und Wolff, Klaus (1986): Poverty, secondary occupation and household production – Empirical evidence for the Federal Republic of Germany. In: J.-W. Goethe-Universität und Universität Mannheim, Sonderforschungsbereich 3: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Working paper No. 214. Frankfurt a.M.

Klein, Thomas (1987): Verarmung durch Arbeitslosigkeit im Haushaltszusammenhang. In: WSI-Mitteilungen 10/1987.

Klein, Thomas und Zimmermann, Gunter (1991): Zur ökonomischen Mobilität von Individuen und Familien: Determinanten und Armutsrisiken. In: Rendtel, Ulrich und Wagner, Gert (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. S.437-456. Frankfurt a.M./New York.

Klein, Thomas (1995a): Geschwisterlosigkeit in Ost- und Westdeutschland. In: Bernhard Nauck und Hans Bertram (Hrsg.): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. DJI: Familien-Survey 5. S. 121-136. Opladen.

Klein, Thomas (1995b): Scheidungsbetroffenheit im Lebensverlauf der Kinder. In: Bernhard Nauck und Hans Bertram (Hrsg.): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. DJI: Familien-Sut´rvey 5. S. 253-263. Opladen.

Klevemarken, N. Anders (Hrsg.), Lybeck, Johan A. (Hrsg.) und Shorrocks, A.F. (1981): Income stability in the United States. In: Klevemarken, N. Anders und Lybeck, Johan A. (Hrsg.): The Statistics and Dynamics of Income. Clevedon, Avon: Tieto.

Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus (1995): Armut und Gesundheit, Inwieweit sind Kinder und Jugendliche betroffen? In: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaft 2. Beiheft. S. 139-151.

Klocke, Andreas (1996): Aufwachsen in Armut. Auswirkungen und Bewältigungsformen der Armut im Kindes- und Jugendalter. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, Heft 4/96.

Klocke, Andreas (1998): Kinderarmut in Europa. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 136-159. Opladen.

Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus (1998): Kinder und Jugendliche in Armut. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus, Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 7-24. Opladen.

Knoppke-Wetzel, Volker (o. J.): Finanziell und sozial schwache Bürger und ihr Zusammentreffen mit dem Rechtssystem. Überlegungen über Sachfragen und Forschungsbedarf in staatlichen Programmen für „Arme“ am Beispiel der USA.

Koch, Achim, Gabler, Siegfried und Braun, Michael (1994): Konzeption und Durchführung der "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) 1994, ZUMA-Arbeitsbericht 94/11. Mannheim.

Kolbe, Fritz-Ulrich (1998): Die Verschärfung der Reproduktion sozialer Ungleichheit durch Schule. Auswirkungen der Deregulierung des Schulsystems am Beispiel Englands und der USA. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 147-163. Opladen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) im Deutschen Bundestag: Zwischenbericht über die Tätigkeit der Kommission von April 1991-1993.

Krämer, Walter (1997): Statistische Probleme bei der Armutsmessung: Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Bd. 94. Baden-Baden.

Krause, Peter (1992): Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 49. S. 3-17. Bonn.

Krause, Peter (1994): Zur zeitlichen Dimension von Einkommensarmut. In: Hanesch, Walter et al. (Hrsg.): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. S. 182- 214. Reinbek.

Krause, Peter (1995): Ostdeutschland fünf Jahre nach der Einheit: Rückgang der Erwerbsbeteiligung scheint gestoppt, Einkommen gleichen sich wieder an, Armut stagniert. In: DIW-Wochenbericht 50/95. Berlin.

Krause, Peter (1997): Zur Messung von Einkommensarmut am Beispiel des vereinigten Deutschlands – Methodische Ansätzen und empirische Analysen auf Grundlage der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Berlin.

Kürner, Peter (1994): Die vergessenen Kinder. Armut-Vernachlässigung-Kinderschutz. In: Kürner, Peter und Nafrothe, Ralf (Hrsg.): Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung und Armut in Deutschland. S. 10-20. Köln.

Kurz, Karin (1997): Einstellung zur Rolle der Frau. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Teil II. S. 450-456, Bonn.

Land, Kenneth C. (1998): A Second Annual Report on America’s Children. In: Internatioonal Sociological Association: SINET. Social Indicators Network News, No. 56, November 1998. S. 4-7.

Landua, Detlef (1993): Stabilisierung trotz Differenzierung? Sozialstrukturelle Entwicklungen und wahrgenommene Lebensqualität in Ostdeutschland 1990-1992. In: WZB Papers P93-107. Berlin.

Lang, Sabine und Müller-Andritzky, Maria (1984): Gesundheit und soziale Integration. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik, Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. S. 141-156, Frankfurt a.M./ New York.

Lang, S. (1985): Lebensbedingungen und Lebensqualität von Kindern. Frankfurt a.M./New York.

Lauterbach, Wolfgang und Klein, Thomas (1995): Erwerbsunterbrechung von Müttern. In: Bernhard Nauck und Hans Bertram (Hrsg.): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. DJI: Familien-Survey 5. S. 207-229. Opladen.

Lauterbach, Wolfgang und Lange, Andreas (1997): Aufwachsen in materieller Armut und sorgenbelastetem Familienklima: Die Konsequenzen für den Schulerfolg der Kinder. Konstanz.

Lauterbach, Wolfgang und Lange, Andreas (1998): Aufwachsen in materialler Armut und sorgenbelastetem Familienklima. Konsequenzen für den Schulerfolg von Kindern am Beispiel des Übergangs in die Sekundarstufe I. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 106-128. Opladen.

Lawson, Roger und Wilson, William Julius (1995): Poverty, Social Rights, and the Quality of Citizenship. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 693-714, New York.

Lefaucheur, Nadine (1995): French Policies Towards Lone Parents: Social Categories and Social Policies. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 257-290. New York.

Leibfried, Stephan und Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32. Opladen.

Leibfried, Stephan, Leisering, Lutz, Buhr, Petra, Ludwig, Monika, Mädje, Eva, Olk, Thomas, Voges, Wolfgang und Zwick, Michael (Hrsg.) (1995): Zeit der Armut, Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt.

Leu, Robert E., Burri, Stefan und Priester, Tom (1997): Lebensqualität und Armut in der Schweiz (2. A.). Bern/Stuttgart/Wien.

Lillard, Lee A. und Willis, Robert J. (1978): Dynamic aspects of earning mobility. In: Econometrica, Vol. 46, No. 5. S. 985-1012.

Löwenbein, Oded und Rendtel, Ulrich (1991): Selektivität und Panelanalyse. In: Rendtel, Ulrich und Wagner, Gert (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. S. 156-187. Frankfurt a.M./New York.

Ludwig, Monika (1992): (a) Sozialhilfekarrieren. In: Neue Praxis, Heft 2/1992, S. 130-140.

Ludwig, Monika, Leisering, Lutz und Buhr, Petra (1995): Armut verstehen. Betrachtungen vor dem Hintergrund der Bremer Langzeitstudie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B31-32. S. 24-34. Bonn.

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (o. J.): Über die Heterogenität (auch) der Verläufe von Armut und über die Schwierigkeiten ihrer Erfassung anhand prozeß-produzierter Daten. In: BIOS, Heft 2, Jg. 7. S. 223-239.

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (o. J.): Über die Heterogenität (auch) der Verläufe von Armut und über die Schwierigkeiten ihrer Erfassung anhand prozeß-produzierter Daten. In: BIOS, Heft 2; Jg. 7. S. 223-239.

Ludwig-Mayerhofer, W. (1995): Familiale Vermittlung sozialer Ungleichheit. Vernachlässigte Probleme in alter und neuer Ungleichsforschung. In: Berger, Peter A. und Sopp, Peter (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Sozialstrukturanalyse, Bd. 5. S. 155-177. Opladen.

Mack, J. und Lanley, S. (1985): Poor Britain, Allen and Unwin. London.

Mädje, Eva und Neusüß, Claudia: Alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen zwischen sozialpolitischem Anspruch und gesellschaftlicher Realität. In: Zwick, Michael M. (Hrsg.) (1994): Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. S. 134-155. Frankfurt a.M./New York.

Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (1998): Kinderarmut – Armutsrisiko Kinder. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 7-18. Opladen.

Mayer, Otto G. (1996): Standort Deutschland – neue Herausforderungen angesichts veränderter Wettbewerbsbedingungen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 26/96.

Mayer, S.E. (1993): Living conditions among the poor in four rich countries. Journal of Population Economics, 6. S. 261-286.

Mayer, Susan (1995): A Comparison of Poverty and Living Conditions in the United States, Canada, Sweden, and Germany. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 109-152. New York.

McFate, Katherine (1995a): Trampolines, Safety Nets, or Free Fall? Labor Market Policies and Social Assistance in the 1980s. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 631-664. New York.

McFate, Katherine (1995b): Western States in the New World Order. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 1-28. New York.

McFate, Katherine, Smeeding, Timothy und Rainwater, Lee (1995): Markets and States: Poverty Trends and Transfer System Effectiveness in the 1980s. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 29-66. New York.

McLanahan, Sara und Garfinkel, Irwin (1995): Single Mother Families and Social Policy: Lessons for the United States from Canada, France, and Sweden. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 367-386. New York.

Merten, Roland (1998): Armut als Herausforderung an die Kinder- und Jugendhilfepolitik. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 266-287. Opladen.

Merz, Joachim, Garner, Theresia, Smeeding, Timothy, Faik, Jürgen und Johnson, David (1993): Two scales, one methodology – Expenditure based equivalence scales for the United States and Germany. Cross-National Studies in Aging. Programm Project Paper No. 8. Syracuse.

Mielck, Andreas (1998): Armut und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen: Ergebnisse der sozial-epidemiologischen Forschung in Deutschland. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 225-249. Opladen.

Miggelbrink, Judith und Tzschaschel, Sabine (1997): Armut im Sozialstaat. In: Atlas Bundesrepublik Deutschland. Pilotband. Leipzig.

Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst (1995): Bericht über die Situation der Kinder in Baden-Württemberg. Stuttgart.

Mohr, Hans-Michael (1984): Politische und soziale Beteiligung. In: Glatzer, Wolfgang und Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. S. 157- 176. Frankfurt a.M./New York.

Morris, Martina, Bernhardt, Annette D. und Handcock, Mark S. (1994). Economic Inequality: New Methods for New Trends. In: American Sociological Review, Vol 59, S. 205-219.

Müller, Klaus, Hauser, Richard, Frick, Joachim und Wagner, Gert (1995): Zur Entwicklung der Einkommensverteilung und der Einkommenszufriedenheit in den neuen und alten

Bundesländern 1990 bis 1993. In: Glatzer, Wolfgang und Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.): Getrennt vereint, Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Soziale Indikatoren, Bd. XVIII. S. 73-108. Frankfurt a.M./New York.

Münnich, Margot und Papastefanou, Georgios (1997): Weitere amtliche Mikrodaten für die Forschung leichter nutzbar. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. In: ZUMA-Nachrichten 41, Jg. 21 (November 1997). S. 182-184. Mannheim.

Muffels, Ruud und Dirven, Henk-Jan (1998): Long-term income and deprivation-based poverty among the elderly. In: Hans-Jürgen Andreß (Ed.): Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. S. 229-256. Aldershot/Brookfield USA/Singapore/Sidney.

Mutz, Gerd (1994): Unterbrechungen im Erwerbsverlauf und soziale Ungleichheit. In: Michael M. Zwick (Hrsg.): Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. S. 156-180. Frankfurt a.M./New York.

Nationale Armutskonferenz in Deutschland (1993): Die Bekämpfung von Armut und Unterversorgung in Deutschland.

Nauck, Bernhard (1995a): Kinder als Gegenstand der Sozialberichterstattung - Konzepte, Methoden und Befunde im Überblick. In: Nauck, Bernhard und Bertram, Hans (Hrsg.): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. DJI Familien-Survey 5. S. 11-87. Opladen.

Nauck, Bernhard (1995b): Lebensbedingungen von Kindern in Einkind-, Mehrkind- und Vielkindfamilien. In: Bernhard Nauck und Hans Bertram (Hrsg.): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. DJI: Familien-Survey 5. S. 137-169. Opladen.

Nauck, Bernhard und Bertram, Hans (1995a): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. DJI: Familien-Survey 5. Opladen.

Nauck, Bernhard und Bertram, Hans (1995b): Vorwort. In: Nauck, Bernhard u. Bertram, Hans (Hrsg.): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. DJI: Familien-Survey 5. Opladen.

Nauck, Bernhard und Joos, Magdalena (1995): East Joins West: Child Welfare and Market Reforms in the "Special Case" of the Former GDR. Economic Policy Series, Number 48. Innocenti Occasional Papers.

Nauck, Bernhard, Meyer, Wolfgang und Joos, Magdalena (1996): Sozialberichterstattung über Kinder in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/96, S. 11-20.

Nauck, Bernhard (1997): Sozialberichterstattung zu den Lebensverhältnissen von Kindern. In: Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.): Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. S. 167-194. Weinheim.

Nauck, Bernhard, Joos, Magdalena und Meyer, Wolfgang (1998): Kinder. In: Schäfers, Bernhard und Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. S. 362-370. Opladen.

Neubauer, Georg (1998): Armut macht krank – Reichtum erhält gesund? In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 190-199. Opladen.

Neuberger, Christa (1997): Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit und Armut auf Familien und Kinder. Ein mehrdimensionaler empirisch gestützer Zugang. In: Ulrich Otto (Hrsg.): Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien. S. 79-122. Opladen.

Neuhäuser, Jenny (1995): Sozialhilfeaufwand 1993. In: Wirtschaft und Statistik 2/1995.

Neyer, Jürgen und Seeleib-Kaiser, Martin (1996): Arbeitsmarktpolitik nach dem Wohlfahrtsstaat. Konsequenzen der ökonomischen Globalisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 26/96.

Niedersächsischer Landtag (1998): Landesbericht zur Entwicklung von Armut und Reichtum. Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Beschluß des Landtages vom 12.12.1996 – Drs. 13/2495.

Noll, Heinz-Herbert (1977): Soziale Indikatoren für Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen. In: Wolfgang Zapf: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. (SPES, Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland; Schriftenreihe Band 10). S. 209-322. Frankfurt a.M./New York.

Noll, Heinz-Herbert (1989): Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens: Instrumente für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung. In: ZUMA-Nachrichten Nr. 24. Mannheim.

Noll, Heinz-Herbert und Wiegand, Erich (1993): System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland, Zeitreihen 1950- 1991, Tabellenband. Eine ZUMA Publikation. Mannheim.

Noll, Heinz-Herbert und Zapf, Wolfgang (1994): Social Indicators Research: Societal Monitoring and Social Reporting. Beitrag zur Festschrift anlässlich des 20jährigen Bestehens von ZUMA. Mannheim.

Noll, Heinz-Herbert und Weick, Stefan (1995): Fachkonferenz „Anforderungen an einen Nationalen Armutsbericht“ – Stellungnahme aus der Perspektive der Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung.

Noll, Heinz-Herbert (1998): Sozialstatistik und Sozialberichterstattung. In: Schäfers, Bernhard und Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. S. 632-641. Opladen.

Noll, Heinz-Herbert, Schmidt, Peter und Weick, Stefan (1998): Migrants in Germany: Towards a Multicultural Society? In: Jacqueline Bühlmann, Paul Röthlisberger und Beate Schmid: Monitoring Multicultural Societies. A Siena Group Report. S. 139-171. Neuchatâtel, (Swiss Federal Stastical Office).

Olk, Thomas und Mierendorff, Johanna (1998): Kinderarmut und Sozialpolitik. Zur politischen Regulierung von Kindheit im modernen Wohlfahrtsstaat. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 230-257. Opladen.

Olk, Thomas und Rentzsch, Doris (1998): Kinder in ostdeutschen Armutshaushalten. In: Klokke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 87-111. Opladen.

Olsson Hort, Sven E. (1997): Advancing for Children in the Advanced Welfare State: Current Problems and Prospects in Sweden. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995. S. 284-306. Oxford.

Oppenheim, Carey und Lister, Ruth (1998): Armut und Familienleben am Beispiel der britischen Gesellschaft. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 205-224. Opladen.

Ortlepp, Wolfgang (1998): Zur Sozialisation von Kindern und Jugendlichen der Stadt Magdeburg unter den Bedingungen sozialer und gesellschaftlicher Veränderungen. Der Anteil an Sozialhilfeempfängern und Reaktionen von Vertretern öffentlicher Einrichtungen. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 90-105. Opladen.

Osterman, Paul (1995): Is There a Problem with the Youth Labor Market, And If So, How Should We Fix It? In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 387-414. New York.

Otto, Ulrich (1997): Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien. Opladen.

Ozawa, Martha N. und Kono, Shigemi (1997): Child Well-Being in Japan: The High Cost of Economic Success. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrializde Countries, 1945-1995. S. 307-336. Oxford.

Perik, Muzaffer, Schmidt, Wilhelm und Wendt, Peter-Ulrich (1995): Arm dran. Armut, sozialer Wandel, Sozialpolitik. Marburg.

Phipps, Shelley (1998): The Well-Being of Young Canadian Children in International Perspective. Ottawa.

Piachaud, D. (1992): "Wie misst man Armut". In: Leibfried, S. und Voges, W. (Hrsg): Armut in Wohlfahrtsstaaten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32.

Podszuweit, Ulrich (1994): Armut in der Großstadt. Das Beispiel Hamburg. In: Kürner, Peter und Nafrothe, Ralf (Hrsg.): Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung und Armut in Deutschland. S. 41-50. Köln.

Portes, Alejandro und Zhou, Min (1995): Divergent Destinies: Immigration, Poverty, and Entrepreneurship in the United States. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 489-520. New York.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1999): Sozialhilfe in Deutschland: Entwicklung und Strukturen. Bericht des Statistischen Bundesamtes. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Sozialpolitische Umschau Nr. 39, 1999. S. 5-17. Bonn.

Priller, Eckhard (1994a): Armut durch Arbeitslosigkeit – sozialer Wandel und Verarmungsrisiken in den neuen Bundesländern. In: Focus Ostdeutschland Nr. 12/August 1994.

Priller, Eckhard (1994b): Einkommensverteilung und Lebensstandard. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe Bd. 325, Teil II. S. 450-463. Bonn.

Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel (1995): Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 64, Heft 1. S. 5-15.

Pugliese, Enrico (1995): Special Measures to Improve Youth Employment in Italy. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 439-460. New York.

Qvortrup, Jens (1998): Kinder in der intergenerationalen Ressourcenverteilung. Gerechtigkeit und Berechtigung. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 214-229. Opladen.

Rainwater, Lee und Smeeding, Timothy M. (1995): Doing Poorly: The Real Income of American Children in a Comparative Perspective. Luxembourg Income Study, Working Paper No. 127.

Ramprakash, Deo (1994): Poverty in the countries of the European Union: A synthesis of Eurostat's statistical research on poverty. In: Journal of European Social Policy 1994,4. S. 117-128.

Ramprakash, Deo (1997): Einkommensverteilung und Armut im Europa der Zwölf – 1993. In: Eurostat. Statistik kurzgefaßt. Bevölkerung und soziale Bedingungen, Luxemburg.

Ravallion, Martin (1994): Poverty Comparisons. Chur.

Rendtel, Ulrich und Wagner, G. (1992): Micro Income in the Federal Republic of Germany between 1984 and 1989. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 3-4. S. 131-137.

Rendtel, Ulrich, Langeheine, Rolf und Berntsen, Roland (1996): The Estimation of Poverty Dynamics Using Different Measurements of Household Income. (Beitrag für das Arbeittstreffen „Panel-Analyse" beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, 21.-22. November 1996.

Rohwer, Götz (1991): Einkommensmobilität privater Haushalte 1984-1989. In: Rendtel, Ulrich und Wagner, Gert (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. S. 379-408. Frankfurt a.M./New York.

Rolf, Gabriele und Wagner, Gert (1994): Altersvorsorge und Vereinbarkeit von Kind und Beruf. In: Bäcker, Gerhard und Stolz-Willig, Brigitte (Hrsg.): Kind, Beruf, Soziale Sicherung. Zukunftsaufgabe des Sozialstaates. S. 289-316. Köln.

Rose, Ruth (1995): Lone Parents: The Canadian Experience. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 327-366. New York.

Ross-Strajhar, Gisela (1988): Armut in einem reichen Land. Armut, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Literatur- und Forschungsdokumentation 1984-1987, Informationszentrum Sozialwissenschaften. Bonn.

Rowntree, B.S. (1922): Poverty. A Study of Town Life. London.

Ruspini, Elisabetta (1996): Dynamics of Poverty: Which Differences between women and men? Paper presented at the GSOEP96 Conference, Berlin, July 1996.

Ruspini, Elisabetta (1998): Living on the Poverty Line. Lone Mothers in Belgium, Germany, Great Britain, Italy and Sweden. In: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitspapiere, Arbeitsbereich I / Nr. 28. Mannheim.

Salentin, Kurt (1992): Literatur-Übersicht und Transfereinkommen und Netzwerkhilfe in privaten Haushalten. In: Universität Bielefeld. Fakultät für Soziologie, Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich. Arbeitspapier des DFG-Projektes. Bielefeld.

Salentin, Kurt (1993): Wirtschaftsstrategien und Netzwerkhilfe der privaten Haushalte. In: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie: Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich, Arbeitspapier des DFG-Projektes. Bielefeld.

Saraceno, Chiara (1997): Growth, Regional Imbalance, and Child Well-Being: Italy over the Last Four Decades. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialzed Countries 1945-1995. Oxford.

Schaich, Eberhard (1995): Sensitivitätsanalyse von Armutsmaßen.

Schettkat, Ronald (1996): Das Beschäftigungsproblem der Industriegesellschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 26/96.

Scheurle, Ulrich (1991): Statistische Erfassung von Armut. In: Strecker, Heinrich, Féron, Robert, Beckmann, Martin J. und Wiegert, Rolf (Hrsg.): Angewandte Statistik und Ökonometrie, Heft 34. Göttingen.

Schlemmer, Elisabeth (1998): Risikolagen von Familien und ihre Auswirkungen auf Schulkinder. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 129-146. Opladen.

Schluter, Christian (1996): On the Non-Stationarity of German Income Mobility (and some observations on poverty dynamics). In: EUI Working Papers, No. 96/35. San Domenico.

Schluter, Christian (1998): Is there a new child poverty? – The changing experience of child poverty in Germany.

Schmid, Friedrich (1992): Einkommensdisparität der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1988. Einige Ergebnisse der Auswertung von Daten des DIW. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, H. ¾. S. 138-146.

Schmidt, Peter und Weick, Stefan (1998): Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern. In: ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 19, ZUMA-Publikation. S. 1-5, Mannheim.

Schmolling, Petra (1994): Die Armut in der Bundesrepublik Deutschland im Kontext gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen (Dissertation). Hamburg.

Schöb, Anke (1997): Entwicklungschancen von Kindern in einkommensschwachen Haushalten, Eine empirische Untersuchung von Bildungsentscheidungen mit Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP), Diplomarbeit. Mannheim.

Schott-Winterer, Andrea (1990): Wohlfahrtsdefizite und Unterversorgung. In: Döring, Dieter, Hanesch, Walter und Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand, S. 56-78, Frankfurt a.M./Main.

Schröder, Harry (1995): Armut und Gesundheit – Veränderungen in den neuen Bundesländern. In: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, 2. Beiheft 1995. S. 87-129.

Schröder, Helmut (1994): Gesellschaftliche Beteiligung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim, Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 325. S. 552-560. Bonn.

Schubert, Ursula: Armut von Alleinerziehenden, Kindern und Jugendlichen in den neuen Bundesländern. In: Kind Jugend Gesellschaft 1/95. S. 9-13.

Schupp, Jürgen und Wagner, Gert (1995): Die Zuwanderer-Stichprobe des Sozioökonomischen Panels (SOEP). In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 64, Heft 1. S. 16-25.

Schwartau, Cord und Vortmann, Heinz (1989): Die materiellen Lebensbedingungen in der DDR. In: Weidenfeld, Werner und Zimmermann, Hartmut (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 275. S. 292-307. Bonn.

Seewald, Hermann (1997): Sozialhilfeempfänger und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleitungsgesetz 1995. In: Wirtschaft und Statistik, 10. S. 720-726.

Seewald, Hermann (1998): Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1996. In: Wirtschaft und Statistik, 6/98. S. 509-519.

Seifert, Wolfgang (1998): Ausländische Bevölkerung. In: Schäfers, Bernhard und Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. S. 49-59. Opladen.

Semrau, Peter (1990): Entwicklung der Einkommensarmut. In: Döring, Dieter, Hanesch, Walter und Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand. S. 111-128. Frankfurt a.M.

Sen, Amartya (1973): On Economic Inequality. Oxford.

Sen, Amartya (1975): Ökonomische Ungleichheit. In: Frenzel, Gottfried, Nutzinger, Hans G. und Wolfstetter, Elmar (Hrsg.): Campus-Reihe Politische Ökonomie, Frankfurt a.M./New York.

Sen, Amartya (1976): Poverty: An Ordinal Approach to Measurement. In: Econometrica, 44. S. 219-231.

Sen, Amartya (1979): Issues in the Measurement of Poverty. In: The Scandinavian Journal of Economics, 81. S. 286-307.

Sen , Amartya (1983): Poor, Relatively Speaking. In: Oxford Econmic Papers. Oxford.

Sen, Amartya (1985): A Sociological Approach to the Measurement of Poverty. In: Oxford Economic Papers. Oxford.

Sen, Amartya (1992): Inequality Reexamined. Oxford.

Shorrocks, Anthony (1978): Income inequality and income mobility. In: Journal of Economic Theory, Vol. 19. S. 376-393. London.

Siegrist, Johannes (1995): Soziale Ungleichheit und Gesundheit: neue Herausforderungen an die Präventionspolitik in Deutschland. In: Zeitschrift für Gesundheitswesen, 2. Beiheft 1995. S. 54-63.

Silva, Manuela (1997): Weak Social Policy. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995. Oxford.

Smeeding, Timothy M, O'Higgins, Michael und Rainwater, Lee (1990): Poverty, inequality and income distribution in comparative perspective. The Luxembourg Income Study (LIS). New York/London/Toronto/Sydney/Tokyo/Singapore.

Smeeding, Timothy, Danziger, Sheldon und Rainwater, Lee (1997): Making Social Policy Work for Children: Towards a More Effective Antipoverty Policy. In: Cornia, Giovanni Andrea und Danziger, Sheldon: Child Poverty and Depriviation in the Industrialized Countries, 1945-1995. Oxford.

Sopp, Peter (1994): Das Ende der Zwei-Drittel-Gesellschaft? Zur Einkommensmobilität in Westdeutschland. In: Zwick, Michael M. (Hrsg.): Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. S. 47-74. Frankfurt a.M.

Spanier, Wolfgang (1998): Notwendige Maßnahmen des Gesetzgebers zur Sicherung des Existenzminimums. Lösungsstrategien zur Bekämpfung von Armut. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern, Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 274-285. Opladen.

SPD, Mitglieder derArbeitsgruppe „Armut“ der SPD-Bundestagsfraktion: Handlungskonzept zur Bekämpfung von Armut in Deutschland. In: SPD-Materialien. Bonn.

Specht, Thomas (1990): Spaltung im Wohnungsmarkt – Die unsichtbare Armut des Wohnens. In: Döring, Dieter, Hanesch, Walter und Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand. S. 227-243. Frankfurt a.M.

Specht-Kittler, Thomas (1992): Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B49. S. 31-41. Bonn.

Spellerberg, Annette und Schulze-Buschoff, Karin (1994): Freizeit. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 325. S. 530- 539. Bonn.

Spellerberg, Annette (1997): Zufriedenheit in Lebensbereichen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Teil II. S. 441- 449. Bonn.

Spieckermann, Holger und Schubert, Herbert (1998): Verkehrssicherheit von Kindern in Anhängigkeit vom sozialen Umfeld. In: Mansel, Jürgen und Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Aus der Reihe Kindheitsforschung im Aufrag des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung Band 9, Universität Bielefeld (herausgegeben von Melzer, Wolfgang, Neubauer, Georg, Sander, Uwe, Treumann, Klaus-Peter und Volkmer, Ingrid). S. 164-172. Opladen.

Standing, Guy (1995): Labour Insecurity Through Market Regulation: Legacy of the 1980s, Challenge for the 1990s. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 153-198. New York.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1994): Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe, Band 325. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1995): Im Blickpunkt: Familien heute. Stuttgart.

Statistisches Bundesamt (1997): Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik. In: Zahlen - Fakten - Trends. Monatlicher Pressedienst des Statistischen Bundesamtes. S. 1-3. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (1999): Sozialhilfe in Deutschland: Entwicklung und Strukturen (Nr. 39). In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Sozialpolitische Umschau, 8. Februar 1999. S. 5-17. Bonn.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (1996): Überdurchschnittlicher Wohlstand kinderloser Paare – unterdurchschnittlicher Wohlstand von Familien mit Kindern. In: Eildienst Nr. 86/96, Stuttgart.

Stone, Deborah A. (o. J.): Making the poor count. In: The American Prospect, No. 17, Spring 1994. S. 84-88.

Townsend, P. (1979): Poverty in the United Kongdom. A Survey of Household Resources. London.

Ulbrich, Rudi (1990): Wohnverhältnisse einkommensschwacher Schichten. In: Döring, Dieter, Hanesch, Walter und Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand. S. 206-226. Frankfurt a.M.

Ulrich, W. und Binder, J. (1992): Armut im Kanton Bern, Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (Mimeo).

van den Bosch (1993): A comparison of poverty in seven European countries and regions using subjective and relative measures. In: Journal of Population Economics, 6. S. 235-259.

van Praag, B.M.S. (1994): Ordinal and Cardinal Utility: An Integration of the Two Dimensions of the Welfare Concept. In: Blundell, R., Preston, I. und Walker, I. (Hrsg.): The Measurement of the Household Welfare. Cambridge.

Veenman, Justus (1995): Ethnic Minorities in the Netherlands. In: McFate Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future Social Policy. Western States in the New World Order. S. 607-630. New York.

Voges, Wolfgang und Rohwer, Götz (1991): Zur Dynamik des Sozialhilfebezugs. In: Rendtel, Ulrich und Wagner, Gert (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984, Frankfurt a.M./New York.

Voges, Wolfgang (1999): Unterschiedliche Muster des Sozialhilfebezugs in europäischen Städten. In: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA): Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), No. 21. Mannheim.

Voigt, Dieter und Meck, Sabine (1984): Leistungsprinzip und Gesellschaftssystem. In: Voigt, Dieter (Hrsg.): Die Gesellschaft der DDR: Untersuchungen zu ausgewählten Bereichen. S. 11-45. Berlin.

von Balluseck, Hilde und Trippner, Isa (o. J.): Armut von Kindern und Jugendlichen in Berlin. In: Kind Jugend Gesellschaft 1/95. S. 15-26.

von Ballusek, Hilde und Trippner, Isa (1998): Kinder von alleinerziehenden Sozialhilfempfängerinnen im Spannungsfeld von Familiendynamik und Armut. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 309-327. Opladen.

Wacquant, Loic (1995): The Comparative Structure and Experience of Urban Exclusion: „Race," Class, and Space in Chicago and Paris. In: McFate, Katherine, Lawson, Roger und Wilson, William Julius: Poverty, Inequality, and the Future of Social Policy. Western States in the New World Order. S. 543-570. New York.

Walker, Robert und Ashworth, Karl (1992): Time: The Forgotten Dimension of Poverty. In: Centre for Research in Social Policy (CRSP): Briefings No. 1, November 1992. Loughborough.

Walker, Robert (1994): Poverty Dynamics: Issues and Examples. Aldershot/Brookfield USA/Hong Kong/Singapore/Sydney.

Walker, Robert (1998): Rethinking poverty in a dynamic perspective. In: Hans-Jürgen Andreß (Ed.): Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. S. 29-49. Aldershot/Brookfield USA/Singapore/´Sidney.

Walper, S. (1995): Kinder und Jugendliche in Armut. In: Bieback, K.-J. und Milz, H. (Hrsg.): Neue Armut. Frankfurt a.M./New York.

Walper, S. (1997): Wenn Kinder arm sind. Familienarmut und ihre Betroffenen. In: Böhnisch, L. und Lenz, K. (Hrsg.): Familien. Eine interdisziplinäre Einführung. Weinheim/München.

Weick, Stefan (1993): Familie und Arbeit immer noch wichtiger als Freizeit – Wertorientierung, Arbeitswünsche und Freizeitaktivitäten. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), 10,. S. 9-12.

Weick, Stefan (1994a): Familie. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 325. S. 508-520. Bonn.

Weick, Stefan (1994b): Gesundheit. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen,

Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 325. S.464-469. Bonn.

Weick, Stefan (1994c): Wohnverhältnisse. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 325. S. 499-520. Bonn.

Weick, Stefan (1994d): Anteil der Singlehaushalte in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen Bundesländern. In: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA): Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 11 (Januar 1994). S. 7-12. Mannheim.

Weick, Stefan (1995): Unerwartet geringe Zunahme der Einkommensungleichheit in Ostdeutschland. Analysen zur Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern. In: ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 14, ZUMA-Publikation. S. 6-9. Mannheim.

Weick, Stefan (1996a): Zunehmende Kinderarmut in Deutschland? Studie zur Kinderarmut im Vergleich: 1984 und 1994. In: ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren. Nr. 15, ZUMA-Publikation. S. 1-3. Mannheim.

Weick, Stefan (1996b): Zuwanderer in Deutschland optimistisch. Untersuchung zu Lebensbedingungen. Integration und Zufriedenheit bei Migranten. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren. Nr. 16, ZUMA-Publikation. S. 1-4. Mannheim.

Weick, Stefan (1997a): Familie. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 340. S. 468-480. Bonn.

Weick, Stefan (1997b): Migration in der Bundesrepublik: Familiale Lebensformen, Wohnbedingungen. In: Rehberg, K.S. (Hrsg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlugen des 28. Kongresses für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden, Band II. S. 484-488. Opladen.

Weick, Stefan (1997c): Querschnitt- und Längsschnittdaten in der Sozialberichterstattung. In: Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.): Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. S. 294-311. Weinheim.

Weick, Stefan (1997d): Familiale Lebensformen, Wohnbedingungen und Einstieg ins Erwerbsleben von Migranten in der Bundesrepublik. In: Rehberg, K.S. (Hrsg.): Kongressband II des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. (Im Erscheinen).

Weick, Stefan (1998a): Einkommensungleichheit. In: Braun, Michael und Mohler, Peter Ph. (Hsrg.): Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland. S. 13-41. Opladen.

Weick, Stefan (1998b): Kinder in relativer Einkommensarmut. In: Zeitschrift für Familienforschung, 10. Jg. Heft 2. S.73-102.

Weick, Stefan (1998c): Relative Einkommensarmut von Kindern: Entwicklungen im Ost-West-Vergleich. In: P. Flora und H.-H. Noll (Hrsg.): Institutionen und individuelle Wohlfahrt. S. 259-278. Frankfurt a.M.

Weick, Stefan (1999): Diskussionsvorlage zur Überarbeitung des Lebensbereiches Enkommen und seine Verteilung im System Sozialer Indikatoren der Bundesrepublik Deutschland. Mannheim.

Weick, Stefan und Frenzel, A. (1998): Kinder in einkommensschwachen Haushalten. Lebensbedingungen und Lebensqualität von 1984 bis 1996. Studie für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mannheim.

Wolff, Klaus G. und Beck, Martin (1993): Defizite der amtlichen Sozialhilfestatistik, Armutsdiskussion und Statistikreform. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 39, Heft 7. S. 417-442. Wiesbaden.

Zapf, Wolfgang (1977): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. (SPES, Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland; Schriftenreihe Band 10). Frankfurt a. M.

Zapf, Wolfgang (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. S. 13-26. Frankfurt a. M./New York

Zapf, Wolfgang, Schupp, Jürgen und Habich, Roland (Hrsg.) (1996): Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt a.M./New York.

Zenke, Karl G. und Ludwig, Günther (1985): Kinder arbeitsloser Eltern. Erfahrungen, Einsichten und Zwischenergebnisse aus dem laufenden Projekt. In: MittAB 2/85. S. 265-278.

Zimmermann, Gunter E. (1995): Neue Armut und neuer Reichtum. Zunehmende Polarisierung der materiellen Lebensbedingungen im vereinten Deutschland. In: Gegenwartskunde 1/1995. S. 5-18.

Zimmermann, Gunter E. (1998a): Armut. In: Schäfers, Bernhard und Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. S. 34-48. Opladen.

Zimmermann, Gunter E. (1998b): Formen von Armut und Unterversorgung im Kindes- und Jugendalter. In: Klocke, Andreas und Hurrelmann, Klaus: Kinder und Jugendliche in Armut: Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. S. 51-71. Opladen.

Zinnecker, Jürgen (1996): Kinder im Übergang. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/96. S. 3-10.

Zwick, Michael M. (1994a): Einmal arm, immer arm? In: Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. Frankfurt a.M./New York.

Zwick, Michael M. (1994b): Verzeitlichte Armutslagen – Resümee und Ausblick. In: Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. Frankfurt a.M./New York.